

NORD STREAM 2:

# Ein großer Fehler der deutschen Politik

- EIN KOMMENTAR VON REINHARD VESER
- -AKTUALISIERT AM 29.01.2021-10:57



Die Repressionen gegen Alexej Nawalnyj sind ein guter Anlass, noch einmal über die Nord-Stream-2-Pipeline zu reden: Sie verschlechtert die Position der EU gegenüber einem Nachbarn, der ein Gegner der Demokratie ist.

Man möge doch bitte das Vorgehen der russischen Staatsmacht gegen den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj nicht mit der Frage verknüpfen, ob die Gaspipeline Nord Stream 2 zu Ende gebaut werden soll oder nicht – das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. So haben in den vergangenen Tagen sowohl der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans als auch der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet argumentiert.

Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder spricht sich für die Fertigstellung von Nord Stream 2 aus. Schon kurz nach dem Giftanschlag auf Nawalnyj im Sommer vorigen Jahres warnte er vor „moralischem Rigorismus“ in der Debatte über die Pipeline. Auf gewisse Weise haben die drei Männer recht: Ein endgültiger Stopp des Projekts würde weder etwas am repressiven Charakter des russischen Regimes ändern noch Nawalnyj die Freiheit bringen; und wollte Deutschland nur noch Energie aus Ländern mit halbwegs ordentlicher Menschenrechtslage einführen, dann hätte es ein großes Problem.

## Umgehung der Ukraine

Doch die drei reden gezielt am Thema vorbei, so wie fast alle Befürworter von Nord Stream 2 in Deutschland, einschließlich der Bundeskanzlerin. „Ein russisches Gasmolekül bleibt ein russisches Gasmolekül, egal ob es über die Ukraine kommt oder ob es über die Ostsee kommt“, sagte Angela Merkel vor zwei Jahren auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Dieser Satz ist unzweifelhaft richtig, aber in diesem Zusammenhang sinnlos. Er hat – im Gegensatz zum Fall Nawalnyj – nichts mit den politischen Argumenten gegen Nord Stream 2 zu tun. Es geht nicht darum, ob Deutschland bis zum angestrebten Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung weiter russisches Gas importieren soll, sondern darum, mit welchen politischen Risiken und Nebenwirkungen es das tut.

Zu deren Verringerung hat die EU viel unternommen, seit die russische Führung den Westeuropäern durch den ersten Gasstreit mit der Ukraine im Winter 2005/06 vor Augen geführt hat, dass sie bereit ist, die Rohstoffe ihres Landes als politische Waffe einzusetzen. Europa hat daraus die richtigen Schlüsse gezogen: Es hat seine Abhängigkeit von russischem Gas seither bedeutend verringert – und zwar ohne die Einfuhren aus Russland nennenswert zu reduzieren. Erreicht wurde dieses Ziel durch einen Aus- und Umbau der Gasinfrastruktur, der ein rasches Ausweichen auf andere Bezugsquellen ermöglicht. Nord Stream 2 verschiebt die Gewichte wieder zugunsten Russlands.

Es ist nicht so, dass damit Europas Abhängigkeit von russischem Gas zwingend wieder wachsen würde. Aber wirtschaftlichen Sinn ergibt die neue Pipeline allenfalls dann, wenn Deutschland und die EU künftig deutlich mehr russisches Gas kaufen. Denn schon die bestehenden Pipeline-Kapazitäten zwischen Russland und Europa sind nicht voll ausgelastet.

Wächst der Import nicht, dann kann Nord Stream 2 die geopolitische Funktion erfüllen, die der eigentliche Grund für den Bau der Pipeline ist: Russland kann dann sein Gas unter Umgehung der Ukraine in die EU transportieren.

## Ein schwerer Fehler

Die Ukraine verliert damit nicht nur bedeutende Einnahmen, sondern vor allem politische und militärische Sicherheit. Solange das Regime in Moskau wirtschaftlich davon abhängig ist, dass das wichtigste Exportgut Russlands störungsfrei durch die Ukraine fließt, ist es unwahrscheinlich, dass es seinen hybriden Dauerkrieg gegen das Land politisch oder militärisch eskalieren lässt. Fällt diese Abhängigkeit weg, haben Wladimir [Putin](#) und seine Leute freie Hand.

So oder so gewinnt der Kreml: Kaufen die Europäer mehr Gas, erhöhen sie ihren finanziellen Beitrag zur Stabilisierung seines auf Korruption basierenden Regimes; bleibt es beim bisherigen Gasvolumen, machen sie durch zusätzliche Nord-Stream-Kapazitäten die Ukraine als Transitland überflüssig. Moskau hätte damit einen Hebel zu deren Destabilisierung in der Hand, die unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit der EU- und Nato-Mitglieder in Osteuropa hätte.

Dass Russland und die Ukraine unter EU-Vermittlung 2019 einen neuen Transitvertrag geschlossen haben, ändert daran nichts. Erstens überbrückt das 2024 auslaufende Abkommen aus russischer Sicht nur die Zeit, bis Nord Stream 2 in Betrieb ist. Zweitens stehen hinter der Vertragstreue Moskaus nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre große Fragezeichen.

Selbst wenn man zynisch genug wäre, alle ethischen Fragen im Verhältnis zu einem Regime wie dem russischen auszuklammern, und auch wenn man beiseite ließe, wie zweifelhaft diese Pipeline in ökologischer und klimapolitischer Hinsicht ist: Nichts spricht dafür, ohne Not solche Vorteile einem großen Nachbarn zuzugestehen, der so aggressiv auftritt wie Putins Russland.

Nord Stream 2 verschlechtert die Position Deutschlands und der EU im Verhältnis zu einem Staat, der in offener Gegnerschaft zu unserer freiheitlichen Gesellschaft steht. Die Unterstützung Berlins für dieses Projekt war deshalb schon lange vor dem Giftanschlag auf Alexej Nawalnyj und den jetzigen Repressionen ein schwerer Fehler. Sein Fall könnte ein guter Anlass sein, in letzter Sekunde noch stopp zu sagen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/abschaffung-des-koerperlichen-geschlechts-darum-wird-geschwiegen-17169758.html?premium>

TRANSGENDER-BEWEGUNG:

# Die Überwindung des Fleisches

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 29.01.2021-07:30



Die Transgender-Bewegung will das körperliche Geschlecht juristisch abschaffen. Über Risiken und Nebenwirkungen wird geschwiegen.

Ist Gender feministisch? Das wird in der Frauenbewegung kontrovers diskutiert. Wer den Begriff Frau zum „bloßen“ sozialen Konstrukt erklärt, kann nicht mehr für Frauenrechte kämpfen, sagen die Gegner. Gender-Vertreter sehen die Frau dagegen nur als Übergangserscheinung auf dem Weg zur fluiden Geschlechtlichkeit. Gender müsse nicht feministisch sein, hat [Judith Butler](#), die Patronin der Genderbewegung, schon gesagt. Butler geht es um die Verwirrung von Geschlechterrollen. Das körperliche Geschlecht (sex) soll dabei im Unterschied zum sozialen Geschlecht (gender) keine Rolle spielen.

Weltweit unternehmen Transgender-Aktivist\*innen derzeit Anstrengungen, die Trennung von Geschlecht und Körper in nationalen Gesetzen zu verankern. In Norwegen oder Argentinien ist ihnen das schon gelungen, in den Vereinigten Staaten fehlt der entsprechenden Novelle, dem Equality Act, noch der Segen des Senats. In seinem Strategiepapier „Adults only?“ benennt der internationale Transgender-Verband Iglyo das Ziel der Bemühungen: Der Geschlechtswechsel soll zum einfachen Sprechakt werden. Wo er mit operativen und hormonellen Eingriffen verbunden ist, sollen medizinische und rechtliche Hürden abgebaut werden, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Minderjährige sollen so früh und spontan wie möglich – ohne medizinisches Gutachten, Eingewöhnungsphase und Zustimmung der Eltern – das Geschlecht wechseln können. Das Zauberwort lautet Selbstbestimmung. Jedem sein Wunschgeschlecht.

## Transrechte gegen Frauenrechte

Hierzulande haben [FDP](#) und Grüne Entwürfe für ein Selbstbestimmungsgesetz vorgelegt, die über weite Strecken wirken, als wären sie von den Aktivist\*innen selbst geschrieben. Mit vollendetem vierzehnten Lebensjahr soll jeder jährlich entscheiden können, ob er rechtlich als Mann oder Frau betrachtet wird. Körperliche Aspekte spielen dafür keine Rolle. Es reicht die Erklärung beim Standesamt.

Frauenverbände wie die deutsche Sektion der Women’s Human Rights Campaign, die in „Trans“ und „Gender“ eine antifeministische Bewegung sehen, laufen gegen die Novelle Sturm, die, wie sie warnen, dem Schutz von Frauen vor Gewalt und Benachteiligung die Grundlage entzöge. Rein sprachlich zu Frauen verwandelte Männer könnten sich in Toiletten und Sammelduschen, Frauengefängnisse oder Frauenhäuser einschleichen, also gerade dorthin, wo Frauen vor Männern Zuflucht suchen. Jede Form der Frauenförderung würde obsolet, wenn sich ein Mann mit einem Satz zur Frau, vom Aufsichtsrat zur Aufsichtsrätin, umdefinieren könnte. Und wie viele weibliche Olympiateilnehmer würde es noch geben, wenn sich Männer in ihre Konkurrenz einschleusen könnten?

Die Verwirrung kommt von dem in beiden Entwürfen zentralen Konzept der Gender-Identität, nach dem geschlechtliche Zuordnung allein Sache des Gefühls ist und das Geschlecht durch Sprache vollkommen verändert kann. Andererseits werden aber auch Verfügungen für operative und hormonelle Geschlechtswechsel getroffen. Der Körper kommt durch die Hintertür zurück – was möglichst verschwiegen werden soll.

## Experimente mit Kindern

Das Iglyo-Papier gibt offen das Ziel aus, die Kampagne zu „demedikalisieren“, also die medizinischen Risiken und Folgen zu verschweigen. Der Geschlechtswechsel soll nicht als schmerzhafter und riskanter Eingriff erscheinen, an den sich Nachfolgeoperationen und lebenslange Hormonbehandlung anschließen, sondern als körperlich und psychisch folgenlose Wunscherfüllung. Vorarbeit leisten in Schulen und Kindergärten verteilte Broschüren, die Kindern den Geschlechtswechsel beispielsweise mit der gauklerischen Behauptung nahelegen, auch Männer könnten Kinder gebären.

Nach dem Gesetzesentwurf der Grünen soll ein Kind mit vollendetem vierzehnten Lebensjahr, also noch vor dem Ende der Pubertät und des körperlichen Reifungsprozesses, selbst – ohne ärztliche Beratung und elterliche Einwilligung – über den hormonellen Geschlechtswechsel entscheiden. Dass es in der Lage ist, diese Entscheidung zu überblicken, bevor es die Gefühlswirren der Pubertät überwunden und den körperlichen Reifeprozess abgeschlossen hat, wird von Medizinverbänden bezweifelt, zumal es darüber nicht mehr informiert werden muss.

Ein riskanter, ja gefährlicher Schritt. Denn der hormonelle Geschlechtswechsel führt nach einer britischen Studie fast immer zur späteren Geschlechtsoperation (98 Prozent). Kinder, die keine Hormone einnehmen, geben den Wunsch zum Geschlechtswechsel dagegen nach Langzeitstudien zu neunzig Prozent nach der Pubertät auf. Mit anderen Worten: Pubertätsblocker fördern den Wunsch nach Geschlechtswechsel. Nach einem Urteil des Hohen Londoner Gerichts ist ihr Einsatz ein experimenteller Akt an Kindern, dem sich mit hoher Wahrscheinlichkeit Eingriffe in den kindlichen Körper anschließen wie die Amputation von Brust oder Penis, die den Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit und die Verminderung sexuellen Erlebens bis hin zur Anorgasmie zur Folge haben. Warum nehmen die Gesetzesinitiatoren diese Risiken schweigend in Kauf?

Die Reformpläne laufen vor dem Hintergrund eines dramatischen Anstiegs von Geschlechtsumwandlungen ab. Seit 2013 hat sich die Zahl der Jugendlichen, die sich im falschen Körper fühlen oder ihr Geschlecht operativ ändern lassen wollen, mehr als verfünffacht. Besonders betroffen sind Mädchen. „Mit großer Sorge und tief bestürzt blickt der Sachverständige auf die wachsende Zahl von – körperlich gesunden – jugendlichen Mädchen mit pubertätstypischen Altersrollenkonflikten oder Körperbildstörungen ..., denen bereits im Alter von 14, 15, 16 Jahren nicht nur die Brüste amputiert, sondern auch Gebärmutter und Eierstöcke entfernt werden“, schreibt der Kinder- und Jugendpsychiater Alexander Korte von der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Was dabei tief empfundener Wunsch zum Geschlechtswechsel und was Mode ist, lässt sich auch deshalb so schwer einschätzen, weil die Transgender-Gemeinde mit derart aggressiven Methoden eine offene Debatte verhindert, dass man an ihrem liberalen Charakter zweifeln muss. Kritiker werden mit Drohungen und Denunziationen überzogen, Verlage unter Druck gesetzt, kritische Bücher und unwillkommene Studien aus dem Programm zu nehmen. Kritik richtet sich nicht gegen inhaltliche Argumente, sondern gegen die Person, die als transphob stigmatisiert wird.

## Antiquiertheit des Körpers

Die Iglyo-Kampagne gibt sogar offen zu, die Öffentlichkeit über ihre Ziele täuschen zu wollen. Hängen Sie sich an eine populäre Reform, rät das Strategiepapier, um „unter deren Deckmantel“ (!) Ihr eigentliches Ziel durchzusetzen. Unter der Überschrift „Vermeiden Sie exzessive Berichterstattung“ wird empfohlen, sich mit weit ausgearbeiteten Plänen an einzelne Politiker zu wenden, um die Meinungsbildung vorwegzunehmen. Danach soll mit gesetzlichen Sanktionen verhindert werden, dass Kritik an dem streitbaren Konzept der Gender-Identität geäußert wird. Der Gesetzesentwurf der Grünen kommt dem nah: Er sieht Sanktionen bis

2500 Euro vor, wenn das frühere Geschlecht einer Person genannt wird. Nun spricht jemand, der das im Hinblick auf die Vergangenheit tut, nichts anderes als die Wahrheit aus. Ein Staat, der das unter Strafe stellt, fordert seine Bürger zum Schweigen oder zur Lüge auf. Praktiken, die diktatorischen Regimen vorbehalten waren, werden plötzlich von einer liberalen Partei vertreten.

Nun kann man mit guten Gründen bezweifeln, dass jemand allein durch einen Sprechakt das Geschlecht wechseln kann, ohne dass der Geschlechtsbegriff sinnentleert wird. Zumal das der Gender-Theorie entnommene Konzept der (gefühlten) Geschlechtsidentität in der Praxis zu Widersprüchen führt. Denn auch die körperlich durchaus realen Operationen und Hormongaben nähern den Betroffenen dem Wunschgeschlecht nur an. Sie ändern nichts an Chromosomen, Ei- und Samenzellen, auch die Hormone des Wunschgeschlechts müssen lebenslang künstlich zugeführt werden.

## Transhumanistische Visionen

Profitabel ist das für den noch überschaubaren, aber wachsenden Markt der Gender-Kliniken und Biopharma-Unternehmen. Transgender ist keine Graswurzelbewegung, sondern eine wirtschaftliche Macht. Welche Utopien sich daran anschließen, wird an der Transfrau Martine Rothblatt deutlich, die als Vorstandsvorsitzende des Pharmaunternehmens United Therapeutics an der Gendermedizin verdient. „Transgender“, schreibt die bekennende Transhumanistin, „ist die Auffahrtsrampe zur Überwindung des Fleisches. Menschen, die sich weigern, als männlich oder weiblich bezeichnet zu werden, sind die Pioniere einer Menschheit, die nicht durch irgendein Substrat begrenzt ist. Es gibt eine Entwicklungslinie von transgender zu transhuman.“

Wieder einmal geht es um die Überwindung des sterblichen Körpers, diesmal nicht durch einen Gott, sondern durch Technik und Sprachverwirrung. Man entlastet sich von der politischen Verantwortung, für gesellschaftliche Verhältnisse zu sorgen, in der geschlechtliche Rollen nicht als Zumutung oder Nachteil empfunden werden. Stattdessen soll das Unbehagen an sozialen Rollen durch Modifikation des Selbst beseitigt werden. Das alles wird weitgehend so hingenommen, weil man Gender und Trans für irgendwie progressiv und feministisch hält. In der Form, in der sie gesetzlich festgeschrieben werden sollen, sind sie aber nicht die logische Fortsetzung des Feminismus, sondern dessen Auflösung – zugunsten flexibler Subjekte, die ihren Körper für eine Einbildung halten.

## **Le Figaro, no. 23777**

Le Figaro, samedi 30 janvier 2021 1230 mots, p. 18

Der

### **Antoine Compagnon :**

## **« Le bac comme le brevet des écoles ne servent plus à rien »**

L'écrivain livre une réflexion sur les critères de sélection alors que les grandes écoles et les examens en général suscitent maintes interrogations.

Bonavita, Marie-Laetitia

L'École polytechnique appartient aux grands mythes de la nation française. Être passé par l'X est un titre de noblesse républicaine, un sésame à vie. Spécialiste de littérature française, notamment de Baudelaire, Antoine Compagnon, qui vient de donner son dernier cours au Collège de France, est lui-même polytechnicien (X 1970). Il a accepté de préfacer l'ouvrage *À Polytechnique, X1901*, d'Hervé Joly, directeur de recherche au CNRS (Flammarion). Une enquête très fouillée sur la promotion de 1901, emblématique du siècle nouveau, qui conduit à s'interroger sur la méritocratie.

### **LE FIGARO. - Pourquoi avoir préfacé ce livre ?**

**Antoine COMPAGNON.**- Hervé Joly dirige le Collegium de Lyon, un institut d'études avancées dont je suis membre du conseil scientifique. Cet été, il m'a envoyé son manuscrit en me demandant de le préfacer. Je l'ai lu d'une traite. Pourquoi a-t-il choisi la promotion 1901 ? Celle-ci ne comporte ni grand savant, ni grand ingénieur, ni grand homme politique, ni grand industriel, ni grand chef de guerre. Les plus connus sont le général Paul Bloch-Dassault, le frère aîné de Marcel Dassault, le député Jean Pouget de Nadaillac, André Gillier, l'inventeur des chemises Lacoste, les rugbymen Pierre et Francis Mouronval... S'il avait choisi une promotion avec de grandes personnalités, comme le futur maréchal Joffre ou Valéry Giscard d'Estaing, il aurait dû se focaliser sur elles. C'est justement parce que la promotion des X 1901 est moyenne qu'elle est intéressante. Hervé Joly livre là une véritable enquête d'histoire sociale.

### **Qu'est-ce qui a changé entre la promotion de 1901 et aujourd'hui?**

De fait, beaucoup de choses n'ont pas changé : le statut militaire de l'école ; le régime des classes préparatoires et des concours avec la forte proportion des reçus provenant des grands lycées parisiens ; la pesanteur du classement de sortie, les premiers aux Mines, les suivants aux Ponts et Chaussées, aux Télécoms... Ce qui a changé, c'est le déclin massif des débouchés militaires (plus de la moitié de la promotion 1901 sort dans l'armée), la fin du casernement, le passage de la scolarité à trois ans, le départ de l'école de Paris pour le campus de Palaiseau afin d'agrandir les laboratoires de recherches.

### **Qu'en est-il de la reproduction sociale, si souvent décriée ?**

Elle s'est accentuée. Pour une raison évidente de démographie. Il suffit de comparer la taille de la promotion avec le nombre de bacheliers. En 1901, c'était 180 pour environ 6 000 à 7 000. En 1970, nous étions 300 pour 70 000. Aujourd'hui, ils sont 400 pour 700 000. Au seul rythme de croissance des bacheliers de la série S (près de 200 000 l'an dernier), la promotion 2020 de l'X devrait approcher 7 000 élèves. Polytechnique serait alors comparable au Massachusetts Institute of Technology (MIT) dans les classements internationaux.

### **Hervé Joly appelle à « un indispensable débat public, comme il en existe un sur l'ENA » , autour de Polytechnique. Qu'en pensez-vous?**

L'idée de supprimer l'ENA a été écartée. La piste actuelle d'introduire des stages en PME et de réduire les critères académiques dans le classement paraît aller dans le bon sens. Cela dit, quelle importance sera donnée à la note de stage dans le classement final ? La méritocratie n'advient pas naturellement. Il faut s'en donner les conditions. Longtemps membre du Haut Conseil



d'éducation, je connais les griefs à l'encontre du rang de sortie des grandes écoles qui, à 22 ou 23 ans, détermine toute une carrière. La multiplication des stages, la formation permanente ou, pourquoi pas, la possibilité de devenir Inspecteur des finances à 40 ans, ce sont des réponses. Polytechnique a, de son côté, envisagé un rapprochement avec l'université, à l'image de l'École normale supérieure avec Paris Sciences & Lettres (PSL). Elle a flirté avec le projet IdEx (Initiative d'Excellence) Paris-Saclay, lancé par Nicolas Sarkozy en 2008. Soucieuse de son identité, elle a finalement décliné l'offre. A-t-elle eu raison ou a-t-elle fait preuve d'un excès de prudence ?

### **Avec la crise du Covid, la France semble basculer vers le contrôle continu. Une bonne chose ?**

Hormis la France, le Japon, la Corée du Sud, pays étatiques qui aiment les concours, le contrôle continu est la méthode de sélection la plus répandue dans le monde. Mais Parcoursup a amplifié la sélection dans l'enseignement supérieur avant l'obtention du bac, devenue une formalité. On pouvait espérer que la crise sanitaire mettrait fin à cet examen, centralisé, onéreux et symbolique. Le bac comme le brevet des écoles ne servent plus à rien.

### **Quel est le système le plus juste ?**

Nous manquons de statistiques pour pouvoir les comparer. Les épreuves écrites ? On dit qu'elles sont plus équitables parce qu'elles neutralisent mieux le fameux capital culturel de Bourdieu. L'oral ? L'exemple de sa suppression, pour cause de Covid, au dernier concours de Normale sup, est instructif : les filles, souvent moins à l'aise à l'oral, ont mieux réussi que d'habitude. Le contrôle continu ? Le lieu et la réputation des lycées continueront à peser. Les dossiers ? Les remplir, ne serait-ce que Parcoursup, exige toute une stratégie et donc sa maîtrise par les familles, et leurs coachs, que certaines peuvent s'offrir.

### **Les classements internationaux montrent une baisse du niveau général en mathématiques des élèves français. Comment l'expliquer ?**

Le recul en mathématiques remonte au primaire. Une raison en est le déficit de culture scientifique chez les professeurs des écoles. Quant à la baisse inquiétante du niveau général, établie par Pisa, l'école, trop nationale, gagnerait à être gérée à l'échelon régional. Mais cessons de mythifier l'école d'autrefois. Le nombre de bacheliers dans une génération était seulement de 1 % en 1900 et de 20 % en 1970. Et puis, dans le passé, l'échec à l'école n'empêchait pas de réussir dans la vie.

### **Face à la crise sanitaire, les scientifiques n'échappent pas aux critiques à l'égard des élites...**

Espérons que l'opinion aura compris qu'il est difficile de dégager une vérité scientifique quand on sait si peu de chose encore sur ce virus. La faillite des élites politiques ? Je me demande plutôt comment on peut encore avoir envie d'en faire partie. Les politiques sont poursuivis judiciairement à tout bout de champ... Même en pleine crise sanitaire.

### **Flammarion réédite votre ouvrage Baudelaire. L'irréductible. Le poète, défavorable à l'apparition de la presse quotidienne, aurait vu d'un mauvais oeil internet et les réseaux sociaux...**

Baudelaire était hostile à toute invention contemporaine - presse, photographie, vitesse, ville - mais, en même temps, il en vivait. Comme nous vivons aujourd'hui avec les réseaux sociaux. Il faut juste que cela ne devienne pas une addiction.

## Le Figaro, no. 23776

Le Figaro, vendredi 29 janvier 2021 1213 mots, p. 20

### Débats

# « Le voile est promu dans le monde pour affirmer une visibilité anti-occidentale »

Bastie, Eugénie

L'ex-rédactrice en chef du Nouvel Obs publie *Un voile sur le monde*, une enquête internationale passionnante sur la diffusion du voile dans plusieurs pays. De Molenbeek à La Mecque en passant par Londres et Téhéran, elle offre la radiographie d'un objet popularisé par la révolution iranienne, qui ne cesse de progresser depuis en Occident, aidé désormais par la pensée décoloniale.

**LE FIGARO.- Faut-il vraiment considérer le voile comme un objet politique ? N'est-ce pas plutôt une mode, ou le résultat d'un choix individuel ?**

**Chantal de RUDDER.-** Vous n'évoquez pas dans votre question l'observance religieuse comme justification du port du voile. J'y vois un progrès : la grande réussite des islamistes est d'avoir fait croire que le voile constituait une prescription coranique. Le port du voile est en fait une très ancienne coutume patriarcale largement partagée dans une zone qui va du bassin méditerranéen jusqu'aux confins de la Chine. Ma grand-mère juive tunisienne était voilée. Son voile, comme celui de ses compatriotes musulmanes, était couleur crème et n'avait rien à voir avec ces voiles noirs contemporains qu'on trouve désormais du 9-3 à l'Iran, sur la planète entière. Cet uniforme est relativement nouveau. Il appartient à la modernité de l'islam. Le tchador est le produit dérivé phare de l'islamisme. Il lui confère une visibilité quasi publicitaire.

Quand j'étais enfant, dans les années 1950, j'ai vu Bourguiba dévoiler les femmes, leur retirer devant les caméras ce qu'il appelait lui-même « *un épouvantable chiffon* ». Jusqu'à la toute fin des années 1970, le voile avait quasiment disparu des pays musulmans, que ce soit par une abolition autoritaire comme en Iran avec les Pahlavi, en Turquie avec Atatürk, en Bosnie yougoslave avec Tito, ou sous le coup de réformes libérant les femmes comme en Tunisie. Pour la plupart de ces dirigeants, le voile était le totem d'arriération d'une faiblesse qui avait permis la colonisation ou la domination occidentale.

**Quel rôle a eu la révolution iranienne dans la diffusion mondiale du voile comme symbole ?**

Le retour du voile était une obsession de l'ayatollah Khomeyni qui le fit entrer dans la loi, utilisant - pour la première fois - l'état de droit moderne pour en imposer le port. La révolution iranienne de 1979 a eu un rôle immense dans la diffusion mondialisée du voile, entre autres parce qu'elle avait triomphé de la puissance américaine, lavant ainsi l'umma- la communauté des croyants - de l'humiliation de la domination occidentale. La République islamique a fait du voile une affirmation identitaire décomplexée, une mode de *winner*, un objet d'avant-garde révolutionnaire, un symbole de la fierté retrouvée des musulmans. Aujourd'hui, beaucoup de celles que les Iraniens appellent ironiquement « les filles de la révolution », les filles nées après 1979, rejettent l'obligation qui leur est faite et le prouvent par des actes courageux. La répression qu'elles subissent est absurde. Le non-port du voile est considéré comme un acte de haute trahison, puni d'une peine allant jusqu'à 33 ans de prison !

**Quel rôle jouent les Frères musulmans dans l'expansion du voile ?**

La confrérie est née dans les années 1920, en Égypte, en réaction à la colonisation. Les Frères musulmans sont les premiers à théoriser l'islam politique et une révolution islamique mondiale. Les premiers encore - bien avant Khomeyni qu'ils ont fortement influencé - à avoir réfléchi à une stratégie de prosélytisme par le voile, une révolution de tissu. Que réclament-ils à Nasser, qui vient de destituer le roi Farouk, en 1953, en préalable à un accord de gouvernement ? D'imposer à chaque femme qui sort dans la rue le port du voile ! Nasser en a des larmes d'hilarité aux yeux tant la demande lui semble ringarde. Dans les années 1960, la robe islamique et le voilement d'un style nouveau que les Frères musulmans ont mis au point se limite à un phénomène de campus. Il est déjà un objet identitaire et politique qui exprime la différence avec l'islam de papa, la preuve que l'islam politique de la



confrérie veut remplacer une foi anesthésiée par des siècles d'errements. Au même moment, à Londres, Marie Quant invente la minijupe. Deux civilisations s'éloignent drastiquement l'une de l'autre.

### **La France est beaucoup critiquée pour ses choix drastiques d'interdiction du voile à l'école et de la burqa. Notre pays est-il si isolé en Europe ?**

En 1989 éclatent l'affaire des jeunes filles voilées de Creil ainsi que la fatwa lancée par Khomeyni contre Rushdie : voile et blasphème, couple infernal qui ne cesse de piéger l'Occident depuis... En 2004, quand la commission Stasi tranche en faveur de l'interdiction des signes religieux à l'école, elle ne le fait pas à la légère. Après avoir travaillé sur le terrain, ses membres comprennent qu'ils ont affaire à une stratégie délibérée des Frères musulmans contre l'école républicaine. Certes, la Belgique et le Danemark ont eux aussi interdit la burqa, mais la France est le seul pays au monde à interdire le voile, et tout autre signe ostentatoire, à l'école. Ce qui en fait une cible.

Pendant ma longue enquête, j'ai été ahurie de voir à quel point la laïcité française est incomprise et calomniée. Moi, je crois que la loi commune française est seule à permettre, à tous les croyants comme à ceux qui ne croient pas, la liberté et le vivre-ensemble. Nous sommes en avance, et non en retard sur les autres. Le village de gaulois récalcitrants qui résiste malgré les chaos de notre temps.

### **Aux États-Unis, on a vu des militantes féministes revendiquer le port du voile, et de grandes marques de sport le promouvoir dans des clips publicitaires. Que vous inspire cette défense du voile en Occident sous l'étendard de la liberté et de la non-discrimination ?**

Les grandes marques de sport ne défendent pas des causes, mais essaient de gagner des marchés. Le marché de la mode islamique, c'est 484 milliards de dollars pour 2019. La mondialisation libérale a permis l'essor de l'islamisme conquérant. « *Jihad versus Mac World* », écrivait le conseiller de Bill Clinton Benjamin Barber, en 1995. Ce qui est fascinant, c'est l'utilisation perverse de nos valeurs libertaires pour défendre le voile. J'ai été et je suis militante antiraciste. Le voile comme étendard de la non-discrimination, c'est de la folie.

### **Vous consacrez un chapitre de votre livre passionnant à votre infiltration pendant un séminaire décolonial. Qu'en avez-vous retenu ?**

J'ai suivi pendant deux semaines le séminaire « études critiques musulmanes » de la Summer School de Grenade, et je n'étais pas déçue du voyage ! La ville n'est pas choisie au hasard : pour les décoloniaux, la « conquête » (ils ne disent pas reconquête) de Grenade en 1492, année de la « conquête » (ils ne disent pas découverte) de l'Amérique par Christophe Colomb est la date fondatrice de l'impérialisme colonial occidental. Elle justifie une alliance aussi surprenante que décisive entre les universitaires décoloniaux latinos et les penseurs musulmans. Pour les décoloniaux, l'islam est moins une religion qu'un contre-universalisme pratiqué par un quart de la population mondiale. Ce qui devrait permettre bientôt « le tournant décolonial de l'humanité ». Le port du voile n'est ni devoir culturel ni obligation religieuse, mais obligation morale pour affirmer sa visibilité anti-occidentale. « *Symbole de résistance à l'impérialisme* » pour ses adeptes, le voile décolonial est celui d'une rancune qui refuse de s'apaiser.

\* « Un voile sur le monde », Chantal de Rudder (Éditions de l'Observatoire, 304 p., 21 euros).

# Covid-19 : « Quantifier la mort et la santé est un sujet hautement sensible, mais incontournable »

## TRIBUNE

**Adam Baïz** Economiste et enseignant à Sciences Po Paris et à l'école polytechnique

Afin d'améliorer le consentement de la population aux mesures privatives de liberté prises pour lutter contre la pandémie, le gouvernement devrait expliquer comment il compte le nombre de décès. Il s'agit d'un enjeu résolument démocratique, estime dans une tribune au « Monde », l'économiste Adam Baïz.

Publié le 30/1 à 07h00, mis à jour hier à 16h54 Temps de Lecture 4 min.

**Tribune.** Derrière moi dans le métro, une discussion s'anime. L'un des passagers est exaspéré. « *On dézingue nos vies pour 200 ou 300 morts par jour. Sauf que les gars qui meurent, ils ont 80 ans en moyenne, et de l'hypertension. C'est triste pour eux, mais nous, alors ?* » C'est que, dans les médias, on parle déjà d'un troisième confinement à venir...

Sur le coup, j'ai envie de dire au passager qu'il a raison sur deux points. L'âge moyen de décès avoisine effectivement les 81 ans, et près de 90 % des personnes en réanimation présentent une comorbidité. Mais j'ai aussi envie de lui rappeler que le virus est nouveau, que ses effets à long terme restent inconnus (sur les jeunes et les moins jeunes) et que les dégâts sanitaires auraient sans doute été bien plus dramatiques sans les restrictions que nous connaissons aujourd'hui. Mais cela suffira-t-il à le convaincre ?

Combien de temps encore ces arguments suffiront-ils pour conserver le consentement à l'effort des millions de personnes dont les métiers, les études, les déplacements, les vies sont chamboulés depuis bientôt un an ? Et si la pandémie venait à durer plusieurs années encore, sans qu'il ne soit possible d'entrevoir la moindre issue ?

## Une évaluation des morts selon différents critères

A mon sens, ce consentement-là ne peut tenir qu'à une seule condition : l'effort doit être incessamment perçu comme démocratiquement souhaitable. En d'autres termes, une majorité d'entre nous doivent rester convaincus que nous avons collectivement plus à gagner (et en tout cas moins à perdre) dans le renoncement à la vie normale que dans le renoncement à l'effort.

Or, si elle est à ce jour minoritaire, la contestation de l'effort existe déjà et pourrait en se renforçant saper toute chance de sortir effectivement de la crise actuelle. Alors, que faire ? S'il est tentant de contester la contestation, nous gagnerions à lui donner au contraire une visibilité au plus haut niveau de l'Etat, en débattant des indicateurs sur lesquels elle s'appuie (taux de contamination, taux de létalité, taux de défaillance des entreprises, etc.).

Intéressons-nous à l'indicateur-clé du nombre de décès dus au coronavirus. Ce n'est pas une simple affaire. On peut, comme aujourd'hui en France, comptabiliser à égalité toutes les personnes décédées qui ont été testées positives au coronavirus. Mais on pourrait aussi évaluer le nombre de morts en fonction de l'âge et de l'existence de comorbidités.

# Trois millions d'euros la valeur tutélaire de la vie humaine

Par exemple, avec une espérance de vie en France de 82,5 ans, un patient atteint du coronavirus qui décéderait à 80 ans aurait statistiquement « perdu » 3 % de sa vie, et compterait pour 0,03 décès, là où un patient qui décéderait à 41 ans en aurait perdu 50 %, et compterait pour 0,5 décès. De même, si un patient souffre d'une comorbidité telle que son espérance de vie est plutôt de 65 ans, un décès à 66 ans ne serait statistiquement plus imputable au coronavirus.

En réalité, les modalités de comptage des décès sont nombreuses et souvent différentes entre les pays, et aucune n'a le monopole de la justesse ou de la moralité. Quantifier la mort et la santé est un sujet hautement sensible, mais incontournable, car si chaque vie a une valeur infinie, nos ressources limitées nous poussent de facto à faire des choix et à en sauver certaines plutôt que d'autres.

Aujourd'hui en France, comme le démontre [un rapport de 2013](#), commandé par le gouvernement, on estime à 3 millions d'euros la valeur tutélaire de la vie humaine, c'est-à-dire la somme d'argent maximale qu'il est raisonnable de dépenser pour sauver une vie humaine. Or, les mesures gouvernementales devraient coûter environ 200 milliards d'euros pour les finances publiques, tandis que le nombre de décès avoisine désormais les 75 000.

## La valeur tutélaire en fonction de choix politique

Et si on s'en tient à la modélisation de l'Institut Pasteur, que le président de la République avait citée dans son allocution d'octobre 2020, les restrictions sanitaires auront ainsi sauvé entre 30 000 et 380 000 vies. Cela donne ainsi un coût allant de 500 000 euros à 6,7 millions d'euros pour chaque vie sauvée. Est-ce donc un effort raisonnable au regard de la valeur tutélaire de 3 millions d'euros ?

Techniquement, il est impossible d'en juger. L'économiste Marcel Boiteux, qui avait présidé dans les années 1990 les premiers groupes de travail sur ces questions, prévenait que ces valeurs tutélaires, en particulier celle de la vie humaine, procèdent toujours d'un choix politique. Elles reflètent in fine les préférences d'une société.

En outre, il est toujours possible de les augmenter, mais cela reviendrait à consacrer une part plus importante du revenu national pour se prémunir contre des risques de plus en plus infimes, « *et ce jusqu'à arriver à cette sorte d'optimum où, la totalité ou presque du produit intérieur brut étant affectée à la prévention des risques, la vie elle-même, avec ce qui reste, ne mériterait plus d'être vécue* ».

## Le Parlement devrait fixer les indicateurs

Puisqu'il s'agit avant tout d'une question politique, il apparaît essentiel de charger le Parlement de définir les indicateurs de suivi de la crise, et en particulier celui du nombre de décès liés au coronavirus. Le Parlement définirait alors les seuils au-delà desquels la crise mériterait telle ou telle restriction sanitaire (comme le confinement), ainsi que les indicateurs pour mesurer les coûts et les bénéfices de ces restrictions. Définir démocratiquement ces indicateurs est essentiel pour assurer le consentement à l'effort, que ce soit pour une sortie de crise ou pour l'adaptation à un monde résolument nouveau.

**Adam Baïz**(Economiste et enseignant à Sciences Po Paris et à l'école polytechnique)

PUBLIÉ LE 28 JANVIER 2021 PAR MARC GOZLAN

## Manaus, Brésil : de nouveaux variants du SARS-CoV-2 se jouent-ils de l'immunité collective ?

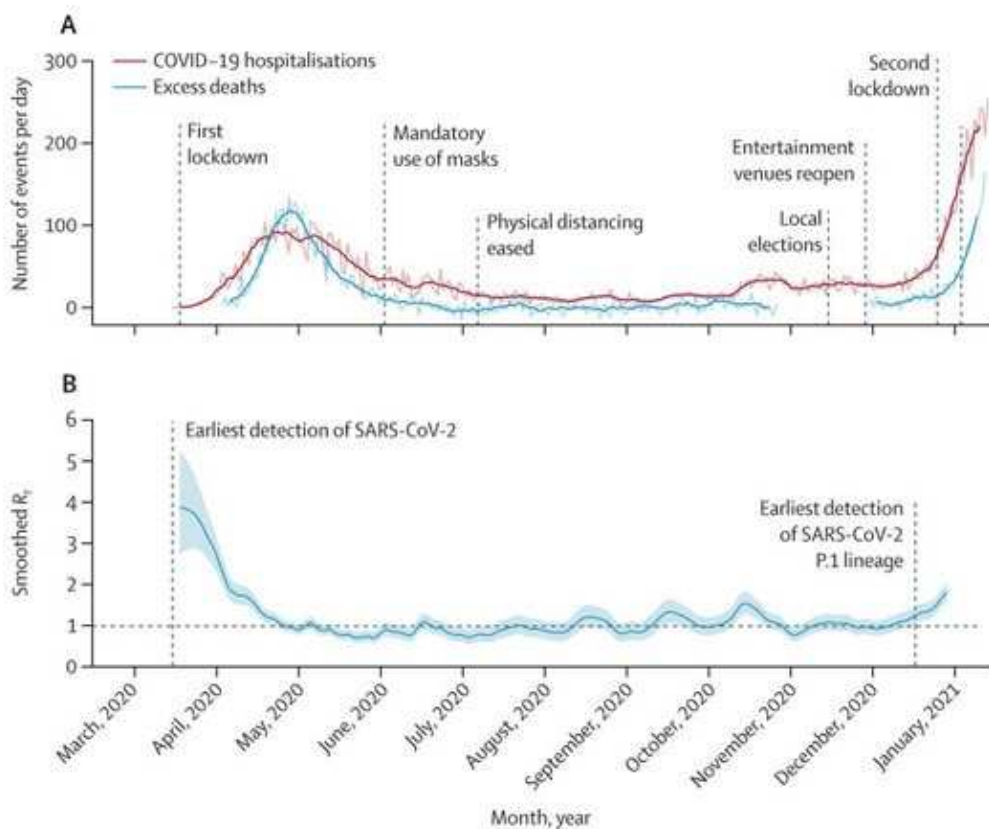


Enterrement de patients décédés de la Covid-19 à São Gabriel da Cachoeira dans l'État de l'Amazonas (Brésil). Paulo Desana/Dabakuri/Amazônia Real. © Wikimedia Commons

**Que se passe-t-il à Manaus dans l'État d'Amazonas ?** En octobre 2020, cet état du nord-ouest du Brésil avait été durement touché par l'épidémie de Covid-19. Publiée en octobre 2020 dans la revue *Science*, une étude conduite auprès des donneurs de sang indiquait que plus des trois quarts (76 %) des habitants de la plus grande ville de la région amazonienne possédaient des anticorps contre le SARS-CoV-2. Le taux de prévalence des anticorps (ou séroprévalence) y était donc particulièrement élevé à ce moment-là. Par ailleurs, le nombre de personnes contaminées à partir des sujets infectés étant important, avec un taux de reproduction effectif (R) égal à 3, le taux d'immunité collective à Manaus devait théoriquement atteindre les 67 %.

Dans un tel contexte, on peut donc s'étonner de l'augmentation brutale du nombre des hospitalisations au cours du mois du janvier 2021. Dans une population aussi largement immunisée par l'infection naturelle, les anticorps ne protégeraient-ils pas d'une diffusion massive du virus ?

Des chercheurs appartenant à diverses institutions brésiliennes (dont l'université de São Paulo) et organismes de recherche britanniques (université d'Oxford, London School of Hygiene and Tropical Medicine) et américains (École de santé publique de l'Université Harvard, université de San Francisco) ont réfléchi à cette question et livrent leurs réflexions dans une correspondance publiée en ligne le 27 janvier 2021 dans l'hebdomadaire médical *The Lancet*.



Hospitalisations dues à la Covid-19 et surmortalité. Manaus, Brésil, 2020–21.

## Une immunité collective moins élevée que celle estimée

Quatre hypothèses, non mutuellement exclusives, se dégagent. La première explication tiendrait au fait que 76 % (avec une valeur en fait comprise entre 67 % et 98%) des habitants de Manaus n'auraient pas été contaminés par le coronavirus lors de la première vague. Ce taux, avait en effet été estimé sur la base d'une prévalence des anticorps IgG anti-SARS-CoV-2 qui était de 4,8 % en avril, de 44,5 % en mai, pour atteindre un pic de 52,5 % en juin 2020.

Lewis Buss et ses collègues de l'université de São Paulo, en tenant compte des cas des sujets infectés mais sans anticorps détectables et de la baisse de l'immunité acquise au fil du temps, avaient estimé que le virus avait touché 66 % de la population de Manaus en juin et avait même atteint 76 % en octobre, un taux d'attaque bien plus élevé que celui estimé pour São Paulo et qui se situait alors à 29 %.

Quand bien même la séroprévalence aurait été dans la fourchette basse (aux alentours de 67 %) et non de 76 %, le nombre de personnes ayant été exposées au virus aurait été assez élevé pour conférer au sein de la population locale une immunité suffisante pour empêcher la survenue d'une importante flambée épidémique.

Par ailleurs, font valoir Ester Sabino (université de São Paulo) et ses collègues, il est probable que la population des donneurs de sang ne s'écarte pas des paramètres démographiques de la population locale. Surtout, l'estimation de la population ayant été exposée au virus pourrait même avoir été sous-estimée dans la mesure où l'étude de séroprévalence avait exclu les donneurs de sang présentant des symptômes de Covid-19. Cette première hypothèse peut donc être a priori exclue. Une analyse des données par des équipes indépendantes pourrait néanmoins permettre de mieux appréhender à Manaus à la fois la représentativité des donneurs de sang par rapport à l'ensemble de la population locale et la dynamique du déclin de l'immunité acquise vis-à-vis du virus.

## Déclin de l'immunité acquise

Seconde hypothèse : l'immunité collective avait déjà largement décliné en décembre 2020 du fait d'une baisse générale des anticorps\* produits après une première infection. C'est cependant oublier que l'immunité acquise après l'infection naturelle dépend également de la persistance de lymphocytes B et T mémoires. Par ailleurs, une étude britannique conduite auprès de professionnels de santé, et ayant donné lieu à des résultats publiés dans le *New England Journal of Medicine* en décembre 2020 et dans la revue *Clinical Infectious Diseases* en janvier 2021, indique qu'une réinfection survient rarement dans les six mois suivants une première infection. Or à Manaus, la plupart des infections avaient eu lieu après un délai supérieur, en l'occurrence sept à huit mois avant l'actuelle résurgence de Covid-19. Malgré tout, cette baisse de l'immunité acquise n'explique sans doute pas à elle seule la flambée épidémique actuellement observée à Manaus.

## Nouveaux variants

Troisième hypothèse : les lignées virales circulant localement pourraient échapper au système immunitaire des personnes antérieurement infectées. Deux lignages majoritaires ont été détectés à Manaus à la mi-janvier : B.1.1.7 (initialement identifié au Royaume-Uni) et P.1.

Ce variant P.1 est porteur d'une signature génétique très particulière, véritable constellation de dix mutations sur la [protéine spike](#) (spicule ou protéine S) de l'enveloppe du SARS-CoV-2. Il renferme notamment la mutation N501Y (comme le variant identifié en Angleterre et en Afrique du Sud) et la mutation E484K (comme le variant « sud-africain »).

Par ailleurs, un autre variant circule au Brésil et notamment à Manaus, qui renferme également la mutation E484K. Récemment baptisé P.2, celui-ci dérive du descendant du lignage B.1.1.28 (qui circule abondamment dans l'État de Rio de Janeiro et qui a probablement émergé au Brésil en février 2020). Or la mutation E484K semble être associée à un échappement immunitaire, à savoir à une moindre capacité de neutralisation par les anticorps lors de l'infection naturelle ou celle induite par la vaccination. Elle a été observée dans des isolats viraux échappant à l'activité neutralisante du sérum de patients Covid-19 convalescents. Dans certains cas, le pouvoir neutralisant des anticorps était réduit de plus de dix fois. On peut noter à ce propos que le variant P.2. a été identifié au Brésil dans deux cas de réinfection chez des patients ayant déjà présenté une infection par un SARS-CoV-2 d'une autre lignée (B.1.1.33).

## Plus grande transmissibilité des virus circulants

Enfin, la quatrième hypothèse évoquée pour tenter d'expliquer la situation sanitaire très difficile à Manaus est sous-tendue par une plus forte contagiosité des lignages aujourd'hui en circulation en comparaison avec les souches qui circulaient antérieurement. Le lignage P.1 a été détecté par les tests RT-PCR dans 13 prélèvements sur 31 collectés entre les 15 et 23 décembre 2020. Il était en revanche absent dans 26 échantillons biologiques recueillis entre mars et novembre 2020 et séquencés. À ce jour, on sait peu de choses sur la transmissibilité de ce nouveau variant. Des études de traçage de cas et d'analyse des données épidémiologiques recueillies lors de l'actuelle seconde vague sont nécessaires pour mieux comprendre la transmissibilité de ce nouveau variant brésilien.

Selon les chercheurs, les nouvelles lignées de SARS-CoV-2 peuvent entraîner une résurgence des cas dans les endroits où elles circulent si elles ont une transmissibilité



accrue par rapport aux lignées circulantes préexistantes et si elles sont associées à un échappement immunitaire. « *Raison pour laquelle, ajoutent-ils, les caractéristiques génétiques, immunologiques, cliniques et épidémiologiques de ces variants du SARS-CoV-2 doivent être rapidement étudiées* ». À l'inverse, « *si la résurgence à Manaus est imputable à un affaiblissement de l'immunité protectrice, il faut s'attendre à des scénarios de résurgence similaires dans d'autres endroits* », déclarent-ils. Dans cette autre éventualité, assurer une surveillance sérologique et génomique soutenue à Manaus, comme ailleurs, constitue une priorité, de même qu'il importe également de surveiller la survenue de réinfections par le SARS-CoV-2 et de mettre en place des mesures pour lutter contre la diffusion de l'épidémie.

Les chercheurs soulignent par ailleurs la nécessité de déterminer l'efficacité des vaccins anti-Covid-19 actuels vis-à-vis du variant brésilien P.1 et d'autres potentiellement préoccupants en termes d'échappement immunitaire. Et de conclure en proposant de procéder au séquençage des virus chez les sujets qui, au cours des essais cliniques vaccinaux, ont développé une infection au SARS-CoV-2. Selon eux, cela pourrait peut-être aider à comprendre la part que peuvent représenter les nouveaux variants dans les réinfections.

**Marc Gozlan** (Suivez-moi sur [Twitter](#), sur [Facebook](#), [LinkedIn](#))

\* Les chercheurs avaient utilisé un test de détection des anticorps (IgG) dirigés contre la nucléocapside (protéine N) du SARS-CoV-2.

KINDER IN DER CORONA-KRISE:

# Die Verlierer der Pandemie

- VON JULIAN STAIB
- -AKTUALISIERT AM 01.02.2021-06:35



Gewichtszunahme, fehlende Konzentration, verlerntes Deutsch: Für Grundschüler aus bildungsfernen Familien haben die Schulschließungen fatale Folgen.

Am frühen Morgen in der „Notbetreuung“ einer Ludwigshafener Grundschule. Draußen ist es noch nicht ganz hell, drinnen im Klassenzimmer sitzen ein paar Kinder mit Maske und viel Abstand. Ein Mädchen zeichnet, sie soll Drei- und Vierecke in der richtigen Anzahl in ein Feld daneben übertragen. Es gelingt ihr nur selten. Mit Zahlen rechnen kann die Erstklässlerin noch nicht. Auch Deutsch spricht sie kaum. Zwei Stunden die Woche kommt sie derzeit in die Schule. So wie viele aus ihrer Klasse werde sie das Jahr wohl wiederholen müssen, sagt die Lehrerin.

Neun der 20 Kinder sprächen kein Deutsch. Viele könnten nicht einmal einen Stift richtig halten, zuletzt sei ja auch der Kindergarten und damit die Vorschulbildung ausgefallen. Die Lehrerin macht die Kinder nach, umfasst den Stift mit der Faust. Ein paar Räume weiter saßen einige Kinder einer weiteren ersten Klasse. Die Lehrerin fragt, was sie am Wochenende getan hätten. Beim Discounter seien sie gewesen, erzählt ein Junge, ansonsten Computerspiele und Fernsehen. Und nein, draußen sei er ansonsten nicht gewesen.

In die Gräfenauschule im Norden der Ludwigshafener Innenstadt gehen normalerweise 430 Kinder. In der „Notbetreuung“ sind es nun etwa 45, und die kommen im Wechsel. Daher ist es ungewöhnlich still in dem großen Backsteingebäude. Die Schule liegt in einem von Migranten geprägten Viertel. Bei 98 Prozent der Schüler ist Deutsch nicht die Muttersprache, 375 von ihnen sprechen schlecht oder gar kein Deutsch. „Wir sind hier ohnehin am Limit, was die Bildung angeht“, sagt die Schulleiterin Barbara Mächtle. Der Lockdown sei für die Kinder nun fatal. „Viele drohen auf der Strecke zu bleiben.“ Rund die Hälfte der Erstklässler müsse die Klasse wiederholen. Stand jetzt, und der Lockdown dauere ja noch an.

## Lehrer und Jugendhilfe zeichnen desaströses Bild

Seit Mitte Dezember sind die Schulen überwiegend zu. Unterricht gibt es für die Allermeisten nur aus der Ferne. Bei Grundschulern funktioniert das grundsätzlich kaum. Das zeigte sich schon während des ersten Lockdowns im vergangenen Frühjahr. Eltern von Zweitklässlern auch aus Schulen ohne hohen Migrantenanteil berichten, ihre Kinder seien auf dem Stand von vor einem Jahr. Für Grundschüler aus sogenannten „Brennpunktvierteln“ sind die Folgen noch verheerender.

Schulleiter, Lehrer, aber auch Mitarbeiter von Jugendhilfsorganisationen zeichnen ein desaströses Bild: Die Kinder verlieren das wenige Deutsch, das sie konnten und der Schulstoff wird im besten Fall wiederholt. Viele Kinder bewegen sich kaum noch und nehmen erkennbar zu. Sie verbringen die Tage Zuhause vor dem Fernseher oder digitalen Geräten. Neulich habe ihm ein Grundschüler seine „Screen-Time“ gezeigt, also die

Zeit, die er am Tag am Handy verbringe, berichtet ein Mitarbeiter eines Vereins. Es seien 16 Stunden gewesen.

Nach den Erfahrungen des ersten Lockdowns, als die Schulen für manche Klassenstufen fast drei Monate zu blieben, hieß es von der Politik, Schulschließungen seien unbedingt zu vermeiden. Nun sollen die Schulen als erste wieder geöffnet werden. Wann, ist unklar. Bis zum 14. Februar sollten sie „grundsätzlich geschlossen“ bleiben, heißt es im Beschluss der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten. Was danach kommt, wird wohl vor allem von der Bewertung der Coronavirus-Mutationen abhängen, die sich offenbar auch unter Kindern und Jugendlichen stärker verbreiten.

## Die Kinder verlieren Strukturen

In Rheinland-Pfalz wollte die Landesregierung eigentlich einen Sonderweg gehen. Die Grundschulen sollten schon ab diesem Montag für einen Wechselunterricht öffnen – bei weiter ausgesetzter Präsenzpflcht. Kurzfristig kippte die Landesregierung dann aber vergangene Woche den Plan aufgrund der Virus-Mutanten, die in Baden-Württemberg auch in Kitas festgestellt wurden. Man wolle sich nun Zeit nehmen, „um die Lage in Ruhe zu bewerten“, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin [Malu Dreyer](#) (SPD). Und: Kinder dürften nicht zum Verlierer der Pandemie werden.

Eigentlich sind sie es schon längst. Dauere der Lockdown an, verschärfe sich die Situation an den Grundschulen, dann werde die Zahl der Kinder, die das Klassenziel nicht erreichen, weiter steigen, warnt Schulleiterin Mächtle. Viele Kinder könnten sich gar nicht mehr auf den Unterricht konzentrieren. „Die Kinder verlieren an Struktur.“ In die „Notbetreuung“ kommen die meisten nicht, weil die Eltern arbeiten; das tun nur wenige. Sondern weil sie von den Lehrern hereingebeten wurden, damit sie nicht völlig abgehängt werden. Speziell die Förderkinder (hier „Nuggets“ genannt) werden einbestellt. Es sind verhaltensauffällige Kinder, oder solche aus besonders schwierigen Verhältnissen.



Helena Sponagel, Lehrerin an Gräfenaus Schule in Ludwigshafen, bespricht am 25.01.2021 die aktuellen Wochenarbeitsblätter. :Bild: Frank Röth

Wenn – zu normalen Zeiten – zwei der Kinder einer Klasse eine Empfehlung fürs Gymnasium bekämen, sei das schon viel, sagt Mächtle. Viele Eltern könnten weder lesen noch schreiben, manche nutzten die Zeit gerade und seien mit der Familie in die Heimat nach Bulgarien, Marokko, oder in die Türkei gereist. Nicht die Kinder aus Flüchtlingsfamilien machten Probleme, die seien sehr engagiert, viel eher jene aus Osteuropa, Bulgarien etwa. In manchen Familien habe Bildung keinen Stellenwert. „All die Probleme waren schon da. Aber sie haben sich nun massiv verstärkt.“

Schule war für die Kinder aus bildungsfernen Familien eine Brücke raus. Die gibt es derzeit nicht mehr. Viele der Schüler leben auf engstem Raum: drei Kinder in einem Zimmer, die gesamte Familie auf 70 Quadratmetern. Lernen sei bei vielen Zuhause unmöglich, erzählen Lehrerinnen. „Das einzige Internet, das es da gibt, ist auf Mamas Handy. Und die spricht kein Deutsch“, sagt eine. Wie solle man da Fernunterricht machen?

## Auf's Sitzenbleiben verzichten?

Forderungen etwa des Bundeselternrats, angesichts der vielen verlorenen Unterrichtsstunden auf's Sitzenbleiben zu verzichten, sehen die Pädagogen an dieser und an anderen Schulen mit großer Sorge. Dann reiche man das Problem nur weiter. Eine Lehrerin an einer Realschule berichtet davon, dass im vergangenen Jahr Schüler weiterkamen, die eigentlich zu schlecht gewesen seien. Die drohten nun ohne Abschluss dazustehen.

Jeden Montagmorgen werden in der Gräfenauschule die Aufgaben für die Woche ausgeteilt. Auf den Tischen liegen dann ein paar kopierte Seiten aus Schulbüchern, darauf kleben Zettel mit den Namen der Kinder. An diesem Morgen steht da: Darius, Abdullah, Tugba, Gianluca, Emre, Mihrimah, Alessia und Wesly. Nach und nach kommen Mütter, warten schüchtern auf dem Flur, bis die Lehrerin sie hereinbittet und ihnen dann einige Aufgaben erklärt. Sie bekämen nur solche, bei denen man annehme, dass sie es auch zuhause schafften, sagt sie. „Sonst bringt das ja nichts.“ Auf einem Blatt steht: Wer Lust habe, zuhause Sport zu machen, solle sich mal das Video eines Basketballvereins ansehen – und mitmachen.

## Andere Länder zeigen, dass es ohne Schließungen geht

Warum, fragt eine Lehrerin, habe die Politik die Schulen überhaupt geschlossen? Andere Länder hätten eine Reduktion der Infektionszahlen auch ohne Schließungen erreicht. Frankreich etwa ließ zuletzt trotz eines sehr viel strikteren Lockdowns die meisten Klassen offen. Auch Luxemburg hat seine Schulen seit längerem wieder offen. Der luxemburgische Außenminister [Jean Asselborn](#) sagte kürzlich, in seinem Land gebe es einen Ausländeranteil von 48 Prozent. Viele Kinder gingen verloren, wenn es keinen oder nur digitalen Unterricht gebe. An der Gräfenauschule liegt der Ausländeranteil bei 42 Prozent.

Immer wieder wird in der „Notbetreuung“ der Unterricht zum Lüften unterbrochen. Vor der Vesperpause stellen sich die Kinder zum Händewaschen an. Manche weisen andere darauf hin, Abstand zu halten. „Die kennen es nicht mehr anders“, sagt eine Lehrerin. Ihr Pausenbrot essen die Kinder alleine an ihrem Tisch, mit der Jacke über den Knien, denn von draußen weht die Kälte herein. Im Treppenhaus zeigen Pfeile, wo man laufen darf.

## Nur wenige Infektionen bekannt

Infektionen mit dem [Coronavirus](#) unter den Kindern wurden nach Angaben der Schulleiterin nur sehr wenige bekannt. Zwei Schüler hatten sich Anfang Januar während des Urlaubs infiziert, zwei weitere im Vorjahr. Unter den Lehrkräften gab es keine Infektionen. Ähnlich war es an Berthold-Otto-Schule, einer Grundschule im Frankfurter Stadtteil Griesheim. Auch hier gab es keine Infektionen unter den Lehrkräften und nur zwei – bekannte – unter den Schülern.

Die Berthold-Otto-Schule liegt ebenfalls in einem „Problemviertel“, 99 Prozent der Kinder haben einen „Migrationshintergrund“. Carola Rasch-Hegelund heißt die Schulleiterin und auch sie warnt: „Unsere Kinder sind die Verlierer des Ganzen.“ Wenn der Lockdown noch länger andauere, blieben „viele auf der Strecke“. Dabei sei doch alles ohnehin sehr schwierig. Deutsch, sagt sie, lernten die meisten der Kinder nur in der Schule, und nun verlernten sie es wieder. Neulich habe sie von einer Gruppe Jungs erfahren, die sich nun regelmäßig treffe, um „Ballerspiele“ zu spielen, die eigentlich erst ab 18 Jahren erlaubt seien. „Die Kinder sind sich selbst überlassen. Die Eltern sind total überfordert.“

## Keine E-Mailadressen, kein WLAN

Die Kultusminister hätten derzeit Schulen im Blick, „bei denen es gut läuft, die nicht so eine Klientel haben wie wir. Da wird alles ein bisschen schöneredet“, sagt Rasch-Hegelund. Die meisten Eltern könnten keinen Distanzunterricht unterstützen, viele hätten keine E-Mailadressen, viele wechselten oft die Telefonnummer. An ihrer Schule gebe es nicht einmal ein WLAN. „Das sind so Problematiken, die hat ein Herr Lorz nicht auf dem Schirm.“ Alexander Lorz ist Hessens Kultusminister.

„Die Kinder gehen uns verloren. Das wird nicht ausreichend berücksichtigt“, sagt auch Daniel Schröder. Er ist Regionalleiter der Arche, einem Hilfsverein, der unter anderem an der Berthold-Otto-Schule Hausaufgabenhilfe, Mittagessen, aber auch Mentoring- und Freizeitprogramme anbietet. Im Moment allerdings nur sehr eingeschränkt. Derzeit versucht der Verein etwa, Eltern mit Laptops auszustatten und ihnen die Nutzung beizubringen.

Nach dem ersten Lockdown hat Schröder, ebenso wie mehrere Lehrer, bei vielen Kindern eine deutliche Gewichtszunahme festgestellt. Auch die Kondition sei weg gewesen. Er fürchtet, die **Pandemie** könne zu einer „krassen Ausdifferenzierung zwischen Arm und Reich“ führen: Diejenigen mit genügend Platz zu Hause und einem stabilen Familiensystem gingen womöglich gestärkt daraus hervor, die anderen drohten abzurutschen. Hinzu komme: Viele Eltern arbeiteten etwa als Taxifahrer oder Caterer und wüssten nicht, ob ihre Jobs noch gebraucht würden. „Die Unsicherheit wirkt sich auf die Kinder aus.“ Je länger die Schulschließungen andauerten, umso größer würden die Bildungslücken, sagt Schröder. Wenn die Pandemie überwunden sei, brauche es eine enorme Anstrengung, um all das irgendwie wieder aufzuholen. Mit dem normalen Schulprogramm werde das nicht gelingen.



CORONA-IMPfstOFFE:

# Impfen statt schimpfen

- VON SEBASTIAN BALZTER
- -AKTUALISIERT AM 01.02.2021-14:09



Pharmakonzerne stehen am Pranger, weil die Corona-Impfstoffe nicht so schnell geliefert werden wie erhofft. Aber nur ein Hersteller hat wirklich geschlampt.

Deutschland hat weniger Impfstoff-Dosen zur Verfügung, als sich das viele unterm Christbaum vorgestellt hatten. Wäre das zu vermeiden gewesen? Vermutlich schon – aber nur, wenn sich die Politik schon im vergangenen Frühling zu einem systematisch anderen Umgang mit der Corona-Seuche hätte durchringen können. Nachher ist man ja immer schlauer. Aber die Wahrheit ist, dass Ökonomen die Sache schon recht schnell nach dem Ausbruch der Seuche durchgerechnet hatten, allen voran der Amerikaner Michael Kremer, 2019 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet. Und die Vorschläge blieben auch kein Geheimnis, die F.A.S. beispielsweise hat im vergangenen Mai darüber berichtet.

Kremers Überlegung: Die zu erwartenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden durch die Pandemie sind so groß, dass es sich für die Staaten lohnt, breit gestreut den Aufbau von Fertigungskapazitäten zur Impfstoffherstellung fördern sollten, damit die Pharmafirmen viele unterschiedliche Vakzine entwickeln und die erfolgreichen unter ihnen ab dem Tag der Zulassung in großen Mengen ausliefern können. Für Deutschland kommt Kremer in einer Kosten-Nutzen-Abwägung darauf, dass die Regierung idealerweise 21 Impfstoffhersteller unterstützen und dafür 13,6 Milliarden Dollar hätte ausgeben sollen; für die EU kommt er auf ein optimales Fördervolumen von rund 60 Milliarden Dollar. Der Ertrag, rechnet der Wissenschaftler vor, wäre fünfmal so groß gewesen.

## Heimische Unternehmen gefördert

Tatsächlich hat die EU einen anderen Weg gewählt: Anstatt direkt den Aufbau von Kapazitäten zu finanzieren, hat sie sich mit zunächst sechs Herstellern auf Lieferverträge mit festgelegten Preisen für den Fall geeinigt, dass deren Impfstoffkandidaten zugelassen werden (*siehe Tabelle*). Man darf getrost vermuten, dass bei der Auswahl der Projekte nicht nur die optimale Risikoverteilung eine Rolle gespielt hat, sondern auch die Herkunft der Firmen. Deutschland fördert drei einheimische Hersteller – darunter Biontech und Curevac, mit denen auch die EU Verträge abgeschlossen hat– zusätzlich mit 750 Millionen Euro. Außerdem hat sich die Bundesregierung an Curevac sogar beteiligt; eine Option, die in den Überlegungen der Ökonomen zur Beschleunigung der Impfstoff-Versorgung überhaupt nicht vorkommt.

Näher dran am Rat von Kremer und seinen Kollegen blieb der damalige amerikanische Präsident Donald Trump, der mit einem „Operation Warp Speed“ genannten, nach militärischem Vorbild organisierten Förderprogramm 11 Milliarden Dollar in acht verschiedene Pharmafirmen pumpte, damit diese schon Produktionskapazitäten aufbauen, bevor sich die Wirksamkeit ihrer Präparate erwiesen hat. Fünfmal so viel



Geld hätte es nach Michael Kremers Berechnungen für ein ideales Ergebnis – nämlich so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich impfen zu können – sein müssen.

Eine Garantie, dass der Plan aufgehen würde, gab es freilich nicht. Und Politiker sind keine Ökonomen. Sie wollen wiedergewählt werden. Ihre Wahrscheinlichkeitsrechnung berücksichtigte auch das Risiko, als willfährige Helfer der Pharmabranche hingestellt zu werden, die gierigen Konzernen Blankoschecks ausstellen. Deshalb gingen sie nicht in die Vollen, sondern suchten Kompromisse. Es lohnt sich, etwas genauer darauf zu schauen, wozu das in den einzelnen Fällen geführt hat. Fangen wir mit den beiden großen bisherigen Enttäuschungen an, dem französischen Konzern Sanofi, der sich mit dem Impfstoff-Spezialisten Glaxo-Smith-Kline zusammengetan hat, und dem britisch-schwedischen Anbieter [Astra-Zeneca](#), der mit der Universität in Oxford kooperiert.

Beide zählen zu den Platzhirschen in der Branche; beide setzen auf bewährte Verfahren, um die körpereigenen Abwehrkräfte gegen das Coronavirus zu aktivieren: Astra-Zeneca schleust dafür Erbinformation des Coronavirus in Körperzellen ein, die daraufhin Bestandteile des vermaledeiten Virus produzieren und damit das Immunsystem alarmieren. [Sanofi](#) vertraut auf die Technik, nachgezüchtete Coronavirus-Proteine direkt in den Körper zu schleusen, um eine Immunreaktion hervorzurufen. Sowohl Sanofi als auch Astra-Zeneca gingen selbstbewusst an die Sache heran, schlossen früh Lieferverträge mit den Vereinigten Staaten und mit der Europäischen Union und ließen sich in Amerika auch großzügig beim Aufbau von Produktionskapazitäten unterstützen. Beide haben angekündigt, ihre Vakzine vergleichsweise günstig anzubieten, Astra-Zeneca zum Selbstkostenpreis.

## Pleiten, Pech und Pannen

Beide stießen jedoch im Lauf der Erprobung ihrer Impfstoffe an größeren Probandengruppen schon im vergangenen Jahr auf Ungereimtheiten beziehungsweise enttäuschende Zwischenergebnisse. Das Präparat von Sanofi führte bei älteren Patienten nicht zu der erwünschten Reaktion. Der Konzern will es nun mit einer neuen Dosierung versuchen. Das Projekt ist dadurch viele Monate zurückgefallen – ein Rückschlag, der sich auch mit noch so vielen Milliarden an Fördermitteln nicht hätte ausschließen lassen.

Astra-Zeneca dagegen hielt am Plan fest und hat am Freitag sogar die Zulassung für seinen konkurrenzlos günstigen Impfstoff in der EU erhalten. Dabei sind dem Konzern in der entscheidenden Testphase Messfehler unterlaufen. Außerdem wurde ein Studiendesign gewählt, das die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beeinträchtigt. Noch vor der Entscheidung der europäischen Zulassungsbehörde hatte sich die Ständige Impfkommision in Deutschland dazu entschlossen, das Astra-Zeneca-Vakzin mangels statistisch belastbarer Ergebnisse nur bis zum Alter von 65 Jahren zu empfehlen, also gerade nicht für die am stärksten gefährdeten Menschen. Der Impfstoff vermag offenbar auch nicht zuverlässig zu verhindern, dass Geimpfte die Infektion weitertragen, ohne selbst krank zu werden. Diese Wirkung ist jedoch auch für die anderen Vakzine noch nicht schlüssig nachgewiesen.

## Astra-Zeneca steht schlecht da

Viel schärfer als über die offenkundigen Versäumnisse in der klinischen Erprobung des Impfstoffs wurde in der vergangenen Woche darüber diskutiert, dass Astra-Zeneca mit Verweis auf voraussichtlich vorübergehende Probleme beim Hochfahren der Fertigung in einer Reihe von Werken seine zunächst für die EU vorgesehenen Liefermengen gekürzt hat. Der am Freitag veröffentlichte Vertragstext ist weitgehend geschwärzt. Aber dass der Konzern zuerst die Staaten bedienen will, die wie die Vereinigten Staaten Geld für den Aufbau von Produktionsanlagen vorgeschossen haben, klingt plausibel. In der Öffentlichkeit steht Astra-Zeneca nun allerdings denkbar schlecht da.

Dass es auch anders geht, zeigen die Biotech-Firmen Biontech und Moderna, deren Impfstoffe schon etwas länger zugelassen sind und mit hoher Wirksamkeit in allen Altersgruppen überzeugt haben. Beide Präparate wirken offenbar auch gegen die jüngst festgestellten neuen Virusvarianten. Während Moderna zu den Profiteuren der „Operation Warp Speed“ in Amerika gehört, haben Biontech und Pfizer auf diese Förderung verzichtet, um unabhängig zu bleiben. Beide Firmen vertrauen auf eine Technik, auf deren Basis noch nie zuvor ein Medikament zugelassen wurde: Ihre Impfstoffe enthalten molekulare Anleitungen für den Bau von

Virus-Bestandteilen. Dieses Verfahren ermöglicht es, schneller als je zuvor neue Arzneimittelkandidaten hervorzubringen. Allerdings müssen diese Präparate tiefgekühlt werden, damit sie ihre Wirkung nicht verlieren. Auch der Herstellungsprozess stellt besondere Anforderungen, Erfahrungswerte für die Produktion im industriellen Maßstab gibt es nicht.

## Die Tücken der Lieferkette

Schon bei robusteren Präparaten ist es für die Hersteller eine Herausforderung, die Fertigung von Klein- auf Großserie umzustellen, in diesem Fall von einigen zehntausend Dosen für die Erprobung auf mehr als eine Milliarde im Jahr nach der Zulassung. Dabei spielen Zulieferbetriebe eine große Rolle. So sind wegen des sprunghaft angestiegenen Bedarfs zurzeit bestimmte Fette knapp, mit denen die empfindliche „Messenger-RNA“ (mRNA) zur Stabilisierung umhüllt wird. Das ist der Punkt, an dem auch die von Nobelpreisträger Kremer empfohlene Förderpolitik an Grenzen stößt: Es kann an vielen Stellen in der Lieferkette zu Engpässen kommen, nicht alles lässt sich voraussehen. Und Lieferanten lassen sich nicht auf die Schnelle austauschen; das erfordert eine behördliche Prüfung.

Biontech hat sich – auch mit Blick auf die Kapazitäten – früh mit dem amerikanischen Großkonzern Pfizer zusammengeschlossen; Moderna hat eine Reihe von Auftragsfertigern unter Vertrag genommen, unter anderem Lonza aus der Schweiz. Auch das dritte mRNA-Start-up, Curevac aus Tübingen, versucht inzwischen nicht mehr allein sein Glück, sondern ist eine Partnerschaft mit Bayer eingegangen; allerdings wird der Curevac-Impfstoff kaum vor dem Sommer zugelassen werden. Biontech/Pfizer und Moderna sind einige Schritte weiter. Beide halten bislang an ihren Lieferversprechen für das laufende Quartal fest. Zwar liefern Biontech/Pfizer in den ersten Wochen des Jahres weniger als zunächst gedacht, weil ein Werk umgebaut wird. Dort soll danach aber umso mehr Impfstoff hergestellt werden – ein Vorgang, der typisch ist für die industrielle Produktion, die auf große Stückzahlen kommt, wenn sie erst einmal richtig in Gang ist.

Vergleichsweise heimlich, still und leise hat ein weiteres Unternehmen ein Corona-Impfstoffprojekt vorangetrieben, das sich bald als positive Überraschung erweisen könnte. Der amerikanische Mischkonzern Johnson & Johnson will im Februar die Zulassung für sein Vakzin beantragen, die bisher vorliegenden Studiendaten geben Grund zum Jubeln: Der Impfstoff ist nicht nur vergleichsweise robust, er könnte auch mit einer einzelnen Impfung wirksamen Schutz leisten, während alle anderen genannten Anbieter eine zweite Impfung zwei bis acht Wochen nach dem ersten Pieks empfehlen.

## Impfstoff-Katastrophe? Impfstoff-Wunder!

Was lässt sich aus dem Vergleich lernen? Die kleinen Biotechfirmen haben bisher nicht nur schneller, sondern auch sauberer gearbeitet als die großen Pharmakonzerne. Direkte staatliche Förderung bringt den Geldgebern Vorteile, falls die Empfänger mit ihren Projekten Erfolg haben, schützt aber nicht vor Pannen in der Impfstoffentwicklung.

Normalerweise dauert es zehn Jahre oder länger, einen neuen Impfstoff gegen auf den Markt zu bringen; viele Pharmafirmen scheuen das Impfstoffgeschäft grundsätzlich, weil es nicht besonders lukrativ ist. Nun gibt es, ein gutes Jahr nach der Identifizierung des Coronavirus, mehr als 200 verschiedene Impfstoffkandidaten. Ein paar sind sogar schon millionenfach verimpft worden. Ja, es hätte noch besser laufen können. Aber alles in allem ist das keine Impfstoff-Katastrophe, sondern ein Impfstoff-Wunder.

# Corona-Impfstoff-Projekte im Überblick

Hersteller	Art des Impfstoffs	Dosierung	Lagerfähigkeit	Zulassungsstatus	Vereinbarte Liefermenge für Deutschland bis Ende 2021, Millionen Dosen	Preis je Dosis in Euro	Entwicklung des Aktienkurses in den vergangenen zwölf Monaten
Biontech/ Pfizer	mRNA – neuartige Biotechnologie	Zweifachimpfung; Muskulinjektion	bei -70 Grad Celsius	in der EU zugelassen seit 21. Dezember 2020; zu 95% wirksam	90	12	Biontech +235 %; Pfizer + 5 %
Moderna	mRNA – neuartige Biotechnologie	Zweifachimpfung; Muskulinjektion	bei -20 Grad Celsius	in der EU zugelassen seit 6. Januar 2021; zu 92% wirksam	50,5	15	743%
Astra-Zeneca	Adenovirus – auf der Basis eines in der Natur bei Schimpansen vorkommenden Virus	Zweifachimpfung; Muskulinjektion	bei Kühlschranktemperatur	in der EU zugelassen seit 29. Januar 2021; zu 60% wirksam	56,2	1,78	-3%
Johnson&Johnson	Adenovirus – wie bei einem erprobten Ebola-Impfstoff	Einfachimpfung; Muskulinjektion	bei Kühlschranktemperatur	Zulassung könnte im Februar erfolgen; in letzter Testphase zu 66% wirksam	37,25	7	-8%
Curevac	mRNA – neuartige Biotechnologie	Zweifachimpfung; Muskulinjektion	bei Kühlschranktemperatur	letzte Testphase läuft seit Dezember 2020, Zulassung im Sommer möglich	62	nicht bekannt	+103%
Sanofi/GSK	Antigen – wie bei erprobten Grippe-Impfstoffen	Zweifachimpfung; Muskulinjektion	bei Kühlschranktemperatur		55	7,6	Sanofi -13 %; GSK -25 %

Quelle: Unternehmen, Bundesgesundheitsministerium, EU-Parlament, EMA, eigene Recherche; Börsenkurs von Curevac seit Erstnotiz am 14. August 2020

GESETZENTWURF IN FRANKREICH:

# Ein Angriff auf die Religionsfreiheit?

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 01.02.2021-18:41



Mit einem neuen Gesetz will Emmanuel Macron auf Radikalisierung und islamistischen Terror reagieren und Parallelgesellschaften verhindern. Die Kirchen warnen vor gefährlichen Kollateralschäden für die Religionsfreiheit.

Die Zweifel haben die französische Regierungsmehrheit erreicht. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, François de Rugy, meinte zum Auftakt der parlamentarischen Debatte am Montag, man dürfe sich „keine Revolution“ von dem Gesetz zur „Stärkung der Prinzipien der Republik“ versprechen. Präsident Emmanuel Macron ringt seit Monaten mit der Frage, wie er angemessen auf Radikalisierung und islamistischen Terror reagieren soll.

Ursprünglich trug der Entwurf die Überschrift „Gegen den islamistischen Separatismus“. Nach Protesten wurde der Titel geändert, das Wort Islamismus kommt in den 70 Artikeln des Gesetzentwurfes nicht vor. Die Opposition hat 2647 Änderungsanträge eingereicht, aber der größte Widerstand kommt von den alteingesessenen Religionsgemeinschaften. Katholiken, Protestanten und Juden warnen vor den „Kollateralschäden“ des Gesetzes, das die Religionsfreiheit für alle Gläubigen einzuschränken drohe. Moscheen sollen überwacht und ihre Finanzströme stärker kontrolliert werden.

## Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht?

Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Eric de Moulins Beaufort, kritisierte das Gesetz als Versuch, die Religionen unter staatlichen Vormund zu stellen. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses beklagte er „den Rückschritt“, den das Gesetz für die Religionsfreiheit bedeute. Besonders kritisch sieht er die geplante Regelung, dass die Präfekten als Gesandte des Zentralstaates künftig in regelmäßigen Abständen Kirchen und andere Religionsstätten „überprüfen“ und zulassen müssen. Der Staat greife mit der vorgesehenen Kontrolle der Buchhaltung zudem in das Selbstverwaltungsrecht der Kirchen ein.

Als „sehr beunruhigend“ bezeichnet der Bischof das Vorhaben, den Präfekten die Kompetenz für die Schließung von Religionsstätten zu übertragen. Bislang müssen Gründe für eine Schließung von der Justiz überprüft werden. Für den Vorsitzenden der Bischofskonferenz bedeutet der Gesetzentwurf einen Angriff auf das Gesetz von 1905, das seither die Trennung von Kirche und Staat regelt. „Das Gesetz von 1905 ist ein Freiheitsgesetz. Doch mit dem neuen Gesetz droht es sich in ein Kontroll-, Polizei- und Repressionsgesetz zu verwandeln“, warnte der Bischof.

## Mangelnde Abstimmung mit dem Innenministerium

Der Vorsitzende der protestantischen Föderation, Pastor François Clavairoly, kritisierte, das Gesetz verfehle seine Ziele. Statt einen verbindlichen Rechtsrahmen für den französischen Islam zu schaffen, würden alle Religionen unter Generalverdacht gestellt. Er beklagte den „intrusiven Charakter“ des Gesetzes, das die Protestanten besonders treffe, da sie zwei Drittel der in Frankreich eingeschriebenen Kultgemeinschaften (laut Gesetz von 1905) bildeten. Die bestehenden Kultgemeinschaften würden entmündigt und unter staatliche Kontrolle gestellt. Clavairoly kritisierte zudem eine mangelnde Abstimmung mit dem Innenministerium. Der französische Großrabbiner Haim Korsia begrüßte die Absicht, gegen den radikalen Islamismus durchzugreifen, warnte aber auch, es gebe „Religionen, die sich exemplarisch verhalten. Sie dürfen nicht die Leidtragenden verschärfter Kontrollen werden.“

Der Gesetzentwurf geht auf die Rede Macrons in Les Mureaux im vergangenen Oktober zurück, als er islamistischen Parallelgesellschaften den Kampf ansagte. „Wir kommen nicht darum herum festzustellen, dass es einen radikalen Islam in Frankreich gibt, der die Werte der Republik untergräbt, der die Gewalt banalisiert und der einige unserer Bürger dazu gebracht hat, den schlimmsten Weg zu gehen, ihn gar für den richtigen zu halten“, sagte Macron damals. Er äußerte auch Selbstkritik: „Diejenigen, die diese Ideologie verbreiten, nähren sich aus unserem Scheitern.“ Doch von der notwendigen Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen für viele Banlieue-Bürger, die Macron forderte, ist im Gesetzentwurf nicht mehr die Rede.

## Verbot des Hausunterrichts

Er trägt die Handschrift des Innenministers Gérald Darmanin, der vorrangig auf Repression und polizeiliche Kontrollen setzt. Kürzlich kritisierte er sogar, dass in Supermärkten Halal-Produkte und koschere Speisen angeboten werden. Einschränkend sagte er, dies sei „nur“ seine persönliche Meinung. Doch ist das Gesetz vom Willen geprägt, die Toleranzschwelle für religiöse Praktiken besonders niedrig anzusetzen.

Leidtragende werden auch die Familien sein, die ihre Kinder aus medizinischen oder pädagogischen Gründen zu Hause unterrichten wollen. Da es vereinzelt zu Missbräuchen durch radikalislamistische Prediger gekommen ist, soll fortan ein allgemeines Verbot des Hausunterrichts durchgesetzt werden. Andere in dem Gesetz erwähnte Verbote wie das der Ausstellung von Jungfräulichkeitszertifikaten gibt es bereits, sie werden aber aus politischen Gründen wiederholt. „Eine gemeinsame Zukunft, die nicht auf Religionen oder politischen Meinungen gründet, sondern auf der Idee einer nationalen Gemeinschaft, die stolz auf ihre Geschichte ist“, sei sein Ziel, bekundete Darmanin am Montag im Radiosender France Inter.

Der Innenminister führt parallel die Gespräche zu einem muslimischen Imam-Rat. Unter Federführung des Innenministeriums wurde auch die verbindliche Grundwerte-Charta ausgearbeitet, zu der sich alle muslimischen Verbände bekennen sollen. Drei große Verbände, darunter zwei türkische, weigern sich, die Charta zu unterzeichnen. Am Montag drohte Darmanin mit einem Ausschluss der türkischen Verbände aus dem französischen Rat für den muslimischen Kultus (CFCM). Ursprünglich hieß es, bis zum 1. Februar laufe die Frist für die Unterzeichnung der Charta aus.

GASTKOMMENTAR

# Staatsschulden sind keineswegs kostenlos

Aufgrund tiefer Zinsen ist es derzeit für Staaten günstig, Schulden zu machen – also zukünftige in gegenwärtige Kaufkraft umzutauschen. Eine Finanzpolitik ist aber nur so lange nachhaltig, als die Schuldenquote stabil bleibt.

Dirk Niepelt16 Kommentare 01.02.2021, 05.30 Uhr

Nominal- und Realzinsen sind tief und in der Schweiz sogar negativ. Deshalb ist vielfach zu lesen, Staatsschulden seien «kostenlos» oder «nahezu kostenlos». Stimmt das? Auf den ersten Blick stimmt es nicht, denn der Käufer einer Bundesobligation muss für deren Erwerb etwas bezahlen. Alles andere wäre erstaunlich. Schliesslich dient das Geschäft zwischen Schuldner und Gläubiger dazu, Kaufkraft in der Zukunft und der Gegenwart zu tauschen. Der Preis, zu dem dieser Tausch stattfindet, ist der Bruttozins, nicht der Nettozins (also ungefähr eins, nicht null), denn bei Fälligkeit erhält der Gläubiger Zins und Tilgungszahlung. Erst bei einem Nettozinssatz von minus hundert Prozent würde die Schuldenaufnahme kostenlos. Bei Fälligkeit würden sich die Schulden in diesem unrealistischen Fall in Luft auflösen, weil der negative Zins die Tilgung auffrässe.

Schuldenquote muss stabil bleiben

Etwas komplizierter wird die Lage bei einer längerfristigen Betrachtung. Finanzpolitik ist nachhaltig, solange die Schuldenquote nicht explodiert, die Schulden also nicht schneller wachsen als das Volkseinkommen. Ein Staat mit einem sehr langen Horizont muss seine Schulden daher nie tilgen, wie ein einfaches Beispiel verdeutlicht. Angenommen, der Zinssatz läge bei einem Prozent, der Staat habe hundert Franken Schulden und das staatliche Primärdefizit wie auch das Wirtschaftswachstum betrügen null. Begleitet der Staat seine Schulden nach einem Jahr, muss er 101 Franken bezahlen. Stabilisiert er hingegen lediglich die Schuldenquote, muss er jährlich einen Franken Zins bezahlen und die Schulden überwälzen. Der Barwert des ewigen Schuldendienstes in dieser zweiten Variante beträgt ebenfalls 101 Franken.

Wirtschaftswachstum und Primärdefizite oder -überschüsse ändern nichts Grundsätzliches an dieser Logik: Finanzpolitik ist nachhaltig, solange die Schuldenquote stabil bleibt. Wenn der Zinssatz über der Wachstumsrate der Wirtschaft liegt, erfordert Nachhaltigkeit daher Primärüberschüsse, das heisst, der Staat muss Steuern zur Finanzierung von Zinszahlungen aufbringen. Doch was geschieht, wenn der Zinssatz die Wachstumsrate unterschreitet? Gestattet nachhaltige Finanzpolitik dann dauerhafte Primärdefizite, und werden Staatsschulden damit faktisch kostenlos?

Viele Kolumnisten argumentieren derzeit so. Dabei berufen sie sich häufig auf eine Arbeit von Olivier Blanchard, MIT-Professor und ehemaliger Chefökonom des IMF (und manchmal auch auf die «Modern Monetary Theory» – ein Narrativ, das seriöse Ökonomen mehrheitlich ablehnen). Blanchard argumentiert, dass die Zinssätze von Staatsobligationen häufig unterhalb der Wachstumsrate gelegen hätten und vorerst wohl auch liegen würden. Blicke dies dauerhaft der Fall, so sein korrekter Schluss, könnten die Schulden erhöht werden, ohne dass dies in der Zukunft höhere Zinszahlungen nach sich zöge. Denn infolge des Wirtschaftswachstums würden die Schulden in Relation zum Volkseinkommen mit der Zeit verschwinden und hätten somit keine fiskalischen Kosten.

Doch die Analyse von Blanchard wird aus verschiedenen Gründen falsch gedeutet oder überinterpretiert. Erstens löst sich die staatliche Budgetrestriktion nicht schon dann in Luft auf, wenn die Wachstumsrate in der Regel über dem Zinssatz liegt, sondern erst dann, wenn ein dauerhafter Anstieg des Zinsniveaus über die



Wachstumsrate ausgeschlossen werden kann. Dies ist nicht der Fall. Zweitens müssen Risiken berücksichtigt werden, wie dies Blanchard auch tut. Ein Vergleich von Zinssätzen und durchschnittlichen Wachstumsraten ist nicht aussagekräftig. Drittens rentieren Staatsschulden wegen ihrer vorteilhaften Liquiditätseigenschaften tiefer als Forderungen gegenüber anderen Schuldnern, die den Marktzins entrichten müssen. Staatsschulden generieren daher wie Geld Seigniorage-Einnahmen für den Staatshaushalt. Doch das bedeutet keineswegs, dass der Staat deswegen keine Budgetrestriktion zu beachten hätte.

Neue Schulden machen?

Selbst wenn Schulden keine fiskalischen Kosten verursachen, hiesse dies nicht zwingend, dass höhere Schulden vorteilhaft wären. Kolumnisten suggerieren zwar häufig, Blanchards Studie propagiere die Ausgabe neuer Schulden zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, doch dem ist nicht so. Vielmehr bezieht sich seine Analyse auf umlagefinanzierte Transfersysteme wie das der Schweizer AHV, die in ihren makroökonomischen Auswirkungen Parallelen zu Staatsschulden aufweisen. Blanchard rät also nicht zu schuldenfinanzierten öffentlichen Investitionen, sondern zu höheren AHV-Beiträgen und -Leistungen. Diese haben aber auch in Blanchards Analyse Verteilungswirkungen, bevorzugen also einzelne Generationen auf Kosten anderer.

Was bleibt als Fazit? Aufgrund tiefer Zinsen ist es derzeit insbesondere für Staaten vergleichsweise günstig, zukünftige in gegenwärtige Kaufkraft umzutauschen. Doch Staatsschulden sind deswegen keineswegs «kostenlos». Und selbst wenn die fiskalischen Kosten von Staatsschulden verschwänden, blieben nachhaltige und insbesondere optimale Schuldenquoten begrenzt.

**Dirk Niepelt** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern und Direktor am Studienzentrum Gerzensee.

BUNDESANLEIHEN:

# Die deutschen Renditen werden steigen

VON WIELAND STAUD **Wieland Staud leitet die Staud Research GmbH in Bad Homburg.**

- -AKTUALISIERT AM 02.02.2021-12:55

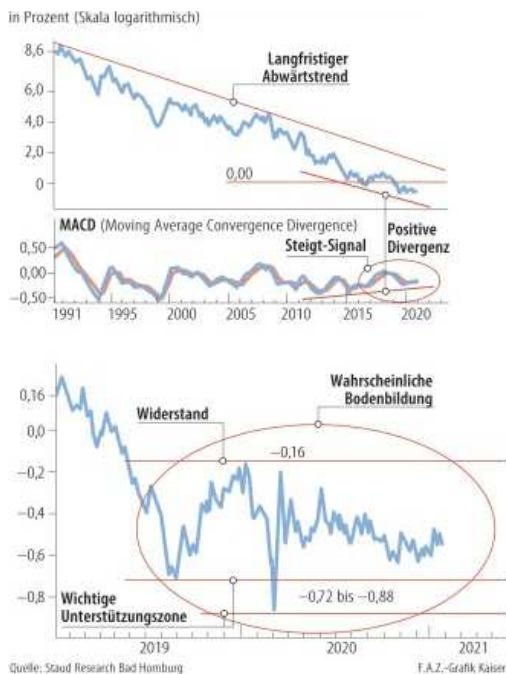
Am Anleihenmarkt deutet vieles auf eine charttechnische Trendwende hin. Anleger könnten danach mit nennenswerten Renditen rechnen. Zeichnet sich ein Ende der niedrigen Zinsen ab?

Kaum etwas hat mich in den vergangenen beiden Jahren mehr beschäftigt als die Frage, warum zur Hölle sich Investoren negative Renditen freiwillig antun. Warum legen sie sich Anleihen zu, die ihnen in den kommenden 10 Jahren einen absolut sicheren Wertverlust von rund 5 Prozent garantieren? Wer heute 100 Euro in eine zehnjährige **Bundesanleihe** investiert, der wird in 10 Jahren zwar diese 100 Euro sehr wahrscheinlich wieder zurückbekommen. Aber für jedes Jahr, in dem er Gläubiger der Bundesrepublik Deutschland ist, wird er ein halbes Prozent dafür berappen müssen, es überhaupt sein zu dürfen. Das ist doch der absolute Wahnsinn. Keine Versicherung der Welt verkauft mir eine Police für lau und legt noch Geld obendrauf.

In meinen Augen gibt es zwei legitime Antworten: Für die Investoren war bislang der Erwartungswert der Rendite einer Bundesanleihe immer noch höher als für alle verfügbaren oder für sie in Frage kommenden alternativen Investitionen. Zudem kann man mit Kurssteigerungen rechnen – sprich mit noch weiter ins Minus abdriftenden Renditen. Obwohl der zweitgenannte Grund mit Sicherheit gewaltige Probleme genau dann erwarten lässt, sobald die Renditen anfangen, nachhaltig zu steigen, ging die Rechnung bislang auf. Ein Rückschluss aus dem ersten Punkt wäre hingegen unglaublich faszinierend: Steigende Renditen könnten auch ein Hinweis darauf sein, dass die Marktteilnehmer beginnen, alternative **Investitionen** wieder stärker zu beachten oder besser zu beurteilen. Negative Renditen wären dann Ausdruck einer verzweifelt schlechten Stimmung und damit ein künftiger Treibsatz für Investitionen in der realen Welt – und vielleicht sogar für Aktien.

## Wichtige Kennzahl rückt in den Blick

Sei dem wie es sei, wir werden es erleben. An steigenden Renditen führt jedenfalls in meinen Augen kaum noch ein Weg vorbei. Würde ich den abgebildeten Chart der 10-jährigen deutschen Rendite anders bewerten, verginge ich mich an allem, was ich hoffe, gelernt zu haben. Der vielleicht wichtigste Grund ist der Moving Average Convergence Divergence (MACD), berechnet auf der Basis von Monatsdaten. Zwei Beobachtungen springen bei diesem, nach meiner Meinung besonders robusten Indikator ins Auge. Zum einen das schon im vergangenen Jahr entstandene, noch relativ frische neue „Steigt“-Signal und zum anderen die mit den pinkfarbenen zusammenlaufenden Linien bei MACD und Chart markierten „positiven Divergenzen“.



Das „Steigt“-Signal ist schön, lieb und nett und als Argument für einen steigenden Chart beachtenswert. Weit bedeutender sind jedoch die „positiven Divergenzen“. Sie zeigen, dass der Indikator den immer tieferen Tiefs des Charts nicht mehr folgen konnte. Der Druck nach unten wurde demnach mit jedem neuen Tief in den vergangenen Jahren immer kleiner. Und genau das ist die ideale Ausgangssituation für eine untere Trendwende. Es gibt beliebig viele Charts auf allen Zeitebenen, deren Bodenbildung von „positiven Divergenzen“ oder vergleichbaren technischen Indikationen begleitet wurde. Für die 10-jährigen Renditen aktuell etwas anderes zu erwarten, hieße deshalb, sich an den Grundregeln der technischen Analyse zu vergehen – und das werde ich auf gar keinen Fall tun. Wohin genau diese Entwicklung final führen wird, lässt sich kaum sinnvoll ableiten. Aber nennenswert positive Renditen werden dabei wohl schon herauskommen – vielleicht noch 2021.

Denn es kommt noch ein weiteres analytisches Moment hinzu und damit ein Blick auf den gleichen Chart, nur mit einer viel höheren Auflösung: Auf Tagesbasis entwickeln die Renditen seit Mitte 2019 eine klassische Bodenbildungsformation: Einem ersten Tief im Sommer 2019 bei minus 0,72 Prozent folgte Anfang 2020 nach einer Erholung mit minus 0,88 Prozent ein noch tieferes Tief, dem aber bislang kein weiteres neues Tief gefolgt ist. Klassischer, „trendwendiger“ wird es bei Charts meist nimmer – mögliche Fehlsignale eingeschlossen: Unter minus 0,88 Prozent werden wir uns wohl warm anziehen müssen.

## Rückkehr zur Normalität?

Übrigens: Seit ich Mitte der achtziger Jahre begann, mich intensiv mit der Börse zu beschäftigen, wurden in schöner Regelmäßigkeit alle möglichen neuen ungewöhnlichen Phänomene damit begründet, dass dieses Mal dauerhaft alles ganz anders sei. Auch negative Renditen stehen mancherorts kurz davor, zum Normalfall erklärt zu werden.

Ich habe großen Respekt vor dieser „Alles-ist-anders“-Argumentation. Sobald diese in den vergangenen Jahrzehnten mehrheitsfähig geworden war, kehrten die Märkte meist schnell zu dem zurück, was zuvor normal gewesen war, und sie taten es im Zweifel schneller, als einem lieb sein konnte. Auch negative Renditen sind höchstwahrscheinlich keine nachhaltige Erscheinung. Ganz besonders, wenn sie nicht nur nominal sind, sondern wie in 2020 mit rund minus 1,0 Prozent sogar real negativ waren. Im Normalfall bezahlt der Schuldner den Gläubiger – nicht umgekehrt.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/meinungsfreiheit-am-theater-die-zeit-der-grossen-saeuberung-17176190.html?premium>

MEINUNGSFREIHEIT AM THEATER:

## Die Zeit der großen Säuberung

- VON SIMON STRAUS
- -AKTUALISIERT AM 02.02.2021-19:17



Die chilenisch-kanadische Dramatikerin Carmen Aguirre Bild: Alejandra Aguirre

Ein Klima der Angst und der Selbstzensur: Eine kanadische Dramatikerin kritisiert in einem Video-Essay die Hypokrisie ihrer Szene und plädiert leidenschaftlich für eine Vielfalt der Überzeugungen.

Das Theater der Gegenwart scheint kein Ort der politischen Debatte, sondern der moralischen Manifestationen. Wenn Regisseurinnen oder Dramaturgen sich mit ihren Inszenierungen „politisch äußern“, dann klingt das heute meist weniger provokativ als öffentlich-rechtlich. Nahezu kein Theater hierzulande, das sich nicht als Zeichen des Kampfes „gegen rechts“ dem Verein „Die Vielen“ angeschlossen hätte, dessen ehrhaftes Ziel es ist, „an einer Gesellschaft zu arbeiten, die sich aus Menschen aller Hautfarben und Geschlechtervariationen, vieler sexueller Orientierungen, unterschiedlichster Bedürfnisse und Fähigkeiten zusammensetzt“.

Was aber als Zielvorhaben fehlt, ist eine Vielfalt der Überzeugungen. So musste ein renommierter Regisseur wie der Lette Alvis Hermanis vor einigen Jahren erfahren, dass sich in Deutschland die Bühnenhäuser von ihm abwandten, nachdem er sich kritisch zur westeuropäischen Migrationspolitik geäußert hatte. Seitdem wird er bei [Wikipedia](#) als „konservativ“ geführt und inszenierte wieder vornehmlich in Riga.

Der von Theatern oft beschworene Wert der Diversität ist in Wahrheit nämlich recht exklusiv: Er beschränkt sich auf Herkunft und Geschlecht, aber nicht auf Geisteshaltungen oder Meinungen. Auf diesen blinden Fleck im Theaterbetrieb hat nun die kanadische Schauspielerin und Dramatikerin Carmen Aguirre in einem klug argumentierenden Video-Essay hingewiesen. Sie, die auf ihre chilenischen Wurzeln stolz ist und nach eigenen Angaben ihr Leben lang dafür gekämpft hat, dass Menschen aus den kaum sichtbaren Teilen der Gesellschaft „ihr ganzes Selbst auf der Bühne zeigen können“, kritisiert scharfzünftig die Hypokrisie, die inzwischen das Klima an vielen Theatern prägte. In ihrer knapp dreißigminütigen Rede bezeichnet sie die letzten Jahre im Theaterbetrieb als „beschämende Zeit der großen Säuberung“, die von Grausamkeit und psychologischer Gewalt und nicht von Empathie und Solidarität gekennzeichnet worden sei. Statt Konflikte als inspirierend zu begreifen, habe sich am Theater eine Geisteshaltung eingebürgert, die nicht mehr zwischen richtigen und falschen, sondern nur noch zwischen guten und bösen Meinungen unterscheidet, und jene, die sich dem Einverständnis mit den absoluten Wahrheiten der identitären Linken entziehen, auf den Platz „rechts außen“ verweise.

Aguirre zählt Beispiele für digitale Mobilmachung gegen Theatermacher auf, die etwa den Buchtitel einer Transfrau kritisiert oder ein Video von Jordan Peterson geteilt hatten. In der Theaterszene von Vancouver herrsche mittlerweile ein Klima der Angst und der Selbstzensur, das nicht vom Staat, sondern von „Säuberern“ in der Szene selbst hervorgerufen werde, die mit den Mitteln einer „privatisierten Tyrannei“ dafür sorgten, dass Menschen öffentlich gedemütigt, in sozialen Netzwerken gemobbt und von ihren

Arbeitgebern gefeuert würden – nicht weil sie gegen festgelegte Gesetze der „hate speech“ verstoßen oder sich unanständig verhalten hätten, sondern schlicht kontroverse Überzeugungen geäußert hatten.

## Warum sollen alle eine Meinung haben?

„Warum erwarten wir, dass im Theater alle dieselbe Geisteshaltung teilen?“, fragt Aguirre, „wo wir doch auch nicht annehmen, dass in einem Restaurant oder in einer Fabrik alle einer politischen Meinung sind.“ Die erfolgreiche Buchautorin, die in Vancouver ein lateinamerikanisches Theaterkollektiv gegründet hat, fürchtet, dass die Kreativität Schaden nehmen könnte. Kunst, die nur noch Statements produziere und sich nicht traue, offene Fragen zu stellen, sei keine. Manches von dem, was Aguirre vorbringt, klingt selbstverständlich: Etwa, dass der Begriff der öffentlichen Debatte nicht allgemeines Einverständnis bedeute und der mit Worten ausgetragene Konflikt ein Zeichen des Fortschritts sei. Aber die Verve, mit der sich hier eine Vertreterin der Minderheitsgesellschaft zum künstlerischen Wert des kontroversen Austauschs bekennt, ist beeindruckend: „Wenn wir statt einer Souveränität des Denkens eine Uniformität der Gedanken in unserer Theaterwelt wollen, haben wir kein Recht, zu behaupten, dass wir uns bemühen, inklusiv und vielfältig zu sein. Dann haben wir kein Recht, Kunst zu machen.“

Aguirres leidenschaftlicher, inzwischen vielverbreiteter Zwischenruf ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Identitätspolitik besonders wirkungsvoll von jenen kritisiert werden kann, die – nach der Eigenlogik der Theorie – zu ihrer eigentlichen Zielgruppe gehören. Zum Charakter der „identity politics“ bemerkt die dreiundfünfzigjährige Chilenin nüchtern, dass es sich dabei um die politische Theorie einer Mittelklasse handele, die damit vor allem Selbstidentifikation und „elitäre Sprachspiele“ betreibe. Allerdings mit einem mächtigen Einfluss: Vor allem von jüngeren Menschen habe sie begeisterte Zuschriften erhalten, viele hätten jedoch Angst, das Video zu teilen.

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/klassenzimmer/armut-mentoring-programme-koennen-jugendlichen-helfen-17179172.html?premium>

MENTORING-PROGRAMME:

## Raus aus der Armutsfalle

- VON LUDGER WÖSSMAN
- -AKTUALISIERT AM 03.02.2021-11:16



Eine neue Studie zeigt: Jugendliche aus sozial prekären Verhältnissen profitieren in jeder Hinsicht davon, wenn ihnen studentische Mentoren helfen. Ein Gastbeitrag.

Die Zukunftsaussichten vieler Jugendlicher aus sozial schwierigen Verhältnissen sehen nicht rosig aus. Sie leben in vernachlässigten Stadtvierteln, gehen auf Brennpunktschulen. Ihre schulischen Leistungen lassen oft zu wünschen übrig, häufig kümmern sie sich wenig um ihre berufliche oder sonstige Zukunft. Maßnahmen, die allein an den Schulen oder am Arbeitsmarkt ansetzen, haben sich als nicht sonderlich wirksam erwiesen, diesen Jugendlichen zu helfen.

Sie sind jedoch keine hoffnungslosen Fälle, das zeigen zahlreiche Mentoring-Programme. Sie setzen da an, wo es mangelt. Stark benachteiligte Jugendliche bekommen oft wenig Hilfe von ihren Eltern. Die Programme stellen ihnen jeweils einen **Studenten** als ehrenamtlichen Mentor zur Seite und bieten ihnen damit Unterstützung, die ihr familiäres Umfeld so nicht bereitstellen kann.

In einer über mehrere Jahre angelegten Feldstudie haben wir die Effekte eines der größten Mentoring-Programme für benachteiligte Jugendliche in Deutschland untersucht. Das Programm „Rock Your Life!“ richtet sich an Acht- und Neuntklässler in Hauptschulen und vergleichbaren Schulformen in sozioökonomisch schwachen Stadtvierteln.

Seit es 2008 von einer Gruppe von Studenten gegründet wurde, hat das Programm über 7000 Mentoring-Beziehungen in 42 deutschen Städten aufgebaut. Es lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Studenten, die sich für das Ziel begeistern, einen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu leisten. Sie werden in Trainings geschult, den Jugendlichen auf dem Weg ins weitere Leben zu helfen.

### Los entschied über Teilnahme

Den Kern des Programms bilden individuelle Treffen der Mentoren mit ihren jeweiligen Mentees in rund zweiwöchigem Rhythmus. Dass sich die Studenten für sie Zeit nehmen, kann das Selbstwertgefühl der Jugendlichen allein schon stärken und sie motivieren. Oftmals treffen sich die Mentoring-Paare einfach zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie einem Besuch im Kino oder Zoo. Dabei ergibt es sich auch leicht mal, über die Zukunft zu sprechen. Vielleicht erzählen die Studenten aus der eigenen Schulzeit und helfen den Jugendlichen so, Stresssituationen in Schule oder Familie zu bewältigen. So wollen die Mentoren die Jugendlichen bei der Entfaltung ihrer individuellen Potenziale unterstützen. Sie fördern das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und stoßen eine Auseinandersetzung mit der beruflichen Zukunft an.



Eine Überprüfung, ob das wirklich gelingt, wird dadurch erschwert, dass sich in verfügbaren Datensätzen keine überzeugende Kontrollgruppe von ähnlich benachteiligten Jugendlichen finden lässt, die Aussagen darüber zuließe, wie sich die Jugendlichen ohne die Teilnahme am Mentoring entwickelt hätten. Deshalb haben wir ein Feldexperiment durchgeführt. Wann immer es an einem Standort mehr Bewerber als freie Plätze gab, entschied das Los über die Teilnahme.

Durch die zufällige Einteilung bieten die Jugendlichen, die nicht in das Programm gelost wurden, eine überzeugende Kontrollgruppe für die Teilnehmer. Bei entsprechend großer Fallzahl unterscheiden sich die Teilnehmer im Durchschnitt nicht von den Nicht-Teilnehmern. Auch ethisch ist es am fairsten, wenn durch die zufällige Einteilung jeder dieselbe Chance auf einen der begrenzten Plätze hat. Die Jugendlichen kennen dieses Vorgehen aus ihrem schulischen Alltag. So wird auch die Teilnahme an einem Schüleraustausch verlost, wenn es mehr Interessenten als freie Plätze gibt.

## In Mathematik verbessert

Insgesamt haben 308 Jugendliche in 19 Schulen in zehn Städten in ganz Deutschland an der Studie teilgenommen. Samt Pilotschulen und zwei aufeinanderfolgenden Kohorten hat allein die Befragungsphase insgesamt fast vier Jahre gedauert. Eine erste Befragung fand jeweils direkt vor dem Programmbeginn an dem jeweiligen Standort statt, eine zweite ein Jahr danach. Um möglichst viele Jugendliche wieder zu erreichen, haben unsere Teammitglieder über 100 Reisen zu den Teilnehmer-Schulen durchgeführt, in denen sie den Schulleitungen und Lehrern die Evaluationsstudie erläutern, die Jugendlichen in den Schulen befragen und administrative Daten über die Zeugnisnoten gesammelt haben. Solch rigorose Evaluationsstudien sind zwar sehr aufwendig, aber sie können zeigen, welche Maßnahmen tatsächlich wirken und so den Betroffenen wirklich helfen.

Bei den Jugendlichen aus stark benachteiligten Verhältnissen sind die Ergebnisse äußerst ermutigend. Erstens haben sich die Schulnoten der Programmteilnehmer nach einem Jahr deutlich besser entwickelt als bei den Jugendlichen, die nicht teilgenommen haben. In Mathematik haben sich die Teilnehmer durch das Mentoring-Programm im Durchschnitt um 0,4 Notenschritte verbessert.

Zweitens profitieren die bildungsfernen Jugendlichen auch im nicht-kognitiven Bereich. So steigt insbesondere ein Maß für Geduld deutlich an, das ihre Zukunftsorientierung misst und ihre Bereitschaft, Belohnungen auf die Zukunft zu verschieben – Eigenschaften, die für den zukünftigen Erfolg wichtig sind. Selbst bei Sozialkompetenzen gehen die Effekte in die positive Richtung, wenn auch nicht ganz so deutlich. Drittens steigert die Teilnahme am Mentoring-Programm auch die Arbeitsmarktorientierung. Der Anteil der benachteiligten Jugendlichen, die angeben, dass sie nach der Schule eine Berufsausbildung machen wollen, steigt von 44 Prozent in der Kontrollgruppe auf 66 Prozent in der Teilnahmegruppe. Die Teilnehmer sind also deutlich stärker auf eine gute und realistische berufliche Zukunft ausgerichtet.

## Mentoring wirkt vor allem für benachteiligte Jugendliche

Die drei Ergebnisbereiche bilden drei Komponenten der zukünftigen Arbeitsmarktaussichten der Jugendlichen ab. Mathematiknoten als kognitive Komponente, Geduld und Sozialkompetenzen als nicht-kognitive Komponente und Arbeitsmarktorientierung als motivationale Komponente. Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass alle drei Komponenten den langfristigen Arbeitsmarkterfolg von Jugendlichen gut vorhersagen.

Ein Gesamtbild der Wirksamkeit des Mentoring-Programms ergibt sich, wenn wir die drei Komponenten zu einem Gesamtindex der Arbeitsmarktaussichten kombinieren. Der Effekt des Mentoring-Programms auf die Jugendlichen aus stark benachteiligten Verhältnissen ist so groß, dass er die gesamte Lücke ihrer Arbeitsmarktaussichten im Vergleich zu den Jugendlichen mit günstigerem familiärem Hintergrund in unserer Befragung schließt. In der Kontrollgruppe erreicht nur ein gutes Drittel der benachteiligten Jugendlichen zumindest den Durchschnitt der Arbeitsmarktaussichten aller Befragten, in der Teilnehmergruppe steigt dieser Anteil auf fast zwei Drittel. Die positiven Effekte finden sich für Mädchen und Jungen gleichermaßen. Auch jenseits der besseren Arbeitsmarktaussichten zeigt sich eine höhere allgemeine Lebenszufriedenheit der Jugendlichen.

Obwohl das Mentoring-Programm vor allem Jugendliche aus sozial prekären Verhältnissen im Blick hat, zeigt unsere Befragung, dass am Programm durchaus auch Jugendliche mit günstigerem familiärem Hintergrund teilnehmen. Im Gegensatz zu den stark benachteiligten Jugendlichen profitieren die Teilnehmer aus günstigeren Verhältnissen jedoch nicht von der Teilnahme am Programm. Mentoring wirkt also vor allem für benachteiligte Jugendliche, denen es besonders an familiärer Unterstützung mangelt.

## Die Berufswahl wird erleichtert

Das Mentoring-Programm erreicht auch viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Mit 58 Prozent fällt ihr Anteil unter den Teilnehmern mehr als doppelt so hoch aus wie unter den Jugendlichen in Deutschland insgesamt. Auch für sie findet sich ein positiver Programmeffekt, wobei dieser insbesondere auf den sozioökonomischen Hintergrund und nicht allein auf den Migrationshintergrund zurückzuführen ist. Für Jugendliche, bei denen nicht nur die Eltern, sondern auch sie selbst noch im Ausland geboren sind, ergibt sich ein besonders großer positiver Effekt des Mentoring.

Vertiefende Analysen möglicher Wirkungskanäle zeigen, dass ein nennenswerter Anteil des positiven Effektes darauf zurückgeführt werden kann, dass die Mentoren als Ansprechpersonen bereitstehen, mit denen die Jugendlichen über ihre Zukunft sprechen können. Die Mentoren erweisen sich außerdem als wichtige Quelle für Informationen über die zukünftige Berufswahl. Darüber hinaus steigert die Mentoring-Beziehung bei den Jugendlichen die Einsicht, dass Lernen in der Schule für einen späteren Beruf nützlich sein kann.

Für die benachteiligten Jugendlichen übersteigen die zukünftigen Einkommenserträge, die aufgrund der verbesserten Bildungsleistungen zu erwarten sind, die Kosten des Programms um ein Vielfaches. Eine grobe Überschlagsrechnung kommt bei ihnen auf ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 31 zu 1. Die Befunde zeigen: Mentoring ist eine praktikable Möglichkeit, um die Aussichten stark benachteiligter Jugendlicher auch noch recht spät in ihrer Bildungsbiographie effektiv zu erhöhen.

Selbstverständlich können Mentoren niemals die Eltern ersetzen, und das ist auch nicht ihr Ziel. Sie scheinen aber wichtige Elemente der familiären Unterstützung ausgleichen zu können, die vielen benachteiligten Jugendlichen fehlen. So helfen Mentoring-Programme, die Chancengerechtigkeit wirksam zu verbessern.

*Ludger Wößmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitet das ifo Zentrum für Bildungsökonomik. Die Studie hat er zusammen mit Dr. Sven Resnjanskij vom ifo Institut, Prof. Dr. Jens Ruhose von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Prof. Dr. Simon Wiederhold von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt durchgeführt.*

0,9 PROZENT:

# Die Inflation in der Eurozone steigt spürbar

- VON CHRISTIAN SIEDENBIEDEL
- -AKTUALISIERT AM 03.02.2021-11:26

Erstmals seit längerem ist die Inflationsrate im Euroraum wieder positiv. Auch die Inflationserwartungen an den Finanzmärkten haben zugenommen.

Die Inflationsrate in der **Eurozone** ist im Januar wieder ins Plus gedreht. Wie das Europäische Statistikkamt Eurostat am Mittwoch mitteilte, legte der Harmonisierte Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,9 Prozent zu. Noch im Dezember und in den drei Monaten zuvor hatte die Teuerung bei minus 0,3 Prozent gelegen.

Ein Grund für den Anstieg im neuen Jahr waren insbesondere die Energiepreise, die deutlich weniger sanken als in den vorangegangenen Monaten. Auch Industriegüter verteuerten sich im Januar erstmals seit mehreren Monaten wieder. Die Energiepreise gingen im Januar binnen Jahresfrist um 4,1 Prozent zurück. Noch im Dezember waren sie um 6,9 Prozent gesunken. Die Preise für Industriegüter ohne Energie zogen um 1,4 Prozent an, nachdem sie noch im Dezember um 0,5 Prozent gefallen waren. Dienstleistungen verteuerten sich ebenfalls um 1,4 Prozent.

## Preissprung in Deutschland

Auch in Deutschland war die **Inflationsrate** im Januar wieder ins Plus gedreht. Nach vier Monaten im Minus ist sie nach der nationalen Berechnungsweise auf plus 1 Prozent gestiegen. Im Dezember hatte die Inflationsrate noch bei minus 0,3 Prozent gelegen. Ökonomen sprachen von einem „Preissprung“. Drei Gründe nannte das Statistische Bundesamt: So wurde zum 1. Januar die Mehrwertsteuer in Deutschland wieder angehoben, von 16 auf 19 Prozent für den vollen Steuersatz und von 5 auf 7 Prozent für den ermäßigten Steuersatz.

Zudem wurde ein CO<sub>2</sub>-Preis für den Klimaschutz auf Benzin, Diesel und Heizöl eingeführt. Und auch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar von 9,35 auf 9,50 Euro erwähnt die Behörde.

## Steigende Inflationserwartungen an den Finanzmärkten

Auch die Inflationserwartungen, die sich an den Finanzmärkten verfolgen lassen, sind mit dem Preissprung in Deutschland zuletzt gestiegen. Das berichtet Florian Hense, Ökonom beim Hamburger Bankhaus Berenberg. Ein Barometer für die langfristigen Inflationserwartungen, der sogenannte Five-Year-Five-Year-Forward, stieg zuletzt bis auf 1,3579 Prozent. Das ist der höchste Stand seit Mai 2019. Der Wert bedeutet, dass Investoren an der Börse zwischen 2026 und 2031 mit einer Teuerung von durchschnittlich etwas mehr 1,35 Prozent rechnen. „Seit dem 27. Januar ist die 5y5y-Forward-Inflationsrate für die Eurozone um knapp 10 Basispunkte gestiegen“, sagte Hense. Die deutschen Inflationszahlen und die anderer Länder der Eurozone hätten hier sicherlich eine große Rolle gespielt.

Seit dem Tiefpunkt der Pandemie Mitte März vergangenen Jahre letzten Jahres hätten die Inflationserwartungen allerdings fast ununterbrochen zugelegt – mit der Ausnahme von Mai und August bis Oktober. „Die Inflationserwartungen waren also ohnehin schon im Aufwärtstrend.“ Zwischenzeitlich hätten sie allerdings mal einen Rückschlag erfahren: Mit dem Ende der Koalition in Italien hätten sie abgenommen bis zum 28. Januar. „Eine Spur Korrektur mag also auch den jüngsten Anstieg getrieben haben – der reine Impuls durch die tatsächlichen Januarzahlen könnte somit geringer als 10 Basispunkte sein“, sagt Hense.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hatte zuletzt darauf hingewiesen, dass wegen deutscher Mehrwertsteuer und des CO<sub>2</sub>-Preises die Inflationsraten auch für die Eurozone insgesamt in diesem Jahr etwas steigen dürften. Sie hatte jedoch die Einschätzung vertreten, dass es sich noch nicht um einen dauerhaften Anstieg der Inflation handele.

Die **EZB** strebt eine Inflation von „unter, aber nahe 2 Prozent“ an. Gleichwohl schrieb Carsten Brzeski, Ökonom der Bank ING, in einem Kommentar: „Das Monster Inflation ist zurück.“ Er sprach von einem „Schock“ für Deutschland. Brzeski meinte, der Inflationsanstieg müsse niemanden beunruhigen, könnte aber eine geänderte Kommunikation der EZB notwendig machen. Ökonomen hatten mit einem Preissprung gerechnet, das Ausmaß überraschte manche dennoch.

## Charlemagne

# How Europe dodges responsibility for its vaccine fiasco

### When something goes wrong, the blame gets passed around

**Europe** Feb 3rd 2021

AT THE END of December, a smiling Ursula von der Leyen appeared in front of a camera to hail the beginning of the EU's vaccination programme. The president of the European Commission boasted that from Sofia to Helsinki Europeans were being jabbed with drugs bought collectively and then divvied up by the commission. It was, she beamed, "a touching moment of unity and a European success story". A month later, the smiles have vanished. The EU has vaccinated a much smaller proportion of its people than America, Britain or Israel has done. The programme has been dogged by a lack of doses and clunky roll-outs. Supply problems hit when AstraZeneca, an Anglo-Swedish drug firm, warned that it would provide less than half of the 80m doses it had pledged to the EU in the first quarter of the year. A touching moment has become a tortuous one and the blame game has begun. **Where does the responsibility lie?**

**Start with the body Mrs von der Leyen heads: the commission. It took months to sign contracts for covid-19 vaccines, something that could have been done in weeks.** Shrugging off liability—ensuring that the drug firms were on the hook should anything go wrong—was prioritised over speedy delivery. The row with AstraZeneca was badly handled. In a mix of institutional panic and fury, Mrs von der Leyen demanded export controls on any vaccines heading out of the EU. This threat of a blockade led to concern from Tokyo to Ottawa, rather undermining the EU's claim to be the doughtiest defender of the rules-based trading system. A plan to block exports to Northern Ireland using a mechanism in the Brexit deal that is widely seen as a nuclear option was revealed and then dropped via a midnight press release. To cap it all, while trying to apologise for blundering into Northern Ireland's conflict between Protestants and Catholics, **the commission's spokesman uttered a world-class gaffe: "Only the pope is infallible."**

But no one forced national governments to put the commission in charge. **Legally, EU institutions have barely any responsibility for the health care of the continent's citizens, which is left to national governments.** Rather than deal with the tricky politics of some EU countries buying more vaccines than others, governments outsourced the job to the commission. Commission negotiators, used to arguing over simpler things like beef quotas in trade deals, were tasked with dealing with makers of novel pharmaceuticals. Reshuffling institutional responsibilities while in the middle of a crisis is risky, yet surprisingly normal in the EU. The job of overseeing a project costing €2.7bn (\$3.35bn) to vaccinate 450m people was handed to a department whose main previous concern was food labelling—all at the behest of national capitals.

**Mrs von der Leyen's clumsy handling of the crisis casts the spotlight on the national leaders who gave her the job in the first place.** Picking the European Commission president is not a meritocratic process. Mrs von der Leyen, who was having a rough patch as German defence minister at the time, ended up with the job because she raised the fewest objections, rather than due to wild support among leaders. **Convenience trumps track records when it comes to divvying out top jobs in the EU.** (And explains why three of the past four prime ministers of Luxembourg—a country of 600,000—have led the commission, among the biggest roles in Europe.) Ultimately, the last thing the EU's 27 heads of government want is someone with too much ambition or political star power in the role. After all, the EU's treaties are littered with unused tools that could reshape the continent in the hands of someone with the right mix of political nous and ambition. **By contrast, Mrs von der Leyen's main qualification for the job was an expectation that she would do what she was told by her main backers, who include Emmanuel Macron, the French president, and Angela Merkel, her former boss. After the past few weeks' performance, leaders may wish they had opted for other qualities.**

### **In the EU, no one can hear you scream**

When it comes to complaining about the EU's management, avenues of dissent are limited. A typical government has opposition parties waiting on the sidelines, loudly explaining why it is bad and why they would do much better. In Brussels, there is no such public political competition. The commission can be kicked out if MEPs so choose, **but the European Parliament—the main democratic organ of the EU—is weak. Schemes to turn the club into something resembling a parliamentary democracy, with the commission president chosen on the basis of election results, were shelved in favour of the private haggling between leaders that resulted in Mrs von der Leyen's selection.** Lawmakers spinelessly played along. The result is that opposition is left to fringe parties with the teleological belief that the EU will, at some point, implode. Attacks on the current management are cast as opposition to the whole project, argues Hans Kundnani of Chatham House, a think-tank in London. This makes for an unhealthy political scene, where criticism is regarded as illegitimate, and anything short of outright collapse is seen as vindication.

And thus, complaints about the vaccination programme have been overridden. Rather than apologising to voters for the fact that European pensioners are less protected than American, British or Israeli ones, the EU reminds them that things could be much worse. In this telling, purchasing collectively has enabled EU countries to avoid fighting each other over scarce supplies. Other countries took risks by more quickly approving the very drugs that will be injected into European arms, runs another defence. **A noble intention is, apparently, enough to forgive faulty execution.** Mrs Merkel summed up this attitude on the vaccine roll-out in an interview: "On the whole, nothing went wrong." **When it comes to the EU, voters are left in a no-man's land, unsure how to air their anger, where to aim it or even if they should be upset at all. For a democratic club, this is not a healthy place to be.**

## Weshalb Frankreichs Kaderschmieden immer noch einer privilegierten Oberschicht vorbehalten sind

Aus den Grandes écoles kommt die zukünftige Elite des Landes. Doch Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben es dort schwer. Seit 20 Jahren gibt es Versuche, die Hochschulen stärker zu öffnen. Nur zeigen sie bis heute kaum Wirkung.

Judith Kormann 04.02.2021, 10.58 Uhr

Die Pariser Hochschule Sciences Po, aus der ein Grossteil der französischen Politikelite hervorgeht, bemüht sich seit Jahren um mehr soziale Diversität. Besonders erfolgreich ist sie damit nicht.

Nesrine Slaouis Geschichte gibt in Frankreich zu reden. Die 26-jährige Journalistin hat im Januar [ein Buch publiziert](#), in dem sie ihren Werdegang schildert: Sie wuchs als Tochter marokkanischer Einwanderer in einer Sozialbausiedlung in Südfrankreich auf – und schaffte es trotzdem auf die renommierte Hochschule Institut d'études politiques, kurz Sciences Po.

Auf knapp 200 Seiten beschreibt Slaoui ihre Jugend in der Kleinstadt Apt, die Zeit in Avignon, wo sie sich auf das Auswahlverfahren vorbereitete, und schliesslich ihr Studium an der Sciences Po in Grenoble und später in Paris, wo man ihr oft das Gefühl gab, fehl am Platz zu sein. Slaouis Erzählung trifft einen wunden Punkt in Frankreich. Denn Laufbahnen wie ihre sind noch immer selten. Der Zugang zu den Elitehochschulen bleibt bis heute oft einer privilegierten Oberschicht vorbehalten.

### Fabriken für Frankreichs Elite

An den sogenannten Grandes écoles bewirbt sich, wer es weit bringen will. Sie bilden Frankreichs Elite in Politik, Wirtschaft, Ingenieurwesen und Verwaltung aus. Rund 230 dieser Hochschulen gibt es. Nicht alle sind gleich exklusiv, doch sie bieten mindestens gute, wenn nicht exzellente Berufsaussichten – und in vielen Fällen ein hervorragendes Alumni-Netzwerk.

Fast jeder Präsident der Fünften Republik hat eine Grande école besucht. Die Verwaltungshochschule ENA, die [Präsident Emmanuel Macron reformieren will](#), ist das bekannteste und exklusivste Beispiel. Sie brachte gleich drei der letzten vier Staatschefs hervor, Macron inklusive. Je renommierter die Elitehochschule, desto prestigeträchtiger in der Regel die Stelle, auf die ihre Absolventinnen und Absolventen hoffen können. Oft werden diese schon vor ihrem Abschluss rekrutiert.

Doch das System ist umstritten. Denn die begehrten Ausbildungsplätze kommen mehrheitlich einem kleinen, wohlhabenden Teil der Gesellschaft zugute. Versuche, dies zu ändern, gibt es seit zwanzig Jahren. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht zeigt allerdings, dass die Massnahmen kaum etwas gebracht haben.

### Pariser Oberschicht im Vorteil

Forscher des Institut des Politiques Publiques haben [Daten der Jahre 2006 bis 2017 ausgewertet](#). Ihr Ergebnis: Kinder von Firmenchefs, Ärzten, Anwälten, Ingenieuren oder Professoren machten im Schuljahr 2016/2017 mehr als 60 Prozent der Studierenden an den Grandes écoles aus – obwohl sie nur ein Fünftel ihrer Altersklasse darstellen. Nur 9 Prozent der Studierenden an Elitehochschulen kamen dagegen aus Arbeiterfamilien oder hatten Eltern ohne Anstellung. Auch der geografische Faktor spielt eine Rolle: 30 Prozent der Studierenden an den Grandes écoles kamen aus dem Grossraum Paris. An den renommiertesten Schulen waren es sogar bis zu 57 Prozent.

Die schulische Leistung allein könne diesen Umstand nicht erklären, sagt Julien Grenet, Forscher am Centre national de la recherche scientifique und der École d'économie de Paris und einer der Autoren des Berichts. «Auch bei gleichen Resultaten gehen Schüler aus bescheideneren Verhältnissen oder aus anderen



Landesteilen weniger oft auf eine Grande école.» Die Daten aus den Jahren nach dem Untersuchungszeitraum der Studie deuteten darauf hin, dass sich auch seit 2017 an der Situation wenig geändert habe, sagt Grenet. «Wir produzieren eine Elite, die nicht dem Bild unserer Gesellschaft entspricht.»

Eine der Ursachen für das Ungleichgewicht sieht Grenet darin, dass Schüler der Pariser Oberschicht besser über das Ausbildungssystem Bescheid wüssten. «Sie gehen auf Lycées, die das System gut kennen. Oft waren auch schon die Eltern an einer Hochschule.» In den gutsituierten Familien wird zudem ein Allgemeinwissen weitergegeben, das einige Elitehochschulen bei ihren Studierenden voraussetzen.

### «Das ist nichts für mich»

Schüler aus anderen Regionen und Gesellschaftsschichten würden dagegen oft gar nicht daran denken, an einer Grande école zu studieren. «Sie wissen kaum von deren Existenz oder sagen sich: <Das ist nichts für mich>, weil niemand aus ihrem Lycée dorthin geht.» Die Journalistin Slaoui schreibt in ihrem Buch, dass sie nicht in der Schule oder zu Hause von der Existenz von Sciences Po erfahren habe, sondern im Fernsehen.

Wer es auf eine Grande école schaffen will, absolviert in der Regel nach dem Baccalauréat eine «classe préparatoire». Zwei Jahre lang büffeln die Teilnehmer dort, um sich auf den «concours», das Aufnahmeverfahren, vorzubereiten. Für die Zulassung zu den Vorbereitungsklassen sind meist die Noten entscheidend. Zwar sind diese Klassen oft staatlich und die Kosten daher sehr gering. «Viele der besten Einrichtungen liegen aber in Paris», sagt Grenet. Die Lebenshaltungskosten dort sind hoch. Auch deshalb seien Kinder aus Pariser Familien im Vorteil.

Schüler der prestigeträchtigen Lycées der Hauptstadt werden zudem bereits früh auf den «concours» für die Grandes écoles vorbereitet. Viele der «classes préparatoires» befinden sich auch in den gleichen Gebäuden wie die Gymnasien. Welche Vorteile es bringt, eines dieser Lycées zu besuchen, hat Amir Sharifi erlebt. Der heute 41-Jährige kam als Säugling mit seinen Eltern aus Iran nach Frankreich. In ihrem Heimatland hatte die Familie zur gesellschaftlichen Oberschicht gehört, in Paris musste sie von vorne anfangen.

«Meine Mutter arbeitete als Schreibkraft, mein Vater nahm einen Job in einer kleinen Firma an. Wir haben nie in Armut gelebt, aber es war nicht einfach», sagt er am Telefon. Auf die Idee, sich an einer Grande école zu bewerben, habe ihn der Mann seiner Tante gebracht, der das französische System gut gekannt habe. Er riet Sharifi dazu, auf ein privates Gymnasium zu wechseln. «Um es bezahlen zu können, haben sich meine Eltern stark verschuldet», sagt er.

In der Schule habe er sich zwar nicht völlig fehl am Platz gefühlt, dass seine Kollegen in einer anderen Welt lebten, sei aber unübersehbar gewesen. 2003 machte er seinen Abschluss an der Wirtschaftshochschule ESSEC, heute arbeitet er als Geschäftsführer eines Investmentfonds. Sharifi ist überzeugt, dass ihm der Schulwechsel den Weg geebnet hat. «Ich hatte Glück, dass mir die richtigen Leute geholfen haben», sagt er. Nun setzt er sich dafür ein, dass auch andere Schüler abseits der Oberschicht eine solche Chance erhalten.

### Frühere Massnahmen nötig

In den vergangenen 20 Jahren wurden mehrere Initiativen gestartet, um an den Grandes écoles für mehr Diversität zu sorgen. Unter dem Titel «Cordées de la réussite» sind Tutoren-Programme zwischen höheren Bildungseinrichtungen und Schulen entstanden. Sciences Po lancierte zudem bereits 2001 die «Conventions Éducation Prioritaire» genannten Partnerschaften mit Lycées in sozial benachteiligten Vierteln. Sie

ermöglichen Schülern die Teilnahme an speziellen Auswahlverfahren. Ab 2021 will Sciences Po [ihren «concours» grundsätzlich ändern](#).

Dass die bisherigen Initiativen wenig Wirkung gezeigt hätten, liege unter anderem daran, dass sie nur wenigen Schülern aus schwierigen Verhältnissen nützten, sagt Julien Grenet, von den «Cordées de la réussite» profitierten jedes Jahr nur 1,5 Prozent der Schüler an Collèges und Lycées. Auch ist er überzeugt, dass die Massnahmen früher ansetzen müssten: Etwa durch die Einführung von Quoten bei den «classes préparatoires» – für Studierende aus anderen Regionen. «Die Grandes écoles sind schliesslich nur die letzte Etappe.»

Die Journalistin Slaoui weist in ihrem Buch auf die Bedeutung von Vorbildern aus dem gleichen sozialen Umfeld hin. Sie hätten Ministerinnen wie Rachida Dati und Najat Vallaud-Belkacem beeindruckt – wie sie Frauen maghrebischer Herkunft aus einem bescheidenen Milieu. Als sie sich auf den Eignungstest für Sciences Po vorbereitete, suchte Slaoui zudem die Unterstützung von Rayan Nezzar, einem jungen Mann aus der Banlieue, der es bis an die ENA geschafft hatte. «Ich wäre nie zum «concours» von Sciences Po angetreten», schreibt sie, «wenn andere junge Leute mit maghrebischen Wurzeln aus bescheidenen Verhältnissen diesen vor mir nicht bestanden hätten.»

# Wer den Auftritt der Lyrikerin Amanda Gorman bei Joe Bidens Amtseinführung feiert, hat nicht genau hingehört

**Eine gründliche Lektüre zeigt: Die Zeilen gleichen einer ideologischen Kampfansage.**

Pauline Voss 04.02.2021, 05.30 Uhr

**Die Zeilen der Dichterin Amanda Gorman überstrahlten am 20. Januar selbst die Nummern der Pop-Stars. Dennoch lassen sie zu wünschen übrig.**

Früher hiess es, man müsse zwischen Werk und Autor trennen. Im Schutze des Geniekults konnte sich mancher Künstler fast alles erlauben, sogar mutmaßliche Straftaten wurden bisweilen von begeisterten Anhängern verharmlost.

Inzwischen werden Werk und Autor zunehmend gleichgesetzt. Ein falscher Satz, der gegen die Regeln der öffentlichen Moral verstößt, kann nicht nur den Ruf eines Künstlers ruinieren, sondern infiziert gleichsam sein Werk, vor dem die Allgemeinheit fortan geschützt werden muss. Umgekehrt scheint eine politische Einstellung, die mit dem Zeitgeist konform geht, so manchem Werk neue Strahlkraft zu verleihen.

## **Politik als Maßstab**

Diesen Eindruck bekommt man, wenn man Kritiken über die junge amerikanische Dichterin Amanda Gorman liest. Bei der Amtseinführung von Präsident Joe Biden trug sie ihr Gedicht «The Hill We Climb» vor. «Kraftvoll» und «klug gebaut» sei das Gedicht, so las man in verschiedenen Medien, es dränge «zu Neuem», markiere die «Rückkehr der Sprachkunst». Der «Tagesspiegel» sprach gar von einem «Wunder» und zeigte sich überzeugt, dass es «überall auf der Welt die Fernsehzuschauer von den Sitzen» reiße und «die Augen nicht trocken» blieben.

Bezeichnend war, wie oft Gormans Vortrag mit der Rede von Biden verglichen oder Parallelen zu Martin Luther King gezogen wurden. Politik als Maßstab für Poesie: Hier zeigt sich eine Verschiebung in der Bewertung von Kunst. Sie steht symptomatisch für eine Zeit, in der der neue Präsident als Erlöser gefeiert wird, als ließe sich das politische Problem der Spaltung durch das Versprechen von «Versöhnung» lösen. Pathos, Religion und Kunst sollen ausgleichen, was die Politik aus eigener Kraft nicht mehr vermag. **Doch was macht es mit der Kunst, wenn sie zum Vehikel politischer Ziele degradiert wird?**

## **Reine Form reicht nicht**

Natürlich beherrscht Gorman ihr Handwerk: Sie verwendet Alliterationen, spielt mit Binnenreimen und Homonymen, nimmt den Rhythmus der Sprache gekonnt im Vortrag auf. Doch künstlerischer Wert bemisst sich nicht nur an der Form, sondern auch am Inhalt.

Gorman steigt mit Metaphern ein, spricht vom «endlosen Schatten», vom «Bauch des Ungeheuers», vom «Meer», das «durchwatet» werden muss. Auch eine kurze Lehrstunde in amerikanischer Geografie darf bei einem nationalen Ereignis nicht fehlen. Während die Beschreibung der Hügel des Westens als «goldgliedrig» noch originell klingt, wird bei den anderen Himmelsrichtungen eher Basiswissen vermittelt: Der Nordosten ist «windgepeitscht» (windswept), der Süden «sonnenverbrannt» (sunbaked), und im Mittleren Westen gibt es jede Menge Seen.

Besonders gern arbeitet Gorman mit Gegensätzen: «Sieg» stellt sie neben «Niederlage». Wird die «Zukunft» erwähnt, folgt in der nächsten Zeile die «Geschichte». Den Rahmen des Gedichts bildet eine Licht-Metapher, auf den einleitend erwähnten «Schatten» folgen schließlich die «Morgendämmerung» und das «Licht».

### **Der Sieg im Brückenbau**

Dabei verwendet Gorman kein lyrisches Ich, sondern ein «lyrisches Wir», und dieses «Wir» ist auf einer Mission: «We did not feel prepared to be the heirs / of such a terrifying hour / but within it, we found the power / to author a new chapter.» (Etwa: Wir fühlten uns nicht vorbereitet, Erben zu sein / einer solch schrecklichen Stunde, / aber in ihr haben wir die Kraft gefunden, / ein neues Kapitel zu schreiben.)

Ziel ist es, «die Kluft zu schließen» (we close the divide), erreicht werden soll dies durch den Dreiklang «aufbauen», «versöhnen», «genesen»; angestrebt wird der «Sieg», er liegt, wie sollte es anders sein, «nicht in unserem Schwert, sondern in den Brücken, die wir gebaut haben». Auch den Antidiskriminierungsaktivisten wird die Reverenz erwiesen, soll die neu geformte Gemeinschaft doch «alle Kulturen, Farben, Temperamente, Bedingungen» vereinen. Dürfen sich zu diesen «Temperamenten» auch die Trump-Wähler zählen? Oder subsumiert Gorman diese über 70 Millionen Amerikaner unter der «catastrophe», die nun abgewendet scheint? **Es ist ein politisches Programm, das in diesem Gedicht formuliert wird, und es kennt keine Zweifel, keine Ambiguität. Nur das Absolute zählt.**

### **Die ewige Demokratie**

Besonders fällt dies bei den temporalen Sprachbildern auf, die das Gedicht durchziehen: So ist nicht nur der Schatten «endlos», es wird auch «nie wieder Zwietracht» gesät. Die Demokratie kann «niemals auf Dauer vernichtet» werden. Im Sieg sind wir «für immer» miteinander verbunden. Vielleicht reichen ja auch erst mal die nächsten fünftausend Jahre?

Doch nicht nur hier wählt Gorman absolute Formulierungen. So strebt ihr lyrisches Wir nach «Schaden für keinen und Harmonie für alle». Ihr Masterplan der Genesung soll in «jedem bekannten Winkel unserer Nation» Anwendung finden, und wenn das Ganze erledigt ist, «treten wir aus dem Schatten, entflammt und ohne Furcht». Es sind Allmachtsphantasien, die amerikanische Demokraten und Linksliberale in aller Welt nur deshalb nicht schaudern lassen, weil sie im Namen des vermeintlich «Guten» verkündet werden.

Der Verweis auf eine mögliche Distanz zum lyrischen Wir trägt hier nicht, denn um das Gedicht als Rollenprosa eines verblendeten Ideologen durchgehen lassen zu können, brauchte es eine Vielschichtigkeit, den Anklang einer tieferen Ebene hinter der ideologischen Fassade. Nirgendwo in Gormans Zeilen findet sich Raum für Reflexion, für Distanz zum Gesagten.

Für einen Blick hinter die Fassade scheint Gorman die Neugierde zu fehlen, vielmehr baut sie fleißig an ihr mit. Ihr Vortrag bildete den Höhepunkt einer Veranstaltung, in der das Pathos eine Behauptung blieb. Einer Veranstaltung, die dem Anti-Trump-Lager zur Selbstvergewisserung diente. Wenn bei den Zuhörern tatsächlich Tränen flossen, dann waren es wohl vor allem Tränen der Rührung – über sich selbst.

### **Trump weg, alles gut?**

Ist Biden ein «Präsident der Hoffnung»? Oder ein «Präsident der Verzweiflung», ein letzter Strohalm, an den man sich klammert? Während er vereidigt wurde, wehten vor ihm Abertausende US-Flaggen in einem Rhythmus perfekter Eintracht. Emporgereckt nicht von Menschen, sondern befestigt an Stangen, bewegt nur vom Wind, der über die menschenleere National Mall fegte. Über 400 000 Amerikaner hat das Coronavirus das Leben gekostet. Und dies ist bei weitem nicht die einzige Wunde des Landes. Amerika steckt mitten in diesem Schmerz, doch Amanda Gormans Gedicht erklärt ihn für überwunden.

**Kitsch hat immer auch eine gesellschaftliche Funktion: Er stabilisiert Weltbilder.** Kamala Harris kann entschlossen nicken, wenn Gorman auf sich selbst deutet und von einer Gegenwart spricht, in der «ein mageres schwarzes Mädchen, das von Sklaven abstammt und aufgezogen wurde von einer alleinerziehenden Mutter, träumen kann, Präsidentin zu werden».

**Aber sollten wir nicht misstrauisch bleiben jener Kunst gegenüber, die den Mächtigen schmeichelt?** Hätte Gorman einen Funken der amerikanischen Realität in ihren Zeilen aufblitzen lassen, dann hätte uns dies nicht «ohne Furcht» zurückgelassen. Aber dafür hätten wir inmitten einer polierten Zeremonie **einen Moment der Wahrhaftigkeit erlebt. Es gab Zeiten, in denen dies der höchste Anspruch an die Kunst war.**

## Le Figaro (site web)

jeudi 4 février 2021 - 17:17 UTC +01:00 1698 mots

Actualité ; Société

# «On est d'accord pour te donner notre fille» : le fléau des mariages forcés en France

**ENQUÊTE - Dans le viseur de la loi contre les séparatismes, les mariages forcés concerneraient quelque 200.000 femmes en France. La pratique, comportant un enjeu identitaire, est majoritairement importée du Maghreb et de l'Afrique de l'Ouest.**

L'exécutif en a fait, aux côtés des certificats de virginité et de la polygamie, l'une des cibles principales de son projet de loi contre les séparatismes, ou «projet de loi confortant le respect des principes de la République». Le mariage forcé, pratique archaïque strictement interdite depuis 1803, sévit toujours et concernerait pas moins de 200.000 jeunes femmes en France, selon Marlène Schiappa et le Groupe pour l'Abolition des Mutilations Sexuelles (GAMS), contacté par *Le Figaro*.

Comment expliquer une telle statistique, équivalente au nombre de mariages célébrés chaque année hors Covid ? « *Dans l'écrasante majorité des cas, ces mariages ne sont pas civils, et encore moins déclarés*, décrypte Isabelle Gillette-Faye, directrice du GAMS. *Selon la communauté à laquelle vous appartenez, vous pouvez non seulement vous passer d'établissements publics, mais également d'édifices religieux. Ce qui fait que les lois en vigueur, qui interdisent notamment les mariages civils avant 18 ans, n'ont aucun impact.* » Ces jeunes femmes, parfois mineures, subissent la contrainte de leur famille. « *Les parents usent de divers moyens de pression : la menace d'un reniement, la culpabilisation, parfois les insultes et les violences* », continue l'experte.

### «Dans notre communauté, nous appartenons à nos parents»

Tout ce qu'a connu Leïla\*, une quadragénaire d'origine algérienne, qui s'est confiée auprès du *Figaro* : « *Née et ayant vécu toute ma vie en France, j'ai subi, quand j'avais 15 ans, les influences de la religion. Mes parents, comme beaucoup d'autres, voulait "préserver l'honneur de la famille". Alors, on m'a imposé un jeune homme, de mon âge* ». Qu'elle ne désirait pas. « *Il n'était pas violent, pas méchant - mais comment aimer un homme que l'on nous assigne ? Je criais, me rebellais... Et ma famille m'enfermait, me cloîtrait, m'empêchait d'aller à l'école pour me forcer à l'épouser. Avec toutes les violences verbales qui s'ensuivaient, et le bourrage de crâne de mes parents, de mes frères, de mes cousins : "Tu es trop jeune pour t'en rendre compte, on sait ce qui est bien pour toi"* » se rappelle Leïla, qui déplore l'influence du « *qu'en-dira-t-on* » sur ses proches.

Plusieurs témoignages parvenus au *Figaro* rapportent la même histoire : « *Mes parents essayaient de m'acheter en m'offrant des cadeaux, en me promettant des sorties... Tout ça pour que j'accepte de finir dans les bras d'une connaissance de la famille, du double de mon âge* », assure Emma\*, la vingtaine. « *"Tu deviens une grande, une femme" répétaient mes parents* », explique Sarah\*, qui avait à l'époque 14 ans. « *Un membre de ma famille lointaine avait demandé ma main, avec l'aval de mon père et de ma mère. Pour eux, j'étais prête. J'avais beau protester, on me traitait de folle. Quand il est venu, ma mère lui a dit, en me regardant dans les yeux : "Nous, on est d'accord pour te donner Sarah".* »

Cette sensation d'être considérée comme un objet, Saly Diop, auteure du livre autobiographique *Imani* (Éditions Michalon), la connaît bien. « *Dans notre communauté, nous appartenons à nos parents* », assure-t-elle. L'élue de Meaux, élevée dans une famille polygame, native du Sénégal mais arrivée en France à 5 ans, se souvient de la pression familiale subie pour accepter un mariage forcé, « *décidé par la famille élargie* ».

« *Chez les Soninkés (une ethnie africaine), le mariage précoce et forcé fait partie des rites. C'est la norme* », explique-t-elle, alors qu'elle habitait, dans les années 90, au cœur de la cité Beauval, à Meaux. « *J'avais 15 ans, et mon père m'avait promise à un garçon de 18 ans. Toutes les filles qui m'entouraient avaient été mariées plus jeunes encore* », se remémore-t-elle. « *Quand j'ai dit "non", un cousin a menacé de me frapper, et j'ai fait prendre le risque à ma mère d'être répudiée, puisque notre communauté*



*accuse les mères d'être responsable des "travers" de leurs filles », confie Saly Diop, excisée à l'âge de trois mois. « Nos pères peuvent également nous abandonner, faisant planer la crainte d'un retour au pays... »*

## **L'honneur, enjeu majeur des familles**

Les raisons invoquées pour justifier de tels comportements sont multiples. Une longue étude de terrain du ministère de la Justice canadien, également confronté à la persistance de ce phénomène, affirme que certaines populations considèrent le mariage forcé comme un enjeu identitaire, pour refuser le métissage : *« Redoutant de voir leurs enfants contracter des unions avec des "étrangers", (...) les parents font pression afin d'éviter la fonte dans la société d'établissement »,* peut-on lire. Ce que confirme Saly Diop : *« La norme, c'est de marier quelqu'un de la même religion, de la même origine, voire de la même caste. »* Selon un travail de l'Institut National d'Études Démographiques (INED) daté de 2011, les cas de mariage forcé repérés en France concernent principalement des individus originaires de Turquie, du Maroc, de Tunisie, d'Algérie, d'Afrique sahélienne et guinéenne.

Le mariage forcé est également favorisé pour *« contrôler la sexualité des femmes »,* explique l'étude canadienne. *« Pour de nombreuses familles, leur réputation repose sur le bon comportement sexuel de leurs filles. L'obligation de la préservation de la virginité renvoie à la volonté de préserver l'honneur familial. Un mariage imposé constitue le meilleur rempart contre une atteinte à celui-ci. »*

Mais, souvent, il répond à un *« devoir »* de protection. Financière, dans le cas du versement d'une dot ou lorsqu'une des deux parties est plus aisée que l'autre, ou sociale, quand chacune des familles fait du mariage le symbole d'une alliance. *« On n'arrêtait pas de me dire que j'avais de la chance, qu'on me confiait à un homme travailleur, jeune, avec de l'avenir, se rappelle Leïla. Certaines de mes cousines, pour les "protéger", étaient contraintes de vivre avec quelqu'un de plus vieux, de plus aisé, de plus mauvais aussi. »*

### **« Dans un mariage forcé, la violence est partout »**

*« L'une d'elles a fini à l'hôpital après avoir avalé un demi-verre d'eau de javel ; une autre s'est suicidée, pendue, énumère Leïla. La pression est telle, le malheur aussi, que l'on peut succomber à tout moment. » « Dans un mariage forcé, la violence est partout, affirme Isabelle Gillette-Faye. Le fait de contraindre est violent. Ça se traduit quasiment toujours par des viols, puisqu'il y a d'emblée un refus du partenaire sexuel. »* D'autant que, selon une étude de l'association Voix de Femmes réalisée en 2012, 68% des conjoints proposés pour un mariage forcé sont des cousins - et certains mariages supposent un départ imprévu dans le pays d'origine.

Ces expositions aux violences morales et physiques ont des effets durables que liste l'Observatoire national des violences faites aux femmes : développement de troubles psycho traumatiques, déscolarisation... *« Le retour à l'école est compliqué, reprend Leïla, qui a manqué plusieurs semaines de classe en raison des punitions et de son union. Les responsables d'établissement demandent où tu étais passée, tu as honte de raconter, puis tu as les copines qui te disent "bah il est où ton mari ?" Il y a une sorte de harcèlement. Tu sais que tu vis une situation qui n'est pas normale. »* Saly Diop, elle, a fait une dépression : *« J'ai atterri à l'hôpital. Toute cette pression m'a fait péter les plombs, et mon cerveau a préféré fuir. »*

Les unions forcées ont-elles une chance de déboucher sur une fin heureuse ? *« Parfois, ça se passe très bien, parce que certaines femmes ont été conditionnées pour accepter »,* assure Leïla. Ce à quoi la directrice du GAMS ajoute : *« Mais cela suppose un concours de circonstances difficilement imaginable »* en France.

## **Sortir de la spirale**

Les témoignages et les plaintes sont rares. Pourtant, il existe un ensemble de recours. Le site *« Arrêtons les violences »* sexuelles et sexistes consacre aux mariages forcés une longue page d'informations, associée à plusieurs numéros de téléphone - 3919 (Violences Femmes Info), 119 (Allô enfance en danger) - et à une plateforme de signalements. De nombreuses associations viennent en aide aux victimes (Femmes Solidaires, le Mouvement français pour le planning familial, le Collectif féministe contre le viol, le GAMS...).

*« Nous accompagnons toutes les femmes qui le souhaitent, en essayant de convaincre la famille, de négocier, indique Isabelle Gillette-Faye. Mais souvent, la seule solution qu'ont ces jeunes filles, c'est la fuite, c'est de couper les ponts avec les proches. »* La présidente du GAMS l'assure pourtant : *« Le lien avec la famille peut être retissé. Ça ne se fait pas dans l'année qui suit le départ, mais au bout de trois, quatre ans, on réalise. Chaque partie voit la souffrance qu'entraîne une rupture. »*

Les femmes interrogées par *Le Figaro* ont toutes réussi à échapper au mariage forcé, avant ou peu après leur union. Les parents d'Emma se sont rétractés. « *Ils ne voulaient que mon bien, et ils se sont rendu compte du mal qu'ils me faisaient. Je pense que l'amour des parents est toujours plus fort que les traditions* », résume-t-elle. Ceux de Leïla se sont « *rendu compte de leur bêtise* » après trois mois de mariage. « *Le plus compliqué, c'est de retrouver sa place, alors que l'on était si différent. De reprendre le cours d'une vie normale* », souffle-t-elle. La famille de Sarah a abandonné l'idée face à son pouvoir de persuasion.

Saly Diop, quant à elle, a essuyé la colère d'une partie de sa famille, après la menace d'un dépôt de plainte. « *On m'a un peu éloigné, de peur que je serve de modèle à mes cousines* ». La quadragénaire craint d'ailleurs une recrudescence des mariages forcés dans les banlieues : « *O n voit apparaître une nouvelle génération qui souhaite des mariages arrangés. La priorité de ces jeunes, qui sont dans l'entre-soi, qui se sentent rejetés par la société française, c'est de reproduire le modèle familial.* » Entre les coutumes et la République, l'élue de Meaux évoque un dangereux « *tiraillement* », à même de scinder la France en deux.

*\*Tous les prénoms ont été modifiés*

INFEKTIologe CLEMENS WENDTNER:

## „Jetzt bloß nicht lockern!“

- VON KARIN TRUSCHEIT, MÜNCHEN
- -AKTUALISIERT AM 04.02.2021-17:02



Infektiologe Clemens Wendtner hat vor einem Jahr die ersten bestätigten deutschen Corona-Patienten behandelt. Ein Interview über Grenzwerte für Schulöffnungen, große Reinfektionswellen und die Spätfolgen der Krankheit.

Herr Professor Wendtner, Sie sind Chefarzt der Infektiologie in der München Klinik Schwabing. Zu Ihnen kamen vor einem Jahr die ersten bestätigten deutschen Corona-Patienten, die neun Infizierten des Webasto-Clusters. Bislang wurden rund 2100 Corona-Patienten in den fünf Häusern der München Klinik behandelt, aus der ersten und zweiten Welle. In welcher Welle sind

In der abklingenden zweiten Welle. Man sieht das anhand der stationären Fallzahlen, die zum Glück abnehmen. Wir haben jetzt bei uns im Haus rund 60 Patienten auf Station und etwa 20 Intensivpatienten. Vor vier Wochen sah es noch ganz anders aus, da waren es jeweils etwa dreimal so viele Patienten. Das Infektionsgeschehen nimmt ab, wenn auch ziemlich zäh.

Ist es an der Zeit, Lockerungen in Angriff zu nehmen?

Nein, auf gar keinen Fall! Der Deckel muss mindestens bis Ende Februar draufbleiben, sonst gibt es wieder einen Jo-Jo-Effekt. In Deutschland liegt die durchschnittliche Sieben-Tages-Inzidenz zurzeit bei etwa 80 Infektionen je 100.000 Einwohner. Man braucht bei der aktuellen Ansteckungsrate rund 14 Tage, um eine Halbierung der Inzidenzzahlen zu erreichen. Dann wären wir also Mitte Februar ungefähr bei einer Inzidenz von 50 – und hätten damit einen Wert, mit dem wir im Oktober zielstrebig in die zweite Welle gelaufen sind. Vor einem Inzidenzwert von 25, der vielleicht Ende Februar erreicht werden kann, rate ich dringend von Lockerungen ab. Zudem darf der R-Wert, also die Rate, die angibt, wie viele Menschen ein Infizierter ansteckt, nur bei maximal 0,7 liegen. Sonst springt die Kurve bei Lockerungen direkt wieder nach oben. Im Moment liegt der R-Wert noch bei 0,83.

Fast jeden Tag werden Varianten des Coronavirus auch in Deutschland nachgewiesen. Ist das der Beginn der dritten Welle?

Die Varianten muss man wirklich sehr ernst nehmen. Es gibt eine klare Evidenz dafür, dass die britische Mutante von Sars-CoV-2 eine höhere Infektiosität hat. Das muss man sich so vorstellen: Diese Virentypen können durch die Mutation besser an der Oberfläche der menschlichen Zellen andocken, sie sind „klebriger“, *stickier*, wie die Engländer sagen. Es braucht also für eine Infektion weniger Viren, da diese Virusvariante erfolgreicher beim Anheften ist. Das erleichtert die Ansteckung ungemein. Was mir aber noch mehr Kopfschmerzen bereitet, sind die Varianten aus Südafrika und Brasilien. Denn diese Varianten weisen auch schon wieder zusätzliche Mutationen an zwei Stellen auf. Und die so veränderten Coronaviren haben offenbar den Vorteil, dass sich Antikörper nicht mehr so gut an sie anheften können. Die neutralisierende

Wirkung der Antikörper und damit die Immunantwort des Menschen wird wesentlich geschwächt. Das heißt: Ein Mensch, der Covid schon durchgemacht hat, kann sich reinfizieren. Das sieht man zurzeit in Südafrika und in Manaus. In Manaus gibt es große Reinfektionswellen, obwohl dort schon eine gewisse Herdenimmunität erreicht war. Und es gibt leider erste Hinweise, dass manche Impfstoffkandidaten oder auch synthetische Antikörper als Therapie bei der südafrikanischen Variante schlechter wirken als bei der britischen Variante. Wenn sich nun diese Typen auch hierzulande durchsetzen, dann stecken sich wieder viel mehr Menschen an – auch Genesene. Und wenn wir dann noch zu früh lockern, haben wir die dritte Welle.

Sie beraten zusammen mit anderen Experten die bayerische Regierung, unter anderem beim „Runden Tisch Corona“. Am Montag ging es dort auch um Schulöffnungen. In Bayern hat diese Woche der Wechselunterricht für die Abschlussklassen begonnen. Ist das aus infektiologischer Sicht zu vertreten?

Ich empfehle dringend, die Schulen bis mindestens Mitte Februar so weit es geht geschlossen zu lassen – gerade im Hinblick auf die Virusvarianten. Zudem trete ich für Inzidenz-Grenzwerte ein, an denen die Schulöffnungen sich orientieren sollten. Vor Weihnachten wurden Schüler ja noch bei Inzidenzwerten von 200 in die Schule geschickt. Es sollte mindestens ein Wert von 50 unterschritten werden, bevor die Schulen geöffnet werden. Auch müssen die Schulen die Schutzmaßnahmen noch mal anpassen, Stichwort Masken. Es gibt Lehrer, die tragen diese unwirksamen Plexiglas-Visiere im Unterricht. Man kann nicht einerseits FFP2-Masken in der U-Bahn und im Supermarkt verlangen, und in den Schulen reicht dann ein Stoffetzen. Es ist öffentlicher Raum, hier sollten ebenso durchweg FFP2-Masken getragen werden. Kinder bis zehn Jahre, denen man diese Masken nicht zumuten will, sollten auf jeden Fall zumindest die medizinischen Masken tragen, also OP-Masken.

Die Infektionszahlen sind sehr lange sehr hoch gewesen, trotz Lockdown. Wo stecken sich die Leute an, was berichten Ihnen Patienten?

Die meisten Infektionsquellen sind offenbar im häuslichen Umfeld. Wobei vermutlich oft auch private Feiern der Ursprung waren, auch wenn das nicht offen gesagt wird. Es gibt auch immer wieder Geschichten von Ausflügen, nach Kitzbühel zum Beispiel. Es werden Schlupflöcher gesucht: Wenn die Skilifte geschlossen sind, mietet man sie eben privat. Wenn die Restaurants zu sind, bucht man im Engadin ein Hotelzimmer. Denn die Restaurants der Schweizer Hotels sind für Hotelgäste geöffnet. Dann geht man hübsch essen, und danach wird das Zimmer kurzfristig storniert, da man es sich „anders“ überlegt hat. Diese Leute pochen auf ihre persönlichen Freiheiten und scheren aus dem Solidarprinzip aus, das so wichtig ist, um Corona zu bekämpfen.

Gibt es auch Patienten, die Corona erst als „Hysterie“ gesehen haben und jetzt anders darüber denken?

Die „Saulus zum Paulus“-Wandlung kommt häufig vor. So ein Krankenhausaufenthalt samt durchlittener Covid-19-Erkrankung läutert.

Was überrascht Sie nach mehr als einem Jahr Corona immer noch im täglichen Umgang mit dieser tückischen Krankheit?

Vor allem das junge Alter, in dem Patienten auf der Intensivstation landen. Das sind Vierzig- oder Fünfzigjährige. Oft sind es Menschen, die super fit und sportlich waren. Die sind früher 30 Kilometer mit dem Rad zur Arbeit gefahren, und jetzt schaffen sie keine drei, vier Treppenstufen, ohne völlig außer Atem zu sein. Heute erst war noch ein Kollege aus einem anderen Krankenhaus da, der vergangenes Jahr bei uns auf der Station lag. Er kann nur wenige Stunden am Tag konzentriert arbeiten. Neben den Infektionswellen werden wir eine ganz andere Welle erleben: die Welle der Spätfolgen. Das erahnt man noch kaum. Viele werden ihr Leben so nicht mehr führen können. Das wird sich auch wirtschaftlich auswirken. Man rechnet damit, dass zehn Prozent der Corona-Patienten Langzeitschäden davontragen.

Wie sehen die Folgen bei den milden Verläufen aus?

Auch die nur milde Erkrankten klagen immer noch über Einschränkungen. Viele können auch Monate später noch nicht richtig riechen und schmecken. Wir hören von Konzentrationsstörungen oder extremer Erschöpfung, dem Fatigue-Syndrom. Gerade auch bei Kindern und Jugendlichen.

Das ist eine interessante Zielperspektive, aber kaum auf Deutschland übertragbar. Schaut man sich Neuseeland oder Australien an, so leuchtet es ein, warum diese Strategien dort funktionieren. Neuseeland ist eine Insel, in Australien gibt es große Städte und dahinter das Outback. Dort kann man Zugänge zu Ballungszentren relativ gut kontrollieren. Aber wie will man Landkreise in Deutschland abriegeln und kontrollieren? Wer soll das übernehmen? Ich glaube auch nicht, dass man in Wintermonaten Inzidenzwerte von unter zehn halten kann, so wie das gefordert wird.

Was hätte im Rückblick besser klappen können?

Im Sommer war man zu entspannt. Die Frage lautete immer: Wird es eine zweite Welle geben? Nicht: Was kann man jetzt schon dagegen tun? Die zweite Welle hätte man flacher halten können, wenn man früher daran geglaubt hätte. Ich hätte auch gerne wesentlich früher die Pflicht zum Tragen der FFP2-Masken gesehen. Diese Masken sind gerade auch im Hinblick auf die neuen Varianten ein guter Schutzfaktor. Zu spät wurden auch Netzwerke etabliert und Unternehmen gefördert, um Impfstoffe und Medikamente zu entwickeln. Es gab zuerst zu wenig Vertrauen in die neuen Technologien, zum Beispiel die mRNA-Wirkstoffgruppe, die bei den Vakzinen eingesetzt wird.

Bedeutet die Varianten vom Coronavirus Sars-CoV-2 einen Rückschlag für das Impfen?

Wir müssen jetzt die Waffen schärfen angesichts der neuen Varianten – durch die Anpassung der Impfstoffe und auch der Therapien mit synthetischen Antikörpern. Impfen gegen Corona wird kein Ereignis im Jahr 2021 bleiben. Ähnlich wie bei Influenza wird man vermutlich saisonal immer wieder mit entsprechend modifizierten Vakzinen impfen müssen. Und gerade weil sich die Varianten in den nächsten Monaten auch hier wahrscheinlich stärker ausbreiten werden, muss Impfen oberste Priorität haben, nach dem Motto *whatever it takes*. Da sieht man aber in der Praxis noch nicht die notwendige Schärfe, um das durchzuziehen. Sobald genug Impfstoff da ist, müssen wir daraus eine 24/7-Aktion machen, also rund um die Uhr impfen, um die Durchimpfung zu gewährleisten. Wir können nicht einfach wieder lockern und ansonsten auf die UV-Strahlen des Sommers setzen. Das Virus geht nicht weg, es wird höchstwahrscheinlich endemisch werden.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 4 février 2021 - 19:31 UTC +01:00 1904 mots

Actualité ; Société

# Comment l'écriture inclusive prend le pouvoir à l'université

Conruyt, Claire, Bordas, Wally

## **ENQUÊTE - Syndicats, militants, enseignants: de plus en plus d'acteurs de l'enseignement supérieur font pression pour que cette graphie devienne la norme. Une pratique qui est loin de faire l'unanimité.**

*Cher.e.s étudiant.e.s, vous êtes convoqué.e.s pour venir rencontrer vos interlocuteur.trice.s pour l'année.»* Dans les universités françaises, les étudiants reçoivent ce genre d'e-mails tous les jours. Administrations, enseignants, organisations étudiantes: ces dernières années, beaucoup se sont mis à cette formulation, qu'ils jugent «*plus inclusive*» pour les femmes.

Depuis son apparition, l'écriture inclusive, qui se manifeste notamment par l'usage du point médian ( «*professeur.e* » ), la mention systématique du genre féminin ( «*bonjour à tous et à toutes*» ) ou encore, la tendance à préférer des mots épicènes (les «*scientifiques*» plutôt que «*les chercheurs*» ), cristallise les passions. Ses partisans y voient le signe de la fin d'une époque, celle de la «*masculinisation*» du français, quand Alain Rey, le père du Petit Robert, qualifiait l'affaire de «*tempête dans un verre d'eau*» . L'Académie française, elle, y a vu un «*péril mortel*» pour la langue. Force est de constater qu'une partie de l'enseignement supérieur n'a pas attendu la fin de ces débats enflammés pour adopter cette graphie, faisant fi de la circulaire d'Édouard Philippe, publiée en 2017, qui bannit l'usage administratif de l'écriture inclusive.

«*Que ce soit sur les panneaux d'affichage, dans les mails de la présidence de l'université et même dans nos supports de TD... L'écriture inclusive est partout. On ne la remarque même plus*», constate Benjamin, étudiant en droit à Nanterre. «*Les organisations étudiantes l'utilisent beaucoup*», avance le jeune homme, qui cite notamment l'Unef. La présidente du syndicat de gauche s'en félicite d'ailleurs: «*Nous écrivons de cette façon depuis cinq ans dans notre communication*, affirme Mélanie Luce. *Pour nous, c'est un moyen de rendre les femmes plus visibles dans la langue.*»

À Paris Dauphine, Emma\* se souvient notamment d'une enseignante qui l'utilisait dans les sujets de partiel. Exemple: «*Dans quelle mesure une part croissante des citoyen.ne.s se désintéresse-t-elle de la politique?*» Mais aussi, dans les cours: «*Électeurs et électrices sont, comme tous les agents sociaux, des hommes (et des femmes) pluriel(-le-s)*» . Jacques Smith, le délégué général du l'UNI, syndicat étudiant de droite, livre à son tour une histoire éloquent: certains de ses militants lui racontent que des enseignants les obligent à adopter cette forme d'écriture: «*Ils ne répondent pas aux mails de ceux qui les contactent sans utiliser l'écriture inclusive. Ou alors ils leur objectent: "Merci de m'écrire en langue inclusive, dans le cas contraire, je ne vous répondrai pas".*»

### **Faire plaisir à la professeure**

D'autres vont encore plus loin. Madeleine\* était en deuxième année de licence lorsqu'elle et son groupe proposent de consacrer leur mémoire à la précarité menstruelle. «*Lorsque nous avons publié un sondage à ce sujet sur l'un des groupes Facebook de ma fac, beaucoup d'étudiants nous ont reproché de ne pas être assez inclusifs dans nos questions. Selon eux, nous oublions les personnes transsexuelles*», raconte-t-elle. Alors, elle en parle à son enseignante. «*Elle nous a fortement recommandé d'avoir recours à l'écriture inclusive. J'ai dû reprendre absolument tout ce que nous avons écrit et ajouter des points partout, je pétais un câble. J'aurais préféré me concentrer sur le contenu.*» La jeune femme de 19 ans est gênée par le sentiment d'avoir été «*obligée d'y avoir recours*» . «*Nous avons compris qu'en le faisant, cela ferait plaisir à la professeure et que nous aurions une bonne note.*» Ce qui fut le cas.



Killian, étudiant en informatique à l'université Grenoble Alpes, a été surpris de voir à quel point cette forme d'écriture rencontrait un large consensus parmi les étudiants de son établissement. Par curiosité, le jeune homme de 24 ans lance une discussion à ce sujet sur le logiciel de messagerie instantanée Discord que *«la quasi-totalité des étudiants du département licence sciences et technologie»* utilisent. *«Toutes les personnes qui m'ont répondu étaient favorables à l'écriture inclusive. Une personne m'a presque traité de transphobe. Bref, j'ai arrêté la discussion, c'est parti vraiment loin.»*

### «Ostracisé par certains de ses collègues»

Les opposants à cette nouvelle forme d'écriture sont souvent qualifiés de *«réactionnaires»* ou de *«conservateurs»*. Jean Szlamowicz, professeur de linguistique à l'université de Bourgogne et auteur du livre *Le Sexe et la langue*, en a fait les frais. Fin 2019, dans le cadre d'un séminaire linguistique, l'enseignant devait tenir une conférence intitulée «L'écriture inclusive à l'épreuve de la grammaire». Le lendemain de son intervention, annulée pour des raisons pratiques, il découvre que des collègues s'étaient de toute façon mobilisés pour empêcher la conférence en faisant pression sur le doyen. *«Il y avait des appels à l'intimidation, ils me prévoyaient un sacré comité d'accueil»*, raconte l'enseignant-chercheur, qui reçoit également un mail du doyen de l'UFR lui indiquant qu'il n'est pas le bienvenu. *«Le fait que vous soyez rédacteur de ce torchon sexiste et raciste qu'est Causeur vous discrédite d'un point de vue scientifique»*, lit-il notamment. Jean Szlamowicz l'assure, son discours sur l'écriture inclusive lui a valu d'être *«ostracisé par certains de ses collègues»*. *«Dès que vous écrivez un mail, vous êtes fiché politiquement. Il y a une surveillance sous-jacente, une peur d'être pris à partie. Comme chacun est évalué par ses pairs, il est toujours possible qu'on vous refuse un financement en fonction de vos prises de position.»*

Sa collègue Yana Grinshpun, enseignante-chercheuse à l'université Paris-III Sorbonne-Nouvelle, en a également fait l'amère expérience. En 2017, une commande académique lui est faite: elle doit écrire un article sur le nouveau radicalisme pour *L'Abécédaire de la haine*. Au bout de plusieurs semaines, elle rend son travail, qui est accepté. Deux ans plus tard, ses collègues lui expliquent finalement qu'il faudra le retravailler. *«Ils m'ont dit : soit vous le réécrivez en écriture inclusive, soit il ne sera pas publié. J'ai refusé, au nom de ma liberté académique»*, raconte l'enseignante, qui dénonce une *«radicalisation progressive de l'espace universitaire»*.

### Généraliser la pratique de cette écriture

Ces dernières années, les établissements sont de plus en plus nombreux à vouloir généraliser la pratique de cette écriture. À l'université de Bourgogne, des enseignants du Centre interlangues travaillent actuellement au lancement d'un atelier d'écriture inclusive pour les étudiants. De même, depuis 2019, l'université Paris-Nanterre a nommé une chargée de mission égalité femmes-hommes et non-discrimination pour travailler, entre autres, à la généralisation de l'écriture inclusive dans l'établissement. *«Notre objectif est de faire de la communication non stéréotypée. Nous essayons d'éradiquer tout ce qui ne présente pas un équilibre entre les femmes et les hommes»*, explique Maïlys Derenemesnil, en charge de la mission. Depuis son arrivée, l'université a notamment publié un petit guide de l'écriture inclusive expliquant les *«vertus»* de l'utilisation du point médian pour lutter contre le sexisme. *«Toute la présidence utilise cette forme de communication et encourage fortement le reste de la communauté à le faire. À terme, je pense que nous créerons des formations obligatoires pour sensibiliser les responsables d'associations étudiantes sur ces sujets»*, annonce-t-elle.

Et même lorsqu'ils ne sont pas forcément pour, les présidents d'université sont forcés de s'y mettre: *«Beaucoup ont adopté cette graphie sous la pression de quelques associations. Il est plus simple et plus commode de s'adapter si on ne veut pas être accusé de sexisme»*, avoue un ancien président d'université parisienne. Même constat à Sorbonne-Université. Voilà environ quatre ans que Franck Neveu, professeur de linguistique française, observe une *«demande d'inclusivisme linguistique de la part de certains syndicats étudiants et associations universitaires»*. Une demande qui reçoit un *«accueil favorable»* de la part des membres de la communauté enseignante, constate-t-il. *«Cependant, on ne peut certainement pas dire que l'écriture se répande de manière consensuelle.»* Si, selon lui, la majorité des étudiants n'y prête pas vraiment attention, ceux qui la pratiquent ont une démarche qui *«abrite souvent un fond de militantisme»*. Quitte à omettre le fait que l'écriture inclusive *«déstructure très largement la graphie ainsi que le lien qui doit naturellement s'établir entre la pratique orale et la pratique écrite»*, rappelle l'enseignant. *«On sait très bien que cette écriture ne marche pas. Seulement, il ne s'agit pas de respecter une cohérence linguistique mais d'afficher une forme d'idéologie et de dénoncer le prétendu patriarcat de certains fonctionnements institutionnels.»*

### Quand la croyance étouffe la réflexion scientifique

Anne Dister, qui enseigne la linguistique française à l'université Saint-Louis-Bruxelles, renchérit: *«L'écriture inclusive part d'une idée fautive qui est que le masculin dans la langue invisibilise les femmes. C'est une croyance qui n'est pas fondée sur le fonctionnement des genres en français où la plupart des usages du masculin sont inclusifs.»* Exemple: si nous parlons

de «*nos voisins*», nous partons du principe qu'il y a des femmes et des hommes parmi eux. «*Faire du masculin un genre qui invisibilise les femmes, c'est faire comme si les mots n'étaient jamais utilisés dans un contexte qui nous aide à en comprendre le sens*», analyse l'enseignante. «*Je suis effarée de voir que face à ces arguments objectifs, il y a encore des acteurs dans l'enseignement supérieur qui défendent l'usage de cette écriture. Mais nous sommes dans une période où la conviction et la croyance ont plus de poids que la réflexion scientifique.*» Et d'ajouter: «*Il y a des chercheurs et des enseignants qui réinterprètent l'histoire de la langue en proclamant qu'au XVIIIe siècle, des grammairiens seraient allés à l'encontre de l'usage de la langue en codifiant le français. En le masculinisant. C'est de la théorie du complot.*»

Autre écueil: les partisans de l'écriture inclusive imposent à leur lectorat un français peu intelligible. «*Cette forme d'écriture génère de l'insécurité linguistique, de l'hypercorrection*», avance Mathieu Avanzi, linguiste et maître de conférences à Sorbonne-Université. «*L'écriture inclusive revient à éloigner les gens qui ont des difficultés avec la langue. On ne peut pas militer pour un français plus accessible et la pratiquer*», renchérit Anne Dister.

Ces pratiques, de plus en plus fréquentes, offusquent certains politiques. Le député LREM François Jolivet prépare une proposition de loi pour interdire l'écriture inclusive à l'école. Et s'il reconnaît la «*liberté académique*» des enseignants du supérieur, il est inquiet: «*Je suis effaré que certaines universités l'adoptent dans leur communication et que de plus en plus d'étudiants l'utilisent dans leurs copies. Cette pratique est un bras d'honneur aux institutions gardiennes de la langue française.*»

\* Les prénoms ont été modifiés.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 4 février 2021 - 19:25 UTC +01:00 1241 mots

## Covid : les pays européens allègent-ils leurs mesures sanitaires ?

### **LA VÉRIFICATION - Les restaurants ont rouvert en Italie. Où en sont les restrictions dans les principaux pays européens ? Les mesures françaises sont-elles particulièrement strictes ?**

LA QUESTION. « *Italie, Espagne, Norvège, Malte... Partout les restaurants ouvrent dans des conditions strictes. Sauf en France, où le gouvernement n'a eu comme réponse que la menace financière à l'égard de restaurateurs !* », lançait mardi Nicolas Dupont-Aignan, le président de la Debout la France, sur Twitter. « *L'Italie et l'Espagne, entre autres, rouvrent des restaurants, des musées. Et pas de couvre-feu à 18h* », saluait un internaute sur le réseau social, où des « *hashtags* » comme #BasLesMasques fleurissent.

Les pays européens allègent-ils leurs mesures sanitaires ? Et les restrictions en France sont-elles, en comparaison, particulièrement strictes ?

VÉRIFICATIONS. La France n'a certes pas reconfiné, mais a durci encore ses mesures sanitaires : au couvre-feu à 18 heures, au port du masque généralisé, à la fermeture des restaurants, des bars, des lieux culturels et des salles de sport, à l'enseignement supérieur à distance, viennent s'ajouter la fermeture des grandes surfaces non alimentaires de plus de 20.000 m<sup>2</sup> et celle des frontières hors Union européenne, sauf motifs impérieux.

#### **Qu'en est-il ailleurs en Europe ?**

Depuis le 1er février, l'Italie a largement lâché du lest : à l'exception des régions du Haut-Adige, de l'Ombrie, des Pouilles, de la Sardaigne et de la Sicile classées en « *orange* » (risque sanitaire moyen), toutes les autres régions de la péninsule sont désormais en « *jaune* » (risque modéré). Les bars et les restaurants peuvent rouvrir jusqu'à 18 heures (et jusqu'à 22 heures pour la vente à emporter), mais avec un nombre limité de clients. Par ailleurs, les musées et les sites archéologiques ont rouvert la semaine. En revanche, le couvre-feu - beaucoup plus tardif qu'en France - reste de vigueur de 22h à 5h du matin.

Dans la péninsule, la décrue continue depuis le pic de la seconde vague le 16 novembre (580 contaminations pour un million d'habitants), mais cette décrue est néanmoins assez lente. Alors que la France se situe sur un « *plateau haut ascendant* » (formule du gouvernement), l'Italie se situe quant à elle plutôt sur un « *plateau haut descendant* ».

Malgré une seconde vague extrêmement prononcée, l'Espagne n'a pas opté pour un troisième confinement comme le Royaume-Uni, le Portugal, l'Irlande ou le Royaume-Uni. Les règles sanitaires, qui varient selon les régions, sont globalement moins dures qu'en France. Le port du masque est obligatoire dans les lieux publics, mais pas à l'extérieur. Une autre règle nationale est un couvre-feu, qui dure de 22h à 6h, et encore : les régions peuvent décider d'avancer ou de reculer d'une heure le début ou la fin de celui-ci. Les règles concernant les bars et restaurants fluctuent : ils sont ouverts à Madrid jusqu'à 21h, en Andalousie jusqu'à 18 heures, pour les petits-déjeuners et les déjeuners seulement en Catalogne. À Valence ou en Galice en revanche, la restauration est fermée. Concernant les lieux culturels, les règles fluctuent là encore entre les régions. Contrairement à la France, l'Espagne connaît en revanche de nombreuses restrictions de voyage entre les régions, certaines n'autorisant d'entrée sur leur territoire que pour des raisons motivées (travail, santé, etc.).

Les règles, certes disparates, sont donc en moyenne beaucoup plus souples qu'en France. L'Espagne connaît pourtant une situation sanitaire délicate, avec une deuxième vague (qui est même une troisième vague en réalité) particulièrement haute depuis le mois de janvier (pic le 26 janvier avec 792 contaminations pour un million d'habitants). Malgré l'absence de reconfinement, on remarque néanmoins une décrue depuis.

Impossible de ne pas évoquer le cas de la Suède, particulièrement cité depuis le début de l'épidémie par les opposants aux mesures sanitaires. Les restrictions obligatoires sont en effet très peu nombreuses : il n'existe aucun couvre-feu ou confinement depuis mars dernier. Touchée par la seconde vague, la Suède a en revanche établi des jauges de 10 m<sup>2</sup> par personne dans certains lieux publics. Par ailleurs, les lycées et certains collèges sont passés « à

*distance* ». Les bars, les restaurants, les lieux culturels et sportifs restent ouverts. Le port du masque n'est obligatoire nulle part (seulement encouragé dans les transports). En revanche - et cette dimension est souvent oubliée - les Suédois pratiquent une forme d'« *auto-isolément* » dans le sens où ils sont invités à réduire le nombre de leurs interactions sociales depuis le début de la crise sanitaire, ce qu'ils respectent visiblement (les chiffres des transports ou du télétravail en attestent).

La Suède a connu un pic épidémique le 11 janvier à 737 contaminations pour un million d'habitants. Depuis, le pays connaît une décrue certaine et se retrouve peu ou prou au niveau de la France.

Sans entrer dans les détails, citons la Norvège, où les mesures sanitaires ont été allégées dans la région d'Oslo. Les restaurants ont ainsi rouvert le 3 février. En Finlande, autre pays nordique, les restaurants sont également ouverts. À Malte, cité par Nicolas Dupont-Aignan, les restaurants sont ouverts, avec néanmoins des limites en nombre de personnes et de m<sup>2</sup> par personne.

Si, dans ces pays, les mesures sanitaires sont moins rudes qu'en France, ce n'est pas le cas de tous les pays, puisque plusieurs d'entre eux vivent toujours un troisième confinement.

C'est le cas du Royaume-Uni, qui connaît un confinement strict depuis le 4 janvier (et qui devrait durer au moins jusqu'au 8 mars). Les bars, les restaurants, les lieux culturels et les écoles sont fermés. La seule mesure plus souple qu'en France concerne les masques, qui ne sont pas obligatoires à l'extérieur. Depuis le 15 janvier, le Portugal connaît un confinement similaire, avec fermeture des écoles également. Idem pour l'Irlande depuis le 7 janvier.

Ces trois pays qui ont connu une deuxième vague (voire une troisième) très forte connaissent aujourd'hui une décrue spectaculaire du nombre de contaminations. À tel point que l'Irlande est désormais moins touchée que la France et que le Royaume-Uni est en passe de l'être à son tour.

Enfin, qui de l'Allemagne ? Outre-Rhin, la situation sanitaire était très similaire à celle de la France depuis la mi-novembre avec un « *plateau haut* ». Néanmoins, depuis janvier, l'Allemagne connaît une décrue forte, que ne connaît pas l'hexagone.

Pour le coup, Berlin a choisi d'adapter des mesures globalement plus drastiques qu'en France, étant donné que celles-ci sont pour la plupart prises par les Länder. Un confinement souple a été décidé dans plusieurs d'entre eux. Et les écoles primaires sont fermées dans tout le pays.

En résumé, la France se situe pour l'instant entre deux blocs : d'un côté, figurent les pays confinés (Royaume-Uni, Portugal, Irlande) ou semi-confinés (Allemagne) où les mesures sanitaires sont par définition plus strictes ; de l'autre les pays non confinés (l'Italie, l'Espagne, pays nordiques) où les restrictions sont globalement moins sévères que dans l'Hexagone et ont d'ailleurs tendance à s'amenuiser. Le statu quo français peut s'expliquer par la situation stable de « *plateau haut* » qui ne se retrouve dans aucun des pays cités. Certains d'entre eux ont certes été frappés par une seconde vague parfois très haute, mais ils connaissent tous, actuellement, une décrue épidémique, qui fait encore défaut en France.

**Le Figaro, no. 23781**

Le Figaro, jeudi 4 février 2021 712 mots, p. 19

## Opinions

## Pensée 68 et pédophilie

Ferry, Luc

Je comprends bien que les anciens soixante-huitards tentent aujourd'hui de dédouaner Mai 68 des dérives incestueuses et pédophiles dont l'actualité de ces derniers jours est hélas remplie. Reste que la vérité historique oblige à dire que c'est bien malgré tout dans le sillage du joyeux mois de mai et avec la bénédiction des autorités philosophiques les plus représentatives du gauchisme culturel de l'époque, que la pédophilie reçut les lettres de noblesse qu'elle avait perdues depuis Platon.

Quand paraissent au milieu des années 1970, dans *Libération* et dans *Le Monde*, des pétitions faisant l'éloge de la pédérastie, signées par des intellectuels comme Foucault, Sartre, Beauvoir, Deleuze, Barthes ou Châtelet, refuser d'y adhérer c'était prendre le risque de s'exclure du club des « vrais intellectuels », c'est-à-dire des intellectuels de gauche, « forcément de gauche », castristes, maoïstes, trotskistes ou, au minimum, communistes. On a oublié que la « pensée 68 » était globalement favorable à la pédérastie, qu'elle approuvait les délires de René Schérer et Guy Hocquenghem qui publient, en 1976, *Co-ire* (en latin : « aller ensemble », « coït » à la troisième personne du singulier...), un ouvrage agrémenté d'une pléiade de photos d'enfants nus qui faisait l'éloge du « rapt » : l'enfant n'étant pas la propriété privée des parents (petite référence à Marx), tout adulte a le droit, et même le devoir, ainsi plaidaient-ils, de l'enlever pour éveiller cette sexualité que la bourgeoisie occulte.

Schérer, l'un des fondateurs de l'université de Vincennes, soutenu bien entendu par Deleuze, Châtelet, Lyotard, Foucault, Badiou et consorts, bref, par ce que la « pensée 68 » comptait alors de plus tapageur, expliquait comment l'éducation bourgeoise en vigueur dans nos établissements scolaires sombrait dans la « perversité » qui consiste à ne faire aucune place à la pédérastie : « *Nous posons en principe, écrivait-il, que la relation pédagogique est essentiellement perverse, non parce qu'elle s'accompagnerait des rapports pédérastiques entre maîtres et élèves, mais précisément parce qu'elle les dénie et les exclut.* » Oui, vous avez bien lu : la perversion consiste à exclure la pédérastie dans l'éducation tant scolaire que familiale !

On objectera que la pédophilie sévit dans tous les milieux et on aura raison, à ceci près que je ne connais aucune idéologie qui en fasse l'apologie en dehors de celle-là.

Aussi étrange que cela nous paraisse aujourd'hui, dans ce milieu et à cette époque, on pensait comme ça, de sorte qu'il fut pendant longtemps plus risqué d'y critiquer la pédophilie que d'en faire l'apologie. Ces prestigieux professeurs s'étaient emparés des thèses de Freud sur la sexualité infantile pour en tirer la conclusion absurde qu'il était du devoir des adultes de l'éveiller. Comme il était en outre « interdit d'interdire », il n'y avait plus à se gêner.

Aujourd'hui, les derniers signataires de ces pétitions reconnaissent que « *c'était une connerie* ». Soit. Mais quand j'ai publié *La Pensée 68* avec Alain Renaut en 1985, un livre qui critiquait les soubassements philosophiques de ces appels délirants à la transgression tous azimuts, ils étaient, eux ou leurs proches, les premiers à nous insulter. Pendant près d'un an, je n'ai pas pu faire une conférence en public, pas même à l'École normale rue d'Ulm où je dirigeais pourtant un centre de recherche sur l'idéalisme allemand, parce que des disciples de Foucault nous attendaient, non pas avec des excuses, mais avec des battes de base-ball ! Au début des années 1980 encore, quand je publiais un livre sur l'idée républicaine et soutenais l'héritage du général de Gaulle face à mes « amis » soixante-huitards qui le traitaient à longueur de journée de « fasciste », je passais pour le roi des blaireaux. On m'expliquait que je n'avais rien compris, que je passais à côté du formidable mouvement d'émancipation inspiré par les idées de Castro, Mao ou Trotski. C'est pour répondre à cette gauche arrogante alors au pouvoir, tellement fière de ses réseaux et de ses positions sociales, tellement sûre d'être du bon côté et d'incarner la conscience morale, que je me suis résolu à écrire *La Pensée 68*.

Pascal assurait qu'il y a toujours une part de vérité, fût-elle infime, dans les opinions même les plus fausses. Tout n'était sans doute pas à rejeter dans l'héritage de Mai, en quoi j'admire ceux qui, comme Camille Kouchner, sans renier ce que certains idéaux d'émancipation pouvaient avoir de séduisant, ont aujourd'hui le courage de briser le silence à l'endroit exact où il devait l'être.

KOLUMNE „UNI LIVE“:

# Das Online-Studium wird völlig unterschätzt

- VON LAURA HENKEL
- -AKTUALISIERT AM 05.02.2021-13:11

## Nicht der Vergangenheit nachtrauern

Leider wird diese Linie im Wintersemester nicht flächendeckend fortgeführt. Viele meiner Kommilitonen berichten, ihre Dozenten versuchten, Kurse aller Formate wieder stärker in Online-Präsenz abzuhalten. Auch eine meiner Vorlesungen, die von rund zweihundert Studenten besucht wird, wird als Zoom-Konferenz abgehalten. Die hohe Teilnehmerzahl sorgt dafür, dass die Tonübertragung oft verzerrt und der Vortrag des Professors nur schwer verständlich ist. Dennoch möchte er von dem Format der Online-Präsenzvorlesung nicht abrücken, und mit dieser Haltung ist er nicht allein.

Viele Studenten empfinden Unmut auch darüber, dass es keine bundesweit einheitlichen Konzepte der Universitäten für den Umgang mit der Pandemie gibt. So sollten etwa in Hessen Jura-Klausuren mit 200 Teilnehmern in Präsenz abgehalten werden, während andere Fächer auch Kurse mit nur zehn Teilnehmern online durchführen. Dies führt dazu, dass die Regelungen im Wintersemester zum Teil als ungerecht und diffus bewertet werden.

Sowohl Dozenten als auch Studenten scheinen sich in diesem Semester noch stärker als im Sommer nach einer Rückkehr zur altbekannten, analogen Form des Lehrbetriebs zu sehnen. Gleichzeitig wissen wir, dass es uns nicht weiterbringt, der Vergangenheit nachzutruern. Warum konzentrieren wir uns also nicht auf die Vorteile des Ganzen und versuchen, die Möglichkeiten des Online-Studiums voll auszuschöpfen?

Wir können gerade von überall auf der Welt studieren, und dafür brauchen wir nur zwei Utensilien, einen Computer und eine stabile Internetverbindung. Wir müssen dafür nicht mehr jeden Tag in die Uni fahren. Ich absolviere zurzeit ein Auslandssemester in Japan, obwohl ich in Deutschland bin. Auch in Corona-Zeiten ist ein Erasmus-Semester möglich, auch online können wir Fremdsprachen lernen, gezielt internationale Kontakte knüpfen und Seminare an unserer Gastuniversität besuchen. Dies ließe sich sogar noch ausbauen, wenn sich Universitäten stärker vernetzten, ihre Kurse für Studenten anderer Länder öffneten oder gemeinsam digitale Projekte organisierten.

Das Online-Studium zeigt uns auch, dass wir in einer Zeit leben, die E-Books und digitale Zugänge zu den Beständen der Bibliothek fast nötig macht. Schon im vergangenen Semester hat es das Verfassen von Hausarbeiten enorm erleichtert, auf digitale Bücher zurückgreifen zu können, die Verlage den Unibibliotheken vermehrt zur Verfügung gestellt hatten. Aber dieses Vorgehen ist noch lange nicht der Regelfall, und Unibibliotheken kaufen nach wie vor häufig lieber gedruckte Ausgaben, als in die digitale Version eines Buches zu investieren.

Zuletzt können wir die Corona-Pandemie auch als Einladung annehmen, selbst im digitalen Zeitalter anzukommen und anzufangen, unsere Computer wirklich voll auszunutzen. Wir können neue Programme zur Textbearbeitung und gemeinfreie Software ausprobieren, Apps zur Studienorganisation testen, Programmier- und Fremdsprachen lernen und viele andere Angebote wahrnehmen, die uns den digitalen Alltag erleichtern. Statt uns also nur zu beklagen, wie unerträglich die aktuelle Studiensituation ist, sollten wir lieber versuchen, das Beste aus dem zu machen, was uns schon jetzt zur Verfügung steht – und darüber nachdenken, was wir noch alles möglich machen können.

*Laura Henkel (24 Jahre alt) beendet derzeit ihren Master in Literaturwissenschaft an der Uni Göttingen, sammelt fremdsprachige Lieblingswörter wie andere Leute Briefmarken, leidet an Abibliophobie und fragt sich, wie man die Disziplin, sechs Bücher parallel zu lesen, zum Beruf macht.*



## Covid-19 : l'épidémie est « mal contrôlée par les mesures actuelles », affirme l'AP-HP

Le directeur médical de crise de l'Assistance publique-Hôpitaux de Paris, le Pr Bruno Riou, a jugé vendredi que la prédominance du variant anglais était «*inéluçtable*».

Par Le Figaro avec AFP

Publié le 6/2 à 15:48, mis à jour hier à 19:22

Jeudi 4 février, le gouvernement estimait que la «situation ne justifie pas» de nouveau confinement. *MARTIN BUREAU / AFP*

L'épidémie de Covid-19 «*est mal contrôlée par les mesures actuelles*», a estimé vendredi 5 février le directeur médical de crise de l'Assistance publique-Hôpitaux de Paris (AP-HP) après que le gouvernement a annoncé la veille ne pas procéder à un nouveau confinement.

«*On risque d'avoir à faire face à une vague épidémique importante alors que nous sommes déjà à un niveau élevé de l'épidémie. Ça devient une quasi-certitude*», a indiqué le Pr Bruno Riou au cours d'un point de presse, jugeant que la prédominance du variant anglais était «*inéluçtable*». «*La situation s'est un peu aggravée par rapport à la semaine dernière et je ne vois pas bien pourquoi elle s'améliorerait*», a indiqué le Pr Riou, qui avait appelé fin janvier à «*un confinement le plus vite possible*».

### Des «déprogrammations dans les hôpitaux les plus impactés»

«*La situation ne justifie pas à ce jour*» un nouveau confinement, a déclaré jeudi le premier ministre Jean Castex, tout en affirmant que l'exécutif n'hésiterait «*pas à prendre (ses) responsabilités*» en cas de «*dégradation forte et rapide*» des indicateurs sanitaires en raison de l'épidémie de Covid-19. «*Toutes les décisions de confinement ont été prises relativement tardivement. Je m'attends à ce que le même genre de décision tardive soit prise*», a commenté le Pr Riou vendredi. Aujourd'hui, nous avons «*700 malades en réanimation avec une activité hors Covid qui reste très élevée, plus élevée qu'elle ne l'était pendant la première vague, plus élevée qu'elle ne l'était pendant la 2ème vague. Elle est aujourd'hui quasiment normale par rapport à la même situation l'année dernière*», a détaillé le directeur adjoint de l'AP-HP, François Crémieux.

«*Nous allons débiter les déprogrammations dans les hôpitaux les plus impactés*», a averti Bruno Riou, jugeant possible que l'Ile-de-France ait recours à des transferts interrégionaux de patients «*dans les semaines qui viennent*». «*Le problème c'est que je m'interroge sur la capacité des régions, à ce moment-là, à nous venir en aide*». «*Il est clair que nous allons vivre des moments très difficiles dans les semaines qui viennent. Ces difficultés, c'est aussi notre métier et elles seront de toute façon moins importantes que les difficultés que vont avoir nos patients et leurs proches*», a-t-il ajouté.

**Le Figaro (site web)**

vendredi 5 février 2021 - 06:00 UTC +01:00 538 mots

Culture ; Livres

**Frédéric Beigbeder:**  
**«La familia grande, la guerre des générations»****CHRONIQUE - Tout le monde a déjà parlé du premier livre de Camille Kouchner sous bien des aspects, sans jamais parler de littérature.**

Et si l'on considérait *La familia grande* non comme un règlement de comptes familial mais pour ce qu'il est: la naissance d'un écrivain? La force d'un tel livre ne repose pas uniquement sur la révélation d'un viol pédophile au sein d'une famille. Il lui fallait aussi une sobriété implacable, une écriture blanche, une construction adroite. Avec sa formation d'avocate, Camille Kouchner sait présenter le viol de son frère jumeau par son beau-père de la façon la plus violemment calme.

Ce livre est une déclaration d'amour qui se termine en déclaration de guerre. La seule bonne nouvelle dans ce cataclysme, c'est qu'en France la libération de la parole passe toujours par un livre. L'an dernier, Vanessa Springora avait logiquement répondu aux livres de Matzneff par le sien. Virginie Linhart, dans *L'Effet maternel* (2020), portaitrait une mère libérée mais toxique. Sans la puissance des œuvres qui l'ont préparé, le récit de Camille Kouchner n'aurait pas forcément atteint son objectif: ouvrir les yeux de toute une génération sur les errements de la précédente.

La presse joue les étonnées alors que les chocs de 2020 et 2021 ont été préparés par beaucoup d'autres. Désolé de revenir toujours à mon gourou, mais la critique des libertaires soixante-huitards a très certainement été initiée par *Les Particules élémentaires* de Michel Houellebecq en 1998. Souvenons-nous des passages vengeurs de ce roman sur la mère baba cool du narrateur, Janine, son égoïsme, son aveuglement. Après avoir dansé le be-bop avec Jean-Paul Sartre, Janine confiait son fils Michel à sa grand-mère et partait vivre dans une communauté en Californie. Le portrait terrible de la mère est le véritable point de départ de la guerre de génération en cours: il s'agit tout simplement d'exercer un droit d'inventaire sur les dommages collatéraux du féminisme et de la libération sexuelle.

La confession extraordinairement courageuse de Christophe Tison en 2004, *Il m'aimait*, fut le premier récit français d'un viol d'enfant par un adulte, Didier, dans une communauté théâtrale durant les années 1970. Il aurait pu s'intituler «La familia grande», avec son écriture douce, sa description émue d'un abus qui fout une vie en l'air, sa fermeté pour décrire l'abjecte manipulation d'un ami des parents. Une autre étape fut la publication, en 2017, du récit sublime d'Eva Ionesco, *Innocence*, où elle racontait les séances de pose pour sa mère, nue et maquillée, en porte-jarretelles, à l'âge de 4 ans. *La familia grande* est la suite, efficace et bouleversante, d'une succession de livres qui ne dénoncèrent pas seulement l'inceste ou la pédophilie, mais le crime de ces intellos de gauche qui firent des enfants sans accepter d'être adultes.

# « L'annulation des dettes publiques que la BCE détient constituerait un premier signal fort de la reconquête par l'Europe de son destin »

## **TRIBUNE**

### **Collectif**

Près de cent cinquante économistes de treize pays européens, dont Thomas Piketty et l'ancien ministre belge Paul Magnette, signent un appel à l'annulation des dettes détenues par la Banque centrale européenne, en échange d'un plan d'investissement européen.

Publié le 5/2 à 08h41, mis à jour hier à 13h53

**Tribune.** Le débat sur l'annulation des dettes détenues par la Banque centrale européenne (BCE) connaît un fort retentissement en France, mais aussi en Italie, au Luxembourg, en Belgique, dans les couloirs des institutions européennes, auprès des représentants de la BCE elle-même et des différents ministères des finances de la zone euro.

Ce débat est sain et utile. Pour la première fois depuis bien longtemps, les enjeux monétaires font l'objet d'une discussion publique. La monnaie cesse pour un instant d'être cet objet soustrait à la délibération collective et confié à une banque centrale indépendante des pouvoirs politiques mais dépendante des marchés financiers.

Les citoyens découvrent, pour certains avec effarement, que près de 25 % de la dette publique européenne sont aujourd'hui détenus par leur Banque centrale. Nous nous devons à nous-même 25 % de notre dette et si nous remboursions cette somme, nous devons la trouver ailleurs, soit en réempruntant pour faire « rouler la dette » au lieu d'emprunter pour investir, soit en augmentant les impôts, soit en baissant les dépenses.

Il y aurait pourtant une autre solution. En tant qu'économistes, responsables et citoyens engagés de différents pays, il est de notre devoir d'alerter sur le fait que la BCE pourrait aujourd'hui offrir aux Etats européens les moyens de leur reconstruction écologique, mais aussi de réparer la casse sociale, économique et culturelle, après la terrible crise sanitaire que nous traversons.

## **Près de 2 500 milliards d'euros**

Non pas que les Etats n'aient pas agi, car des mesures de protection ont bien été adoptées. Mais elles demeurent très insuffisantes. Le plan de relance européen, fondé sur une enveloppe de 300 milliards d'euros à peine de subventions sur trois ans, est bien loin des 2 000 milliards d'euros demandés par le Parlement européen.

Faut-il rappeler qu'avant la crise sanitaire, la Cour des comptes européenne, en 2018, indiquait déjà un besoin minimal de 300 à 400 milliards d'euros d'investissements supplémentaires par an pour financer la transition écologique en Europe ? Nous sommes loin du compte, encore plus avec la crise sanitaire.

Nous ne prenons pas l'annulation de dettes publiques, fussent-elles détenues par la BCE, comme un événement anodin. Nous savons que les annulations de dette constituent des moments fondateurs. Ce fut le cas à la [Conférence de Londres](#), en 1953, quand l'Allemagne bénéficia d'un effacement des deux tiers de sa dette publique, lui permettant de retrouver le chemin de la prospérité et d'ancrer son avenir dans l'espace européen. Mais l'Europe ne traverse-t-elle pas aujourd'hui une crise d'une ampleur exceptionnelle qui appellerait des mesures tout aussi exceptionnelles ?

Par ailleurs, nous avons la chance d'avoir un créancier qui ne craint pas de perdre son argent : la BCE. Notre proposition est donc simple : passons un contrat entre les Etats européens et la BCE. Cette dernière s'engage à effacer les dettes publiques qu'elle détient (ou à les transformer en dettes perpétuelles sans intérêt), tandis que les Etats s'engagent à investir les mêmes montants dans la reconstruction écologique et sociale. Ces montants s'élèvent aujourd'hui, pour l'ensemble de l'Europe, à près de 2 500 milliards d'euros. De quoi répondre enfin aux attentes du Parlement européen, et surtout à la sauvegarde de l'intérêt général.

## Pas d'interdiction explicite

La BCE peut se le permettre sans aucun doute. Comme le reconnaît un très grand nombre d'économistes, même parmi ceux qui s'opposent à cette solution, une banque centrale peut fonctionner avec des fonds propres négatifs sans difficulté. Elle peut même créer de la monnaie pour compenser ces pertes : c'est prévu par le protocole n° 4 annexé au traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Ensuite, juridiquement, contrairement à ce qu'affirment certains responsables d'institutions, notamment de la BCE, l'annulation n'est pas explicitement interdite par les traités européens.

D'une part, toutes les institutions financières au monde peuvent procéder à un abandon de créances et la BCE ne fait pas exception.

D'autre part, le mot « annulation » ne figure ni dans le traité ni dans le protocole sur le système européen de banques centrales (SEBC). Peut-être serait-ce « contraire à l'esprit du traité », mais n'était-ce pas le cas également du *quantitative easing* [« assouplissement quantitatif », achat de dette] voulu par Mario Draghi ? En cette matière, seule la volonté politique compte : l'histoire nous a maintes fois montré que les difficultés juridiques s'effacent devant les accords politiques.

Dissipons enfin un malentendu : il est évident que l'annulation des dettes publiques détenues par la BCE, même conditionnée à des réinvestissements, ne saurait constituer l'alpha et l'oméga de toute politique économique.

## Endettement réduit

D'abord, la BCE n'interviendrait que pour libérer des marges de manœuvre budgétaires aux Etats et n'investirait évidemment pas elle-même. Certains pensent que les taux d'intérêt faibles ou négatifs à travers l'Europe sont suffisants pour pousser les Etats à s'endetter pour investir. Ce n'est pas ce que montre la réduction constante du niveau de dette publique moyenne dans l'Union européenne entre 2015, date d'apparition des taux négatifs, et le début de la crise sanitaire. Beaucoup d'Etats ont réduit leur niveau d'endettement au lieu d'emprunter pour investir, malgré les taux négatifs. Pourquoi cela changerait-il ?

Le pacte conclu entre les Etats et la BCE empêchera cette stratégie de fuite devant les responsabilités. Mais il ne faudra bien sûr pas s'en contenter : d'autres mesures doivent être prises en matière de réforme des critères de dette et de déficit, de protectionnisme écologique et solidaire, de réformes fiscales visant à réduire le niveau des inégalités et à changer les comportements, d'impulsion donnée aux banques publiques d'investissement et de réforme des règles relatives aux aides d'Etat. Une nouvelle gouvernance européenne, notamment par le passage à la majorité qualifiée en matière fiscale, doit aussi être mise en œuvre.

L'Europe ne peut plus se permettre d'être systématiquement bloquée par ses propres règles. D'autres Etats dans le monde utilisent au maximum leur politique monétaire, en appui de la politique budgétaire, comme la

Chine, le Japon ou les Etats-Unis. La Banque du Japon va même jusqu'à utiliser son pouvoir de création monétaire pour acheter des actions directement sur le marché via des fonds indiciels cotés (ETF), étant ainsi devenue le plus grand investisseur du pays.

Nous devons nous aussi réfléchir à nous servir du pouvoir de création monétaire de la BCE pour financer la reconstruction écologique et sociale, sous contrôle démocratique. L'annulation des dettes publiques qu'elle détient, en échange d'investissements par les Etats, constituerait un premier signal fort de la reconquête par l'Europe de son destin.

Liste des premiers signataires : **Baptiste Bridonneau** (université de Paris-Nanterre) ; **Jézabel Couppey-Soubeyran** (université Paris-I-Panthéon-Sorbonne) ; **Nicolas Dufrêne** (Institut Rousseau) ; **Gaël Giraud** (Institut Rousseau) ; **Aurore Lalucq** (Parlement européen) ; **Laurence Scialom** (université de Paris-Nanterre).

Retrouvez la liste complète des signataires sur <https://annulation-dette-publique-bce.com/>

Ce texte est également publié dans les médias européens suivants : *L'Avvenire* (Italie), *El Pais* (Espagne), *La Libre Belgique* (Belgique), *PaperJam* (Luxembourg), *Der Freitag* (Allemagne), *Infosperber* (Suisse), *Le Temps* (Suisse), *Euractiv* (UE).

# „Wenn wir die Schuldenbremse lockern, brechen in Europa alle Dämme“

6. Februar Stand: 05:00 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten

Von **Dorothea Siems** Chefökonomin



Lars Feld (54) ist Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Quelle: dpa

Der Chef der Wirtschaftsweisen fordert eine Rückkehr zur Haushaltskonsolidierung. Statt immer neuer Ausgaben brauche Deutschland mehr wirtschaftliche Freiheiten. Die Konzepte der Grünen seien unausgegoren. Bei einem drohe gar eine Spirale wachsender Arbeitslosigkeit.

Der deutsche Top-Ökonom Lars Feld warnt die Politik davor, im Superwahljahr allen Wünschen von Wirtschaftslobbyisten und Wohlfahrtsverbänden nachzugeben. Die Attacken auf die Schuldenbremse hält der Vorsitzende des Sachverständigenrats auch mit Blick auf Europa für brandgefährlich. **Deutschland brauche endlich wieder eine marktwirtschaftliche Reformagenda, um zurück auf den Wachstumspfad zu kommen, mahnt der Chef der Wirtschaftsweisen** – zumal die Krise die Standortschwächen schonungslos offengelegt habe. Weil die hiesige Bevölkerung dazu nur in schweren Zeiten bereit sei, sollte die Politik die Corona-Krise als Chance für einen Kurswechsel nutzen.

**WELT:** Herr Professor Feld, die Folgen der Corona-Krise strapazieren die Staatskasse. Haben die Grünen und der Kanzleramtschef Helge Braun nicht recht, wenn sie die Schuldenregeln dauerhaft lockern wollen?

**Lars Feld:** Da widerspreche ich heftig. Jetzt, mitten in der Krise, nach der Finanzierung der Corona-Lasten zu fragen, ist verfrüht. Wir wissen noch gar nicht, wie viel Geld tatsächlich fließt. Im Jahr 2020 hat der Bund

nur einen Teil der bewilligten Kredite in Anspruch genommen. Gut möglich, dass man in diesem Jahr ebenfalls viel weniger braucht als geplant. Dass nur ein Bruchteil abfließt, ist in solchen Krisenzeiten typisch. Auch mit Blick auf Europa warne ich davor, die Schuldenbremse auf Jahre hinaus außer Kraft zu setzen.

**WELT :** Warum?

**Feld:** Deutschland ist in Europa, ob uns das passt oder nicht, der wichtigste Stabilitätsfaktor für die Europäische Zentralbank und den Euro. Wenn wir die Schuldenbremse lockern, brechen in Europa alle Dämme. Die im Grundgesetz verankerten Schuldenregeln weisen überdies eine hohe Flexibilität auf, wie sich gerade jetzt in der Krise zeigt. Außerdem hat der Bund noch hohe finanzielle Puffer, neben der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung aus der Corona-Krise noch die Mittel der ehemaligen Flüchtlingsreserve. Im Herbst nach der Bundestagswahl muss man Kassensturz machen und festlegen, wie man zurück auf den Konsolidierungspfad kommt.

**WELT:** Werden Steuererhöhungen, wie sie SPD und Linke propagieren, nötig sein?

**Feld:** Steuererhöhungen sind der völlig falsche Weg, wenn man vor allem über Wirtschaftswachstum konsolidieren möchte. Klar ist aber, dass bei dieser Verschuldungssituation keine breit angelegten Steuererleichterungen möglich sind.

**WELT:** Mit einer Vermögensteuer will die SPD vor allem für mehr Gerechtigkeit sorgen.

**Feld:** Die Forderung nach einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe taucht wie das Ungeheuer von Loch Ness alle paar Jahre auf. Hoffentlich verschwindet sie auch dieses Mal wieder. Denn die Idee taugt nichts. Auch in Hinblick auf die Gerechtigkeitsdiskussion bringt sie nichts. Denn der Großteil steckt im Betriebsvermögen der Familienunternehmen. Will man den Mittelstand nicht kaputt machen, müsste man wie bei der Erbschaftsteuer auch bei einer Vermögensteuer Betriebsvermögen schonen. Genau dieses Problem hat in den Neunzigerjahren zur Aussetzung der Vermögensteuer geführt. Nicht zuletzt weil die Einnahmen allein den Ländern zustehen, sollten sich die linken Parteien im Bund hier nicht verkämpfen. Die Grünen sind beim Thema Vermögensbesteuerung inzwischen vorsichtig geworden.

**WELT:** Die Grünen fordern jetzt ein schuldenfinanziertes 500 Milliarden Euro großes Investitionsprogramm. Muss der Staat etwa für Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung viel mehr Geld in die Hand nehmen, um Deutschland fit zu machen?



**Feld:** Die Politiker, die nach lockeren Haushaltsregeln rufen, stellen immer Investitionen in Schulen oder Infrastrukturvorhaben ins Schaufenster. Doch in Wirklichkeit fließen die Mittel erfahrungsgemäß am Ende in höhere Sozialausgaben oder Subventionen, mit denen Interessengruppen bedient werden. Im Bundeshaushalt fehlt es keineswegs an Geld für Zukunftsinvestitionen. Das Problem sind Planung und Umsetzung. So ist die in der Corona-Krise nochmals kräftig aufgestockte Summe für Infrastrukturinvestitionen bislang noch nicht mal zu einem Viertel abgeflossen. Das liegt vor allem am Widerstand in der Bevölkerung gegen die entsprechenden Vorhaben, gerade auch von Grünen-Wählern. Das 500-Milliarden-Programm der Grünen, das sind Luftblasen. Im Kern geht es nur darum, die Schuldenbremse abzuschaffen.

**WELT:** Aber muss der Staat nicht den angestrebten Wandel in Richtung Klimaneutralität massiv fördern?

**Feld:** Das wichtigste Instrument der Klimapolitik sollte eine spürbare CO<sub>2</sub>-Bepreisung sein. Denn das wirkt am effektivsten. Die erforderlichen Investitionen des Staates machen nur einen kleinen Teil aus. Der Großteil der für den Wandel nötigen Investitionen sind private Investitionen. Es gibt überhaupt keinen Grund, das staatlich zu subventionieren. Das gilt etwa auch für den grünen Stahl, also eine klimaneutrale Stahlproduktion. Dass Wirtschaftslobbyisten laut nach staatlicher Förderung rufen, sollte die Politik nicht beeindrucken. Weil wir zehn gute Jahre hatten mit entsprechend hohen Staatseinnahmen, wollen jetzt alle an die Fleischtöpfe ran, auch die Wirtschaft. Wer nachgibt, schafft neue Subventionstatbestände, die letztlich den nötigen Strukturwandel nur aufhalten und unnötig verteuern.

**WELT:** Ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis bedeutet aber eine zusätzliche Belastung für Bürger und Unternehmen.

**Feld:** Natürlich kostet Klimaschutz die Privaten etwas. Wenn man eine Kompensation will, sollte man aber nicht bei den Produzenten ansetzen, sondern bei denen, die das nach der Überwälzung zahlen, vor allem bei den ärmeren Haushalten. Sinnvoll wäre es, sowohl die EEG-Umlage als auch die Stromsteuer abzuschaffen beziehungsweise auf das europäische Mindestniveau zu senken. Das wäre eine Entlastung und keine neue Subvention.

**WELT:** Die Finanzreserven der Sozialversicherungen schmelzen in der Corona-Krise dahin. Ist eine Deckelung der Sozialabgabenquote bei 40 Prozent noch realistisch?

**Feld:** Nein, die 40-Prozent-Marke ist auf Dauer nicht haltbar. Aber auf jeden Fall muss ein zu starker Beitragsanstieg verhindert werden. Schon vor der Pandemie war klar, dass man angesichts der demografischen Entwicklung mittelfristig nicht weitermachen kann wie bisher. Nun verschärft Corona die

Lage. Die große Koalition hat in den vergangenen Jahren nichts unternommen, um die Sozialversicherungen zukunftsfester zu machen, sondern im Gegenteil immer neue dauerhafte Ausgabensteigerungen beschlossen. Nach der Bundestagswahl müssen nun dringend Reformen wie eine Anhebung des Renteneintrittsalters ab 2031 angepackt werden. Ohne Reformen steigen ab Mitte der 20er-Jahre die Beiträge kräftig, und der Steuerzuschuss zur Rentenversicherung droht dann 30 Prozent des gesamten Bundeshaushalts zu verschlingen.

**WELT:** Und die anderen Sozialsysteme?

**Feld:** Noch drängender als bei der Rente ist der Reformbedarf im Gesundheitssystem, wenn man die Beitragslast dauerhaft erträglich halten will. Allerdings ist das Gesundheitswesen komplexer als die Rentenversicherung und schwieriger zu reformieren. Ein Kostentreiber ist der medizinische Fortschritt, auf den zu Recht niemand verzichten will. Doch gibt es im hiesigen Gesundheitssystem in allen Sektoren gleichzeitig eine Unter-, Über- und Fehlversorgung. Es muss also darum gehen, die Effizienz zu steigern und auf diese Weise den Kostenanstieg zu bremsen, ohne dass die medizinische Versorgung darunter leidet. Dafür braucht es beispielsweise eine Krankenhausplanung, die mehr auf Größe und Spezialisierung setzt, wie das in Dänemark erfolgreich praktiziert wird. Denn die vielen kleinen Kliniken hierzulande sind nicht nur kostenträchtig, sondern bieten vielfach auch eine schlechtere Versorgungsqualität, weil sie zum Beispiel bestimmte Operationen nur selten vornehmen und entsprechend wenig Erfahrung haben.

**WELT:** Vertieft die Corona-Krise die Kluft zwischen Arm und Reich?

**Feld:** Nein, denn viele Hilfen wie das Kurzarbeitergeld und andere Sozialleistungen federn die wirtschaftlichen Folgen gerade auch am unteren Ende der Einkommensskala ab. Diese Woche sind ja noch ein einmaliger Corona-Zuschuss für Grundsicherungsempfänger und ein einmaliger Kinderbonus dazugekommen.

**WELT:** Nicht nur Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, sondern auch die Grünen sehen das anders und fordern eine dauerhafte 25-prozentige Aufstockung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 600 Euro.

**Feld:** Alle Interessengruppen sehen, dass derzeit das Geld beim Staat locker sitzt, und wollen etwas abbekommen. Diesem Druck sollte die Politik nicht nachgeben, vor allem dann nicht, wenn es wie bei Hartz IV um strukturelle Mehrausgaben geht, die dauerhaft zu Buche schlagen. Die Grünen bewegen sich mit ihrem Vorstoß für eine kräftige Hartz-IV-Anhebung bei gleichzeitigem Verzicht auf alle Sanktionen in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen. Ein deutlich höherer Regelsatz in allen

Grundsicherungstatbeständen hätte gravierende wirtschaftliche Folgen. Denn dann müssten auch die Löhne im unteren Bereich, wo es meist um einfache Helfertätigkeiten geht, entsprechend steigen. Als Folge droht dann schnell eine Spirale wachsender Arbeitslosigkeit.

**WELT:** Seit zehn Jahren sind Sie im Sachverständigenrat. Täuscht der Eindruck, dass die Deutschen in dieser Zeit immer staatsgläubiger geworden sind?

**Feld:** In Deutschland war das Zutrauen in die staatlichen Fähigkeiten schon immer groß, während die Marktwirtschaft eher skeptisch gesehen wird. Lediglich in schlechten Zeiten, wenn sich große Probleme zeigen, steigt die Bereitschaft der Bürger für marktwirtschaftliche Reformen.

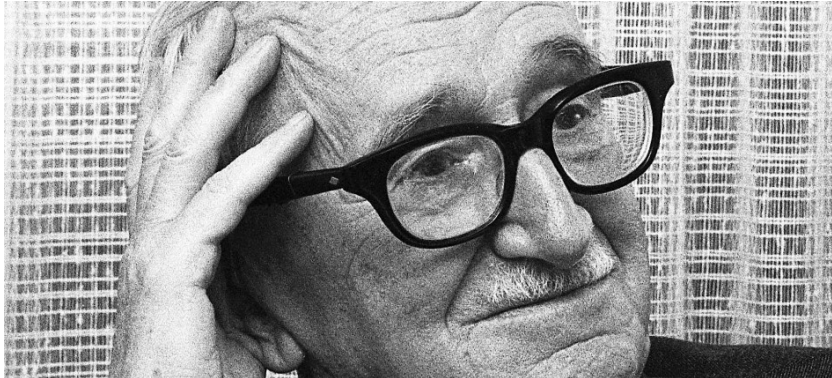
**WELT:** Dann steckt in der aktuellen Krise die Chance für eine marktwirtschaftliche Erneuerung?

**Feld:** Ja, wenn die Politik die schwierige Wirtschaftslage nutzt, um die Reformbereitschaft der Bevölkerung zu heben. Dann kann eine neue Führungsmannschaft nach der Bundestagswahl die großen Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimaschutz und Demografie anpacken. Denn es geht nicht nur darum, die Schäden durch den pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch wegzuräumen. Corona hat viele Schwächen bloßgelegt. Deutschland muss dringend an seiner Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. In Zeiten knapper Kassen müssen die Wachstumskräfte befreit werden. Dafür braucht es ein scharfes Wettbewerbsrecht und weniger Regulierungen etwa auf den Produkt- und Arbeitsmärkten – also letztlich einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Denn in den vergangenen Jahren ist die große Koalition eher in die entgegengesetzte Richtung marschiert.

LIBERALE IN DER KRISE?:

# Hayek und die Pandemie

- VON ARASH MOLAVI VASSÉI
- -AKTUALISIERT AM 07.02.2021-10:31



Das Coronavirus zwingt auch demokratische Gesellschaften zu harten Eingriffen in die Freiheit. Ein Blick in die Schriften des Nobelpreisträgers bringt überraschende Erkenntnisse. Ein Gastbeitrag.

Die Pandemie ist eine Herausforderung für die liberale Gesellschaft. Sie erzwingt harte Abwägungen zwischen dem Gut der öffentlichen Gesundheit und individuellen Freiheitsrechten. Für manche gehen die staatlichen Beschränkungen zur Pandemiebekämpfung zu weit. Die Ergebnisse seien die Aufgabe individueller Freiheiten nicht wert. Für andere ist die offensichtliche Notwendigkeit staatlicher Eingriffe nur ein weiterer Beleg dafür, dass die „neoliberale“ Gesellschaft das Gemeinwohl nicht wahren kann. Beide Perspektiven sehen die staatlichen Maßnahmen im grundsätzlichen Widerspruch zu liberalen Prinzipien. Das dem nicht so ist, zeigt ein Blick in die Schriften des Ökonomen und liberalen Sozialphilosophen [Friedrich August von Hayek](#) (1899–1992), der entscheidend am Aufstieg des Neoliberalismus mitwirkte.

Dieser neue Liberalismus, der auch den deutschen Ordoliberalismus umfasst, entstand aus den dunklen Erfahrungen des Faschismus und Totalitarismus in Europa. Er sollte vor allem widerstandsfähiger sein als der klassische Liberalismus, der angesichts sozialer Krisen keine überzeugenden Angebote zu machen wusste und daher schnell an Überzeugungskraft verlor. Vor diesem Hintergrund sollte es nicht überraschen, dass Hayeks Neoliberalismus für den Fall sozialer Krisen wie einer [Pandemie](#) pragmatische Lösungsansätze anbietet. So begründet Hayek, der als junger Soldat des Ersten Weltkriegs die Spanische Grippe überlebte, in seinem 1979 veröffentlichten Magnum „Recht, Gesetz und Freiheit“ für den Seuchenfall eine aktive Rolle des Staates mit weitreichenden Ermessensspielräumen.

Ganz Ökonom, leitet er dieses „offensichtliche“ Primat der Politik im Pandemiefall aus dem Vorliegen schwerwiegender „externer Effekte“ her: ein 1920 vom britischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou eingeführtes, bis heute zentrales Konzept der Volkswirtschaftslehre. Externe Effekte liegen immer dann vor, wenn Entscheidungen unkompenzierte Auswirkungen auf Unbeteiligte haben. Sind diese zum Nachteil unbeteiligter Dritter, sprechen Ökonomen von negativen Externalitäten.

## Folgen des Klimawandels als negative Externalität

Ein prominentes Beispiel sind die von künftigen Generationen zu tragenden Folgekosten des Klimawandels, die in unseren heutigen, CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachenden Entscheidungen unberücksichtigt bleiben. Bei positiven Externalitäten hingegen profitiert man von den Entscheidungen anderer, ohne diese für den verbundenen Aufwand zu entschädigen. Man ist Trittbrettfahrer und schwächt damit den Anreiz, sozial nützliche Aktivitäten bereitzustellen. Beispielsweise ist die Entwicklung eines neuen Impfstoffs mit hohen Kosten verbunden, ohne dass sich der immense gesellschaftliche Ertrag in die Renditeerwartung niederschlägt. Doch dazu später mehr.

Der Seuchenfall birgt Externalitäten, weil die Infektion oft nur für einen Teil der Bevölkerung eine schwere Erkrankung oder den Tod bedingt. Bei der Spanischen Grippe waren es junge Erwachsene, die besonders im Risiko standen, bei der SARS-CoV-2-Pandemie sind es primär Alte und Dicke. Für viele andere sind die statistischen Risiken einer Infektion überschaubar und werden je nach Risikobereitschaft ignoriert. Doch erhöht jeder Kontakt zwischen den weniger gefährdeten Personen die Infektionswahrscheinlichkeit der vulnerablen Gruppen, ohne dass die etwaigen Folgen belastbar in deren Entscheidungskalkül einfließen. Es liegen negative Externalitäten vor.



Arash Molavi Vasséi ist Assistenzprofessor an der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul. :Bild: privat

Daraus folgt für die Politik, dass Appelle an die Eigenverantwortung ins Leere laufen. Vor allem sind solche Appelle kein Ausdruck einer (neo-)liberalen Gesinnung, die traditionell für sich in Anspruch nimmt, von einem realistischen Menschenbild auszugehen. Wie schon die von Hayek verehrten schottischen Moralphilosophen David Hume und [Adam Smith](#) im 18. Jahrhundert betonten (und später von der Evolutionsbiologie recht bekamen), ist uneigennütziges Verhalten nicht belastbar zugunsten Fremder skalierbar. Eigenverantwortliches Handeln schützt im Pandemiefall die eigenen Großeltern, nicht die Großeltern anderer. Es dominieren aufgeklärtes Eigeninteresse und gesellschaftliche sowie staatlich gesetzte Anreize.

Hayek folgt also unideologisch einer alten Einsicht der Wirtschaftswissenschaften: Bei Vorliegen schwerwiegender Externalitäten führen durch Eigeninteresse motivierte soziale Handlungen zu unerwünschten gesellschaftlichen Gleichgewichten. Wenn jeder an sich denkt, ist eben nicht an alle gedacht. Heute bilden Ökonomen solche Dilemmata mittels der Spieltheorie ab: einem Feld der angewandten Mathematik, das Oskar Morgenstern, ein weiterer Österreicher und guter Bekannter Hayeks, mit dem Mathematiker John von Neumann 1944 aus der Taufe hob. Die Spieltheorie behandelt die strategische Interaktion rationaler Individuen und die sozialen Gleichgewichte, zu denen diese führen kann.

Ein solches Dilemma besteht etwa beim Tragen medizinischer Gesichtsmasken. Sie dienen primär dem Fremdschutz, es liegen also positive Externalitäten vor. Das soziale Optimum ist erreicht, wenn alle eine solche Maske tragen. Nur ab einer kritischen Masse sind diese Masken effektiv. Allerdings stehen Individuen vor einer Abwägung: Wenn hinreichend viele eine solche Maske tragen, ist der eigene Schutz ohne eigenes Zutun gewährleistet. Wenn aber die anderen eine Maske verweigern, warum dann selbst eine tragen? So oder so ist also nicht zu kooperieren die individuell rationale Strategie.

Weil die wechselseitig beste Lösung die Verweigerung der Kooperation ist, verfehlt die Gesellschaft das soziale Optimum. Die zentrale Idee der schottischen Aufklärung und des angelsächsischen Liberalismus, dass sich das freie Zusammenspiel individueller Rationalität in „kollektive Rationalität“ übersetzt, gilt also auch bei diesem Aspekt der Pandemie nicht; und Hayek war selbst in seiner späten, sozialphilosophischen Phase Ökonom genug, um das zu erkennen. Auch aus Sicht des aufgeklärten Neoliberalismus bedarf es des Staates, damit sich die Gesellschaft auf ein dem Gemeinwohl förderliches Gleichgewicht koordinieren kann. Es bedarf dann etwa einer Maskenpflicht, die glaubwürdig durchgesetzt wird.

## Staatliche Verisicherung

Darüber hinaus verstand Hayek den Staat als Versicherer der letzten Instanz: Für Risiken, die potentiell alle betreffen und zu deren Versicherung der private Anreiz fehlt, sei es selbstverständlich, dass der Staat in die Bresche springt. Es ist die Funktion jeder Versicherung, den Versicherten bei Eintritt eines „schlechten“ Zustands Auszahlungen zu gewährleisten, die durch Prämien im Fall „guter“ Zustände finanziert werden. Versicherungen glätten also Konsummöglichkeiten über alternative Weltzustände hinweg. Der Staat als Versicherer, der Prämien in Form von Steuern und Sozialabgaben erzwingen und durch Verschuldung zeitlich strecken kann, ist in der einzigartigen Position, die gesellschaftlichen Wohlfahrtsverluste selbst bei Eintritt sozialer Katastrophen wie einer Pandemie temporär zu deckeln.

Vor diesem Hintergrund darf spekuliert werden, dass Hayek viele der pandemiebedingten Maßnahmen – wie das Kurzarbeitergeld, die Verlängerung des sanktionsfreien Bezugs von Arbeitslosengeld oder Überbrückungskredite für Unternehmen – nicht grundsätzlich abgelehnt hätte. Es überrascht daher nicht, dass es von Anhängern seiner in den Marktradikalismus abgeglittenen „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ immer wieder den Versuch gibt, Hayek als „moderaten Sozialdemokraten“ zu exkommunizieren.

Unter Ökonomen hat Hayek hingegen das höchste Renommee für seine frühen Beiträge zur „Theorie des allgemeinen Gleichgewichts“. Anhand dieser werden die Umstände ermittelt, unter denen Preise, die sich auf verflochtenen Märkten bilden, die gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen effizient in konkurrierende Verwendungen lenken. Hayek zeigte, dass eine sozial effiziente Ressourcenzuteilung des Zugriffs auf private und asymmetrisch in der Bevölkerung verteilte Informationen bedarf und dass der dezentrale Zuteilungsmechanismus namens „Marktwirtschaft“ dieses „verstreute Wissen“ automatisch nutzbar macht. Ohne es zu beabsichtigen, laden konkurrierende Konsumenten und Produzenten mit ihren Marktentscheidungen Preisrelationen mit Informationen über relative Knappheiten auf. Dieses „Einpreisen“ von Informationen transformiert die Zahlen, die wir Preise nennen, in gehaltvolle Lenkungssignale, an denen sich die Marktteilnehmer wiederum ausrichten können.

Eine zentrale Planungskommission hingegen, so Hayek im Kontext einer Ökonomendebatte um das Für und Wider des Sozialismus, könne auf diese Informationen nicht zugreifen und müsse letztlich scheitern. Wie selbstverständlich diese bis in die 1950er noch hochumstrittene Position Hayeks heute ist, erkennt man auch an den staatlichen Strategien zur Entwicklung und Beschaffung von Impfstoffen gegen das Coronavirus. Anstatt die so entscheidende Entwicklung und Produktion von Impfstoffen zentral zu steuern, setzt man primär auf den Marktprozess als „Entdeckungsverfahren“: Es werden zwar staatlicherseits Entwicklungs- und Produktionsanreize gesetzt, weil sich ansonsten die immensen sozialen Erträge verfügbarer Impfstoffe nicht im betriebswirtschaftlichen Kalkül der Pharmaunternehmen und deren Zulieferer niederschlagen, aber darüber hinaus setzt man auf das robuste Profitmotiv.

Welcher Außenstehende hätte vor einem Jahr damit gerechnet, dass es ausgerechnet neuartige mRNA-Impfstoffe sein werden, die als Erste und mit hoher Effektivität durch die Ziellinie kommen? Wer hätte erwartet, dass es mit Biontech ein auf die Krebsmedizin spezialisiertes Unternehmen aus Mainz sein würde, das die Welt damit beglückt? Wer hätte gedacht, dass wir den zweiten mRNA-Impfstoff, von Moderna, vor allem Flagship Pioneering verdanken würden, einer ungewöhnlichen, amerikanischen Wagniskapitalgesellschaft, die sich auf eigenhändige Aufzucht von auf Biowissenschaften spezialisierte Unternehmen konzentriert? Alle diese unverhofften Entdeckungen sind dem Marktprozess geschuldet, den die Staatengemeinschaft mit massiven Renditeversprechen auf Steroide gesetzt hat.

## Hayekianischer Moment

Dabei steigen die erwarteten Renditen potentieller Vakzin-Hersteller nicht nur durch Preiszusagen, sondern auch durch Abnahmegarantien und Haftungsübernahmen. Was dann nicht mehr in den Zeitungen steht, ist, wie dieser Produktionsanreiz an Zulieferer und deren Zulieferer durchsickert und zu Zweit- und Drittrundeneffekten führt. Im Ergebnis hat der staatliche Impuls weltweit Hunderte Spezialisten in Bewegung gesetzt und deren zerstreutes Wissen für das Gemeinwohl nutzbar gemacht. Die Staatengemeinschaft hat somit einen hayekianischen Moment ausgelöst, gerade weil es zu keiner

ideologischen Konfrontation „Staat gegen Markt“ gekommen ist: Staaten haben sich des Marktprozesses als Entdeckungsverfahren bedient, während die Märkte ohne den Staatsimpuls unzureichend aktiv gewesen wären.

Hayeks Achillesferse ist die makroökonomische Analyse. Die „Österreichische Konjunkturtheorie“, zu der er entscheidend beitrug und die auch in ihrer aktualisierten Version stark mit ihm assoziiert wird, zeichnet sich insbesondere durch ihre ablehnende Haltung gegenüber fast jeder aktiven Geldpolitik aus. Ihre geldpolitische Handlungsanweisung im Fall einer Wirtschaftskrise ist, jede zusätzliche Nachfrage nach Zentralbankgeld zu bedienen, aber ansonsten untätig zu bleiben. Zusätzliche Zinssenkungen oder Ankauf von Vermögenseiteln durch die Zentralbank, so die moderne Fassung der Theorie, führe nur zu Vermögenspreisblasen, deren Platzen die ökonomische Situation nur verschlimmere. Platzt die Blase nicht, fallen Vertreter dieses Ansatzes darauf zurück, es handele sich um eine Vermögenspreis-inflation, welche die breite Bevölkerung um den Vermögensaufbau bringe.

Dieser Ansatz, besonders in seiner modernisierten Form, steht auf tönernen Füßen: Er basiert vor allem auf einer in der Theoriegeschichte einmalig schlecht begründeten Zinstheorie, die auf Ludwig von Mises zurückgeht. Sie behauptet einen notwendigerweise positiven „Urzins“, dessen Unterschreitung durch die Zentralbank zu den beschriebenen Verwerfungen auf den Finanzmärkten führt. Beobachtet man dann niedrige oder gar negative (Real-)Zinsen, gilt das als Beleg für eine destabilisierende Geldpolitik. Dabei kennen Ökonomen viele Faktoren, die niedrige oder gar negative Gleichgewichtszinsen bedingen können: der demographische Wandel, die Digitalisierung der Produktion, pessimistische Konjunkturerwartungen oder die Rolle von einigen Staatsanleihen als knappes Kollateral für Finanzmarkttransaktionen. Wenn Zentralbanken ihre Referenzzinsen senken, dann auch, um zur Vermeidung eines deflationären Einkommenseinbruchs dem womöglich negativen Gleichgewichtszins so weit wie möglich zu folgen.

## Missverstandene Vermögenspreis-inflation

Steigende Vermögenspreise in Erwartung niedriger Zinsen sind nicht nur von Zentralbanken beabsichtigt, weil ein Vermögensanstieg eine höhere Güternachfrage bedingt, sie sind zudem kein Nachweis einer Blasenbildung: Vermögenseitel sind Forderungen auf künftige Auszahlungen, niedrige Zinsen bringen nur eine relativ hohe Bewertung dieser „Payoffs“ zum Ausdruck. Der Anstieg der Vermögenspreise bildet also bloß einen gestiegenen Fundamentalwert ab. Daher führt der Begriff der Vermögenspreis-inflation in die Irre. Zinsbedingt steigende Vermögenspreise sind eine Änderung relativer Preise: Künftige Konsummöglichkeiten werden im Vergleich zum Gegenwartskonsum höher bewertet. Inflation meint hingegen einen allgemeinen Kaufkraftverlust des Geldes, nicht dass gegenwärtiger Konsum sich relativ verteuert. Vermögenspreis-inflation ist keine Inflation!

Folgt Zentralbanken den geldpolitischen Handlungsanweisungen dieser Theorie bei einer Pandemie, führte dies wohl zu schwerer Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Zwar ist die Konjunkturstabilisierung im Pandemiefall speziell, weil es zur Kontaktreduktion auch einen gewollten Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten gibt, aber darüber hinaus obliegt es der Geldpolitik, Unsicherheiten zu minimieren und so die Erwartungen der Marktteilnehmer zu stabilisieren.

## Zentralbanken sind Keynesianer

Zentralbanken folgen damit John Maynard Keynes, Hayeks Antagonisten in Sachen Stabilisierungspolitik. Keynes verdanken wir die Einsicht, dass selbst reibungslos funktionierende Märkte unter Umständen nicht zu einem eindeutigen Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung streben. Es gibt multiple Gleichgewichte und damit die Gefahr, in einem schlechten Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung zu landen. Dies führte Keynes auf selbsterfüllende Erwartungen zurück: Pessimistische Erwartungen werden durch die Realität, die sie herbeiführen, bestätigt. Bei optimistischen verhält es sich umgekehrt.

Es ist also Aufgabe von Zentralbanken, durch Erwartungssteuerung ein möglichst gutes Gleichgewicht zu wählen. Sie kommunizieren daher ununterbrochen mit den Finanzmärkten. Glaubwürdig angekündigte Zinspfade oder Aufkaufprogramme für Wertpapiere ist ihre Sprache. Wie beim „Draghi-Effekt“: Mit einem glaubwürdigen „Whatever it takes!“, ohne auch nur einen Euro zu investieren, hob der damalige Chef der



Europäischen Zentralbank 2012 die Eurozone aus einem Gleichgewicht, das sie nicht überstanden hätte, in stabiles Fahrwasser.

Die relative Stabilität während der Pandemie verdanken wir auch der Tatsache, dass das Versprechen noch steht. Wir erleben also neben dem hayekianischen Moment in der Impfstoffbeschaffung einen keynesianischen Moment. Gut so, denn die Zeiten sind viel zu ernst für ideologische Grabenkämpfe.

### **Der Autor**

Arash Molavi Vasséi ist Assistenzprofessor an der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul. Vorher lehrte der 1978 in Teheran geborene deutsche Ökonom und Theoriedhistoriker an der Universität Stuttgart-Hohenheim, die ihn auch promovierte. Er ist Mitglied im Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften des Vereins für Socialpolitik.

# L'annulation de la dette Covid est «invisageable»

La présidente de la Banque centrale européenne Christine Lagarde s'oppose à l'appel d'une centaine d'économistes. Et annonce le retour de la croissance.



Par AFP agence et **Wladimir Garcin-Berson**

Publié il y a 12 heures, mis à jour il y a 27 minutes

La présidente de la Banque centrale européenne (BCE) Christine Lagarde. *KAI PFAFFENBACH / REUTERS*

Alors que certaines voix appellent à une annulation pure et simple de la dette engendrée par la crise du Covid-19, cette solution a été balayée par les instances européennes. Elle est «invisageable» et serait «une violation du traité européen qui interdit strictement le financement monétaire des États», a souligné dans le Journal du Dimanche la présidente de la Banque centrale européenne (BCE) Christine Lagarde.

«Cette règle constitue l'un des piliers fondamentaux de l'euro», a expliqué Christine Lagarde dans l'hebdomadaire français. «Si l'énergie dépensée à réclamer une annulation de la dette par la BCE était consacrée à un débat sur l'utilisation de cette dette, ce serait beaucoup plus utile ! À quoi sera affectée la dépense publique ? Sur quels secteurs d'avenir investir ? Voilà le sujet essentiel aujourd'hui.»

«Tous les pays de la zone euro émergeront de cette crise avec des niveaux de dette élevés», a estimé Christine Lagarde dans le JDD. Mais «il ne fait aucun doute qu'ils parviendront à la rembourser. Les dettes se gèrent dans le temps long. Les investissements réalisés dans des secteurs déterminants pour l'avenir engendreront une croissance plus forte».

La position de Christine Lagarde est connue de longue date. Dans une lettre adressée à l'eurodéputée (LFI) Manon Aubry et datée du 5 février, la patronne de la BCE répondait déjà que «l'annulation de la dette publique par la BCE n'est pas compatible avec les traités car elle violerait l'interdiction des financements [...]». La BCE et les banques centrales nationales des États membres sont légalement empêchées d'accorder une assistance financière aux États membres», expliquait-elle. «Permettez-moi également de noter que l'Union européenne est fondée sur l'état de droit et que ses États membres ont librement et se sont volontairement engagés à respecter leurs valeurs communes», ajoutait la représentante. Une position déjà précisée mi-novembre lors d'une audition au Parlement européen.

## Optimisme mesuré pour 2021

La patronne de la BCE reste optimiste sur l'année à venir. Elle estime que «2021 sera une année de reprise. La reprise économique a été retardée, mais non battue en brèche. Elle est évidemment attendue avec

*impatience*». Et cette reprise *«sera créatrice d'emplois, et donc fédératrice. Nous allons vers une autre économie, plus numérique, plus verte, plus engagée face au changement climatique et pour le maintien de la biodiversité»*, déclare-t-elle encore. La croissance dans la zone Euro est attendue *«aux alentours de 4%»* cette année, après une chute de 6,8% l'an dernier.

Toutefois, l'incertitude demeure et doit être prise en compte, prévient l'ancienne directrice du FMI : *«nous ne sommes pas à l'abri de risques encore inconnus»*, et *«nous ne retrouverons pas les niveaux d'activité économique d'avant la pandémie avant mi-2022»*, dit-elle. *«Tout dépendra de la politique de vaccination et du déroulement des campagnes»*, ainsi.

De même, tout dépendra également de la bonne mise en place du plan de relance européen, qui doit être *«ratifié à temps pour que la Commission puisse emprunter comme prévu en juin»*, soutient la dirigeante. Des inquiétudes ont émergé, ces derniers jours, sur ce point, alors que certaines capitales européennes, dont Rome, connaissent des soubresauts politiques.

Mais, une fois l'épidémie derrière nous, l'activité aura besoin de soutien pendant un temps encore : Christine Lagarde appelle à ne *«pas commettre les erreurs d'autrefois, comme serrer d'un coup tous les robinets des politiques budgétaires et de politique monétaire [...] l'économie devra alors apprendre à fonctionner sans les aides exceptionnelles»* des États, graduellement, à mesure que les contaminations diminueront et que le retour à la normale se confirmera.

## **Appel d'économistes à annuler les dettes publiques détenues par la BCE**

La question de l'annulation de la dette engendrée par la crise du Covid fait débat depuis plusieurs mois. Plus de 100 économistes ont lancé vendredi un appel à annuler les dettes publiques détenues par la BCE pour faciliter la reconstruction sociale et écologique après la pandémie de Covid-19.

*«Nous nous devons à nous-mêmes 25% de notre dette et si nous remboursons cette somme, nous devons la trouver ailleurs, soit en réempruntant pour faire rouler la dette au lieu d'emprunter pour investir, soit en augmentant les impôts, soit en baissant les dépenses»*, expliquent ces économistes, parmi lesquels 50 Français, dont Thomas Piketty (École d'économie de Paris), l'ancien ministre belge Paul Magnette et l'ancien commissaire européen hongrois Andor Lazlo.

En France, les patrons de Bercy expliquent régulièrement qu'un non remboursement mettrait en danger la solidité de la marque France sur les marchés, et rendrait tout emprunt futur plus délicat. *«La dette se rembourse, c'est un principe»*, a ainsi déclaré mi-décembre le ministre délégué chargé des Comptes publics, Olivier Dussopt. Pour l'exécutif, trois leviers principaux permettront de rembourser la dette: la croissance, espérée forte à partir de cette année ; la maîtrise des comptes publics ; et la poursuite de réformes structurelles, dont celle, particulièrement contestée, des retraites.

Pas question, à ce stade, d'augmenter les impôts pesant sur les ménages ou les entreprises, assure Bruno Le Maire : *«il n'y a pas de solution dans l'augmentation des impôts, déclarait-il dans nos colonnes. Le président de la République a été clair : il ne souhaite pas d'augmentation d'impôts dans notre pays. C'est mon rôle que d'y veiller»*.

FINANZPOLITIK IN DER KRISE:

# Spiel mit der Inflation

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 07.02.2021-18:50



Eine überdimensionierte Finanzpolitik kann, wenn die Leute nach der Pandemie wieder mehr Geld ausgeben, schnell zu höheren Teuerungsraten führen. Das gilt auch für Deutschland.

Die Debatte über die Gefahr höherer Inflationsraten nach der Überwindung der Pandemie hat über das Wochenende neue und eher unerwartete Nahrung erhalten. Denn zwei prominente Ökonomen, [Larry Summers](#) und Olivier Blanchard, haben sich kritisch gegenüber dem 1,9 Billionen Dollar schweren Hilfspaket des neuen amerikanischen Präsidenten Joe Biden geäußert, von denen öffentlicher Widerspruch vielleicht nicht zu erwarten war.

Denn Summers und [Blanchard](#) stehen politisch eher den Demokraten als den Republikanern nahe, und beide Ökonomen haben in der Vergangenheit Sympathie für eine durch Staatsverschuldung finanzierte Politik zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums geäußert. Summers hatte vor fast zehn Jahren das Szenario einer säkularen Stagnation popularisiert, in der expansive Finanzpolitik ein dauerhaftes Abgleiten in eine Welt niedrigen Wachstums und tiefer Zinsen verhindern soll. Blanchard hatte Aufmerksamkeit mit der These erhalten, ein unter der Wachstumsrate der Wirtschaft liegender Zins für Anleihen gestatte eine großzügigere Staatsverschuldung als bisher gedacht.

Summers und Blanchard haben eine alte Weisheit verinnerlicht, die, wie die Reaktionen über das Wochenende zeigen, den zahlreichen Nachbetern, Nachtretern und verblendeten Ideologen unter den Ökonomen ihr Leben lang unverständlich bleibt: Man kann des Guten auch zu viel tun.

So wie expansive Geld- und Finanzpolitik in einer sehr schweren Krise nottun, so ist es kontraproduktiv, als Staat in einen beginnenden Konjunkturaufschwung hinein finanzpolitisch aus allen Rohren feuern zu wollen. Diese Botschaft findet sich schon bei John Maynard Keynes, auf den sich viele Anhänger enthemmter Schuldenpolitik gerne, aber völlig zu Unrecht berufen.

Eine überdimensionierte Finanzpolitik kann, wenn die Leute nach der Pandemie wieder mehr Geld ausgeben, schnell zu höheren Inflationsraten führen, als den Zentralbanken lieb sein dürfte. Diese Debatte muss mit Blick auf die Bundestagswahl auch in Deutschland geführt werden.

ROMAN „BAD REGINA“:

# Ein Kurort im Ausverkauf

- VON MARTIN HALTER
- -AKTUALISIERT AM 07.02.2021-23:16



Morbide blätternde Fassaden, bröckelnder Stuck, vernagelte Fenster, vernagelte Köpfe. Diese Postkarte zeigt allerdings Karlsbad zu Glanzzeiten. Bild: Picture-Alliance

Das zieht selbst Thomas Bernhard die Lederhose aus: Den Menschen in David Schalkos Untergeher-Parabel „Bad Regina“ fehlt das Unrechtsbewusstseins-Gen.

Bad Gastein, nach dessen Modell David Schalkos Bad Regina offensichtlich gebaut ist, war einmal eines der mondänsten Kurbäder Europas. Kaiser und Könige besuchten das Weltdorf in den Hohen Tauern, durch dessen Mitte ein Wasserfall schneidet wie ein blitzblankes Messer durch die Sachertorte. Dann wurden Bäder und Grandhotels geschlossen, und seither herrscht hier nur noch Verfall: morbide blätternde Fassaden, bröckelnder Stuck, vernagelte Fenster, vernagelte Köpfe. Neuerdings gibt es aber wieder ein paar Lebenszeichen. Bad Gastein, einst wegen seiner steilen Skyline als „Manhattan der Alpen“ und noch heute als Monte Carlo des Salzkammerguts beworben, wird gerade von Berliner Hipstern als „Berlin der Alpen“ wiederentdeckt.

Schalkos Bad Regina ist ein lost place des pittoresken Verfalls, eine Parabel auf den Untergang des alten Europas im Allgemeinen und die österreichischen Untergeher im Besonderen. Alle wollen weg von hier, selbst die Bienen, Katzen und letzten Piefke-Touristen. Die letzten Einheimischen verkaufen Haus und Hof und Würde an einen potenten chinesischen Investor und hoffen, dass niemand sie beim Ausverkauf der Heimat erwischt. Ganze 44 Menschen hausen noch in Bad Regina, jeder eine Ruine unter Ruinen, die sich wortreich und tatenlos „beim eigenen Verschwinden zuschaut“.

## Der sündige Pfarrer

Fast jeder von ihnen bekommt bei Schalko eine Geschichte, einen Spleen, einen running gag zugeteilt; zu tieferen Abgründen und schärferen Konturen reicht es selten. Da ist der schöne Pfarrer Helge, der als Mörder im Gefängnis saß und jetzt Moral predigt. Der betrügerische Zahnarzt, der gesunde Zähne zieht (nie mehr als dreißig Prozent, damit es nicht auffällt). Der Bahnhofsvorsteher träumt vom Zug nach nirgendwo, der Polizist von der Transfrau Petra (aber nicht von ihren genderfluiden Erscheinungen als Peter oder Petzi).

Der Hotelier Moschinger hat bei Ebay für dreitausend Euro die Lederhose von [Thomas Bernhard](#) ergattert und sondert jetzt dauernd krachlederne Bernhardiana ab: „Österreich ist kein Land. Österreich ist eine Geisteskrankheit. Dem Österreicher fehlt ein Gen. Er hat kein Unrechtsbewußtsein. Es handelt sich um einen von Grund auf verdorbenen Menschen.“ Und der Bürgermeister Zesch, nach Art der Haiders und Straches



rechtspopulistisch fesch und skrupellos, tut alles, um ins Klischee zu passen. Seine alles sehende Mutter hält sich für „Gottes zuverlässigste Zeugin“, seine Frau pflegt eine trotzige Ausländerliebe: „In mir steckt auch eine Flüchtige, aber ich konnte es halt nie so ausleben wie Sie.“



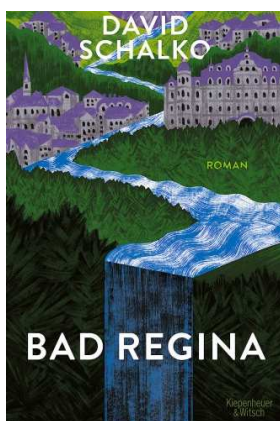
Autor David Schalko :Bild: Picture-Alliance

Mitten im Gewimmel zwischen Wasserfall, Luziwuzi-Bar und Grandhotel Abgrund, aber politisch und moralisch eher am Rande steht Othmar, ein spitzbäuchiger Trinker, ehemals links, heute zu passiv und müde, um sich noch zu empören. Früher war er mal in einer Punkband aktiv, und sein „Krake“ war der angesagteste Club diesseits der Alpen. Jetzt lebt er lustlos und lässig vom Pflegegeld, das sein Schützling, ein im Koma liegender Techno-DJ aus Manchester, bezieht. Othmars Freundin Selma ist krebserkrank, aber ziemlich fidel; überhaupt sind die Frauen in Bad Regina deutlich lebensstüchtiger und aufgeweckter als die Männer.

Schalko beschreibt in kurzen, pointierten Sätzen Typen, Szenen und Säuferdialoge aus dem Irrenhaus Österreich. Das ist oft witzig, manchmal irrwitzig oder sogar kafkaesk-surreal, aber doch mehr Hochleistungskabarett als Roman. Erst im zweiten Teil bekommt das Untergeher-Wimmelbild dann so etwas wie einen Plot: Chen, der kapitalkräftige Chinese, will Bad Regina in einen Erlebnispark umwandeln, in dem jeder sich selbst spielt, selbstverständlich unter Beibehaltung seiner „Würde“. Von Hallstatt und Neuschwanstein gibt es ja auch schon originalgetreue Nachbauten in China.

## Nicht ohne Schmä und Schmackes

Man spürt in jedem Satz, dass Schalko gelernter Werbetexter ist. Mit Fernsehserien wie „Braunschlag“, „Altes Geld“ und „M – Eine Stadt sucht einen Mörder“ hat er sich einen Namen gemacht, in seinem Roman „Schwere Knochen“ (2018) hat er Leichen im Keller der Geschichte ausgegraben, und gerade arbeitet er zusammen mit Jan [Böhmermann](#) an der Verfilmung der Ibiza-Affäre.



„Bad Regina“ liest sich wie ein Gemeinschaftswerk von Böhmermann, Agatha Christie und einem Thomas Bernhard auf Speed, garniert mit Rollenprosa von Qualtinger bis Josef Hader: eine wilde Kreuzung aus Politsatire, Heimatkrimi, Aphorismensammlung („Die Geschichte der Zivilisation ist nicht eine des Aufstehens, sondern des Hinsetzens“) und Daily-Soap-Simulationen, etwas lang geraten, aber nicht ohne Schmä und provozierenden Schmackes. Der Warnvermerk des Verlags, „Wir weisen darauf hin, dass einige Figuren des Romans rassistische Sprache verwenden“, ist durchaus angebracht. In Bad Regina darf man noch N-Wörter benutzen, Transsexuelle veralbern oder syrische Schutzsuchende mit Alkoholproblem auftreten lassen, ohne die antifaschistische Grundhaltung zu beschädigen.

Dass am Ende schwarze „Afronauten“ in Dirndl, Polizeiuniform und Häuptlingslendenschurz durch Bad Regina paradieren und Alteuropa fröhlich-wild verjüngen, geht in Österreich wohl auch noch als politisch unkorrekter Humor durch. „In Österreich ist alles vermodert“, bernhardet Moschinger einmal. „Selbst der Humor. Der ja keiner ist. Selbst der vielgerühmte Humor ist nichts als Verdunkelung. In Österreich will nichts ans Licht, weil sich der Österreicher nur im Dunkeln als Riese wähen kann. Der Österreicher hat zu allem ein schlampiges Verhältnis. Alles, was er tut, passiert, um etwas zu kaschieren. Im Gegensatz zum Deutschen, der versucht, alles richtig zu machen. Der Österreicher macht alles falsch. Und das mit allergrößter Lust. Deshalb braucht der Österreicher Humor und der Deutsche nicht.“



## Le Figaro (site web)

dimanche 7 février 2021 - 14:52 UTC +01:00 746 mots

Actualité ; Société

# À Trappes, un enseignant lanceur d'alerte sur la menace islamiste de nouveau menacé

Kovacs, Stéphane

## Un dispositif de protection «assez lourd» a été mis en place autour de ce professeur de philosophie.

C'est l'histoire d'un lanceur d'alerte qui s'époumone depuis des années. Professeur de philosophie à Trappes, dans les Yvelines, depuis vingt ans, Didier Lemaire a vu *«la progression d'une emprise communautaire toujours plus forte sur les consciences comme sur les corps»*. Fervent défenseur de la laïcité, engagé dans des actions de prévention de la radicalisation, il alerte: d'abord, en 2018, en adressant une lettre ouverte au président de la République. Puis, après la décapitation de son collègue Samuel Paty, dans un «appel à la résistance face à la menace islamiste», publié dans l'Obs. Aujourd'hui menacé, sous protection policière, il est tenté de jeter l'éponge. *«Pouvons-nous, enseignants, pallier l'absence de stratégie de l'État pour vaincre l'islamisme?»,* interroge-t-il. *J'adore mon métier, mes élèves, mais on m'a fait comprendre que je n'avais plus d'avenir dans l'Éducation...»*

En 2000, année de son arrivée au lycée de la Plaine de Neauphle, la synagogue de Trappes brûlait et les familles juives étaient contraintes à l'exil. *«De nombreux jeunes Français, musulmans ou non, partagent aujourd'hui des valeurs antidémocratiques, antirépublicaines, voire adhérent à une idéologie régressive et obscurantiste»*, décrit-il en 2018, depuis cette *«pépinière djihadiste en pleine région parisienne»*, dans une lettre cosignée avec l'ancien inspecteur général de l'Éducation nationale Jean-Pierre Obin. À Emmanuel Macron, ils demandent d'agir *«de toute urgence afin de protéger nos élèves de la pression idéologique et sociale qui s'exerce sur eux, qui les retranche peu à peu de la communauté nationale»*. En novembre dernier, le constat, dans l'Obs, est sévère: *«Aucune action efficace n'a été entreprise pour enrayer ce phénomène, déplore le professeur. Il y a, à Trappes, 400 fichés S de catégorie «radicalisation» qui se promènent librement, sans compter les fichés pour terrorisme. Et nos élèves vivent dans une situation schizophrénique où le conflit de loyauté devient pour eux inextricable»*.

Au lycée, Didier Lemaire est pris à partie par ses élèves: *«Pourquoi avez-vous écrit un texte contre nous?»*. *«Mais non, j'ai écrit un texte pour vous!»*, insiste-t-il. À la préfecture des Yvelines, on prend l'initiative de protéger *«ce professeur qui prend des positions fortes, deux semaines après l'assassinat de Samuel Paty»*. Le dispositif de sécurité est allégé en janvier, juste avant la diffusion, à la télévision néerlandaise, d'un reportage sur la manière dont les principes républicains sont perçus à Trappes. *«La journaliste a reçu des messages écrits et oraux de personnes très en colère, me qualifiant de raciste et d'islamophobe, raconte Didier Lemaire. Une mère d'élève lui a notamment dit que si je continuais à parler d'islam, je serais le deuxième Samuel Paty»*. La journaliste fait aussitôt un signalement. *«Une enquête préliminaire est en cours, confirme le parquet, pour menaces sur personne chargée d'une mission de service public»*. La préfecture *«remet en place un dispositif assez lourd autour du professeur»*, et affirme que *«Trappes est une commune que l'on suit de très près»*. Contactée à plusieurs reprises, la mairie n'a pas répondu à nos sollicitations.

En attendant, Didier Lemaire se voit mal *«rester spectateur de cette situation ou (s)e contenter d'enseigner la philosophie comme si de rien n'était»*. *«Les attaques contre l'école et les enseignants se multiplient, affirme celui qui est aussi secrétaire national du Parti républicain solidariste. Avant on avait des atteintes individuelles à la laïcité; aujourd'hui on a des manifestations collectives de séparatisme. En septembre, par exemple, lors d'un atelier sur la transmission du souvenir entre générations, les filles, à l'unanimité, ont refusé d'être filmées sans leur voile»*. Depuis *«cinq ou six ans»*, il perçoit chez certains de ses élèves *«un positionnement qui coupe du monde»*. Des garçons qui *«dénigrent la France»*. Des élèves qui ne le *«regardent plus dans les yeux»*. D'autres qui lui *«disent subir des pressions»*. Au rectorat, on prend la situation *«très au sérieux»*. Et on lui *«laisse la possibilité, s'il le souhaite, d'envisager un changement d'établissement»*.

**Le Figaro, no. 23784**

Le Figaro, lundi 8 février 2021 1105 mots, p. 20

## Débats

# Comment les militants décoloniaux prennent le pouvoir dans les universités

Mayol, Samuel, Salvador, Xavier-Laurent

Au lieu de lutter contre l'influence grandissante du décolonialisme dans l'enseignement supérieur et la recherche, le gouvernement vient de faire adopter une loi qui la favorise, s'alarment

les deux universitaires\*. Le modèle de formation des « élites » ne passe plus, tant s'en faut, par les universités. Les meilleurs étudiants qui fréquentent les classes préparatoires dans des établissements du secondaire ne rencontrent plus les chercheurs de nos laboratoires. Ces établissements sont affranchis des équivalences que pilotait naguère la seule université. Un élève redoublant sa khâgne obtient aujourd'hui sa licence par décision du conseil de classe. Des écoles centrales, des écoles d'ingénieurs, des écoles nationales supérieures et des instituts peuvent désormais délivrer un doctorat en parallèle des universités. Des organismes para-universitaires « partenaires », les Instituts nationaux supérieurs du professorat et de l'éducation (INSPE) contrôlent la formation des enseignants. L'université est donc dorénavant dépouillée de sa prérogative : la certification du diplôme, qu'elle partage avec des institutions concurrentes.

Affaibli, l'université a vu de surcroît son mode de gouvernance changer. Le « management par délégation de responsabilité », une méthode organisationnelle qui fait peser sur les subordonnés les conséquences des orientations de la hiérarchie en laissant l'illusion de partager ses choix, y est désormais implanté « top-down », des institutions de l'Union européenne au laboratoire universitaire. Ses ravages dans le milieu hospitalier dont tout le monde constate aujourd'hui l'ampleur sont identiques dans l'enseignement supérieur.

Or la recherche est un enjeu national qui pourrait être planifié par les pouvoirs publics. Ce n'est pourtant pas le cas : les orientations stratégiques sont promues par des incitations financières à répondre à des projets dont les cadres sont préconçus par les institutions de l'Union européenne. Et celles-ci, comme l'a récemment montré notre collègue Bernard Rougier dans *Le Point*, utilisent ce moyen « *pour imposer un modèle multiculturel* ». Les financements s'obtiennent au final en s'inscrivant dans ces cadres qui, en sciences humaines, font la part belle à l'inclusivisme et aux théories décoloniales.

On a assisté, parallèlement, à un démantèlement des filières de validation scientifique classiques au profit de logiques d'évaluation et de « reporting » menées par des comités anonymes. C'était ouvrir la porte à toutes les demandes sociales ou politiques qui deviennent le critère principal des gestionnaires des établissements d'enseignement supérieur cherchant à flatter les responsables publics. On obtient alors à l'université une synthèse du pire de ce que peuvent produire la planification bureaucratique et le management capitaliste.

Dans ce contexte, nous avons alerté dans une tribune collective sur la montée du mouvement décolonial dans les établissements d'enseignement supérieur. À la faveur du délitement de nos missions, des chercheurs militants, confondant propagande et recherche, ont investi le monde académique et procèdent à une occupation méthodique des postes-clés : élections de présidents et des conseils universitaires, commission de recrutements pour la cooptation des jeunes maîtres de conférences et recrutements de vacataires ou d'allocataires de bourses de thèses. Ces derniers sont contraints de suivre un mouvement qui leur promet la sortie de la précarité à laquelle ils se croient condamnés.

La précarité des postes est une réalité qui pèse lourdement sur les orientations scientifiques puisqu'elle transforme des fonctions indépendantes en missions ponctuelles. Au plan national, dans le supérieur, le taux de contractualisation des emplois administratifs est de 38,8 % du total des postes (filière BIATSS). Ces agents ont une mission capitale : ils sont responsables des aspects financiers du fonctionnement des composantes des universités. C'est le nerf de la guerre. Et une part non négligeable de ces

recrutements temporaires est liée aux orientations du cadre européen imposant aux laboratoires universitaires leur mode de fonctionnement et leurs finalités.

Le domaine de l'enseignement n'est pas épargné. La carrière du chercheur libre au service de l'État-stratège est devenue un Graal inaccessible : songeons que l'âge moyen d'entrée dans la carrière est aujourd'hui de 33 ans ; l'âge de soutenance de thèse est de 29 ans. Conséquence ? La précarisation des emplois va grandissant et la stabilité des équipes de recherche est remise en cause.

À cette situation financière peu favorable au développement d'une recherche de long terme s'ajoute une mécanique électorale clientéliste : à l'université, que l'on soit précaire ou titulaire, on vote tout le temps. Et on ne vote pas pour un représentant, comme c'est d'ordinaire la règle, mais pour un chef de service susceptible d'accorder emplois, primes et augmentations. Pour ceux qui ne rentrent pas dans cette logique, des phénomènes de censure, d'intimidation, de discrimination politique ont été instaurés, créant ainsi des clivages inédits qui forcent des jeunes doctorants à un alignement idéologique sur des courants politiques légitimés par le nombre d'obligés et de vacataires recrutés, autant dire leur armée.

C'est dans ce contexte qu'intervient la promotion de la loi de programmation de la recherche (LPR) élaborée par le gouvernement et adoptée par le Parlement fin décembre au terme de la procédure accélérée (ce qui n'est pas anodin). La loi consiste entre autres à supprimer l'étape de « qualifications nationales » pour les professeurs. Aujourd'hui, les recrutements des chercheurs sont conditionnés par l'examen devant le Conseil national des universités (CNU). Bien qu'étant très loin d'être parfait, ce mécanisme assurait le développement national et homogène de l'institution. Ce ne sera désormais plus le cas. L'étape de la vérification de la qualité des travaux des candidats par le Conseil national des universités est supprimée et les recrutements directs des professeurs par les universités sont autorisés.

Les militants du décolonialisme et de l'intersectionnalité seront dorénavant libres de poursuivre leur entreprise d'accaparement de l'université au gré de politiques universitaires locales. Pour répondre à de pseudo-besoins territoriaux - en réalité politiques - ou favoriser l'implantation de filières présumées « innovantes » , les présidences clientélistes de certaines universités pourront, sans rendre aucun compte, favoriser cette orientation.

Une telle évolution fait peser en outre une menace non négligeable sur le recrutement des professeurs de l'enseignement secondaire de demain. Car n'oublions pas qu'un étudiant de 2021 sera un professeur certifié en 2025. Si son cursus de formation n'est plus harmonisé ou n'est plus composé que d'études décoloniales, qu'enseignera-t-il demain en classe à des collégiens et des lycéens ?

En lançant l'Observatoire du décolonialisme et des idéologies identitaires, nous appelons à mettre un terme à l'embrigadement de la recherche et de la transmission des savoirs. Dans ce cadre, nous dénonçons la loi de programmation de la recherche (LPR) qui donne des marges de manoeuvre inédites aux ennemis de l'universalisme.

*\* Samuel Mayol est maître de conférences en sciences de gestion. Xavier-Laurent Salvador, agrégé de lettres modernes, est maître de conférences en langue et littérature médiévales. L'Observatoire du décolonialisme et des idéologies identitaires dispose d'un site internet : [decolonialisme.fr](http://decolonialisme.fr)*

ALAIN MINC

# „Merkel hat einen ungeheuerlichen Autoritarismus an den Tag gelegt“

Stand: 07.02.2021 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Martina Meister



Seit Jahrzehnten berät Alain Minc Frankreichs Präsidenten und die Manager des Leitindex CAC 40

Quelle: AFP via Getty Images

Von wegen Kanzlerin des Konsenses – für Frankreichs graue Eminenz Alain Minc ist Angela Merkel Madame Autoritaire. Der Wirtschaftswissenschaftler und Bestsellerautor geht hart mit Deutschland ins Gericht – und fordert ein Umdenken in der Schuldendebatte.

Alain Minc, 71, ist Frankreichs graue Eminenz. Der 71-Jährige hat in seiner Karriere nie einen exponierten Posten eingenommen, weder in der Wirtschaft noch in der Politik. Aber seit Jahrzehnten berät er Frankreichs Präsidenten und die Manager des CAC 40, dem französischen Leitindex.

Er empfängt zum Gespräch in seinem großräumigen Büro auf einer der teuersten Avenuen von Paris. An der Wand zwei lebensgroße Fotos des irischen Schriftstellers Samuel Beckett, aufgenommen von Richard Avedon. Minc ist Deutschlandkenner. Obwohl seine vier Großeltern während des Holocaust ermordet wurden, hat er 2013 mit seinem Buch „Vive l'Allemagne!“ ein Loblied auf das „demokratischste und gesündeste Land Europas“ gesungen.

**WELT:** Monsieur Minc, Angela Merkel wird bald die politische Bühne verlassen. Wie bewerten Sie ihre Amtszeit?

**Alain Minc:** Immer, wenn es um die Bilanz von Angela Merkel, geht, wird behauptet, sie sei die große Dame des Konsenses. Das ist sie, aber gleichzeitig hat sie immer wieder und manchmal wie aus Versehen einen ungeheuerlichen Autoritarismus an den Tag gelegt: als sie nach Fukushima plötzlich und brutal den Atomausstieg beschließt; als sie die Parole *Wir schaffen das* ausgibt und eine Million Migranten aufnehmen will; als sie allein beschließt, den europäischen Wiederaufbauplan zu unterstützen.

Viele sitzen dem Irrtum auf, dass das deutsche System wegen seines Konsenszwanges zu politischer Machtlosigkeit verurteilt ist. Diese drei Entscheidungen, die Merkel im Alleingang getroffen hat, zeigen, dass dies nicht stimmt, denn sie werden Deutschland über Jahrzehnte prägen.

**WELT:** Die Wahl des CDU-Vorsitzenden hat in Frankreich kaum Beachtung gefunden. Warum eigentlich nicht?

**Minc:** Dieses Ereignis hat international insgesamt nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die es verdient hätte. Schließlich war es doch die Wahl des wahrscheinlichen Nachfolgers unser aller Chefin. Natürlich heißt das nicht, dass Armin Laschet der neue Chef Europas sein wird. Ich glaube, das wird Emmanuel Macron sein, sollte er, was ich hoffe, wiedergewählt werden.

**WELT:** Wieso ist Armin Laschet in Ihren Augen die Idealbesetzung?

**Minc:** Weil er ein Rheinländer und damit weniger der Nachfolger von Merkel als der von Helmut Kohl ist. Wie dieser ist er Richtung Westen ausgerichtet. Und wir Franzosen haben Interesse daran, dass Deutschland nach Westen blickt. Ein Rheinländer ist ein Vertreter des Europas der Karolinger.

Insofern hat auch Wladimir Putin uns Franzosen einen guten Dienst erwiesen, weil er dafür gesorgt hat, dass Merkel, die eine tiefere Verbindung zum Osten hat, stärker Richtung Rhein geblickt hat.

**WELT:** In Deutschland fragen sich viele, ob er die Statur eines Kanzlers hat ...

**Minc:** Helmut Kohl hat mir mal gesagt, sein größter Trumpf sei gewesen, dass man ihn maßlos unterschätzt habe. Immer, wenn ein neuer Kanzler gewählt wird, bestehen Zweifel. Das galt für Kohl, für Gerhard Schröder und in noch größerem Maß für Merkel.

**WELT:** Sie sind ein glühender Befürworter des Wiederaufbauplans. Viele Deutsche ärgert es, dass sie eines Tages für die Schulden anderen werden geradestehen müssen. Vor allem der Blick nach Italien macht sie fassungslos. Haben Sie dafür Verständnis?

**Minc:** Man kann den Plan in vier Worte fassen: Macron wollte, Merkel konnte. Sie hätte nicht gekonnt, wenn er nicht gewollt hätte – und umgekehrt. Es ist fatal, dass die Regierungskrise in Italien jetzt dem konservativsten und egoistischsten Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland Argumente liefert. Jemand, der so erfahren ist wie Matteo Renzi, hätte das bedenken müssen.

Den Deutschen zu zeigen, dass Italien genau dem Abziehbild ähnelt, das sie sich von den Italienern machen, war gelinde gesagt ungeschickt. Renzi spielt mit dem Feuer. Aber es geht um das Ansehen Italiens: Man kann nicht den Plan fordern und ihn dann vermässeln. Das Spiel mit 200 Milliarden muss jetzt aufhören.

**WELT:** Versuchen Sie doch mal, den „konservativen und egoistischen“ Teil der Deutschen vom Recovery Plan zu überzeugen. Was sind Ihre Argumente?

**Minc:** Die Deutschen wollen einfach nicht begreifen, dass sie die größten Profiteure des Euro sind, viel mehr als alle anderen. Dank der Südländer der EU ist der Euro unterbewertet, was der deutschen Industrie einen sagenhaften Wettbewerbsvorteil gibt. Die konservativeren Deutschen halten den Euro für eine Last, obwohl er in Wahrheit ein unschätzbare Wirtschaftsanreiz ist. Denn die Deutsche Mark wäre heute auf dem Niveau des Schweizer Franken, und Mercedes könnte kein einziges Auto exportieren.

Leider war das kein Thema, als die Debatte um den Wiederaufbauplan lief. Irgendjemand müsste das mal den Deutschen klarmachen. Jens Weidmann wird das jedenfalls nicht sein. Schade eigentlich, dann wäre Herr Weidmann endlich mal zu etwas nutze.

**WELT:** Ist er in Ihren Augen kein guter Bundesbankpräsident?

**Minc:** Nein, ist er nicht. Ein miserabler Präsident ist er. Er hat sich innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Monsieur „Non“ entwickelt. Niemand redet mehr mit ihm, weil er sowieso Nein sagt. Weidmann ist die außerordentliche Leistung gelungen, das Schwergewicht Deutschland innerhalb der EZB zum Verschwinden zu bringen.

**WELT:** Deutschland wird die Aussetzung des Stabilitätspaktes nicht ewig mittragen ...

**Minc:** Die eigentliche Debatte, und sie ist in meinen Augen unvermeidlich, wird um gute und schlechte Schulden gehen. Mario Draghi hat sie bereits angeregt. Natürlich können wir uns nicht dauerhaft verschulden, um die Gehälter unserer Beamten zu zahlen.

Doch angesichts von Null- oder Negativzinsen müsste sich jeder uneingeschränkt verschulden dürfen, solange es die Produktivität des eigenen Wirtschaftssystems verbessert. Der Unterscheidung zwischen guten und schlechten Schulden wird sich bald durchsetzen. Die deutschen Grünen haben das verstanden. Sie sind keine Prediger des Ordoliberalismus.

**WELT:** Frankreichs Zukunft hängt mit anderen Worten auch vom deutschen Koalitionspartner ab?

**Minc:** Solange es die Sozialdemokraten oder die Grünen sind, mache ich mir keine Sorgen. Ärgerlich wäre es, wenn die CDU mit den Liberalen eine Koalition bilden müsste, weil die FDP auf die Rückkehr zum strengen Wirtschaftsdogma drängen wird, was innerhalb der EU zu harten Konfrontationen führen würde.



FRANKREICH:

## Gegen den Islamismus an den Schulen

- EIN KOMMENTAR VON MICHAELA WIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 08.02.2021-17:25



Wieder wird ein Lehrer bedroht, der sich gegen radikales Gedankengut wehrt. Der Fall ist eine Warnung an alle, die das Problem leugnen oder für ein rein französisches Phänomen halten.

Ein französischer Philosophielehrer muss um sein Leben fürchten, weil er zum Kampf gegen das Gedankengut des radikalen Islamismus in den Klassenzimmern aufgerufen hat. Der Fall ist eine Warnung an alle, die dieses Problem lieber leugnen oder für ein rein französisches Phänomen halten.

Die Enthauptung des Geschichtslehrers Samuel Paty durch einen Islamisten im vergangenen Oktober markierte einen Wendepunkt. Seither wird das Problem immerhin klar benannt. Auch die stillschweigende Übereinkunft von Eltern und einigen Lehrern mit den Eiferern wird nicht länger verschwiegen.

Aber es fehlt eine schlüssige Strategie, um dem wachsenden Einfluss islamistischer Ideen an den Schulen entgegenzusteuern. Nicht nur aus Frankreich kommen Berichte, dass jüdische Schüler gemobbt werden und antisemitische Sprüche auf dem Schulhof gang und gäbe sind. Proteste gegen gemischten Sport- und Schwimmunterricht, die Weigerung, Frauen und Homosexuellen die Hand zu geben oder historische Fakten wie den Holocaust anzuerkennen – der Islamismus an den Schulen hat viele Facetten. Nur selten gehen Lehrer an die Öffentlichkeit, um die Missstände anzuprangern.

Viele relativieren und beschwichtigen, zumal die Schulbehörden kein Interesse an „Zwischenfällen“ haben. Die Hälfte der französischen Lehrer gaben kürzlich an, dass sie sich schon selbst zensiert hätten, um Ärger mit Schülern und Eltern zu vermeiden. Solange solche Verdrängungsmechanismen wirken, können neue Gesetze wenig ausrichten.

„GESCHICHTSVERDREHUNG“:

# Steinmeier verärgert Ukraine mit Äußerung zu Nord Stream 2

• AKTUALISIERT AM 09.02.2021-09:59



Der Bundespräsident führt zur Verteidigung des umstrittenen Projekts den deutschen Überfall auf die Sowjetunion an. Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, zeigt sich empört.

Bundespräsident [Frank-Walter Steinmeier](#) hat mit Äußerungen zur umstrittenen Gaspipeline Nord Stream 2 Verärgerung in der Ukraine ausgelöst. Die „fragwürdigen historischen Argumente“ Steinmeiers seien „mit Befremden und Empörung“ in Kiew aufgenommen worden, schreibt der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, in einer Stellungnahme, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Steinmeier hatte Nord Stream 2 in einem Interview der „Rheinischen Post“ mit dem Argument verteidigt, dass die Energiebeziehungen fast die letzte verbliebene Brücke zwischen Russland und Europa seien. Er wies darauf hin, dass Deutschland dabei auch die historische Dimension im Blick behalten müsse und erinnerte an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion, der sich am 22. Juni zum 80. Mal jährt. „Mehr als 20 Millionen Menschen der damaligen Sowjetunion sind dem Krieg zum Opfer gefallen. Das rechtfertigt kein Fehlverhalten in der russischen Politik heute, aber das größere Bild dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren“, sagte Steinmeier.

„Die Äußerungen von Bundespräsident Steinmeier haben uns Ukrainer tief ins Herz getroffen“, schreibt Melnyk dazu. Nord Stream 2 bleibe ein geopolitisches Projekt des russischen Präsidenten Wladimir [Putin](#), das den ukrainischen Interessen zuwiderlaufe. „Es ist daher zynisch, gerade in dieser Debatte die Schrecken der NS-Terrorherrschaft ins Spiel zu bringen und dazu noch die Millionen sowjetischen Opfer des deutschen Vernichtungs- und Versklavungskrieges ausschließlich Russland zuzuschreiben.“ Melnyk wirft dem Bundespräsidenten vor, die vielen Millionen Opfer der Nazi-Diktatur in der damals zur Sowjetunion gehörenden Ukraine in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich erwähnt zu haben. Das sei „eine gefährliche Geschichtsverdrehung“.



„Tief ins Herz getroffen“: Andrij Melnyk, Botschafter der Ukraine in Deutschland (Archivbild) :Bild: dpa

Die Ukraine zählt zu den schärfsten Kritikern der fast fertiggebauten Pipeline Nord Stream 2, durch die künftig jedes Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Russland nach Deutschland befördert werden sollen. Die Ukraine profitiert derzeit noch von russischen Gaslieferungen nach Europa, indem sie Durchleitungsgebühren von Moskau kassiert. In den nächsten Jahren will Russland die Menge aber zurückfahren und stattdessen mehr Gas durch die Ostsee direkt in die EU liefern.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/lehrer-von-islamismus-bedroht-zum-hass-auf-frankreich-erzogen-17187043.html>

BEDROHTER LEHRER:

## „Viele Kinder werden zum Hass auf Frankreich erzogen“

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 08.02.2021-14:39



Ein Philosophielehrer in Frankreich hatte nach der Ermordung Samuel Patys zum Widerstand gegen Islamismus aufgerufen, seither wird er selbst mit dem Tod bedroht. Dennoch weigert Didier Lemaire sich, die Schule zu wechseln.

Radikale Islamisten bedrohen in Frankreich von neuem einen Lehrer. Jetzt ist der Pädagoge an die Öffentlichkeit gegangen. „Ich will nicht unter ständiger Angst leben“, sagte der Philosophielehrer Didier Lemaire am Sonntag im Nachrichtensender LCI. Er erhalte Morddrohungen und werde auf der Straße angefeindet, weil er nach der Ermordung des Geschichtslehrers Samuel Paty am 16. Oktober in einem Meinungsbeitrag zum „Widerstand gegen die islamistische Gefahr“ aufgerufen habe. In einer Zuschrift drohte man ihm, er werde als „zweiter Samuel Paty“ enden.

Der islamistische Terroranschlag auf den Geschichtslehrer in Conflans-Sainte-Honorine hatte Frankreich erschüttert. Derzeit berät die Nationalversammlung über einen Gesetzentwurf zur „Stärkung der republikanischen Prinzipien“. Präsident Emmanuel Macron will das Gesetz als Kampfansage an den „islamistischen Separatismus“ verstanden wissen, der sich in etlichen vernachlässigten Vorstädten entwickelt hat.

### Unlösbare Loyalitätskonflikte

„Wir haben nicht mehr viel Zeit, bevor die Situation eskaliert. Viele Kinder werden zum Hass auf Frankreich erzogen“, schrieb Lemaire, der seit 20 Jahren an einer weiterführenden Schule in Trappes nordwestlich von Paris unterrichtet. In der Vorstadt leben 30.000 Menschen aus 70 Herkunftsländern. Im Nachrichtensender BFM-TV beschrieb der Lehrer am Sonntagabend die beschleunigte Islamisierung in Trappes. „**Es gibt keine gemischten Friseursalons mehr. In den Cafés werden keine Frauen geduldet. Schon kleine Mädchen werden vollverschleiert auf die Straße geschickt**“, sagte er. **Auch an seiner Oberschule nehme der Druck der Islamisten zu. Für die meisten Jugendlichen führe das zu schier unlösbaren Loyalitätskonflikten.** In dem Beitrag für das Nachrichtenmagazin „L’Obs“ nach der Ermordung Patys hatte er gefordert, die Schüler besser vor dem ideologischen und sozialen Druck der Islamisten zu schützen.

Seit Anfang November eskortieren zwei Polizisten den Lehrer jeden Morgen zum Schulgebäude. Auch den Heimweg kann der Pädagoge nur noch unter polizeilichem Geleit antreten. Die Schulleitung unterstützt ihn, aber im zuständigen Rektorat hat man ihm nahegelegt, die Schule zu wechseln und für eine Weile unterzutauchen. Doch Lemaire lehnt sich dagegen auf, sich den Islamisten zu beugen. Das Angebot seiner

Versetzung hat er bislang ausgeschlagen. „Das kann nicht die Lösung sein“, sagte Lemaire. Er sehe es als Verrat an seinen Schülern an, wenn er die Schule wechsele, an der er seit 20 Jahren unterrichte.

„Für mich hat alles im Oktober 2000 angefangen, als die Synagoge in Trappes in Brand gesetzt wurde“, sagte er. Seither hätten die jüdischen Bewohner die Stadt nach und nach verlassen. Die antisemitischen Sprüche an den Fassaden seien verschwunden. „Es gibt keine Juden mehr in Trappes“, sagte Lemaire. Jetzt seien es die gemäßigten Muslime und die Nicht-Gläubigen, die wegziehen würden. Die radikalen Islamisten seien dabei, ihren „Säuberungsprozess“ zu Ende zu führen. „Das ist erschreckend“, äußerte der Lehrer, der Philosophie in der Oberstufe unterrichtet, „In Trappes hat die Republik schon verloren.“



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hält am 20. Oktober 2020 eine Rede in einem Vorort von Paris zum Gedenken an den ermordeten Lehrer Samuel Paty. :Bild: dpa

In dem preisgekrönten Buch „La communauté“ („Die Gemeinschaft“) haben die Autorinnen Ariane Chemin und Raphaëlle Bacqué die Islamisierung der Kommune nachgezeichnet. Lemaire zählt zu den Zeugen, die im Buch zu Wort kommen. Auch die Polizeistatistik dokumentiert die Missstände. 400 islamistische Gefährder wohnen demnach in Trappes, die Dunkelziffer soll noch höher sein. 66 Jugendliche brachen von dort nach Syrien auf, um sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ anzuschließen, so viele wie aus keiner anderen Kommune in Frankreich.

## Offener Brief an Macron

2013 stand der Ort in den Schlagzeilen, weil es zu schweren Ausschreitungen kam, nachdem Polizisten eine Frau mit einem Ganzkörperschleier kontrolliert hatten. In Frankreich gilt seit 2010 ein Burka-Verbot im öffentlichen Raum. Der Bürgermeister, Ali Rabeh, soll die Islamisten unterstützen; seine Wahl wurde gerade wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt.

Schon 2018 hatte der Philosophielehrer Lemaire einen offenen Brief an Präsident Macron geschrieben. Zusammen mit dem früheren Generalinspektor des französischen Schulwesens, Jean-Pierre Obin, rief er dazu auf, die Zustände nicht länger zu leugnen und die Jugend nicht den islamistischen Netzwerken auszuliefern. „Warum zerschlägt der Staat diese Netzwerke nicht? Warum gibt unsere Republik diese Kinder auf?“, heißt es in dem Brief. **Es drohe ein Bürgerkrieg, denn viele der jungen Leute würden demokratische Werte inzwischen total zurückweisen und eine scharfe Trennlinie zwischen den „wahren Muslimen“ und Ungläubigen sowie „schlechten Muslimen“ ziehen.**

Der Mitunterzeichner Obin ist in Frankreich bekannt, weil er in einem Bericht im Jahr 2004 vor den „Gegengesellschaften“ gewarnt hat, die sich in sozial vernachlässigten Banlieue-Siedlungen mit hohem Einwandereranteil entwickelten. Der Bericht des Generalinspektors wurde damals unter den Teppich gekehrt, weil die Warnungen vor dem Siegeszug des Islamismus in den Klassenzimmern kurz nach dem Wahlerfolg des rechtstextremen Präsidentschaftskandidaten Jean-Marie Le Pen als zu brisant galten.



## Running out of gas?

# Why Germany won't kill Nord Stream 2

## But Americans sanctions might

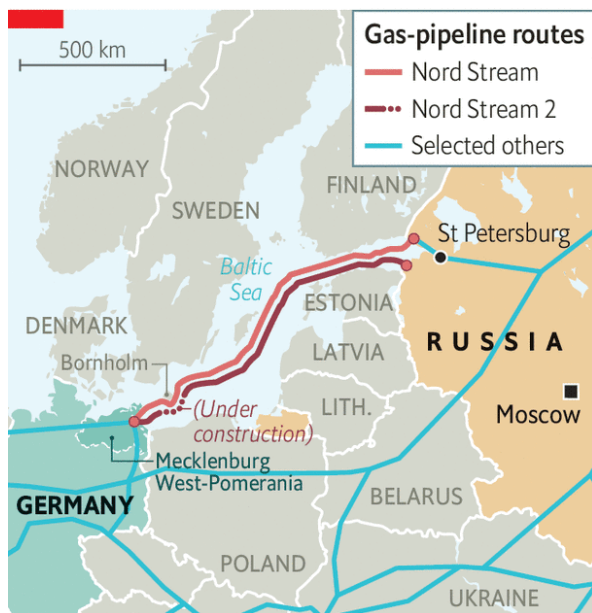


Feb 1st 2021 BERLIN

In the chill waters off Bornholm, a Danish island in the Baltic sea, a complex game of cat-and-mouse is playing out. A flotilla of Russian boats is rushing to complete the construction of Nord Stream 2, a 1,230km (765-mile) gas pipeline that would double capacity from Russia to Germany. Less than 150km of it remains to be built. Meanwhile, the American government, armed with sanctions legislation, is picking off companies it suspects of involvement. As the saga enters its endgame, the pipeline's fate may depend on the outcome of this race.

Nord Stream 2 has inspired criticism ever since 2015, when Gazprom, Russia's state-backed gas giant, and five European energy firms formed a consortium to lay a new pipeline costing €9.5bn (\$11bn) next to an existing one along the Baltic seabed. American opposition, grounded in concerns that the new pipe will expand the Kremlin's influence, is bipartisan. Eastern Europeans, as well as France, fear growing dependence on Russian energy—and depriving Ukraine, from which Russia has gobbled territory, of transit fees from an existing land pipeline. Attitudes in Brussels range from concern to bitter opposition.

Germans who value these opinions wonder why their politicians insist on ploughing ahead in splendid isolation. Yet Angela Merkel's government has long sought to insulate the pipeline from diplomatic rows. Challenged after the recent detention in Moscow of Alexei Navalny, a Russian dissident, Mrs Merkel said she had not changed her mind on the pipeline. To circumvent American sanctions, the government of Mecklenburg-West Pomerania, a rural German state where the pipeline makes landfall, has set up a foundation, funded mainly by Gazprom, to mediate between Nord Stream 2 and private contractors—in the name, risibly, of “climate protection”. (Genuine greens are appalled.)



The Economist

Yet not only does that ploy look doomed, America’s dogged efforts to kill the pipe are bearing fruit. Congress has passed two sets of sanctions aimed at it. In December 2019 the mere threat forced Allseas, a Swiss undersea construction firm, to pull its vessels from the project, halting construction for a year and costing Gazprom a fortune. Many other international companies have been scared off.

Russian ships eventually restarted work in December. But the heat continues to rise. On January 19th the American government made good on its threats for the first time, slapping sanctions on *Fortuna*, a Russian vessel repurposed for pipe-laying. A few weeks earlier Congress passed an amendment to a different sanctions law, passed in 2019. By radically expanding the set of companies now exposed to American action to include insurers, certifiers and any entity supporting “pipe-laying activities”, the new law is a “game-changer”, says Mateusz Kubiak of Esperis, a Polish consultancy. Russian assets may eventually be able to finish the pipe-laying, he says. But certification, a technical exercise to show the pipeline meets international safety and design standards, “cannot be simply transferred to some murky Russian company.”

What now? The aggressive sanctions policy of the Trump administration unsettled even stalwart foes of Nord Stream 2 in Europe. Joe Biden is keen to rebuild America’s tattered alliances, but his team also opposes the pipeline. Optimists think the most recent sanctions legislation could offer a way out. The sanctions are mandatory, limiting the White House’s room for manoeuvre. But as Dan Fried, a sanctions coordinator at the State Department in the Obama administration, notes, the text also lowers the bar for the president to waive the sanctions. “It’s a hint that Congress wants a deal,” he says. Mr Biden’s team has indicated that it is open to suggestions.

What might a deal look like? One idea is an automatic mechanism to impose sanctions on Gazprom should the Kremlin renege on a deal brokered by Mrs Merkel in 2019 to keep gas flowing across Ukraine. This could form part of a grand bargain in which America drops its sanctions in exchange for German commitments to bolster energy- and other forms of security in eastern Europe. But Germany would need not only to signal interest in such ideas, but to pause support for the pipe. And officials in Berlin fear hardliners in Congress may tie Mr Biden’s hands. The diplomatic stalemate, then, may drag on. Meanwhile, the delicate dance in the Baltic continues.



## A Muscovite mockery of justice

# Russia's regime is weakened by putting Alexei Navalny in jail

## President Vladimir Putin's reputation is tarnished anew



Feb 6th 2021

MOSCOW

Judging by the security measures, you would have thought Moscow was experiencing a terrorist attack. Police in riot gear surrounded the capital's main court and blocked the approaches. Muscovites suspected of being protesters were whisked away and bundled into police vans. By lunchtime 350 people, including journalists, had been detained, adding to nearly 2,000 arrested during protests two days earlier. Jails and detention centres filled up so fast that many demonstrators were held in police vans in freezing temperatures without food or water for up to 40 hours.

The reason for the mass arrests was Alexei Navalny, Russia's opposition leader, who had returned last month from Germany, where he had been treated for poisoning, ordered, he says, by President Vladimir Putin himself. On February 2nd Mr Navalny was put in a glass cage inside the Moscow court and sentenced to nearly three years in prison. This converted the original, suspended, sentence handed down in 2014 into a trumped-up case designed to stop him from standing for election. The European Court of Human Rights in Strasbourg had previously exonerated him of that charge and made Russia pay him compensation.

The latest proceeding was a mockery of the law. Mr Navalny denounced it as "one man's hatred and fear...I mortally offended [Mr Putin] by surviving. And then I committed an even more serious offence: I didn't run and hide." Worse still, Mr Navalny had revealed that Russia's Federal Security Service (fsb) had smeared his underpants with Novichok, a toxin. Mr Putin would go down in history not as a global statesman but as "Vladimir the Underpants Poisoner", said Mr Navalny. His speech, blanked out by state television, was broadcast by tv Rain, an independent internet channel, and watched by nearly 9m people on YouTube. Within minutes of the sentencing, Mr Navalny's team had called people out onto the streets.

Taking no chances, riot police closed metro stations and took over the main squares and crossroads. Videos that spread instantly on social media showed small groups of mostly young and peaceful Muscovites walking through the centre chanting "Navalny" and being shoved into side streets where they were beaten.

The poisoning of Mr Navalny made it clear that the fsb, rather than the civilian technocrats who were once responsible for domestic politics, are now dominant, says Alexei Venediktov of *Echo Moskvy*, an

independent radio station. “They describe Navalny as ‘the engine’ and ‘the banner’ of the protest movement.” Locking him up will disable the engine, they reckon.

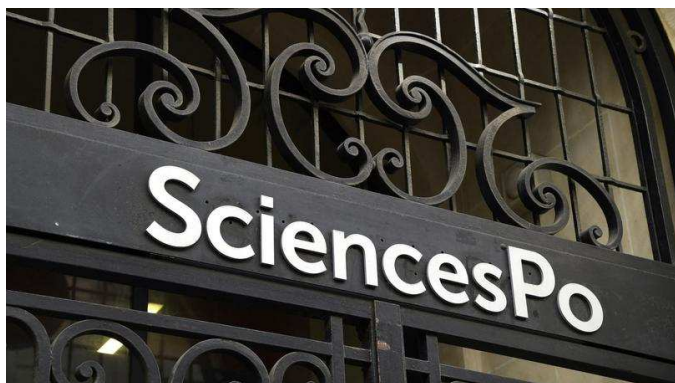
They also plan to sully the banner by portraying Mr Navalny as a foreign agent planted by the West to overthrow Mr Putin’s regime. They cite the protests by democratic countries, including America, Britain and Germany, and the attendance of their ambassadors at Mr Navalny’s sentencing, as proof of its determination to hobble Russia. Mr Navalny’s call for sanctions against Mr Putin’s friends could bring a new charge of treason that carries a sentence of up to 20 years. Prosecutors are also working on a new fraud case, alleging that Mr Navalny has stolen donations to his own anti-corruption foundation.

Yet by unleashing violence against peaceful protesters, the Kremlin is helping Mr Navalny in his main task: undermining Mr Putin’s legitimacy. The president is clearly rattled by Mr Navalny’s bold return and his explosive two-hour video, which was watched by 100m people, showing a vast secret palace allegedly belonging to Mr Putin. The president is now trusted by only 29% of the population, says a recent poll by the Levada Centre, a fall of 20 percentage points since he was re-elected in 2018. For this, blame corruption, a stagnant economy and a shift in media consumption. Mr Putin dominates state tv. But most Russians under the age of 40 get their news and views from the internet, where Mr Navalny is strong. The Kremlin would like his sentencing to display its limitless power. In fact it, enhances Mr Navalny’s moral stature at Mr Putin’s expense.

[https://etudiant.lefigaro.fr/article/sciencesporcs-des-etudiantes-d-iep-denoncent-les-viols-qu-elles-auraient-subis\\_49f9fbca-6ac6-11eb-847c-d66948eeb09e/](https://etudiant.lefigaro.fr/article/sciencesporcs-des-etudiantes-d-iep-denoncent-les-viols-qu-elles-auraient-subis_49f9fbca-6ac6-11eb-847c-d66948eeb09e/)

# SciencesPorcs: des étudiantes d'IEP dénoncent les viols qu'elles auraient subis

Par [Wally Bordas](#) • Publié le 09/02/2021 à 12:29 • Mis à jour le 09/02/2021 à 18:05



La ministre Marlène Schiappa a affirmé «plein soutien aux étudiantes victimes de viols qui dénoncent les faits courageusement». *Crédits photo: BERTRAND GUAY/AFP*

**Des témoignages publiés par Anna Toumazoff, militante féministe qui s'était fait connaître en 2019 en dénonçant les agressions vécues par des femmes lors de voyages en Uber.**

*«J'ai été violée.» «Ils m'ont traitée comme de la merde et ils ne m'ont pas crue.» «Tu m'as laissée pleurer dans tes bras, me parler de tes souffrances, et tu m'as violée.»* Hier soir, la militante féministe Anna Toumazoff, qui s'était notamment fait connaître en 2019 en dénonçant les agressions vécues par des femmes lors de leurs trajets avec des chauffeurs Uber, a publié sur Twitter et Instagram toute une série de témoignages d'étudiantes d'[Instituts d'études politiques \(IEP\)](#) racontant les viols qu'elles auraient subis de la part d'autres élèves.

*« Les IEP regorgent de violeurs, d'agresseurs et de harceleurs...» Juliette, étudiante à Sciences Po Toulouse*

Tout commence le 4 février dernier: [une enquête du journal Libération](#) révèle qu'une dizaine d'étudiantes de l'IEP de Bordeaux racontent avoir été victimes d'agressions sexuelles ou de viols en accusant leur établissement de les avoir «abandonnées». Dans la foulée, Juliette, une étudiante de Sciences Po Toulouse publie une lettre ouverte sur le groupe Facebook de son école dans laquelle elle décrit également les viols dont elle aurait été victime. *«Les IEP regorgent de violeurs, d'agresseurs et de harceleurs. Leur présence est confortée et favorisée par les événements de nos écoles (intégrations, campagnes pour les bureaux, CRIT...) et par l'omerta»*, accuse-t-elle, annonçant par la même occasion qu'elle a porté plainte samedi dernier.

## **Surprise par le nombre de messages**

C'est après la publication de ce nouveau témoignage que la militante féministe Anna Toumazoff, diplômée de l'IEP de Toulouse, décide d'agir. *«Comme j'ai un compte Instagram très suivi, j'ai invité toutes les filles étudiantes ou diplômées d'un IEP ayant subi un viol ou une agression à le raconter»*, témoigne la jeune femme. Immédiatement, elle reçoit «des centaines» de messages, provenant d'étudiantes venant de tous les Instituts d'études politiques de France. *«J'ai été très surprise par le nombre de messages, mais surtout, par le fait que beaucoup de jeunes femmes racontent avoir été victimes de viols sans que leur école ne réagisse»*, explique l'activiste, qui publie ensuite anonymement les témoignages qu'elle reçoit sur son compte Instagram et sur Twitter.

## **Des réactions indignées**

Des messages qui ont suscité de très nombreuses réactions sur les réseaux sociaux. Plusieurs dizaines de milliers de tweets de soutien ont notamment été postés sur le mot-dièse #SciencesPorcs. Des personnalités du monde de l'enseignement supérieur, mais aussi, du monde de la politique ont fait savoir leur indignation à la lecture de ces témoignages.

Marlène Schiappa, ancienne secrétaire d'État en charge de l'Égalité entre les femmes et les hommes et désormais ministre de la Citoyenneté a affirmé son «plein soutien aux étudiantes victimes de viols qui dénoncent les faits courageusement».

## **«Nous allons traiter cette affaire»**

Mis en cause par ces accusations, certains IEP ont d'ores et déjà réagi. Interrogé sur France 3 Occitanie, Olivier Brossard, le directeur de Sciences Po Toulouse, a dit accorder «une grande crédibilité au témoignage» de l'étudiante ayant écrit la lettre ouverte. *«Nous allons traiter cette affaire et protéger les victimes (...) Il va y avoir une enquête judiciaire et la section disciplinaire de l'établissement va mener sa propre enquête (...) Nous devons voir si les faits sont avérés et quelle est leur ampleur»*, a-t-il également précisé.

*« Les commentaires insinuent de manière diffamatoire que dans notre IEP régnerait le silence et la tolérance à l'endroit des violences sexistes et sexuelles»*La direction de l'IEP Strasbourg

De son côté, la direction de l'IEP Strasbourg a aussi répondu aux accusations de certaines étudiantes à son encontre. *«Les commentaires insinuent de manière diffamatoire que dans notre IEP régnerait le silence et la tolérance à l'endroit des violences sexistes et sexuelles. La direction est, au contraire, d'une très grande*

*vigilance à l'endroit de toutes les formes de discrimination et de violence*», commente l'école sur son compte Instagram.

Ces accusations surviennent quelques semaines après la publication du livre de Camille Kouchner «La familia grande», accusant le politologue [Olivier Duhamel](#) d'inceste. Des accusations qui avaient fragilisé [la direction de Sciences Po Paris](#), dans laquelle ce dernier exerçait la fonction de président au sein de la Fondation nationale des sciences politiques (FNSP). Frédérique Mion, le directeur de la grande école, qui avait été mis au courant des rumeurs concernant le politologue en 2019, n'avait «pas réagi». Les syndicats étudiants avaient réclamé - et ne l'avaient pas obtenu - sa démission, l'accusant de «trahison».

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/02/09/confinons-vite-fort-mais-le-moins-de-temps-possible-l-appel-du-directeur-medical-de-crise-de-l-ap-hp\\_6069356\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/02/09/confinons-vite-fort-mais-le-moins-de-temps-possible-l-appel-du-directeur-medical-de-crise-de-l-ap-hp_6069356_3232.html)

# « Confinons vite, fort, mais le moins de temps possible » : l'appel du directeur médical de crise de l'AP-HP

## TRIBUNE

**Bruno Riou**

directeur médical de crise de l'Assistance Publique-Hôpitaux de Paris

Le professeur de médecine Bruno Riou appelle à ne pas avoir peur de confiner de nouveau, alors que l'épidémie de Covid-19 continue de s'étendre en France avec l'arrivée de variants du virus.

Publié le 9/2 à 18h00, mis à jour à 19h06 Temps de Lecture 3 min.

**Tribune.** La situation actuelle de la crise due au Covid-19 en France est alarmante. Après une deuxième vague cet automne, les contaminations persistent à un niveau très élevé et continuent d'augmenter depuis de nombreuses semaines malgré des mesures restrictives de plus en plus importantes. L'épidémie n'est pas contrôlée, loin s'en faut. Se surajoute à ce phénomène déjà inquiétant l'arrivée de variants plus contagieux du SARS-CoV-2, en particulier le variant dit « anglais ». Inéluctablement, il deviendra prédominant dans quelques semaines sans que personne n'imagine sérieusement pouvoir limiter ce processus. L'épidémie connaîtra alors une accélération comme cela est déjà survenu dans d'autres pays.

Je suis intimement persuadé que seul un confinement est à même d'éviter ce scénario avec ses conséquences redoutables en termes de mortalité et de morbidité, pour les patients Covid et non-Covid. Le débat se focalise aujourd'hui sur ce point, tant au niveau médiatique que politique, [l'exécutif disant vouloir tout essayer pour éviter un confinement](#) aux conséquences sociales, humaines et économiques plus que difficiles.

## Réduire la durée des restrictions

Dans la gestion de crise, il faut savoir penser « hors du cadre ». Faisons-nous collectivement une erreur d'analyse en opposant les impératifs sanitaires aux autres impératifs ? Sommes-nous en train de ne pas voir « l'éléphant qui trône dans la pièce » depuis déjà longtemps ? Prenons quatre acteurs dont on nous dit que leurs préoccupations divergent : le médecin, le restaurateur, l'étudiant et l'économiste. Le médecin souhaite éviter un maximum de décès et d'hospitalisations en réanimation – dont bien des survivants garderont des séquelles importantes –, éviter l'absence de prise en charge des patients « non Covid », et [prévenir les conséquences psychiques des mesures de restriction](#), conséquences dont nous ne mesurons pas encore toute l'importance.

Le restaurateur est préoccupé par la date de réouverture de son restaurant, critère déterminant de sa survie professionnelle, et souhaite redonner un sens à sa vie faite de lien social. L'étudiant, lui, voudrait retourner dans les amphithéâtres, où d'ailleurs il ne s'est jamais beaucoup contaminé, pour retrouver un contact essentiel avec ses enseignants et ses pairs, rompre son isolement social, et, pour beaucoup, survivre économiquement en retrouvant une activité rémunérée. Quant à l'économiste, il s'inquiète des dégâts, pas seulement à court terme, sur le PIB et l'endettement, mais également sur la destruction d'emplois.

Tous ces acteurs ont en fait un critère commun de jugement de gestion de la crise : la durée globale des mesures restrictives, quelles qu'elles soient. Or, de mi-décembre à début février, malgré les mesures

restrictives prises, l'épidémie a continué à prendre de l'ampleur. Il faut en tirer la conclusion qui s'impose : malgré des efforts considérables, nous avons perdu des semaines précieuses, et vu s'éloigner l'objectif commun et final de retour à une situation plus proche de la normale.

## Sur les terrasses au printemps

Il ne faut plus avoir peur d'un confinement total, à condition qu'il soit de courte durée : c'est la seule stratégie qui a démontré son efficacité dans de nombreux pays, y compris le nôtre, en attendant qu'une proportion suffisante de la population soit vaccinée, ce qui ne sera effectif que dans plusieurs mois. Encore faut-il que le déconfinement soit associé à un renforcement de toutes les mesures visant à diminuer le risque de contamination et à un tester/tracer/isoler efficace pendant cette période critique où il prend toute son importance pour éviter une reprise de l'épidémie. Le médecin, le restaurateur, l'étudiant et l'économiste pourront se réconcilier autour de cet objectif commun et de ce critère de jugement partagé.

D'autres pays semblent l'avoir mieux compris et j'envie les Italiens qui ont retrouvé le chemin de leurs restaurants cette semaine. Je redoute le débordement capacitaire de nos hôpitaux et réanimations, le brassage des populations et des variants que porteront avec elles les vacances de février. Confinons vite, fort, mais le moins de temps possible et gérons mieux notre déconfinement. Donnons-nous les moyens de nous retrouver ensemble sur les terrasses au printemps. J'espère faire partager ma conviction, il est encore temps d'agir.

**Bruno Riou**, professeur de médecine, directeur médical de crise de l'Assistance publique-Hôpitaux de Paris (AP-HP), doyen de la faculté de médecine Sorbonne Université.



# Annuler la dette des pays de l'Union européenne : un débat théorique

## ÉDITORIAL

### Le Monde

De nombreux économistes militent pour une annulation des créances des Etats membres de l'UE auprès de la Banque centrale européenne. A l'heure où les taux d'intérêt sont très bas, cette question paraît moins cruciale que celle de l'allocation des sommes empruntées et de la révision du pacte de stabilité.

Publié 9/2 à 10h38, mis à jour à 16h35 Temps de Lecture 2 min.

**Editorial du « Monde ».** Les crises sont toujours propices pour faire émerger des réponses simples à des questions compliquées. Le débat sur la dette accumulée par les membres de l'Union européenne (UE) auprès de la Banque centrale européenne (BCE) pour faire face aux conséquences de la pandémie n'échappe pas à cette tentation.

Qui va payer ? Une tribune publiée dans *Le Monde*, vendredi 5 février, par 150 économistes prône une solution radicale : l'annulation de 2 500 milliards d'euros de créances. C'est à se demander pourquoi personne n'y avait pensé avant. Mais, comme toutes les évidences, l'idée risque de se heurter à la réalité. Sa mise en œuvre pourrait créer plus de désordre qu'elle ne résoudrait de problèmes, à commencer par la remise en cause de l'intégrité de l'UE.

La BCE, par un mécanisme de rachat des titres émis par les Etats sur les marchés financiers, se retrouve détentrice d'une dette colossale. Pour ces économistes, il suffirait de l'effacer, avec pour seule contrepartie, pour les membres de l'UE, d'investir les mêmes montants dans la reconstruction écologique et sociale. « *Inenvisageable !* », a répondu Christine Lagarde, la présidente de la BCE, dans une interview au *Journal du dimanche*.

Le premier argument invoqué est celui du droit : le traité de Lisbonne prévoit que la BCE est juridiquement indépendante des Etats et qu'il lui est interdit de financer ces derniers. L'annulation de la dette ferait voler en éclats ce principe et déboucherait sur une crise de l'euro aux conséquences potentiellement explosives. La crédibilité de la monnaie unique serait ruinée. Ce précédent compromettrait pendant des décennies notre capacité à emprunter pour nos dépenses courantes.

## Une unanimité introuvable

« *L'Europe ne peut plus se permettre d'être systématiquement bloquée par ses propres règles* », rétorquent les économistes. Certes, mais à condition que les Etats membres acceptent de modifier les traités européens, décision qui nécessite une unanimité, qui est aujourd'hui introuvable.

L'Allemagne et les Pays-Bas, qui ont déjà consenti avec difficulté à une mutualisation des dettes pour mettre sur pied un plan de relance européen de 750 milliards d'euros, opposeraient le refus sans appel d'une annulation globale. Celle-ci serait vécue comme un encouragement à l'impéritie des Etats les moins vertueux aux dépens des plus rigoureux.

Le débat sur l'annulation de la dette est d'autant plus théorique qu'un Etat ne la rembourse jamais intégralement. Il émet de nouveaux emprunts pour couvrir ceux arrivés à échéance. La vigilance doit porter sur la capacité du pays à assurer le paiement des intérêts de la dette. Or, avec la faiblesse des taux, cette charge n'a jamais été aussi basse en proportion du PIB. Pourquoi déclencher un séisme avec l'annulation de la dette, alors que la situation est pour l'instant soutenable ? La réponse n'est pas tant économique que politique.

Avant de savoir comment rembourser la dette, il faudrait que les Etats membres se mettent d'accord sur la façon de dépenser les sommes empruntées. Six mois après la signature du plan de relance européen, les discussions sur son allocation tardent à déboucher. Il est impératif d'accélérer. Autre priorité : la révision des règles du pacte de stabilité, qui limitent de façon stricte les écarts budgétaires. Avec la crise, elles ont été suspendues jusqu'à fin 2021. Le débat sur leur assouplissement paraît plus urgent et plus utile que celui d'une annulation de la dette, dont l'efficiace dans le contexte actuel est loin de sauter aux yeux, sauf à vouloir dynamiter l'UE.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/enthuellungsbuecher-ueber-inzest-in-frankreich-17185644.html?premium>

ENTHÜLLUNGEN ÜBER INZEST:

## Die Linke und die Libido

- VON JÜRGEN ALTWEGG, GENF
- -AKTUALISIERT AM 09.02.2021-17:57



Das letzte Tabu: Enthüllungsbücher über Inzest und Pädophilie in der Elite erschüttern Frankreich. Die höchsten Kreise des Landes sind alarmiert.

Ein Inzest-Skandal unter Hochgebildeten erschüttert Saint-Germain-des-Prés. „Germanoprätins“ werden die Einheimischen des berühmten Pariser Stadtviertels genannt. Es sind Intellektuelle, die sich für die Leuchttürme der Welt halten. Das Magazin „Le Point“ hat versucht, ihre Sitten und Bräuche zu ergründen, zu denen auch ein Hang zu Pädophilie, Vergewaltigung und – legaler – Polygamie gehört.

Die Ureinwohner des Reservats sind Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. Er erfand den Mythos des engagierten Intellektuellen, sie das zweite Geschlecht. Als Paar bildeten sie die Avantgarde der wilden und offenen Ehe – durchaus für alle. Im – geheizten – Café de Flore schrieben sie noch im Krieg ihre Bestseller, die die Welt veränderten. Auf seiner Karte des Territoriums verzeichnet „Le Point“ ihr gemeinsames Grab im Friedhof von Montparnasse.

In Saint-Germain-des-Prés sind die Sorbonne und das Panthéon zu Hause, die Verlage und Zeitschriften, die Eliteschulen und das Collège de France. Die zweite Heimat der Germanopräten sind die Cafés und Brasseries: Lipp, Deux Magots, Closerie des Lilas. „Le Point“ präsentiert seine ethnologischen Feldforschungen als „Geheime Geschichten der Kaviar-Linken von Mitterrand bis zur Affäre Duhamel“.

### Die Lebenslügen der „großen Familie“

Olivier Duhamel, Sohn des gaullistischen Kulturministers Jacques Duhamel, ist der Häuptling der Germanopräten. Im Sommer zog die Sippe mit Kind und Kegel in Duhamels Villa in Sanary am Meer. Jetzt enthüllt seine Stieftochter Camille Kouchner in dem Buch „La Familia Grande“ die Lebenslügen der „großen Familie“: Ihr Zwillingbruder wurde von Duhamel sexuell missbraucht.

Camille Kouchner ist die Tochter von Evelyne Pisier und Bernard Kouchner. Die Mutter war militante Feministin, lange die Geliebte von Fidel Castro und unter Jack Lang im Kulturministerium für die Literaturpolitik verantwortlich. Der Vater war Minister und hat „Ärzte ohne Grenzen“ begründet. Er gehörte zum Kern der „Neuen Philosophen“ um André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy. Nach dem Niedergang der revolutionären Leidenschaften entdeckten sie die „Menschenrechte“ und stifteten Kriege gegen neue Genozide an.

Selbst die Polizei kannte Duhamels Verbrechen. Nur die Schwester von Evelyne Pisier wollte das Schweigen brechen: die Schauspielerin Marie-France Pisier, eine Ikone der „Nouvelle Vague“. Evelyne und Marie-France Pisier wurden in Vietnam geboren, wo ihr Vater als Kolonialgouverneur regierte. „Sie hatten

so viele Liebhaber, für bravere Mädchen war das sehr einschüchternd“, zitiert „Le Point“ eine Freundin. Geheiratet aber wurde in den gleichen Familien: Evelyne ehelichte den Sohn von Kulturminister Jacques Duhamel, Marie-France den Sohn von dessen Zwillingsschwester. Sie starben wie in einer griechischen Tragödie: Die Schauspielerin ertrank filmreif in ihrem Swimming Pool, die Kulturpolitikerin im Alkohol. Camille Kouchners „La Familia Grande“ ist der Familienroman der Achtundsechziger.

## Es ist verboten, zu verbieten

Es war ein Aufstand gegen die verdrängte Vergangenheit der Väter. Nach 1968 begannen der Niedergang von Kommunismus wie Gaullismus sowie die Aufarbeitung von Vichy. Die Suche nach Ersatzvätern und alternativen Utopien führte zu Mao, Fidel Castro, Pol Pot. Man ging zu Michel Foucault ins Seminar, legte sich bei Jacques Lacan auf die Couch. Der Zeitgeist frönte der Ethnologie, Soziologie und Psychoanalyse. Mit Freud galten Kinder als „polymorphe Monster“. In diesem Klima des postmodernen Deliriums forderten 1977 Intellektuelle der alten und neuen Avantgarde – Sartre, [Beauvoir](#), Roland Barthes, Philippe Sollers – in einem von Gabriel Matzneff verfassten Manifest die Aufhebung des Schutzalters: Es sei verboten zu verbieten – Freiheit für die Pädophilen.

Der Irrsinn dieses Texts ist Ausdruck des Vergangenheitsstaumels. Wegen Verführung Minderjähriger waren 1938 und 1949 die homosexuellen Schriftsteller Henry de Montherlant und Roger Peyrefitte verhaftet worden. Im Mai 1968 wurde die Polizei der Republik mit der [Gestapo](#) gleichgesetzt. Für die damals tatsächlich diskriminierten Homosexuellen galten noch immer die unter Vichy erlassenen Gesetze. Sie identifizierten sich mit den Juden. Auch Kouchner hatte das Manifest unterzeichnet.



Ein Mann unter Verdacht: Olivier Duhamel wird von seiner Stieftochter vorgeworfen, ihren Bruder sexuell missbraucht zu haben. :Bild: Getty

Pädophilie und Inzest waren die Themen, über die um 1968 das Tabu Vichy in der Literatur angegangen wurde. In [Michel Tourniers](#) „Erlkönig“ entgeht der Waisenjunge Abel Tiffauges dank der Niederlage von 1940 einem Prozess. Er gerät in deutsche Gefangenschaft. In Ostpreußen wird ein jüdischer Knabe, der dem Todeslager entkam, Objekt seiner pädophilen Begierde.

Patrick Modiano bekam den Nobelpreis für seine literarische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Er schrieb das Szenario für Louis Malles Film „Herzflimmern“ (1971), in dem Mutter und Sohn am Nationalfeiertag miteinander schlafen. Marguerite Duras' Werk enthält viele Andeutungen von Geschwisterliebe und Kinderprostitution mit dem Segen der Mutter. Duras' Literatur ist eine Verschleierung und Aufarbeitung einer Vergangenheit, die so ambivalent war wie jene von Mitterrand, mit dem sie gegen Ende des Kriegs in den Widerstand trat. Zuvor war sie eine glühende Kolonialistin, die sich mit Vichy bestens arrangierte. Als ihr Mann Robert Antelme, Autor von „Das Menschengeschlecht“, deportiert wurde, lebte sie mit ihrem Geliebten Dionys Mascolo zusammen und ging ein Verhältnis mit dem Gestapo-Schergen Delval ein, der Antelme verhaftet hatte. Mitterrand holte ihn aus Dachau zurück. Jetzt saß Delval im Gefängnis, und Mascolo verführte dessen Frau – mit dem Versprechen, den Gatten befreien zu können. Im Jahr von Mitterrands Wahlsieg, 1981, veröffentlichte Duras das Stück „Agathe“, in dem die Jugenderinnerungen zweier Geschwister in Inzest münden.

## Die Avantgarde der Verwilderung

Der Philosoph Luc Ferry, Erziehungsminister unter Jacques Chirac, gehörte in seinen Anfängen zu den Gästen in Sanary-sur-Mer. Seinen berühmten Essay „Antihumanistisches Denken“, eine Abrechnung mit der postmodernen „Dekonstruktion“ aller Normen, schrieb er als Reaktion auf die Ausschweifungen der Kaviar-Linken, „die ich zum Kotzen fand“.

Fern von Paris lebte Michel Onfray offenbar einträchtig mit zwei Frauen. Er machte seine privaten Verhältnisse nach dem Tod der ersten öffentlich. Im Gegensatz zu den Germanopraten, die Marx gehuldigt hatten, ist er kein Renegat. Zu ihrem Sündenbock – mit Ausschluss aus der Sekte der Anti-Ödipianer – wurde er, als er ihr Totem vom Sockel holte. In seinem „Anti-Freud“ bezeichnete Onfray die Psychoanalyse als „Ausläufer des magischen Denkens“ und führte sie auf die „inzestuöse Leidenschaft“ ihres Begründers zurück.

Jetzt schreiben die Kinder. Vor Camille Kouchner und Vanessa Springora berichtete Laurence Debray, deren Mutter aus Venezuela stammt, über ihre Familie: „Fille de révolutionnaires“. Der neue Fernseh-Philosoph Raphaël Enthoven veröffentlichte seinen Ödipus-Roman über seinen Vater, dem er Carla Bruni ausgespannt hatte, und den prügelnden Stiefvater und Ersatzvater [Bernard-Henri Lévy](#), mit dessen Tochter er verheiratet worden war.

Es hatte im Mai 1968 keine Toten gegeben. Doch eine Lehrerin, die ihren sechzehn Jahre alten Schüler liebte, wurde ins Gefängnis gesteckt und beging Suizid. Nobelpreisträger hatten vergeblich ihre Begnadigung gefordert. André Cayatte machte aus der Tragödie einen Film, der die Franzosen ebenso aufwühlte wie „Herzflimmern“: „Mourir d'aimer“ – aus Liebe sterben.

Mit Emmanuel Macron hat sich diese Geschichte wiederholt – mit Happy End. Nur dass er noch zwei Jahre jünger war, als er Brigitte kennenlernte. Um den Skandal zu beenden, schickten ihn die Eltern ins Elitegymnasium nach Saint-Germain-des-Prés. „Der Präsident schläft mit seiner Mutter“ war ein beliebtes Bonmot seiner Gegner, die ihm unterstellten, das Land dem Erbfeind und Angela Merkel auszuliefern. Nie allerdings wäre er Präsident geworden, wenn Dominique Strauss-Kahn – der letzte Sozialist im einst linken Reservat mit dem Potential zum Staatsmann – nicht in einem New Yorker Hotelzimmer ein schwarzes Zimmermädchen vergewaltigt hätte.

Der „Paradigmenwechsel“ – ein Begriff aus dem Jargon von 1968 – nimmt die Dimensionen einer anthropologischen Revolution an. Gallimard warf Gabriel Matzneff raus, er verkauft sein neues Buch als Samisdat im Internet – für 600 Euro mit handschriftlicher Widmung: „Vanessavirus“.

Vor wenigen Tagen flog im Stadtzentrum von Toulon am helllichten Nachmittag ein „frisch enthaupteter“ (Polizei) Schädel aus einem Fenster auf die Straße. Die Diskussionen über die „Verwilderung“ sind verstummt, sie ist alltägliche Wirklichkeit. Die Bedeutung des Inzest-Verbots in der Zivilisation hat Claude Lévi-Strauss dargestellt. In Saint-Germain-des-Prés hielt sich die Horde an eigene Gesetze. Das Erdbeben erschüttert Frankreich von oben. Die intellektuelle und politische Elite, deren Inzucht jegliche Blutauffrischung verhinderte, war die brillante Avantgarde der Verwilderung und Regression, in der sich die französische Gesellschaft befindet.

**Le Figaro, no. 23786**

Le Figaro, mercredi 10 février 2021 714 mots, p. 19

## Opinions

# Une épidémie d'inconséquence

Bayart, Bertille

Quoi qu'il en coûte. Cette expression prononcée par Emmanuel Macron à la mi-mars 2020 rythme depuis le récit des mesures prises pour lutter contre la pandémie et ses conséquences. En France et ailleurs, ce refrain exprime l'impérieuse nécessité de tout mettre en oeuvre pour maintenir à flot nos économies, et éviter la désagrégation de l'appareil productif et de la société.

Mais à mesure que la crise s'étire, nous perdons peu à peu de vue la réalité d'avant, quand l'argent avait un prix et que la dépense comptait. De la contrainte extrême créée par l'épidémie semble naître une liberté ultime : réécrire les règles. Bienvenue chez les oulipiens de la politique économique.

On peut ainsi ranger dans la catégorie de l'exercice de style la proposition formulée dans une tribune récente par une centaine d'économistes en faveur de l'annulation de la dette publique contractée pendant la crise du Covid et portée dans le bilan des banques centrales de l'Eurosystème. L'idée est intellectuellement stimulante, et techniquement envisageable. Économiquement, elle est, au mieux, inutile, puisque les budgets nationaux perdraient en dividendes ce qu'ils gagneraient en charges d'intérêts évitées. Elle est surtout politiquement dangereuse : la mettre en oeuvre diviserait la zone euro. En débattre seulement risque de semer le doute chez les investisseurs et donc, de faire flamber les taux des pays du Sud (France comprise puisque c'est en France qu'on en parle le plus). S'agit-il de provoquer le chaos qui rendrait cette proposition pertinente ?

L'économie n'est pas un exercice de création artistique. Il y a des règles, des limites, même si le « quoi qu'il en coûte » semble les occulter. Aux États-Unis, Joe Biden a mis sur la table un plan de relance massif, évalué à 1 900 milliards de dollars. Dans les circonstances actuelles, un tel montant à dix chiffres tend à se banaliser. Or, il est vertigineux. La politique budgétaire doit-elle suivre la politique monétaire en *terra incognita* ? Larry Summers, ex-secrétaire au Trésor de Barack Obama, démocrate pur sucre, a alerté dans une tribune au *Washington Post* sur sa démesure. Là où le plan de relance de 2009 comblait la moitié de l'« output gap » - l'écart entre le niveau de PIB constaté au moment de la crise et celui où l'aurait amené sa croissance potentielle - celui de 2021 représente trois fois cet écart. Autrement dit, le plan Biden vaut six plans Obama, explique Summers, qui souligne le risque de pressions inflationnistes inédites, avec des conséquences sur la valeur du dollar et la stabilité financière. Est-ce raisonnable ? Sur Twitter, Olivier Blanchard, l'ex-directeur général du FMI qui rappelle appartenir au camp des colombes, renchérit : ces chiffres, dit-il, ne conduisent pas « *seulement à une surchauffe. C'est allumer un incendie* ». Blanchard, premier prosélyte dans la période récente de l'investissement public massif pour profiter des taux bas, redoute un enchaînement mortifère où la pression inflationniste contraindrait la Réserve fédérale à réagir vigoureusement et conduirait donc au choc obligataire. Summers et Blanchard tentent de ramener sur terre l'équipe Biden, qui à ce stade, campe sur son option maximaliste et compte sur la compétence de Janet Yellen, ex-présidente de la Fed nommée au Trésor, pour éviter le dérapage. Dont acte.

Ce débat a du moins le mérite de rappeler certains fondamentaux. L'argent apparemment magique qui se déverse à l'occasion de cette crise ne doit pas être le prétexte à l'inconséquence. Faute de corde de rappel budgétaire, il est au contraire plus que jamais nécessaire d'évaluer les coûts et les bénéfices, la faisabilité et l'impact, des propositions de politique économique. Cette crise exige d'être sérieux.

Est-il sérieux, par exemple, d'affirmer qu'un système électrique 100 % renouvelables « *entre dans le champ des possibles* », comme l'a dit la ministre Barbara Pompili, sur la base d'un rapport (réalisé par RTE et l'AIE) certes rigoureux, mais qui, purement technique, n'explore ni le coût économique, ni l'empreinte environnementale, ni l'impact sur le mode de vie de cette évolution ? Est-il sérieux, au nom de la souveraineté, de vouloir ressusciter entièrement un nouvel Alcatel français à partir du site Nokia de Lannion, comme Arnaud Montebourg le réclame auprès de Jean Castex ? Il suffirait d'un « *hors-piste procédural* » et de « *volontarisme politique* », affirme l'ancien ministre. Mais où est la rigueur dans ces idées hors sol ?



184,105

<https://tomaspueyo.substack.com/p/variants-v-vaccines>

## Variants v. Vaccines

# The Race between the Tortoise and the Hare



Tomas Pueyo

Feb 8 [98](#) [42](#)

### German translation

2021 promised to save us. The vaccines were finally here. It was a matter of time. Then B117 arrived, exploded in England, collapsed its healthcare system, and spread across the world.

Each country is now in a race between new variants—the English one, the South African one, and the Brazilian one—and mass vaccinations to stop them. What will happen in your country? Will it be saved by vaccines? Or will it suffer like the UK a new wave of deaths?

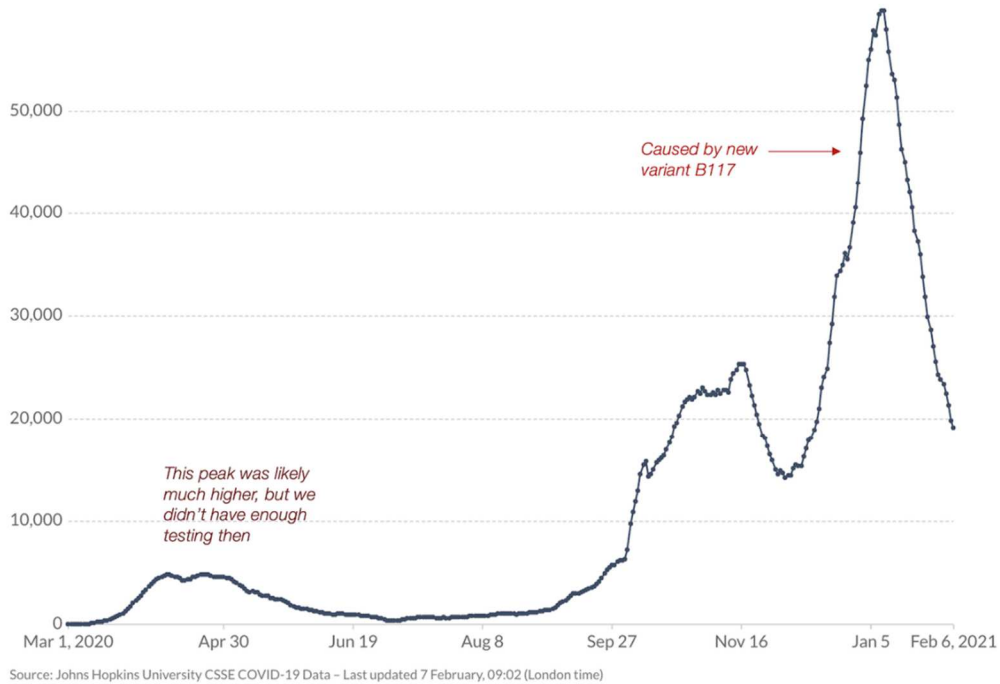
When will you get back to the new normal?

To answer that, let's understand what happened in the UK, gather what we know about B117, look into the vaccines, and forecast what will happen between now and the summer.



# What Happened in the UK?

Chart 1: Daily New Coronavirus Cases in the UK



As Alex White has said in the middle of the 3rd wave:



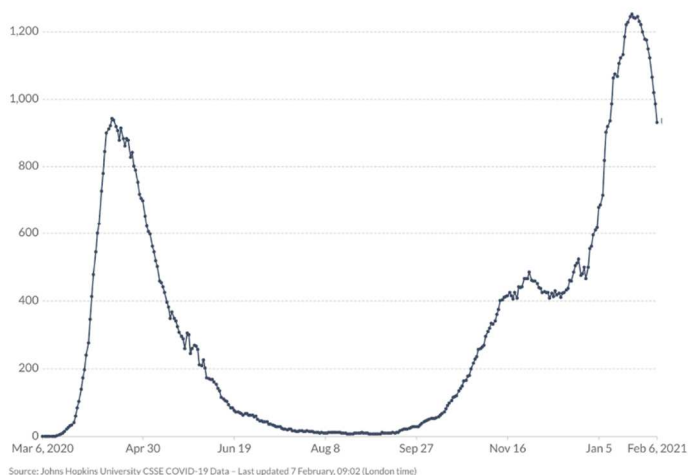
**Alex White**  @AlexWhite1812 · Jan 3

...

When we said 'flatten the curve' we should probably have specified 'along the X axis'

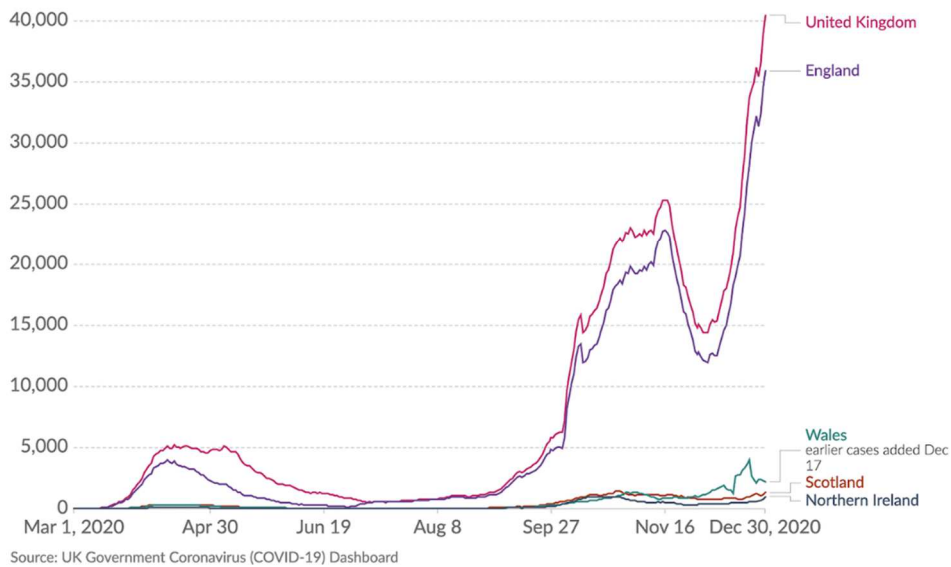
At the peak, one in every 1,000 brits was diagnosed with COVID *every day*. And it wasn't due to better testing.

Chart 2: Daily Confirmed Coronavirus Deaths in the UK



Where did these cases come from?

## Daily New Coronavirus Cases in the UK



Nearly all new cases were from England. It's still crumbling.

This new strain, now called B117, went from nearly non-existent in England to taking over a few weeks. Look at how quickly it happened



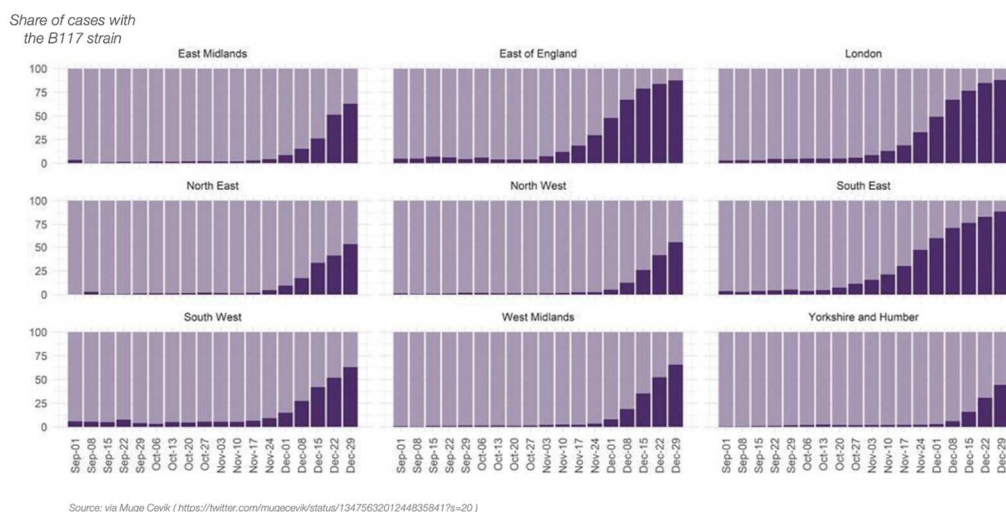
**Theo Sanderson** @theosanderson

How new variant B.1.1.7 spread across England from November to January Colour depicts proportion of cases due to B.1.1.7 in each area from 0% to 100%

February 2nd 2021

Another way to look at the same data:

Chart 4.B: Growth of the B117 Strain in England



This growth happened there *during a lockdown.*

In late December 2020, evidence began to emerge that a novel SARS-CoV-2 variant, Variant of Concern 202012/01 (henceforth VOC 202012/01), was prevalent and rapidly outcompeting preexisting variants in at least three regions of England: the South East, London and the East of England (1). This variant seems to have increased in incidence during the last period of national lockdown (November 5th - December 2nd 2020), and continued to increase following the lockdown despite many of the affected areas being in the (then) highest level of restrictions ("Tier 3"). Concern over this variant led the UK government to place parts of these three regions under "Tier 4" restrictions on 20th December, a package of control measures broadly equivalent to those enacted during the nationwide lockdown in England in November. Our current understanding of effective pharmaceutical and non-pharmaceutical control of SARS-CoV-2 does not reflect potential epidemiological and clinical characteristics of VOC 202012/01. Early estimates of the transmissibility and disease severity for this novel variant are crucial for informing rapid policy responses to this potential threat.

*Source: Estimated*

*transmissibility and severity of novel SARS-CoV-2 Variant of Concern 202012/01 in England, Centre for Mathematical Modelling of Infectious Diseases, London School of Hygiene and Tropical Medicine*

As The Economist quotes:

*“During the Christmas break, London’s restrictions were equivalent to the national lockdown, with schools closed for the holidays and most offices shut—and still cases grew.”*

Cases plummeted only after an even stricter lockdown. This tells us we can beat the new English variant. But to understand exactly how and when we will be able to stop it, we need to understand the variants better.

B117, the English Variant

## **It Grows 50% to 70% Faster**

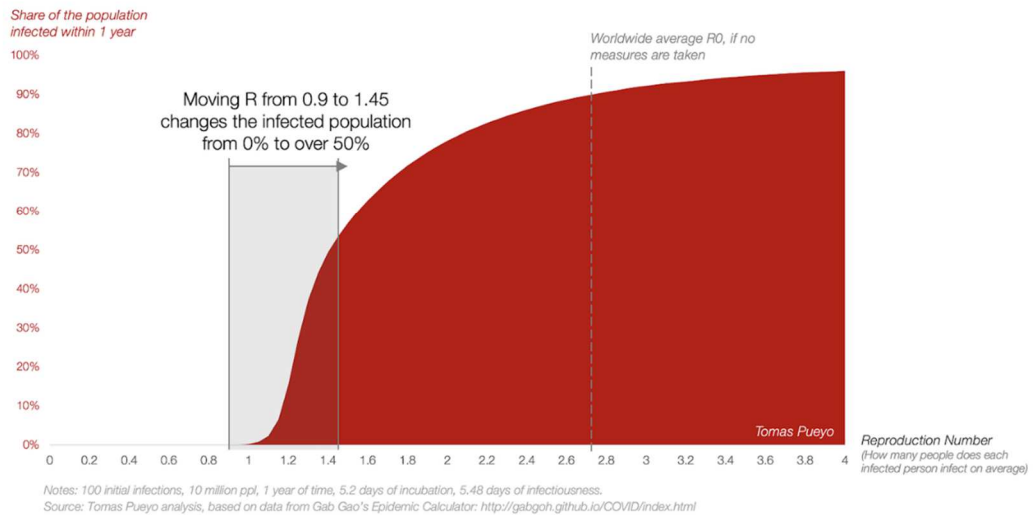
The best estimates are that it grows between 50% and 70% faster than the previous mainstream variants.

It doesn't sound much, until you realize that means ~60% more infections this week, and yet again 60% more next week, and again the week after that... Within a couple of months, you have 70 times more cases.

## **It Can Turn a Dream Story into a Nightmare**

If countries had a hard time stopping it before, they will have a much much harder time now. If it's 60% more infectious, the transmission rate  $R_0$  has gone from 2.7 to ~4.3 on average: Lacking any measure and without any immune people, one infected person infects 4.3 others. If a country has few cases because it applied measures that dropped  $R$  from 2.7 to, say, 0.9, now those same measures only leave  $R$  at ~1.4 (a 60% increase over 0.9). The difference between 0.9 and 1.4 is the same as night and day:

Chart 5: How Does Infectiousness Affect the Share of the Population that Ends Up Infected Within 1 Year?



## It's Harder to Stop

Lowering  $R$  from 2.7 to 1 is a reduction of 60%.

Lowering  $R$  from 4.3 to 1 is a reduction of 75%.

Those 15 additional percentage points might not seem like much, but they are. Countries always start with the most efficient measures: cheap and impactful, such as limiting crowds or mandating masks. As they keep adding measures to reduce  $R$ , they become more and more expensive for a smaller impact. So the first 15% in reduction of  $R$  is much, much cheaper than going from 60% reduction to 75% reduction.

In many Western countries, that's when they resort to curfews and closing non-essential businesses (even if there are much cheaper measures).

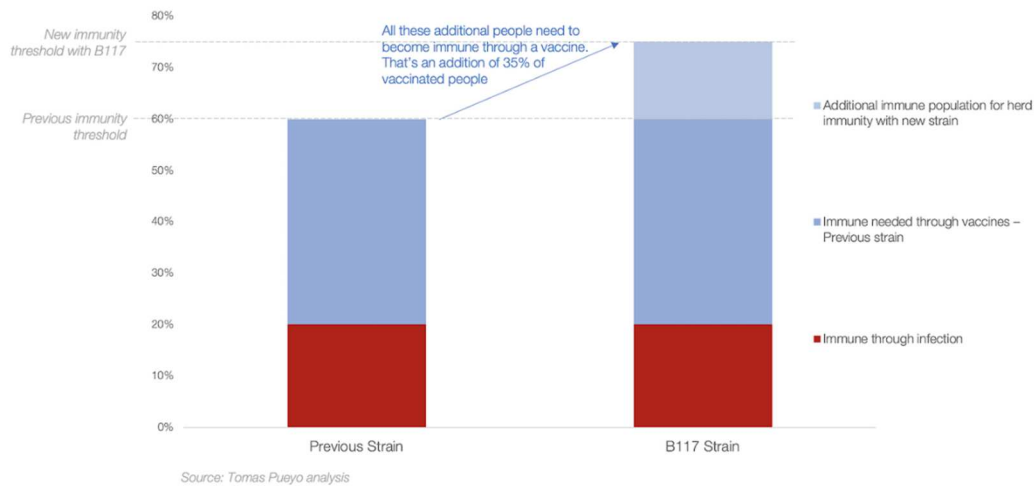
## Herd Immunity Is Farther Away

We just increased the herd immunity threshold from ~60% of the population (through vaccines or recoveries) to ~75-80%.

If in a country 20% of the population is immune after getting infected at some point, with the previous variant it would only have had to vaccinate an additional ~40% of the population to reach the 60% herd immunity threshold.

Now, with a threshold of 75%, instead of an additional 40% of the population to vaccinate, it's 55%. That's 35% more vaccines (55% is 35% more than 40%), at a time when vaccines are scarce.

Chart 6: Increase in Vaccines Needed for Herd Immunity



That's not just harder. It also takes more time. If a country can vaccinate on average 5% of its population per month, it would take 8 months to get to herd immunity with the previous variant (so it would be done by August of 2021). But with the new variant, it would take 3 more months, all the way to November.

And that assumes those who were infected in the past are still immune. As they learned in Manaus, Brazil, this might not be true: They thought they had reached herd immunity with up to 75% of people having been infected<sup>1</sup>. Then they had a second wave, probably with the new Brazilian variant, they ran out of oxygen, and people died like flies.

## It's Deadlier

When B117 first appeared, most people said: *"We shouldn't worry, normally when viruses mutate they become less virulent."*

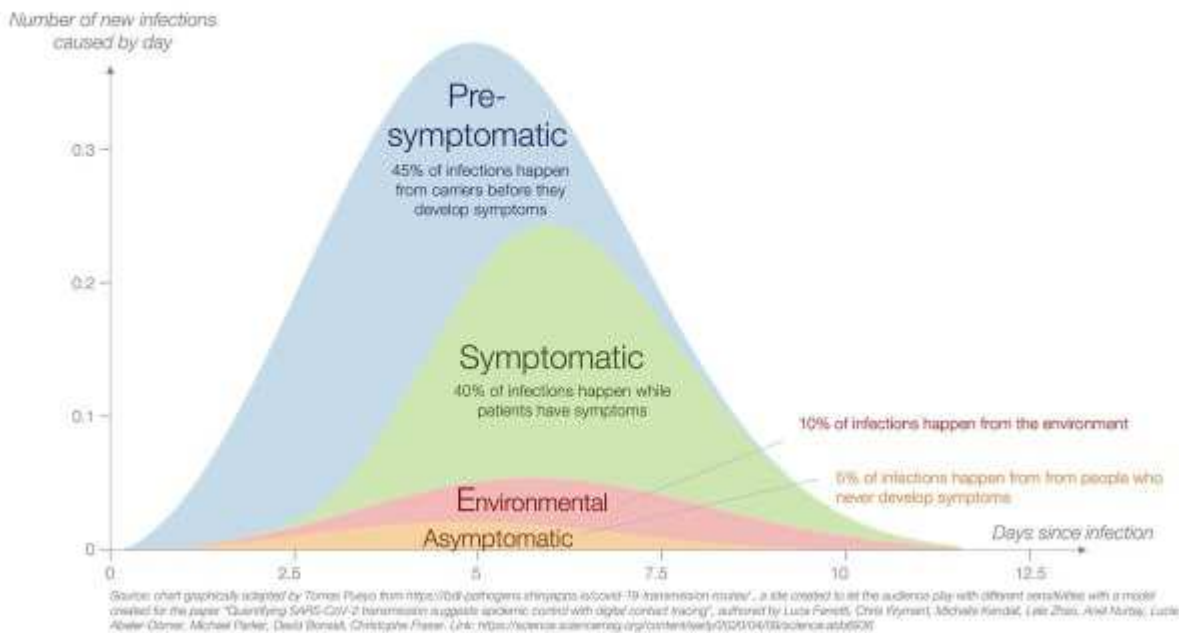
I was one of the few who alerted that it was, unfortunately, probably deadlier.

The new strain of #COVID is more transmissible. Will it be deadlier? Many ppl think not: "If a virus kills more quickly, it has fewer opportunities to spread. It's the transmission-virulence tradeoff."



Unfortunately, that's too simplistic. □

Chart 15.a: How Do Coronavirus Carriers Infect Other People?



December 29th 2020

This was the common thinking: "If a virus kills more quickly, it has fewer opportunities to spread. It's the transmission-virulence tradeoff." Unfortunately, that was too simplistic.

The evidence of the transmission-virulence tradeoff theory is not that clear. This fantastic paper explains it well.

increases immune self-harm (i.e. immunopathology; Long and Granam, 2011), then increasing the mortality cost of immunopathology can select for an evolutionary decrease in virulence (Day et al. 2007). A fairly tight set of predictions emerges from this theory: unless virulence influences mortality from other sources, increasing host mortality will select for increased virulence.

Despite the large number of theoretical studies on this question, and the relatively straightforward experimental design they suggest to test their predictions, there have been surprisingly few empirical demonstrations of these predictions. Experimental evolution studies show evidence for both increased and reduced virulence in response to increased host mortality. Serial passage experiments that experimentally manipulated host life span have shown that parasites under selection imposed by early host mortality

The devil is in the details. For example, in the early stages of a pandemic, when most people aren't infected (the case now with COVID), virulence tends to be highest. That includes now, since we're very far away from herd immunity.

The primary theoretical framework for studying virulence evolution focuses on long-term predictions, essentially assuming a separation of timescales between epidemiological and evolutionary dynamics. Given the fact that evolution is likely to be quite fast for many parasites, with short generation times, large population sizes, and (for viruses especially) high mutation rates, this assumption is likely overly restrictive. Moreover, this framework necessarily ignores potential evolutionary changes in virulence that might occur when epidemiology and evolution happen at similar rates. However, a number of authors have studied how virulence evolves during the epidemic, rather than endemic, phase of epidemiological dynamics (Lenski and May, [1994](#); Day and Proulx, [2004](#); Day and Gandon, [2007](#); Bull and Ebert, [2008](#); Bolker *et al.* [2010](#)). The consensus from this theoretical work is that, under a transmission–virulence trade-off, **virulence will be higher during the early stages of an epidemic**, when the abundance of susceptible hosts is high, and will evolve to lower levels as the endemic equilibrium is reached. Put another way, during an epidemic, the parasite population will be dominated by more virulent parasites than would be expected on the basis of the standard theoretical approach. This has important implications for understanding the dynamics of emerging infectious disease (Berngruber *et al.* [2013](#)).

Virulence also tends to increase when the population is highly connected, as we are with COVID, which travels worldwide.

## SPATIAL STRUCTURE

Go to: 

The overall consensus from the theoretical literature is that lower virulence will evolve in populations with restricted spatial movement, and **higher virulence will evolve in populations with greater connectivity** (Claessen and de Roos, [1995](#); Lipsitch *et al.* [1995a](#); Boots and Sasaki, [1999](#), [2000](#); Haraguchi and Sasaki, [2000](#); Boots *et al.* [2004](#); Caraco *et al.* [2006](#); Kamo *et al.* [2007](#); Messinger and Ostling, [2013](#)); this prediction holds even if virulence affects host reproductive output rather than mortality. The explanation for this prediction is multifaceted (Lion and Boots, [2010](#)). Assuming a positive correlation between virulence and transmission, high virulence parasites will tend to ‘self-shade,’ rapidly depleting the local

This is what happened in the 1918 pandemic. The first wave, in March–May, was less deadly than the second wave that winter.

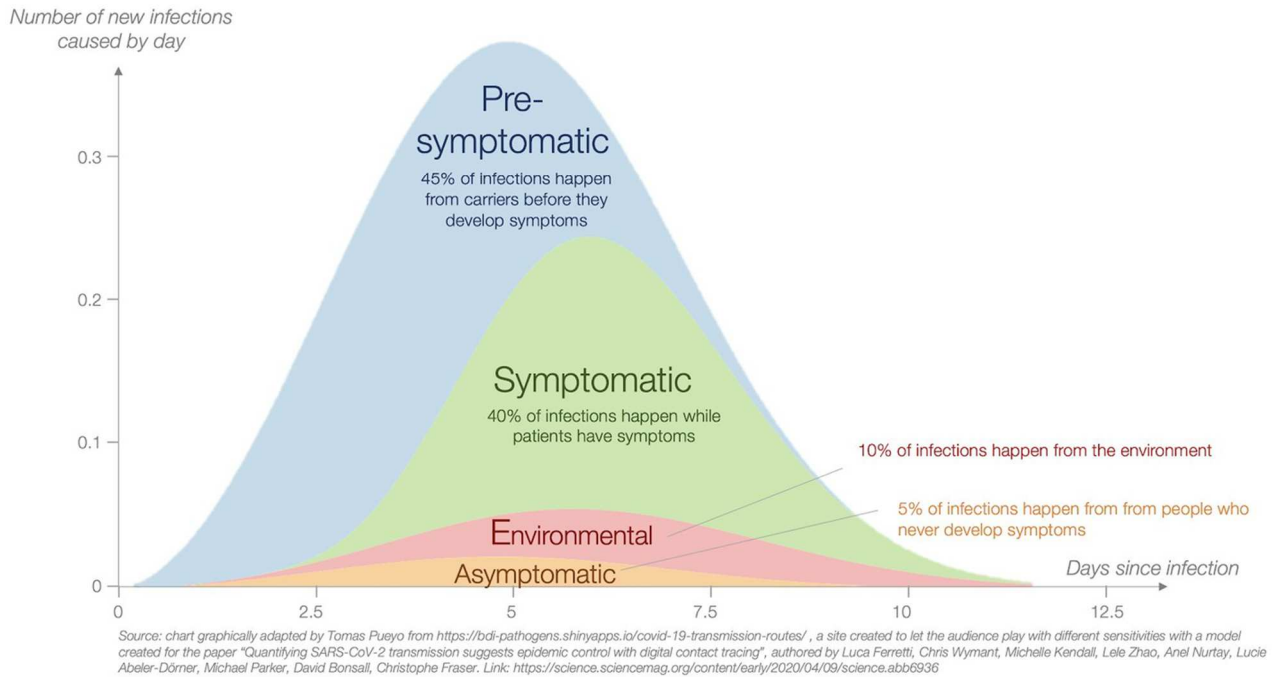
When a virus is better at penetrating cells (as this variant is), it means it probably infects many more cells, reproduces faster, and spreads through the body faster, which means it’s harder to stop, which means it kills more. So the more lethal variants are the ones that win. This was known 150 years ago. It’s called *passage*.

To predict whether this virus was going to be deadlier, we had to turn to specifics.

How COVID behaves made it an unfortunate candidate to increase virulence. Look at this graph of contagions per day after the initial infection. Most infections happen before getting symptoms or early thereafter.



Chart 15.a: How Do Coronavirus Carriers Infect Other People?

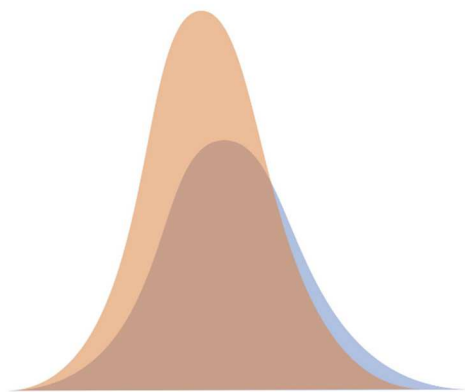


If a variant reproduced more quickly, symptoms would appear earlier and more intensely, which means more transmission early on. The blue and green areas here would have higher peaks.

Also, asymptomatics account for ~50% of infections but don't cause more than 5% of them. A virus that reproduces faster would make many more of them infectious. That means the area that is orange today would become dramatically bigger.

Conversely, because people get sicker and die faster, they will infect fewer people later on, which cuts the right leg of this graph.

The combination of these two factors results in this shift in the curve, from blue to orange:



On balance, which one is bigger? The increase in transmission at the peak would outweigh the reduction in transmission on the right leg.

More sick people would mean more deaths. But deaths happen weeks after infection, so killing people faster won't reduce the transmission rate. Death and contagiousness are so disconnected with COVID that there's no pressure for the virus to become less deadly.

And this is why the new variant is, indeed, 30% deadlier.



**Tomas Pueyo** @tomaspueyo

The new strain, B117, is probably 30% to 90% deadlier. [thesun.co.uk/news/politics/...](https://thesun.co.uk/news/politics/...)

The London School of Hygiene and Tropical Medicine said it could be 1.35 times more deadly, Imperial College London said it was between 1.36, or 1.29 (depending on the method used), and the University of Exeter found it may be 1.91 more deadly.

January 22nd 2021

---

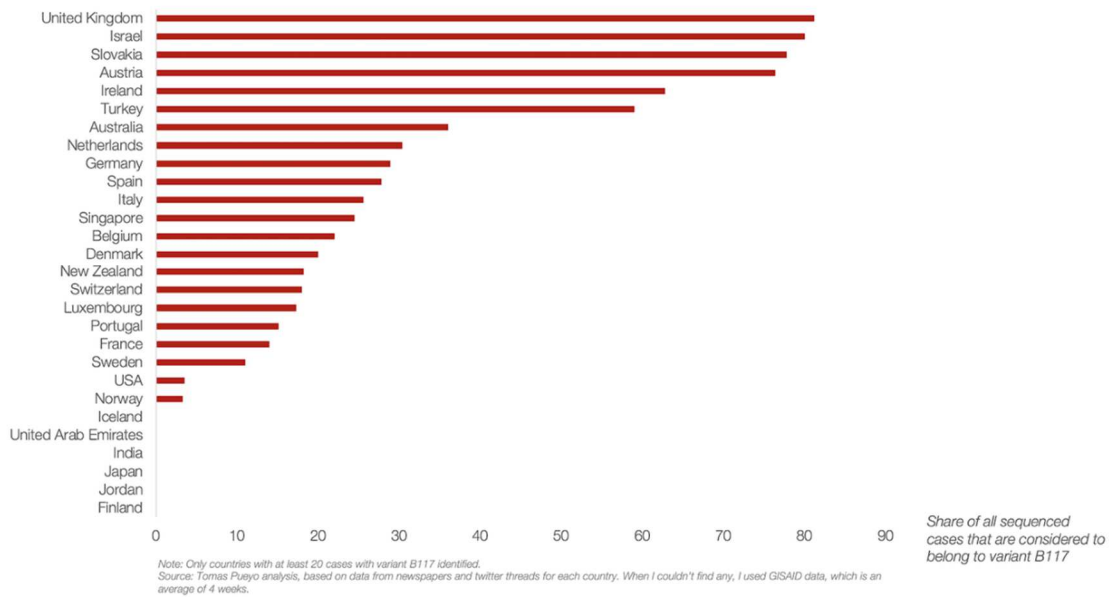
136 Retweets 264 Likes

The Race: Variant v. Vaccine

## Worldwide Spread

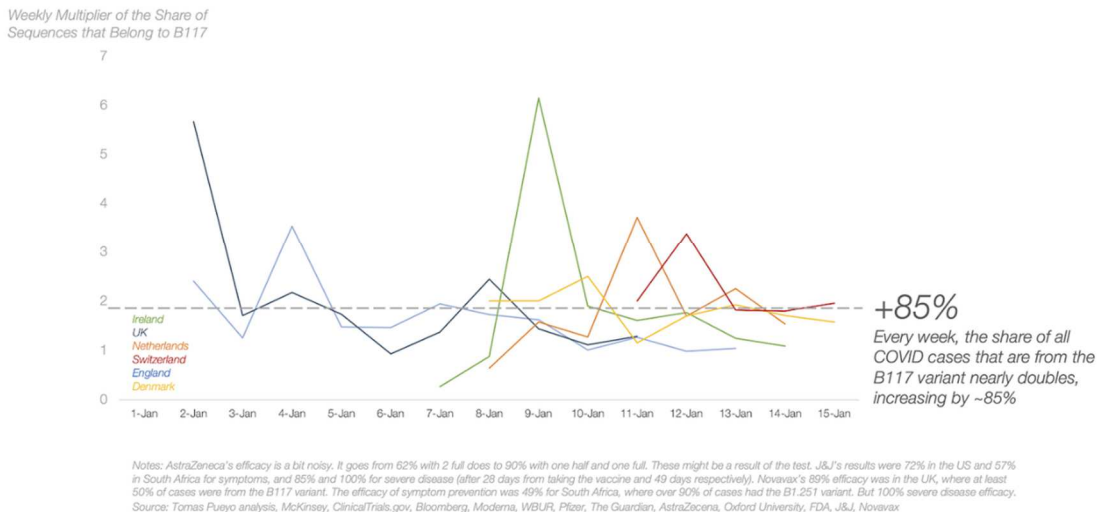
The B117 is in over 80 countries now, and counting. It's very hard to tell exactly how much of it is in each country, because outside of the UK and Denmark few countries have a proper sequencing system. But this is the closest I could get.

Chart 7: Prevalence of the B117 Variant per Country



In some countries such as the UK, Israel, Ireland or Austria, B117 is prevalent enough that they're already feeling its wrath. For the rest of the countries, when will they?

Chart 8: How Quickly Does B117 Spread?

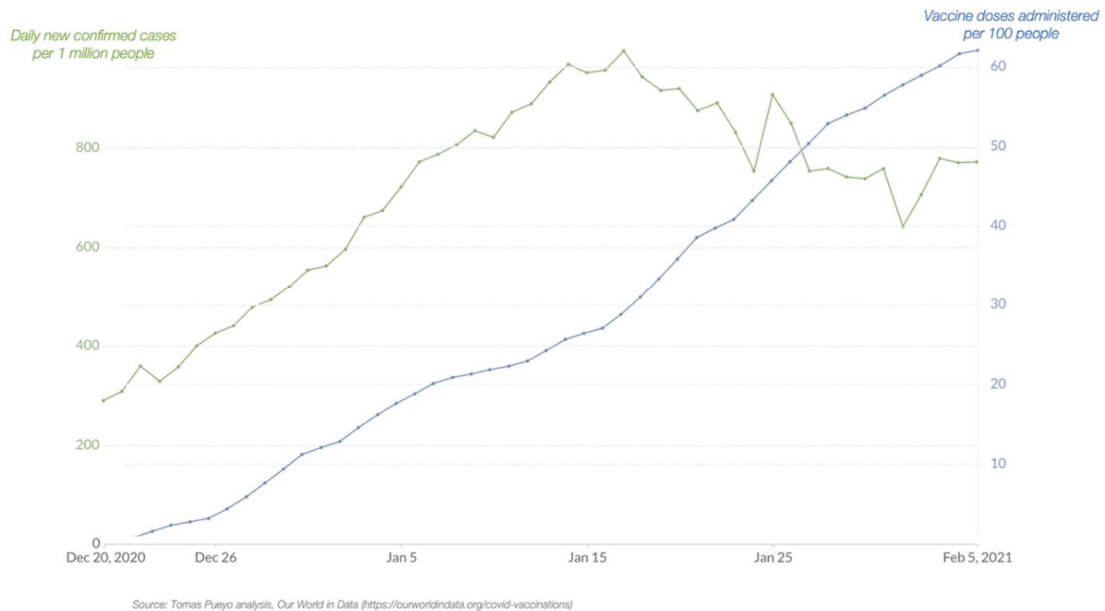


B117 nearly doubles every week. By the end of February, it will account for a majority of cases in Sweden, France, Belgium, Germany, Spain, Netherlands, Italy, Ireland, Luxembourg, Portugal, Switzerland, and Denmark. In those countries, the transmission rate is about to increase by up to 50% through the month. In the US, it will be in mid-March.

So which one will win, the variant or the vaccine? In one country, the winner has already been the vaccine.

## Israel

Chart 9: Vaccines v. COVID in Israel



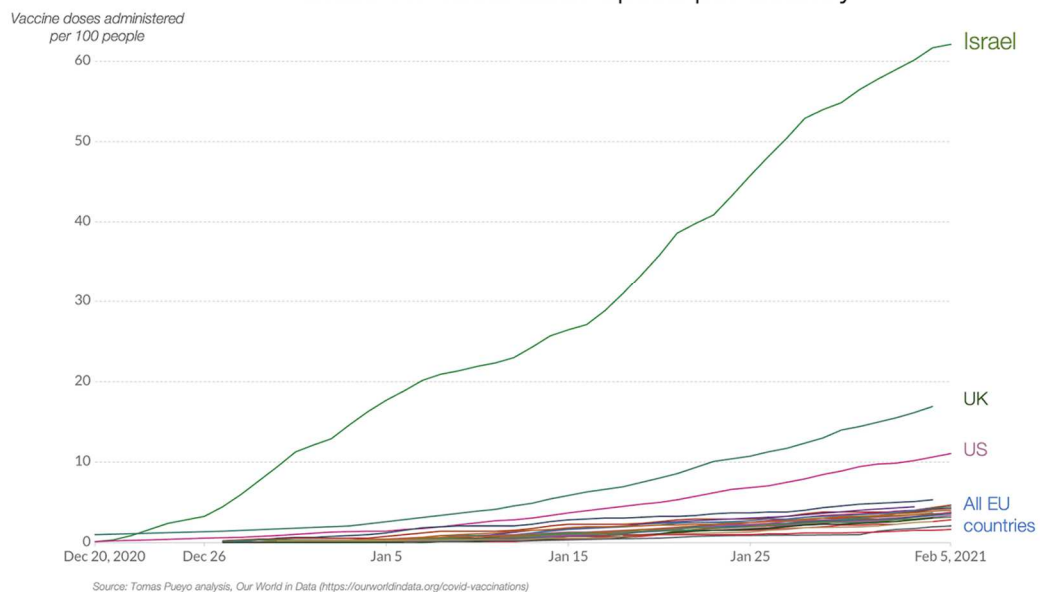
Israel has administered 60 doses of the vaccine for every 100 people. They have seen a reduction in the transmission rate of around 40%. They started feeling the effect in mid-January, when around 30% of the population had received a shot.

Israel could do this as a small developed country with an efficient, centralized healthcare system. Oh, and they paid nearly double per vaccine. Pfizer saw the benefit of more money and a quick real-life test with a country that could deliver, and it became a no-brainer for them to send their vaccines there.

The rest of countries, unfortunately, can't follow as fast.

## Vaccines

Chart 10: Vaccination Speed per Country



The UK and the US aren't as fast as Israel, but they're moving forward. At this pace, in 3-4 months the UK might have vaccinated most people. The US will probably take until the summer. In the developed world, the laggards are the Europeans.

To understand why this is happening, we need to understand each vaccine. There are 5 vaccines with Phase III trials available in Western countries. All of them are, in broad terms, very effective.

Chart 11: Efficacy of Different Vaccines



*The Russian vaccine also appears effective, but the data comes from Russian researchers from trials made in Moscow only. Given Russia's track record of politically-motivated news, I can't trust this data until it's replicated by an independent source. The same happens with the Chinese vaccine. Apparently AstraZeneca's vaccine doesn't stop the South African variant, but it's good enough for the English one. In general, it appears that we're having a harder time with the South African variant.*

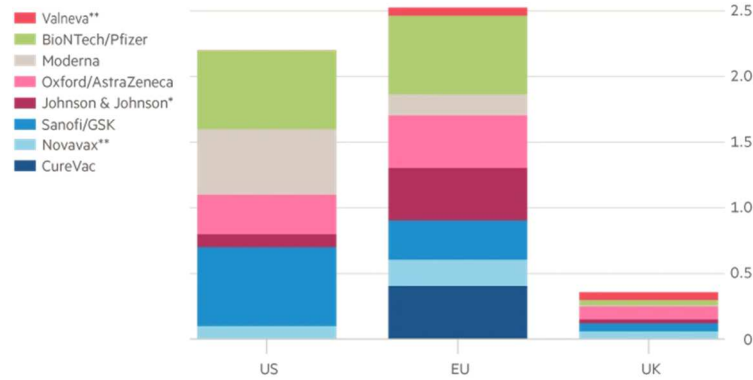
The 5 vaccines nearly eliminate all severe diseases, even for the new variants. They also eliminate most symptoms for the traditional variant, and in general they eliminate at least 50% of cases for any variant. The only one that is giving more problems right now is the South African variant, but there are still good vaccines against it.

Even if new vaccines didn't work well with new variants, it would now be pretty easy to adapt. Since we know the genetic code of the variants, small tweaks to the vaccines would likely increase their efficacy while maintaining the same side-effects on humans. My guess is that this isn't something we should worry about. What we should worry about is that we can't vaccinate fast enough.

So where's the problem? Is it that we haven't bought enough vaccines? No.

## US, EU and UK have built different vaccine portfolios

Billions of doses (orders and options)



\* Single dose vaccine \*\* Provisional for EU

Source: FT data

© FT

Source

Most developed countries have bought many more vaccines than they need. It's just that the pharmaceutical companies can't produce them fast enough.

Vaccine production has been another failure story of the pandemic. Moderna's vaccine was created in January 2020, 2 days after the genetic code of the coronavirus was published. It took a full year for us to test, approve, produce and distribute. We could have done so much better.

For example, we could have had challenge trials: Pay people to get the vaccine and then get infected—instead of waiting for the infection to happen naturally for some. We could have paid whatever it took for people to decide they wanted to do it. If some people want to do it, sacrificing for the others while making money, why prevent them? This would have pulled in the approval of the vaccine by months, saving hundreds of thousands of lives and billions in the economy.

The list of mistakes in vaccine rollout is limitless.

Why expand production capacity *after* approval instead of early on with public funds? Right now a Pfizer plant in Europe has stopped producing vaccines to expand production. Why publicly pay for the vaccine doses instead of buying their formulas, so we could then get all pharmaceutical companies to produce them?

Why not get competitors to produce winning vaccines immediately after approval?

Why decide who to vaccinate and in what order after vaccines have been approved, and not before, with all the months we had?

The EU Union delayed the approval of its vaccines by at least one month because it was debating with pharmaceutical companies who had the liability if vaccines didn't turn out to work. Why? The amount of money saved pales in comparison with the wasted economy by postponing vaccinations by one month.

Why not look at results of the trials as they come in, with Bayesian inference, to update the likelihood of success as we go? If we had seen how good results were as they started

appearing, we could have started the approval process, the vaccine production, the organization of their rollout...

Because of all these mistakes, now we're stuck with billions of vaccines bought and only a few million available. It will take until the summer for a sizable share of the population of developed countries to be vaccinated.

## **The Tortoise and the Hare**

In the race between the variants and the vaccines, the variants are the hare and the vaccines are the tortoise.

We all know that, in the end, the vaccines will win. Like the tortoise. By this summer, in developed countries, vaccination rates will likely range between 50% and 80%. Since there will also be some herd immunity, and summer means outdoors in the Northern hemisphere, it's likely that the pandemic will die down some time during the summer.

The question is: Will they also be rolled out in time to prevent the new variants from taking over? Now we have our answer: Unfortunately, no.

The B117 variant will probably take over between February and March in most developed countries. That's without taking into account the Brazilian and South African variants.

Emerging countries are in an even worse position: Not only will they have the 3 variants. They will also receive vaccines much later. And in the Southern hemisphere, they're now enjoying summer. Winter, with more variants and not enough vaccines, might be less forgiving.

So keep tight for a few more months. Don't let your guard down. The end of the tunnel is near. Get a vaccine if you can. If not, wait till the summer. By September, we'll likely be back to the new normal in developed countries. And in emerging ones, let's hope more vaccines and a fast rollout avoids a repeat of 2020.

Stay strong.

Tomas Pueyo



<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/kuendigung-des-wissenschaftsredakteurs-der-new-york-times-17189284.html?premium>

RASSISMUS BEI NEW YORK TIMES?:

## Er sagte ein Wort zu viel

- VON PATRICK BAHNERS
- -AKTUALISIERT AM 10.02.2021-14:37



Revolutionäre Justiz bei der „New York Times“: Der Wissenschaftsredakteur Donald McNeil wird entlassen, weil er rassistisch geredet haben soll. Eine böse Absicht wird ihm nicht unterstellt. Der Fall ist bizarr.

Der amerikanische PEN, die Schriftstellervereinigung, die sich seit 1922 in allen Ländern der Erde für das Menschenrecht auf freie Rede einsetzt, sieht es im eigenen Land bedroht – durch die „New York Times“, die wohl angesehenste Zeitung der Welt. Am Freitag vergangener Woche wurde bekannt, dass der Wissenschaftsjournalist Donald McNeil die Redaktion verlassen muss. Er ist 67 Jahre alt und stieß 1976 zur „New York Times“. Als Spezialist für ansteckende Krankheiten war er im Blatt die wichtigste Autorität in der Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie. Zum Verhängnis wurde ihm ein einziges Wort, ein Schimpfwort für Afroamerikaner. Das Wort stand nicht in einem seiner Artikel. McNeil hat es nicht schriftlich, sondern mündlich verwendet, und er nahm es nicht in den Mund, um jemanden zu beschimpfen.

2019 begleitete er eine Gruppe von Highschool-Schülern auf einer von der Zeitung organisierten Reise nach Peru, für die eine Gebühr von mehr als 5000 Dollar pro Teilnehmer erhoben wurden. Als nach dem Ende der Reise die Zufriedenheit der Teilnehmer erhoben wurde, sollen sich sechs der 26 Schüler über ihn beschwert haben. Die Szene mit dem Schimpfwort hat McNeil in dem Rundbrief geschildert, mit dem er sich von seinen Kollegen verabschiedet hat. Da die Darstellung nicht bestritten worden ist, wird sie wohl stimmen.

Demnach wurde er beim Abendessen von einer Schülerin gefragt, ob er meine, dass eine Mitschülerin der Fragenden wegen eines Videos der Schule hätte verwiesen werden sollen, in dem sie als Zwölfjährige das Schimpfwort im Mund geführt habe. Um eine begründete Meinung äußern zu können, erkundigte sich McNeil, wie das Mädchen das Wort gebraucht habe: als Schimpfwort für einen bestimmten Adressaten, als Kunstwort in einem Rap-Song oder als Zitat? Bei der Rückfrage gebrauchte McNeil selbst das Wort, statt auf eine Umschreibung zurückzugreifen wie die Formel „the n-word“, die man nun in den Berichten über den Skandal lesen kann. Das war der Fehler, der McNeil nicht verziehen wird, obwohl er sich in dem Brief an seine Kollegen entschuldigt hat.

### Ein Schimpfwort in Anführungszeichen

Dass seinem Arbeitgeber ein einziges falsches Wort genügte, um eine jahrzehntelange Zugehörigkeit zu beenden, sendet laut [Suzanne Nossel](#), der Vorsitzenden von PEN America, eine einschüchternde Botschaft über die Risiken der freien Rede in die Welt. McNeil verwendete das „n-word“ sozusagen in Anführungszeichen; es war der Gegenstand des von der Schülerin eingeleiteten Gesprächs. Auf dem Wort liegt ein Tabu. Weithin wird erwartet, dass es auch zum Zweck der Referenz nicht verwendet wird, weil jedes Aussprechen ein Akt der Perpetuierung rassistischer Gewalt sei. Das Tabu so weit auszudehnen ist

eine Konvention, über deren Sinn man streiten kann. Sie zu befolgen legt die Höflichkeit nahe. Aber was soll aus ihrer Übertretung folgen? Dass McNeil seine Zuhörer habe provozieren, also verletzen wollen, wird ihm nicht unterstellt.

Zwar werden auch Vorwürfe aus der Reisegruppe angeführt, wonach er herabsetzend über schwarze Jugendliche geredet und gesagt habe, „white supremacy“ gebe es nicht. Als Zeuge „traditioneller Zeremonien“ mit „eingeborenen Heilern/Schamanen“ habe er es an Respekt fehlen lassen. Aber diese Beschwerden kann man ohne Einzelheiten und Kontext nicht einschätzen. Was immer er zu den Schamanen gesagt haben mag: Möglicherweise sah er sich als Botschafter eines evidenzbasierten Wissenschaftsjournalismus in die aufklärerische Pflicht genommen? Und was ist „white supremacy“? Eine diskreditierte Ideologie und ein abgeschafftes Unrechtssystem mit toxischen Nachwirkungen? Oder ein Ensemble informeller Privilegien, die Weiße kraft Geburt genießen? In der Philosophie des „Afro-Pessimismus“ wird behauptet, Strukturen weißer Bevorzugung lebten etwa auch dort fort, wo Fachzeitschriften für Altertumswissenschaft Aufsätze ohne Rücksicht auf die Hautfarbe der Einsender auswählen. Wollte McNeil eventuell bloß sagen, dass er nicht schon rassistisch agiert, wenn er nur seiner Arbeit nachgeht?

Im Streit um das Vordringen der Identitätspolitik in den Alltag, die Arbeitswelt eingeschlossen, wird oft der Topos des Jakobinischen bemüht. Der Fall McNeil zeigt, dass das keine maßlose Übertreibung sein muss. In der Bestrafung des Veterans brach sich die Dynamik revolutionärer Gerechtigkeit Bahn. Zunächst wollte der Chefredakteur Dean Baquet dem altgedienten Angestellten eine „zweite Chance“ gewähren, da McNeil sich unklug ausgedrückt habe, aber ohne Hass oder böse Absicht. Nachdem 150 Mitarbeiter einen Protestbrief mit dem Vorwurf unterschrieben hatten, McNeil habe mit der inkriminierten Äußerung ihnen allen den Respekt verweigert, folgte, was der Medienredakteur der „New York Times“ im Blatt als Kehrtwende der Chefredaktion bezeichnete: Baquet übernahm die Bewertung, dass es auf die böse oder unschuldige Absicht nicht ankommen dürfe. Konsequenz: Kündigung. In der Chefredakteurssprache: „der richtige nächste Schritt“.

Nikole Hannah-Jones, eine Reporterin des „New York Times Magazine“, die als Initiatorin des „1619 Project“, eines multimedialen Pakets mit dem Zweck der Revision des amerikanischen Geschichtsbildes, große Prominenz erlangt hat, ist einem Bericht über ihre Rolle in der Affäre entgegengetreten. Sie habe in einer Redaktionskonferenz nicht damit gedroht, die Teilnehmer der Peru-Reise um weitere Einzelheiten zum anstößigen Redeverhalten McNeils zu bitten. Außerdem wies Hannah-Jones darauf hin, dass der Protestbrief der Mitarbeiter nicht den Herauswurf des Kollegen gefordert habe. Das stimmt in der Tat. Allerdings entspricht gerade die Übererfüllung der Forderung dem seit der Französischen Revolution bekannten Muster der Mobilisierung des anti-solidarischen Furors.

Allen Ernstes ist in der Eingabe der Kollegen, die als „Gemeinschaft“ von Empörten sprechen, von „McNeils Opfern“ die Rede. Das Gruseligste an diesem Gesinnungsterror ist, dass er sich um die Gesinnung gar nicht schert. Nur um die Sprache geht es: Durchgreifende Kontrolle verwandelt sie in ein System von Codewörtern.

<https://www.lefigaro.fr/flash-actu/l-infectiologue-gilles-pialoux-alarme-par-la-poussee-incroyable-du-variant-britannique-en-ile-de-france-20210210>

## L'infectiologue Gilles Pialoux alarmé par la «poussée incroyable» du variant britannique en Île-de-France

Selon le chef du service des maladies infectieuses à l'hôpital Tenon, à Paris, cette «*poussée incroyable*» du variant britannique est «*alarmante*». Il en appelle à un renforcement des mesures sanitaires en vigueur, notamment un reconfinement.

Par Le Figaro

Publié il y a 4 heures, mis à jour il y a 3 heures

Les spécialistes continuent à émettre des avis favorables à des mesures plus coercitives pour contrôler la propagation du virus en France. *ERIC GAILLARD / REUTERS*

Alors que la France a dépassé mardi soir le bilan de 80.000 morts du Covid-19, les variants étrangers continuent de se propager partout sur le territoire. Interviewé ce mercredi matin sur BFM TV, Gilles Pialoux, chef du service des maladies infectieuses à l'hôpital Tenon à Paris, s'est montré inquiet de la trajectoire de contaminations croissante du variant anglais en Île-de-France. «*On est autour de 39% de nouvelles contaminations liées au variant anglais. On a des clusters de variant anglais en Ile-de-France, mélangeant soignants et soignés*» précise-t-il.

Selon lui, cette «*poussée incroyable*» du variant britannique est «*alarmante pour plusieurs raisons*». Il s'inquiète en effet de ne pas vraiment pouvoir prédire la trajectoire de ces variants sur le territoire national : «*on est très en retard en France sur le séquençage*», a-t-il expliqué. Les clusters hospitaliers et l'épuisement des soignants sont également pour lui des problèmes importants car ils impliquent «*des fermetures de lits et des évictions de personnel*». Pour y répondre, il insiste pour faire vacciner tous les soignants le plus rapidement possible : «*AstraZeneca on peut dire que ce n'est pas le summum mais ça marche sur le variant anglais. Il faut aider à la vaccination des soignants. C'est en cours, mais il faut la stimuler*».

Gilles Pialoux s'est également prononcé en faveur du passeport vaccinal, une question épineuse mais surtout une condition essentielle selon lui pour «*permettre la vie d'après*». Il en appelle donc à un renforcement des mesures sanitaires en vigueur, relativement souples actuellement dans la mesure où le gouvernement a choisi de ne pas reconfiner les Français. Pour l'infectiologue, «*retarder l'inéluctable est un pari hasardeux*» car il «*ne voit pas comment on pourrait échapper à un reconfinement sur le strict point de vue sanitaire*» au moins à l'échelle locale.

## Covid-19 : le sommet de l'Etat se veut optimiste et mise sur une amélioration de la situation sanitaire en France

Contre l'avis du conseil scientifique, qui le pressait de reconfiner, Emmanuel Macron a « pris son risque », selon la formule qu'il affectionne. Pour le moment, l'évolution de l'épidémie ne lui donne pas tort.

Par [Alexandre Lemarié](#)

Publié 10/2 à 10h11, mis à jour à 16h42

Des critiques en rafale de l'opposition sur la lenteur de la campagne de vaccination, des pressions du monde médical pour placer une nouvelle fois la France sous cloche... Alors que la gestion de l'épidémie de Covid-19 obligeait l'exécutif à jouer le plus souvent en défense ces dernières semaines, les macronistes semblent retrouver le sourire. Dix jours après la décision surprise d'Emmanuel Macron de ne pas reconfiner le pays, ses partisans saluent cet arbitrage, non dénué de risques. « *Le président de la République a eu raison de ne pas décider du confinement généralisé* » car « *chaque semaine que nous gagnons sur le confinement, c'est une semaine de liberté supplémentaire pour les Français* », a applaudi le ministre de la santé, Olivier Véran, mardi 9 février, sur Franceinfo.

Le choix de M. Macron, considéré par beaucoup comme un pari périlleux, **est aujourd'hui présenté à l'Elysée comme « une victoire du politique sur le scientifique »**. Contre l'avis du conseil scientifique, qui le pressait de reconfiner, et contre les spécialistes qui se relayaient sur les plateaux de télévision pour présenter cette option comme la seule option possible, le chef de l'Etat a finalement « pris son risque », selon la formule qu'il affectionne. **Pour le moment, l'évolution de la situation sanitaire ne lui donne pas tort.** « *Le président a repris la main* », se félicite son conseiller à l'Elysée, Stéphane Séjourné. Autour du chef de l'Etat, des membres du premier cercle rappellent qu'Emmanuel Macron avait déjà fait « un choix politique audacieux » après le premier confinement, lorsqu'il avait décrété – contre l'avis des scientifiques – une réouverture anticipée des écoles, le 11 mai.

### Pas de raison de s'affoler

De quoi insuffler une dose d'optimisme au sommet de l'Etat. Après une année de gestion de crise éreintante, le gouvernement semble s'être converti à la « positive attitude », si l'on en croit le ton optimiste du ministre de la santé. Alors que des scientifiques estiment que le pouvoir ne fait que gagner du temps, tant un reconfinement va s'imposer tôt ou tard, M. Véran, lui, tient un tout autre discours. « *La situation aujourd'hui ne justifie pas de mesure de confinement généralisée* », a-t-il assuré, mardi, en jugeant même « possible » que la France ne soit « jamais reconfinée ». « *Le confinement n'est pas un choix de facilité et de sécurité mais un choix de nécessité* », a-t-il insisté, soulignant que « *la santé est définie par l'OMS comme un état de bien-être général* ».

Un diagnostic, qui découle directement des chiffres. Car pour l'heure, la flambée épidémique tant redoutée ne s'est pas produite. Certes, le gouvernement « *reste dans un état de vigilance très important* », selon le ministre de la santé, et suit de près l'évolution des variants, qui se répandent vite et représentent désormais « *un nouveau malade sur sept* ». Mais pas de raison, pour autant, de s'affoler. S'il est « *élevé* », le niveau de l'épidémie en France reste « *stable* », a-t-il résumé. **A ses yeux, avec près de « 20 000 nouveaux cas par jour », la situation sanitaire est finalement « la même qu'il y a deux semaines »**, lorsque M. Macron a choisi de se contenter de durcir certaines mesures. Même ton rassurant du ministre de la santé sur le vaccin AstraZeneca, dont l'efficacité est mise en doute face au variant sud-africain. « *Il n'y a pas lieu de changer notre stratégie vaccinale* », a-t-il assuré. (...)



<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/ki-star-andrew-ng-ueber-die-entwicklung-der-algorithmen-17185770.html?premium>

KI-STAR ANDREW NG IM INTERVIEW:

# „Die nächste Phase der Künstlichen Intelligenz beginnt gerade“

- VON ALEXANDER ARMBRUSTER
- -AKTUALISIERT AM 09.02.2021-13:41



Er lehrt in Stanford, leitete Google Brain, war KI-Chef von Baidu und gründete Coursera: Andrew Ng gehört zu den Stars der Künstlichen Intelligenz. Er erklärt, wie weit die Algorithmen sind – und wo Deutschland steht.

Herr Ng, könnte eine Künstliche Intelligenz Sie heute zum Thema KI interviewen?

Wenn man ein KI-System dazu bringen könnte, Fragen zu stellen, würde es wahrscheinlich mit einigen interessanten und einigen ziemlich seltsamen Fragen aufwarten. Ich denke, wir sind noch ziemlich weit davon entfernt, ein KI-System zu haben, das ein vernünftig klingendes Interview führen kann.

Warum?

Die Welt ist komplex. Ein Gespräch zu führen bedeutet, viele komplizierte Fakten zusammenzufassen, daraus eine Aussage oder eine Frage zu formulieren, die Antwort der anderen Partei zu hören und dann diese Informationen wieder zu synthetisieren, um zu entscheiden, was als Nächstes gesagt werden soll. Es gibt zwar bemerkenswerte Fortschritte in dieser Richtung, aber es funktioniert einfach noch nicht so gut bislang. Ich hoffe, dass wir bald dorthin kommen.

Ein Programm namens GPT-3, ein Textgenerator, ist mittlerweile sehr populär, es hat sogar einen Leitartikel für eine internationale Zeitung geschrieben.

Das ist wirklich eine erstaunliche Erfindung, die gut funktioniert. Aber GPT-3 hat noch Verbesserungspotential. Ich finde GPT-3 vor allem aufregend im Hinblick darauf, was GPT-7 sein könnte – oder was ein anderer Algorithmus in ein paar Jahren sein könnte.

Können Sie etwas konkreter werden: Woran mangelt es einer KI heute? Geht es um „gesunden Menschenverstand“?

Wenn ein KI-System heute einen Satz hört, rät es quasi ins Blaue hinein, was es als Nächstes sagen soll. Möglich ist das zum Beispiel in einem sehr engen Bereich, sagen wir, um ein KI-System zu konstruieren, das Kundendienstfragen in einem Call-Center bearbeitet. Das könnte gut funktionieren, weil Sie eine Menge Wissen einprogrammieren können, das für diese sehr enge Domäne relevant ist. Einige KI-Chatbots im Bankwesen scheinen gut zu funktionieren, weil die Entwickler das Wissen über alles, was möglicherweise gefragt werden kann, einprogrammiert haben. Aber eine offene Konversation zu führen, in

der jemand nahezu jedes Thema ansprechen kann, und eine KI hört zu und kann etwas Vernünftiges entgegen, das übersteigt die Fähigkeiten der heutigen Algorithmen. So weit sind wir noch nicht.

Ist das eine Frage von Jahren oder Jahrzehnten?

Sehr schwer zu sagen. Um allgemeine Künstliche Intelligenz zu erreichen, könnte es Jahrzehnte dauern oder sogar noch länger. Die Öffentlichkeit hört von vielen Durchbrüchen. Aber der tatsächliche Fortschritt in der Künstlichen Intelligenz vollzieht sich eher graduell, die Technologie wird jedes Jahr ein bisschen besser.

Was waren die wichtigsten Durchbrüche in der KI in den letzten Jahren, wo stehen wir jetzt?

Gerade im vergangenen Jahr hat sich viel Aufmerksamkeit verlagert von der Frage, wie man KI-Modelle baut, hin dazu, wie sie in die Produktion eingebracht werden können. Das ist eine Herausforderung für die gesamte KI-Industrie. In den vergangenen 20 Jahren sind wir gut darin geworden, Modelle mit Hilfe des „überwachten Lernens“ zu erstellen – wir geben etwa ein Bild ein und das Programm gibt zum Beispiel eine Katze aus. Jetzt wird viel mehr Wert darauf gelegt, herauszufinden, wie diese Modelle im Produktionsprozess eingesetzt werden können. Heute zeigt sich, dass die gesamte Forschergemeinde in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten ziemlich gut darin geworden ist, ein Modell auf Basis eines Trainingsdatensatzes zu trainieren und dann auf einem Testdatensatz gut abzuschneiden, wenn dieser eine ähnliche Wahrscheinlichkeitsverteilung aufweist wie der Trainingsdatensatz. Aber in Geschäftsanwendungen wird viel mehr benötigt. Das ist der grundlegende Wandel in der Denkweise der Community in den vergangenen Jahren.

Sind die spannendsten und erfolgreichsten KI-Produkte, die es heute gibt, die Empfehlungs-Algorithmen von Netflix oder [Amazon](#) oder die Algorithmen, die Newsfeeds organisieren?

Einen Großteil der kommerziellen KI-Erfolge erzielen bislang bedeutende Internetunternehmen wie [Google](#), Facebook oder Amazon. Dort ist die KI groß geworden. Plötzlich gab es viele Internetnutzer, die eine Menge Daten verfügbar machten, um die KI-Systeme zu füttern. Infolgedessen lieferten diese wiederum bessere Suchergebnisse oder zielgenauere Anzeigen oder Empfehlungen. Die nächste Phase der KI, die wir gerade beginnen sehen, besteht darin, KI-Instrumente außerhalb dieses „Consumer-Internets“ einzusetzen. Das beinhaltet jedoch einzigartige Probleme, die jene KI-Systeme, die für Consumer-Internet-Unternehmen konstruiert wurden, nicht lösen konnten.

Könnten Sie bitte ein Beispiel nennen?

Etwas, was mich immer wieder begeistert, ist die visuelle Fertigungskontrolle. Wir arbeiten in diesem Bereich auch mit einigen deutschen Unternehmen zusammen, zum Beispiel mit Bosch. Heute prüfen Menschen in Fabriken rund um die Welt verschiedenste Produkte – angefangen von Halbleitern über Automobilteile bis hin zu fertigen Autos – mit ihren Augen auf Kratzer. Nehmen Sie Ihr Smartphone. Ich bin mir ziemlich sicher, dass jemand die Aufgabe hatte, darauf zu achten, dass Ihr Smartphone keinen Kratzer besaß, bevor es an Sie verschickt wurde. Mit KI können wir das potentiell systematischer und zuverlässiger tun.

Warum?

Menschen neigen dazu, inkonsistente Urteile zu fällen. Eine Person sieht einen Kratzer und eine andere Person sagt: „Das ist in Ordnung.“ Wir haben automatische Bildverarbeitungssysteme entwickelt, um alles zu inspizieren, von Halbleitern bis hin zu Autos, um die Qualität zu verbessern.

Eines der Probleme dabei ist, dass Sie weniger Daten haben, also brauchen Sie andere Modelle?

Ja. Als ich selbst im Consumer-Internet gearbeitet habe, trainierte ich meine größten Modelle auf etwa 200 Millionen Bildern. Glücklicherweise hat aber niemand 200 Millionen zerkratzte Smartphones produziert, also verfügt auch niemand über eine entsprechende Datenbank. Sie haben vielleicht nur 1000 Bilder – aber

wir können Algorithmen erstellen, die auch für diese funktionieren. Das ist aber längst nicht die einzige kritische Herausforderung in diesem Bereich.

Welche Hürde gibt es noch?

Das Problem, ein KI-System sozusagen individuell zuzuschneiden. Wenn Sie eine große Suchmaschine betreiben, haben Sie vielleicht eine Milliarde Benutzer, und Sie können ein KI-Modell trainieren, um diese Milliarde Nutzer zu bedienen. Wenn es um Produktionsbetriebe geht, ist das anders, denn jede Produktionsstätte hat ein anderes Design und benötigt daher ein anderes KI-Modell. Während eine Internet-Suchmaschine also ein KI-Modell erstellen kann, das einer Milliarde Menschen hilft, stehen Sie in anderen Branchen vor der Herausforderung, vielleicht zehntausend Fertigungsanlagen mit zehntausend verschiedenen KI-Modellen ausstatten zu müssen. Ich kann jedoch kaum zehntausend KI-Ingenieure einstellen, um diese zehntausend KI-Modelle zu entwickeln.

Ist das ein verbreitetes Problem?

Es ist ziemlich allgegenwärtig. Nehmen Sie das Gesundheitswesen. Wenn Sie KI-Systeme entwickeln möchten, um elektronische Krankenakten zu bearbeiten, müssen Sie wissen, dass im Grunde jedes Krankenhaus Patientenakten anders speichert. Sie können nicht einfach ein Modell aus dem [Stanford](#) Hospital nehmen, wo ich früher einmal gearbeitet habe, und es auf ein Krankenhaus in Deutschland oder sogar auf ein anderes Krankenhaus hier in Kalifornien anwenden. Das KI-Modell muss für dieses Krankenhaus angepasst werden, weil in jedem Gesundheitssystem Patientenakten auf eigene Art und Weise kodiert und gespeichert werden.

Und was ist Ihre Lösung dafür?

Wir müssen vertikal integrierte KI-Plattformen schaffen. Wir müssen Werkzeuge bereitstellen, mit denen ein Fertigungsbetrieb dann seine Daten trainieren und sein eigenes Modell erstellen kann.

Um weitere Fortschritte in der KI generell zu erzielen, wie wichtig ist es da, noch schnellere Computer, mehr Daten oder bessere Algorithmen zu haben?

Alles von alledem. Wenn man Computer zehnmal schneller machen kann, werden KI-Forscher kein Problem haben, diese größere Rechenleistung anzuwenden. Ich denke, wir brauchen bessere Algorithmen – heute lernen Algorithmen aus viel mehr Daten als Menschen. Und ich denke, wir könnten immer mehr Daten gebrauchen.

Wie ist Ihr Blick auf Deutschland, wenn Sie an KI denken? Kürzlich gab es zum Beispiel eine große Ankündigung im „Cyber Valley“ und dem Max-Planck-Institut für intelligente Systeme rund um Tübingen, an der unsere Kanzlerin Merkel und EU-Kommissarin Vestager teilgenommen haben – ist das ein herausragendes Gebiet?

Ich habe großen Respekt vor dem Tübinger Institut. Ich kenne Bernhard Schölkopf schon seit vielen Jahren; ich habe sein Labor in Deutschland besucht, und es hat mir sehr gut gefallen. Ich glaube, dass Deutschland über eine starke KI-Forschung verfügt. Meiner Ansicht nach hat das Land aber noch viel zu tun, um Forschung in konkrete Anwendungen zu transformieren. Heute sind die Vereinigten Staaten und China, und dort insbesondere das Silicon Valley und Peking, wirklich gut darin, neue technologische Erfindungen in Produkte und kommerzielle Anwendungen zu überführen. Deutschland hat eine so starke industrielle Basis. Ich denke, dass seine besten Optionen darin bestehen, auf den Stärken des Landes aufzubauen. Ich bin mir nicht sicher, ob es für Deutschland sinnvoll ist, zum Beispiel eine weitere Web-Suchmaschine zu entwickeln. Deutschland könnte und sollte eine Rolle in der industriellen KI spielen, das wäre der offensichtliche Bereich für Innovation.

Das Rennen ist also noch nicht verloren?

Noch lange nicht! Das Rennen in der industriellen KI hat gerade erst begonnen.



## Covid-19 : l'Allemagne prolonge ses restrictions jusqu'au 7 mars

Commerces non alimentaires, restaurants, cafés et musées resteront fermés, « compte tenu de l'incertitude concernant la propagation des variants du virus », a annoncé Angela Merkel.

Le Monde avec AFP

Publié le 10/2 à 20h36, mis à jour hier à 22h27

L'annonce était très redoutée par les Allemands. Angela Merkel a déclaré mercredi 10 février prolonger jusqu'au 7 mars la plupart des restrictions en place pour tenter d'endiguer l'épidémie de Covid-19. Commerces non alimentaires, restaurants, cafés, musées ou encore équipements sportifs resteront ainsi fermés au-delà de la date fixée jusqu'ici au 14 février, « *compte tenu de l'incertitude concernant la propagation des variants du virus* », a expliqué la chancelière allemande.

A l'issue d'une réunion sur le sujet avec les représentants des 16 Etats régionaux du pays, elle a néanmoins annoncé que les salons de coiffure pourront rouvrir le 1<sup>er</sup> mars, à condition d'adopter un strict protocole sanitaire. Les écoles pourront faire de même là où les conditions locales le permettront.

Après plus de cinq heures de négociations, M<sup>me</sup> Merkel, qui plaide pour la fermeté dans la lutte contre le virus, a réussi à imposer sa ligne. Pour parvenir à ses fins, elle a néanmoins dû faire des concessions : elle voulait au départ une prolongation jusqu'au 14 mars et souhaitait attendre le mois de mars pour offrir aux écoles la possibilité de rouvrir. Sur ces deux points, elle a dû céder face aux pressions des régions, les Länder, qui ont la haute main sur les questions sanitaires et scolaires.

## Nouvelle rencontre avec les Länder le 3 mars

Se félicitant que les chiffres des infections ces dernières semaines s'améliorent tout de même, M<sup>me</sup> Merkel a justifié la prolongation des restrictions, dont certaines ont été mises en place dès novembre, en raison de la propagation récente des variants sud-africain et britannique, jugés plus contagieux. « *Nous avons cette grande incertitude concernant la mutation. Nous devons être très clairs : elle prendra le dessus (...) si nous n'obtenons pas une meilleure traçabilité, il peut arriver très rapidement que nous ayons à nouveau une croissance exponentielle* » du nombre de cas, a-t-elle averti.

M<sup>me</sup> Merkel a cependant estimé que l'amélioration relative des chiffres récemment « *montre que les mesures imposées ici, souvent très strictes et très dures, portent aujourd'hui leurs fruits* ». Ces derniers jours, l'Allemagne a enregistré en moyenne quelque 8 000 nouvelles infections au Covid-19 par jour.

Le gouvernement et les 16 chefs d'exécutifs régionaux, qui se sont donné rendez-vous pour une nouvelle rencontre de ce type le 3 mars, se sont également mis d'accord pour durcir les critères d'assouplissement pour l'avenir. Ainsi, désormais, ce n'est qu'à partir du moment où l'incidence sur sept jours ne dépassera pas 35 nouvelles infections pour 100 000 habitants – contre un seuil de 50 jusqu'ici – que l'activité économique et culturelle pourra revenir à la normale. Ce taux d'incidence a atteint 68/100 000 pour la première fois depuis trois mois mercredi.

## Lassitude croissante dans la population

Alors que la première grande vague de Covid-19 au printemps 2020 avait relancé politiquement Angela Merkel, grâce à un impact moins fort en Allemagne que dans les pays voisins, la nouvelle vague hivernale

frappe le pays de plein fouet et aiguise les critiques à l'encontre de sa gestion à quelques mois des élections législatives.

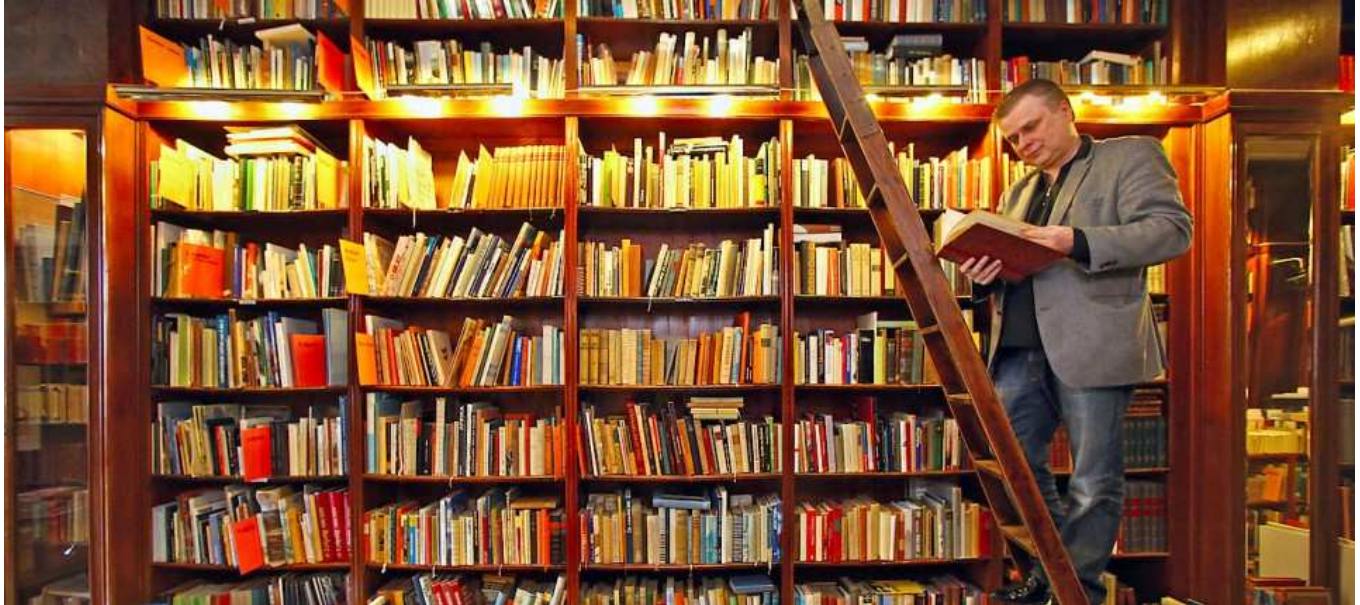
Sa popularité commence à s'effriter face à la lassitude des Allemands, et Angela Merkel a avoué récemment passer de mauvaises nuits à cause de la pandémie. « *C'est une période difficile pour moi aussi (...), je retourne les choses dans tous les sens dans ma tête avant de prendre des décisions et cela me préoccupe, c'est vrai* », a-t-elle dit à la chaîne de télévision RTL-Allemagne.

Pour tenter de regagner la confiance de l'opinion, la chancelière vient de lancer une campagne de communication, multipliant les interviews télévisées, chose relativement rare de sa part, pour défendre la stratégie vaccinale alors que son gouvernement est critiqué pour sa lenteur. Elle a exhorté la population à « *tenir bon encore un moment (...). Les nerfs sont à vif, nous avons devant nous un long chemin et le plus dur à parcourir est durant cet hiver* ».

BÜCHER LESEN IN DER DDR:

# Freigeister, Geistbefreier und ein Bücherdieb

- VON HARALD STUTTE
- -AKTUALISIERT AM 11.02.2021-11:28



Die Buchmesse in Leipzig ist abgesagt worden, der Pandemie wegen. Zum Trost hier eine Geschichte aus einer Zeit, als Bücher riskant waren.

Ich habe gestohlen, fast 40 Jahre ist das her. Und ich besitze das Objekt meines verfehlten Handelns noch immer: ein Buch, eine sehr schöne, in helles Leinen und Leder gebundene Ausgabe von „Der Einzige und sein Eigentum“ des Philosophen Max Stirner aus dem Jahr 1882. Und nein, stolz bin ich auf mein Tun nicht. Doch vielleicht darf ich ja auf Nachsicht hoffen, wenn ich erkläre, was mich zum Dieb werden ließ. Also schön der Reihe nach.

Wir waren Verdurstende, wir waren Verhungerte, wir waren Erstickende, denen man die Luft zum Atmen genommen hatte. Das mag aus heutiger Sicht maßlos überzogen klingen. Aber damals empfand ich, aufgewachsen als Teenager im Leipzig der achtziger Jahre, das so. Denn meine Freunde und ich hatten einen unstillbaren Durst nach Informationen, Büchern, freien Medien, von denen uns der SED-Staat abschnitt.

Man hatte mir den Königsweg zur Hochschulreife – der ostdeutschen Variante des Gymnasiums, „Erweiterte Oberschule“ genannt – verweigert. Denn ich hatte es abgelehnt, mich früh auf eine Parteikarriere oder einen längeren Armeedienst festzulegen. Also blieb trotz guter Zensuren nur der beschwerliche Umweg über eine weiterführende Schule mit gleichzeitiger Berufsausbildung. Berufsausbildung mit Abitur (BmA) nannte sich das. Wochen geteilt zwischen Produktion und Gymnasium, der „Arbeit der Faust“ und der „Arbeit der Stirn“, wie es im marxistischen Duktus hieß. Jeweils montags tauchten wir in einer schwach beleuchteten und technisch veralteten Hexenküche als Galvanisierer gekleidet in säureresistenter Arbeitskleidung mit Kleinteilen bestückte Trägergestelle in stinkende und dampfende Elektrolyt-Bäder. Die restlichen vier Tage paukten wir Vektorrechnung, englische Grammatik und Hegels Dialektik, die Marx angeblich vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Dieses Schicksal teilte ich mit Gleichaltrigen, deren Eltern nicht selten Universitätsprofessoren, Musiker des Leipziger Gewandhausorchesters oder Pastoren waren.

## Ein rebellischer Haufen

Und so war es kein Zufall, dass wir als Klasse ein rebellischer Haufen waren – anarchisch, renitent, um keine Diskussion verlegen. Und ewig auf der Suche nach dem Widerspruch zu diesem apodiktisch-mäßigen

System, das für sich in Anspruch nahm, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Und das auf unsere Fragen gar nicht einging – oder sie schlicht verbot. Mit etwas Verspätung hatten die Schallwellen der Punk-Rebellion auch die ostdeutschen Großstädte erreicht. Also färbten wir uns die Haare, bleichten und bemalten unsere Jeans, die wir nach Ramones-Manier am Knie aufschnitten. Und wir hörten „Anarchy in the UK“ von den Sex Pistols und „The Guns of Brixton“ von The Clash. Wir nahmen dieses Anarcho-Getue der englischen Arbeiterkinder ziemlich ernst.

Ich fühlte mich damals wie ein Suchender, dem der Dialog verweigert wurde. Ich las wie ein Besessener. Es war eine Flucht, meine Suche nach Alternativen, der geistigen „Terra incognita“, gespeist vom Misstrauen wider die Dogmen des Systems. Meiner belesenen Großmutter verdanke ich die Liebe zu den deutschsprachigen Autoren der ersten Jahrhunderthälfte, zu Hermann Hesse, Thomas Mann, Ödön von Horváth, Alfred Döblin, Franz Werfel und all den anderen. Mit der Folge, dass ich auf jene Freigeister oder Geistbefreier neugierig wurde, die wiederum Hesse und Mann inspiriert hatten: [Friedrich Nietzsche](#) und Arthur Schopenhauer zum Beispiel. Ich berauschte mich an der Kraft ihrer Sprache, ohne dass ich damals vollends verstanden habe, was ich da las. Doch die Bücher dieser Philosophen wurden in der DDR im Giftschränk versteckt. Nietzsche galt als Reaktionär, gar als geistiger Wegbereiter des Faschismus. „Ins Nichts mit ihm“, hatte der marxistische Philosoph Wolfgang Harich im Stile eines Großinquisitors fabuliert.

In der Nichtbeschäftigung mit Nietzsche sah man gar einen Akt kultureller Hygiene. Was ich intuitiv für ein abgrundtiefes Unrecht hielt. Für mich war Nietzsche der radikalste und konsequenteste Antidogmatiker, Antinationalist, zudem ein scharfer Kritiker wilhelminischer Deutschtümelei.

Wir machten damals komische Dinge: Mit dem Linienbus fuhren wir vom Leipziger Hauptbahnhof aus nach Markranstädt und weiter bis Röcken, um uns Nietzsches Geburtshaus und Grab anzuschauen. Damals war das ein vergessener, beinahe verwunschener Ort. Zwei Gräber, ein zerfallenes Pfarrhaus, eine simple Gedenktafel – mehr Ehre gewährte Röcken am Rande eines riesigen Braunkohleabbaugebiets seinem berühmten Sohn nicht.

## Einfalt in den Buchläden

Auf den ersten Blick erweckten die ostdeutschen Buchläden, anders als Kaufhäuser oder Supermärkte, mit ihren überbordenden Auslagen zwar dem Anschein nach Vielfalt. In Wahrheit herrschte jedoch auch hier Einfalt. Weil es eine Art Vorzensur der Verlage gab. Nicht systemkonforme Autoren erschienen gar nicht. Und falls DDR-Verlage doch deren Werke veröffentlichten, dann in geringen Auflagen als „Bückware“, was hieß, sie waren nur über Beziehungen zu bekommen. Oder durch Zufall, dem man durch häufige Ladenbesuche ein wenig nachhelfen konnte.

Doch wir loteten Möglichkeiten aus, den staatlichen Bücher-Bann zu umgehen. Der einfachste Weg waren die Bücherschränke der Großeltern oder Bekannten. Bereits als Kind lernte ich so spielend Frakturschrift lesen, denn die meisten dieser Bücher stammten aus dem 19. oder den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Ein weiterer Quell waren die lieben Westverwandten. Wir hatten eine Großtante väterlicherseits, die im hessischen Gladenbach lebte und die uns Kids alljährlich aufforderte, Weihnachtswünsche mitzuteilen. Sie war wie eine gesichtslose Fee aus dem Märchen, die uns im Jahr genau einen Wunsch erfüllte, der in unserer Lebenswirklichkeit unerfüllbar war.

Nie zuvor und auch später nicht schrieb ich Briefe mit größerem Eifer. Doch als ich irgendwann merkte, dass sich die herzensgute Tante Anna-Marie bei der Erfüllung meiner Wünsche – mal waren es bestimmte Jeans- oder Sneaker-Marken, mal eine Schallplatte – ob ihres gehobenen Alters im Angebotsdschungel der nächsten Großstadt hoffnungslos verirrt, ließ ich das sein – und wünschte mir Bücher. Das funktionierte immer, zumindest anfangs. Und ich lief so auch nicht Gefahr, die finanziellen Grenzen ihrer Gutmütigkeit zu überschreiten.

## Winnetou verschwunden

Als wir noch klein waren, erreichten uns „Pippi Langstrumpf“, „Der Schatz im Silbersee“, „Winnetou I“ und „Winnetou III“. Bereits „Winnetou II“ war auf mysteriöse Weise aus dem Paket verschwunden. Wie wir



heute wissen, von Stasi-Kontrolleuren entnommen, deren Gedankenkontrolle paranoide Dimensionen erreichte und offenbar selbst in Old Shatterhand den Klassenfeind witterte. Ähnlich erging es später Hermann Hesses „Steppenwolf“ und Friedrich Nietzsches „Ecce Homo“.

Auf der Suche nach den verbotenen Büchern entdeckten meine Freunde und ich dann irgendwann die Leipziger Antiquariate, von denen es in den Renaissance-Arkaden am Markt, im Schuhmachergässchen oder in der Nikolaistraße etliche gab. Wir stießen auf eine Goldader. Vor allem vormittags an Werktagen, wenn wir Unterrichtsausfall hatten, streiften wir durch die Innenstadt. Meinen spektakulärsten Fund machte ich an einem Herbsttag des Jahres 1982. In einem der wandhohen Bücherregale eines Antiquariats nahe der Nikolaikirche sah ich sofort, dass sich im Vergleich zum letzten Besuch in der Reihenfolge der Bücherrücken etwas grundlegend verändert hatte. Ein paar sehr schöne, alte, in weißes Leder gebundene Ausgaben standen in einem mit einer Glastür verschlossenen Bücherschrank direkt neben der Kasse. Genau da, wo stets die „Perlen“ lagen: manche Erstausgaben oder die Baedeker-Reiseführer. Die begehrten Bücher kamen immer hinter Glas.

Dieses Mal lag da eine alte Kant-Ausgabe sowie Max Stirners „Der Einzige und sein Eigenthum“, was mich umgehend elektrisierte. Stirner gehörte für uns zur unheiligen Dreifaltigkeit des Anarchismus – neben dem Russen Michael Bakunin und dem Franzosen Pierre-Joseph Proudhon. In Wahrheit hatten die Kommunisten Max Stirner als Anarchisten stigmatisiert, um ihn, den Existentialisten und radikalen Wertezerstörer, einer sachlichen Kritik zu entziehen. Das Buch, eine sehr schön erhaltene zweite Auflage aus dem Jahr 1882, war einst Bestandteil der Bibliothek des Kunstmäzens Harry Graf Kessler, wie eine Gravur im Einband verriet.

„Nimm mich mit“

Während des Blätterns zitterten meine Hände vor Aufregung. „Nimm mich mit“, schien das Buch mir zuzuflüstern. Doch der mit Bleistift ins Buch geschriebene Preis von 270 Mark ließ mir keine andere Wahl, in seinen Besitz zu gelangen, als es zu stehlen. Denn so viel Geld hatte ich nicht. Und am nächsten Tag wäre es verkauft gewesen, in der DDR galt als ehernes Prinzip: „Kauf, solange es da ist!“ In dieser Mangelwirtschaft sich etwas „zurücklegen“ lassen konnte nur, wer den Verkäufer kannte.



Die Beute „Der Einzige und sein Eigenthum“ heute im Regal :Bild: Stutte

Ich war der vermutlich ungeschickteste Dieb der Welt und konnte mich lange Zeit nicht entscheiden – zwischen Kants Kategorischem Imperativ „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als

Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne“ und dem „menschlich, allzumenschlichen Gefühl“ der Revanche für die mir von der Stasi entwendeten Bücher. Unentschlossen blätterte ich eine halbe Ewigkeit in dem Buch herum, bis sich der Verkäufer sogar auf ein Gespräch mit mir einließ. „Kennst du Stirner?“ Ich nickte. „Er ist ein Gott“, sagte ich. „Und er hat Marx schwer zugesetzt ...“ Das zumindest hatten wir im Staatsbürgerkunde-Unterricht bei Herrn Taubert gelernt. Ich denke, die Tatsache, dass dieser unentschlossene, aufgeregte Kunde sprechen konnte, beruhigte den Verkäufer etwas, so dass er irgendwann für einen Moment tatsächlich kurz im hinteren Teil seines Ladens verschwand.

Jetzt oder nie, dachte ich – und stürmte, Stirner unter den Parka geklemmt, aus der Ladentür, bei deren Öffnen ein Glöckchen bimmelte. Ich beschleunigte auf der Straße, den Verkäufer im Nacken fürchtend. Natürlich folgte mir niemand. Dennoch rannte ich durch die Straßen in Richtung Karl-Marx-Platz, des heutigen Augustusplatzes. In Panik stellte ich mir vor, wie der Verkäufer umgehend die Polizei benachrichtigt haben könnte, die jetzt alle Straßenbahnlinien und Hauptverkehrsstraßen kontrollierte. Also ging ich zu Fuß über Nebenstraßen die gut sechs Kilometer in Richtung Marienbrunn, wo wir wohnten. Unter meiner Jacke hütete ich meinen Schatz.

## Ein Akt der Emanzipation

Hatte ich ein schlechtes Gewissen? Aber sicher! Doch ich redete mir ein, im Recht zu sein, und vertraute dabei einer Ahnung, dass in diesem Staat ja irgendwie alles miteinander zusammenhing. Und tatsächlich war auch der Handel mit Antiquitäten und alten Büchern über das 1959 gegründete Zentralantiquariat fest in staatlicher Hand. Mit dem Gefühl der Wiedergutmachung für die aus den Paketen entwendeten Bücher rechtfertigte ich mein schäbiges Handeln. Und fand in Stirners Text dafür sogar noch philosophischen Beistand: Lass dich nicht von falschen Werten, von Moralvorstellungen oder einem ethischen Gewissen korrumpieren, denke frei und überwinde die durch Erziehung eingepflanzte Unmündigkeit. In meiner Stirner-Interpretation war der Buchklau also ein Akt der Emanzipation auf dem Weg zum Freigeist. Für Stirner hatte die Aufklärung erst die halbe Wegstrecke zurückgelegt: Galt der Kampf der Aufklärer dem Glauben, Stirner nannte es das „Jenseits außer uns“, welches der „Besessene“ durch „Empörung“ (Erhöhung) zu überwinden hatte, zielte sein Kampf dem „Jenseits in uns“, also überkommenen Moralvorstellungen oder ethischen Tabus. „Mir geht nichts über mich“, so einer von Stirners Imperativen. Ein Leitspruch, den jeder Dieb sofort unterschreiben würde.

Faszinierender noch als das Buch ist aus heutiger Sicht seine Geschichte – oder besser die seines im Aufschlag verewigten ehemaligen Eigentümers Harry Graf Kessler, eines heute weitgehend in Vergessenheit geratenen Kunstförderers, Weltbürgers und Pazifisten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Mehrsprachig aufgewachsen und an einem englischen Elitegymnasium ausgebildet, verkehrte Kessler mit Familie zunächst im Umfeld des Kaisers; Wilhelm I. sprach er als Kind mit „Onkel“ an. In den zwanziger Jahren wurde er zum überzeugten Demokraten und Europäer, der mit Politikern wie Walther Rathenau und Gustav Stresemann befreundet war. Kessler war ein modisch geleiteter Dandy, ein Gentleman, der mit den namhaftesten europäischen Künstlern befreundet war und sich von Max Liebermann und Edvard Munch malen ließ. Seine Wohnungen in Weimar und Berlin waren Juwelen des guten Geschmacks. Seine in mehreren Bänden publizierten Tagebücher sind eine umfangreiche, detaillierte und obendrein stilistisch brillante Beschreibung der europäischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ein *Who's who* von 12.000 Namen der englischen, französischen und deutschen Avantgarde aus Politik und Kunst, mit denen Kessler verkehrte.

In einer Beschreibung des Ambiente in Kesslers Weimarer Haus der Autorin und Salonnière Helene von Nostitz (1878–1944) wird sogar mein Buch erwähnt: „Das Feuer brennt im Kamin und wirft einen Schein auf die leidenschaftlichen Reiter des Parthenon-Frieses. Hellgelbe Bücher stehen in weißen Schränken ...“ Bereits in der Kaiserzeit suchte er die Konfrontation mit der reaktionären Engstirnigkeit, konsequent und mutig bot der überzeugte Europäer später den Nazis Paroli. Doch mit der Machtergreifung Hitlers musste er dauerhaft das Land verlassen, seine beiden Wohnungen wurden geplündert, die Spur seiner umfangreichen Bibliothek verlor sich. Der Mann starb verarmt und an der politischen Entwicklung krankend 1937 in Lyon.



## Rückfall

Einmal noch wurde ich als Bücherdieb rückfällig: Auf der Leipziger Buchmesse, am Stand des Rowohlt-Verlages, brachte ich im Herbst 1983 das damals sehr populäre Sachbuch „Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt“ in meinen Besitz. Doch es war ein „Diebstahl“ mit dem ausdrücklichen Einverständnis der „Bestohlenen“. Denn die Verlagsvertreter am Buchstand durften ihre Bücher in der DDR offiziell nicht verteilen. Also nahmen sie ihre Aufsichtspflicht sehr oberflächlich wahr. Die freundliche Frau aus Hamburg gab mir das Buch zum Blättern, sagte dann, sie müsse mal eben kurz verschwinden, und zwinkerte mir dabei zu.

Es war die Einladung, das Buch mitzunehmen. Gefahr drohte in diesem Fall durch die auffällig-unauffälligen Normalbürger, zivile Mitarbeiter der Staatssicherheit also, die neben und hinter uns Standbesuchern zu verhindern versuchten, dass die westdeutschen Verlage ihre „Propaganda-Schmierereien“ unters Volk streuten. Und tatsächlich heftete sich ein älterer Mann an meine Fersen, den ich aber im Gedränge der Buchmesse locker abhängen konnte.

1984 verließ ich die DDR, zog nach Hamburg, studierte. Max Stirners „Einzigler“ befindet sich noch heute in meinem Besitz. Ich habe noch immer ein schlechtes Gewissen, wenn ich die schöne alte Ausgabe in den Händen halte. Ich würde es sogar zurückgeben, aber sowohl die DDR als auch das Antiquariat am Schuhmachergäßchen/Ecke Nikolaistraße existieren nicht mehr. Ich bin froh, dass mir das Buch die Geschichte seines Vorbesitzers Harry Graf Kessler nähergebracht hat, der seiner Zeit so weit voraus war. Und ich bin mir sicher: Max Stirner wäre ein bisschen stolz, hätte er erfahren, dass sein Buch, das philosophisch eher ein Schattendasein fristete, zumindest einmal zu einem Gegenstand einer rebellischen Handlung geworden war.

Quelle: F.A.S.

# France Stalls Between Stubbornly High Infection Rates and Slow Vaccine Rollout

Coronavirus numbers have plateaued despite months of economically damaging restrictions, and vaccinations still lag behind other European countries, leaving many French with an uneasy feeling of being stuck.

By Aurelien Breeden Feb. 10, 2021

PONTOISE, France — In the town of Pontoise, which gently slopes upward from the Oise River about 15 miles northwest of Paris, Mayor Stéphanie Von Euw is laser-focused on her new vaccination center — a blocky, sand-colored recreational facility where up to 450 shots are administered daily to those over 75 or otherwise at high risk.

Ms. Von Euw was energetic on a recent visit, chatting with doctors and vaccine recipients. But here in Pontoise, as in many other parts of France, there is no hiding that a winter of pandemic doldrums has set in.

“To keep my chin up, I try to follow this rule: I take one day at a time,” Ms. Von Euw said across a table covered with chocolate boxes left by recent [vaccine](#) recipients. “If I look to the future, I lose myself.” Caught between infection rates that remain stubbornly high despite months of economically damaging restrictions and a slow-moving vaccine rollout, there is a growing and glum sense in [France](#) that the country’s battle against the pandemic has stalled.

Last month, [the country](#) was bracing for a third nationwide lockdown when President Emmanuel Macron unexpectedly decided against it. He [made a calculated gamble](#) that he could [tighten restrictions](#) just enough to stave off a new surge of virus cases while avoiding the heavier economic and social toll of more drastic measures like those currently in force in Germany or Britain.

Weeks later, it is still unclear whether that bet will pay off or if, as some health experts have warned, there is little chance of containing the spread without a strict lockdown.

The average number of daily infections, at about 20,000, has neither spiked nor fallen much over the past month. But more contagious variants from other parts of the world are spreading.

Arnaud Fontanet, an epidemiologist at the Institut Pasteur who is also a member of the government’s [Covid-19](#) advisory council, said on Sunday that the chances of containing the epidemic without a tight lockdown are thin.

“Everything will depend on our ability to control the spread of the British variant,” Mr. Fontanet [told the Journal du Dimanche](#). “If we wait too long, we could be taken by surprise by the epidemic’s acceleration.”

Hospitalizations are stable but still at high levels, with about 28,000 Covid-19 patients across the country, including about 3,300 taking up more than half of the capacity in intensive care units.

Some experts said they worry that a plateau in infection numbers at these higher levels leaves little room to maneuver if hospitals face a new spike in cases.

The government is projecting optimism, and the health minister even [told Franceinfo radio](#) on Tuesday that the country might not have to go under lockdown ever again. But the public’s mood is one of uncertainty.

“There is a lot of wavering,” said Odile Essombé-Missé, 79, who was standing in line at the vaccination center in Pontoise for her 85-year-old husband’s injection. Asked about a new lockdown, she just shrugged.

“We put up with it,” she said finally, with her eyeglasses, perched atop a colorful blue and orange face mask, fogged over.

Mr. Macron has vowed that all adults who want to get vaccines would be offered them by summer’s end.

More than 2.2 million out of France’s population of 67 million have received at least one dose so far, and nearly 250,000 have been fully vaccinated. But with 3.1 doses administered per 100 people, [according to a New York Times database](#), France still trails neighbors like Italy or Spain.

“We could double, even triple the rhythm,” Ms. Von Euw said, if her center were allocated more supply of vaccines.

But the [European Union has struggled in recent weeks to secure a steady supply of doses](#). The French government has managed to open up a promising 1.7 million new appointment slots in the coming weeks as deliveries roll in.

Image

“I’m not yet immune, but I’m still reassured,” said Eliane Coudert, an 80-year-old retiree who had come from the neighboring town of Éragny to Pontoise for her shot. She was sitting patiently with a handful of newly inoculated companions in a small waiting area, where doctors monitor for adverse side-effects.

Ms. Coudert, who is diabetic, said she was determined to get vaccinated so she could see her great-granddaughters again.

“I see them a bit outside,” she said. “But we can’t kiss each other.”

France has been under a night curfew since mid-January and restaurants, cafes, museums or movie theaters are closed, [turning even the liveliest of French cities into ghost towns after 6 p.m.](#)

So in some ways, the vaccination center — where the local Rotary Club sometimes brings croissants and other pastries — represented a much-needed social outing for seniors who have spent weeks or months in near-isolation.

“The restrictions imposed by social distancing are starting to exasperate everyone,” said Dr. Edouard Devaud, an infectious diseases specialist at the Centre Hospitalier René-Dubos, the main hospital in Pontoise. “There isn’t any speck of light at the end of the tunnel.”

Variants of the virus, mainly the British one, now account for one in seven of every new infection. Some areas, like the Paris region, have reported even higher proportions. But the country’s infection numbers have otherwise remained frustratingly stable.

Dr. Devaud said the average number of Covid-19 patients in his unit — about five to 10, plus another dozen in intensive care — was completely manageable so far thanks to better understanding and treatment of the disease.

But the prospect of a new lockdown worries him.

After the first lockdown last spring canceled all non-urgent care, doctors were alarmed to see the consequences of deferred treatment, like deteriorating cancers.

Health professionals have also seen an increased incidence of young people with severe mental health issues.

“So we need to get out of this pandemic,” Dr. Devaud said.

# Deutschland braucht dringend eine Idee von sich

Überall, ausser in Deutschland, gilt die Nation als Erfolgsmodell. Aleida Assmann gibt den Deutschen einen wichtigen Denkanstoss zur «Wiedererfindung der Nation».

Johann Michael Möller 11.02.2021, 05.30 Uhr



*Was ist ein Erinnerungsort anderes als die auskristallisierte Vorstellung von nationaler Bedeutung? (Der Pariser Platz am Brandenburger Tor im Berliner Winter).*

Zu den absonderlichsten Wortschöpfungen, die im Gefolge der Corona-Pandemie entstanden sind, gehört der Begriff des Impfstoffnationalismus. Der deutsche Bundespräsident hat ihn gebraucht, Bundestagspräsident Schäuble hat sogar noch bekräftigt, wie stolz er sei, dass «die Bundesregierung sich in der Pandemie für einen europäischen und nicht für einen nationalen Weg entschieden» habe. Und die Kanzlerin? Von der weiss man ohnehin, wie sie denkt: Kein deutscher Alleingang – auf keinen Fall.

Deutschland hat bei der Impfstoffbeschaffung auf Europa gesetzt und hat seine Gründe dafür. Aber der apodiktische Ton, der sofort wieder aufkam, verrät, dass es nicht nur um die Corona-Pandemie geht, sondern auch um die eigene Geschichte. Das Nationale bleibt den Deutschen suspekt, selbst in der Krise. Umso überraschender ist der plötzliche Ruf nach einer «nationalen Kraftanstrengung». Doch er verhallt wie in einem leer geräumten Raum.

Worin soll das Nationale denn noch bestehen, wenn man sich von der Nation schon längst verabschiedet hat? Man schien sich doch einig: Die Welt ist global. Die Wirtschaft kennt keine Grenzen, und der Klimawandel bedroht uns alle. Selbst unsere Geschichte wird inzwischen transnational geschrieben, und die Gesellschaft ist ohnehin multikulturell.

## «Wiedererfindung der Nation»

Wo bleibt da die Nation? Im permanenten Modernisierungs- und Postmodernisierungsdiskurs (Ulrich Beck sprach von der zweiten Moderne) hat der Begriff schon lange nichts mehr zu suchen. Oder wie die vielfach ausgezeichnete Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann jetzt beklagt: Er wurde einfach beiseitegeräumt.

Das scheint sich inzwischen zu ändern. Die Zweifel an der schönen, neuen und von allen historischen Schlacken befreiten Welt sind grösser geworden, die Verlustraten unübersehbar. Der Blick geht plötzlich wieder zurück, und er fällt nicht ganz grundlos auf die Nation und die Möglichkeit ihrer Wiedererfindung.

Es ist nicht die beste Zeit für eine solche Rückbesinnung. Die Gründung des Bismarck-Reichs jährt sich zum 150. Mal. Nach gängiger Lesart war das der Anfang vom Übel. Der Rest dieser Ära ist unter Pickelhauben verschwunden. Man reibt sich die Augen, was da wieder hervorgekramt wird. Differenzierte Ansichten gelten als revisionistisch. Der Vorwurf einer entsprechenden Agenda klingt durch. Der Marburger Historiker Eckart Conze hat ihn jüngst wieder erhoben.

Ausgerechnet jetzt über die «Wiedererfindung der Nation» nachdenken zu wollen, wirkt irgendwie halsbrecherisch. Doch Aleida Assmann tut es mit grosser Gelassenheit. Man wird ihr das durchgehen lassen. Denn nirgendwo in ihrem neuen Buch findet sich eine Stelle, die sinistres Denken verrät. Ihr Appell kommt eben nicht aus der rechten Ecke. Sie steht mitten im Denken unserer Zeit. Das macht ihr Buch so besonders.

Natürlich beginnt die Wissenschaftlerin Assmann mit einer eher akademischen Debatte und wirft den Modernisierungstheoretikern Geschichtsblindheit vor. Und der Titel ihres Buches spielt mit einem Klassiker der Nationenforschung frei nach dem Motto, was man erfinden kann, lässt sich auch wiedererfinden. Zumal alle, die Benedict Andersons berühmtes Buch über die «Erfindung der Nation» nicht wirklich gelesen haben, der Meinung sind, es handele von einer Fiktion.

Doch die Nation, das muss uns der unvoreingenommene Blick um unser eigenes Land herum lehren, ist ein Faktum geblieben. Überall, ausser in Deutschland, gilt die Nation als Erfolgsmodell. Man möchte fast spotten: Noch nie war sie so erfolgreich wie heute.

Als die Sowjetunion vor drei Jahrzehnten zerbrach, entstanden aus ihren Trümmern umgehend die alten Nationen wieder. Jenseits der alten Demarkationslinie waren sie plötzlich wieder Realität, diesseits hat man sie für eine Erfindung gehalten. Die Modernisierungstheoretiker – wie Assmann sie nennt – haben den Ländern Osteuropas daraufhin ihre Rückständigkeit vorgeworfen. Das Gleichzeitige des Ungleichzeitigen hat schon Ernst Bloch tief besorgt. Auf das Verschwinden der Nationen wartet man freilich bis heute.

## Ursprünglich eine egalitäre Idee

Aleida Assmanns Urteil in dieser Sache fällt gnadenlos aus. Sie empfindet die Blindheit gegenüber dem Nationalen als intellektuelle Blamage. Anfang der achtziger Jahre habe man den Begriff der Nation endgültig «eingefroren», schreibt sie, und durch fortgesetztes Ignorieren in der wissenschaftlichen Forschung «erfolgreich abgeschafft». Das war ungefähr die Zeit, als das berühmte Dreigestirn der modernen Nationenforschung, Benedict Anderson, Eric Hobsbawm und Ernest Gellner, die Nation zum Konstrukt erklärte und ihre Tradition als erfunden, woraus jener akademische Gassenhauer geworden ist, den heute fast jeder ungeniert pfeift.

Was Aleida Assmann für eine akademische Debatte hält, ist in Wahrheit eine politische. Die Ablehnung der Nation hat ihre eigene Geschichte. Für den orthodoxen Marxismus war die Ökonomie auf der Suche nach dem grösseren Markt – sehr viel mehr gab es zur Nation nicht zu sagen. Diese Leerstelle in der eigenen Denktradition hat die kritische Linke immer beunruhigt, und sie hat auch versucht, sie zu füllen.

Aber die Erkenntnis, dass die Nation ursprünglich eine demokratische, eine egalitäre Idee war, blieb unter den schrecklichen Trümmern ihrer Geschichte verschüttet. Der Nationalismus als Ideologie, hat der weise Henning Ritter einmal bemerkt, sei bis heute «das grösste Hindernis geblieben, das dem Nachdenken über die Nation entgegensteht». Aber Assmann argumentiert nicht historisch. Auch demokratiegeschichtliche Fragen stehen bei ihr eher am Rand. Ihr Interesse an der Nation ist kultureller Natur oder – wenn man so will – kulturwissenschaftlich. Sie sieht die Nation als eine kollektive Erinnerungsform mit einem eigenen kulturellen Gedächtnis.

## Was Luthers Thesenanschlag betrifft

Das ist nicht sehr weit entfernt von Andersons Konzept der Nation als eine «imaginierte» Gemeinschaft. Denn was ist ein Erinnerungsort anderes als die auskristallisierte Vorstellung von nationaler Bedeutung? Man kann auch sehr viel schlichter von Geschichtsmymthen reden. Wir haben uns angewöhnt, diese immerfort zu entzaubern. Aber damit ist ihre historische Bedeutung und Geschichtsmächtigkeit noch lange nicht erklärt.

Historisch wird auch die Art und Weise, wie etwas erinnert wird. Aleida Assmann hat das einmal sehr schön an Luthers berühmtem Thesenanschlag erläutert, den es so, wie er überliefert wurde, wohl gar nicht gab. Trotzdem ist daraus ein nationaler Erinnerungsort geworden, der zum Entsetzen vieler Kirchenhistoriker bis heute nachwirkt. Das Reformationsjubiläum 2017 hat den imaginären Hammer jedenfalls flugs zu seinem Symbol gemacht.

## Endpunkt der deutschen Geschichte

Man muss den Vorwurf an Assmann, fahrlässig den Revisionismus zu bedienen, fast schon erwarten. Aber man täte ihr bitter unrecht. Sie nimmt ganz bewusst zum Ausgangspunkt ihres Denkens den Endpunkt der deutschen Geschichte, jene vollständige Niederlage also, aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Reinhart Koselleck hat vor vielen Jahren auf das «unausschöpfbare Potenzial des Erkenntnisgewinns» hingewiesen, das im Besiegtsein liege. In aller Vorsicht könnte man sagen, darin liegt auch die einzig denkbare, die einzig zulässige Begründung für ein Wiedererfinden dieser Nation. Von einer Schicksalsgemeinschaft zu reden, verbietet sich schon von selbst.

Es ist schade, dass Aleida Assmann ihren Faden am Ende verliert. Denn nirgendwo hätte sie die Abkehr vom Nationalen präziser beschreiben können als am Widerstand gegen die Wiedervereinigung. Wir haben vielleicht schon vergessen, mit welcher Ablehnung und Verachtung gerade die westdeutschen Intellektuellen auf sie reagierten.

Das böse Wort von der Schadenabwicklung machte damals die Runde. Daran hat sich nicht viel geändert, obwohl ein gewisser Gewöhnungseffekt eingesetzt hat. Doch seit drei Jahrzehnten wabert die Kritik an der Einheit; seit drei Jahrzehnten wird versucht, sie zumindest ideologisch rückabzuwickeln. Was einmal ein grosser Befreiungsakt war, erscheint in der Rückschau als Niederlage. Aus der Freiheitsgeschichte der Ostdeutschen ist eine Zumutungsgeschichte der Einheit geworden. Aleida Assmann übernimmt diese Sichtweise weitgehend ungeprüft, obwohl sie an anderer Stelle schon fulminant widersprach. In der Auseinandersetzung mit dem Grossdenker Ivan Krastev hat sie das Enttäuschungsparadigma entschieden zurückgewiesen, das dafür herhalten muss, die Spaltung Europas spektakulär zu begründen.

## Selbsterfindung der Ostdeutschen



Man wird den Stimmungsumschwung im Osten nicht allein aus materiellen Umständen heraus erklären können. Die Selbsterfindung der Ostdeutschen ist eine direkte Folge des Ausbleibens der Nation. Wir haben immer auf die wirtschaftlichen Vorteile geblickt, auf das Wohlstandsgefälle und die ungleiche Verteilung von Chancen. Wir haben von verlängerten Werkbänken geredet und der Zerstörung vertrauter Strukturen. Das ist alles richtig und wahr und nicht von der Hand zu weisen. Aber wahr ist auch, dass damals zwei verschiedene Erinnerungsräume aufeinandertrafen, die nicht mehr sehr viel miteinander verband. Das ist erst nach dem Mauerfall sichtbar geworden.

Was Ost und West damals trennte, war nicht nur das Wohlstandsgefälle. Zwischen den beiden Teilen des Landes stand auch ein magisches Datum, das sich im Gedächtnis der Menschen gänzlich verschieden eingebrannt hat. Das Jahr 1968 erlebte der Westen als Aufbruch; es wurde der demokratische Gründungsmythos der Westrepublik. Im Osten hingegen ist es als Jahr des Einmarschs der Sowjetunion in die Tschechoslowakei in Erinnerung geblieben. Die Niederlage der sozialistischen Idee war besiegelt. Das geteilte Erbe von 1968 wirkt nach.

Es gibt nicht wenige Beobachter im Westen, die an der vermeintlichen Rückkehr Ostelbiens in die deutsche Geschichte verzweifeln, die all das in Gefahr sehen, was zum transnationalen Standard des Westens gehört. Man kann es aber auch anders sehen: Die Ostdeutschen haben sich damals auf den Rückweg in die Nation gemacht und sind dort niemals mehr angekommen.

Dreissig Jahre nach dem Mauerfall und dem Entstehen der Einheit lernt auch der Westen, dass es die alte eingehegte Bundesrepublik nicht mehr gibt; dass ein grösseres Land entstanden ist, das dringend eine Idee von sich braucht. Und dass eine gewaltige Leerstelle existiert, die sich mit politischem Unrat zu füllen beginnt. Vielleicht ist es genau jetzt an der Zeit, die eigene Nation wieder neu zu erfinden, um wenigstens den Begriff aus der rechten Rumpelkammer zu holen. Dieses Land braucht eine Vorstellung davon, wie es gelingen kann, sein schwieriges Erbe mit der Hoffnung all derer zu verbinden, die in Deutschland ihre neue Heimat gefunden haben. Es geht um die liberale Idee dieser Nation, um ihre Wiederbegründung. Wenn heute von einer nationalen Kraftanstrengung die Rede ist, wäre es gut, wenn diese Hoffnung wenigstens durchschimmern würde.

Aleida Assmann: «Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen». Verlag C. H. Beck, München 2020. 334 S., Fr. 28.90.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 11 février 2021 - 20:20 UTC +01:00 356 mots

# Islamo-gauchisme: «Idiots utiles du djihad»

**L'éditorial du *Figaro* , par Vincent Trémolet de Villers.**

S'il n'y avait que l'islamisme! La volonté de conquête d'un groupe organisé. Ce serait oublier le climat de complicité intellectuelle et morale dans lequel les soldats d'Allah poussent leur avantage. Les points d'appui doctrinaux dont ils profitent dans la sphère médiatique, intellectuelle, universitaire. Un mot le résume: domination. Celle qu'exerce forcément de façon ancestrale l'enfant du capitalisme, du christianisme, l'ami d'Israël. Celui-là est intrinsèquement coupable. Son adversaire, donc, même agressif, même radical, même terroriste, bénéficiera de la bienveillance que l'on doit aux damnés de la terre. On cherchera une soif de justice dans sa violence, la trace d'une faute dans celui qui la subit.

Le gauchisme d'hier a changé de peuple. Il a trouvé dans l'islam un prolétariat de substitution, une force qui va... *«Il n'était pas besoin d'être voyant pour constater que la religion ne constituait pas une forme de compromis, mais bel et bien une force: celle qui pouvait faire soulever un peuple non seulement contre le souverain et sa police, mais contre tout un régime, tout un mode de vie, tout un monde»* , écrit Michel Foucault en 1979 à propos de la révolution iranienne. Les djihadistes peuvent donc compter sur leurs compagnons de route...

Nul besoin de talibans pour dynamiter les statues quand, au nom de telle ou telle minorité, de beaux esprits appellent à déboulonner les hautes figures du patrimoine artistique, musical, littéraire, historique. Pourquoi les fous d'Allah s'épuiseraient-ils à faire taire nos cloches quand ils peuvent compter sur ces élus Insoumis qui luttent contre le «séparatisme catholique», ce député de la majorité qui interroge le consentement des premiers communiantes? À quoi bon continuer de terroriser ceux qui par la plume, le dessin, le verbe défendent la liberté d'expression puisque des patrouilleurs de la diversité traquent la première infraction au code de bonne conduite? Abattre la République? Tendez l'oreille: les idiots utiles du djihad s'en chargent à merveille.

**Le Figaro (site web)**

jeudi 11 février 2021 - 17:56 UTC +01:00 1434 mots

Actualité ; Société

# Ces syndicats étudiants qui pactisent avec les mouvements islamistes

Bordas, Wally

**ENQUÊTE - L'Unef, notamment, se rapproche depuis plusieurs années d'un mouvement désigné par certains comme «une antenne satellite des Frères musulmans français».**

« Dans les universités françaises, l'islamo-gauchisme est immanent. » Gilles Denis, maître de conférences à la fac de Lille et membre du collectif Vigilance universités, dont le but est de lutter contre le racisme et l'antisémitisme à l'université, dresse un constat sans appel. «Le nombre d'événements qui attestent d'une montée de l'islamisme à l'université a augmenté ces dernières années, et la sympathie de certains mouvements de gauche pour cette cause n'y est pas étrangère», estime-t-il.

Il est vrai que les polémiques sur ces sujets sont légion ces dernières années dans les universités françaises. C'est par exemple le cas en janvier 2018, lorsque le syndicat Solidaires étudiants demande l'annulation d'une représentation théâtrale d'un texte de Charb intitulé «*Lettre aux accrocs de l'islamophobie qui font le jeu des racistes*». Même constat en 2019, lorsque la présidence de l'université Paris I Panthéon Sorbonne annule sa formation de «*prévention de la radicalisation*», après avoir été accusée de stigmatiser les musulmans. Ou encore, la même année, lorsque la pièce de théâtre *Les Suppliantes*, d'Eschyle, est annulée à Sorbonne Université, après que les comédiens ont été empêchés de rentrer dans l'amphithéâtre par des activistes et des étudiants reprochant au metteur en scène de grimer ses comédiens en noir et l'accusant de «*propagande coloniale*».

## Thèses intersectionnelles

Selon Olivier Vial, président du syndicat étudiant UNI, tout a commencé en 2003, lors des manifestations mondiales contre la guerre en Irak. «*C'est à cette période que des organisations de gauche et d'extrême gauche ont commencé à se rapprocher des mouvements communautaires islamistes, y compris dans le monde étudiant*», explique-t-il.

Dans les années qui suivent, les cadres de l'UNI constatent une «*très forte montée revendicatrice sur les campus*» avec l'essor de quelques mouvements communautaires, comme les Étudiants musulmans de France (EMF). À cette époque, la Fédération des associations générales étudiantes (Fage), deuxième syndicat étudiant, s'allie avec l'EMF, dans certaines villes, pour les élections des représentants d'étudiants au conseil d'administration du Centre national des œuvres universitaires et scolaires (Cnous). «*À ce moment-là, l'Unef, très à cheval sur la laïcité, a condamné ces listes communautaires. Désormais, ce sont eux qui leur font la courte échelle*», atteste le président de l'UNI.

Ces dernières années, l'Unef a perdu sa suprématie dans l'enseignement supérieur français au profit de la Fage. Le célèbre syndicat étudiant de gauche a donc été obligé de nouer des alliances pour continuer de peser. Et son discours s'est souvent radicalisé. Paul Melun, ancien président de l'Unef à Sciences Po Bordeaux, a observé l'évolution idéologique de son syndicat. «*En quelques années, il y a eu un effondrement de la pensée critique. Notre organisation a arrêté de défendre les étudiants et s'est mise à épouser des thèses intersectionnelles en voulant porter secours à d'hypothétiques minorités. Quand je voulais débattre de méritocratie, d'égalité des chances, de culture, on me disait: "Parlons plutôt d'un vrai sujet: le voile". On me mettait la pression pour que j'organise des réunions non mixtes*», décrit le jeune homme qui a finalement décidé de quitter le mouvement.

Raphaël, ancien militant du syndicat, a lui aussi vu la ligne de son organisation changer au cours des dernières années. Il détaille: «*À longueur de journée, j'entendais des discours sur l'islamophobie et sur le racisme. Dès que je ne suivais pas la ligne de l'Unef, peu importe le sujet, on me ramenait à mon origine, en me disant que, comme j'étais Juif, j'étais pour Israël, et donc pour Netanyahu. Mes camarades tenaient un discours pro-Tariq Ramadan, pro-Dieudonné. Lors d'élections locales, je me rappelle*

*même avoir vu certains de mes collègues aller parler en arabe à certains étudiants d'origine maghrébine pour les pousser à aller voter.»*

Si elle ne reconnaît pas les membres de son organisation dans de tels propos, la présidente de l'Unef, Mélanie Luce, admet que son organisation *«a approfondi ses réflexions sur la question du racisme»*. Selon elle, la question des discriminations est *«de plus en plus importante»* pour les jeunes et, notamment, pour la communauté maghrébine. *«Ce qui ne nous empêche pas de continuer notre combat contre la précarité étudiante»*, rappelle-t-elle.

Il n'empêche que, ces dernières années, dans plusieurs universités, l'Unef s'est rapprochée des Étudiants musulmans de France. C'est par exemple le cas à Lyon 3 ou dans d'autres établissements, où les deux organisations ont fait liste commune pour les élections étudiantes. C'est également le cas à Orléans, où des adhérents de l'EMF, interdits de locaux et de subventions par leur établissement car ne respectant pas le principe de laïcité, ont été accueillis pendant plusieurs mois au sein des locaux de l'Unef. Une université dans laquelle les Étudiants musulmans de France ont même réussi à obtenir un siège au conseil d'administration de leur établissement en 2018. *«Ils se sont présentés sous une autre étiquette et nous n'avons pas pu nous y opposer»*, se remémore Ary Bruand, qui était le président de l'université d'Orléans. À deux reprises, il leur avait refusé le statut d'association étudiante.

Cette organisation, créée en 1989, est implantée dans 26 établissements d'enseignement supérieur, chacun dans une ville universitaire. Officiellement, elle propose des actions culturelles, sociales et syndicales, comme nombre d'associations étudiantes. *«Nous organisons des distributions de colis alimentaires ou des actions culturelles comme des conférences, des projections de films, des voyages»*, détaille la présidente, Hania Chalal. En réalité, cette association aurait un tout autre but: réislamiser les jeunes musulmans de France. *«L'EMF est une antenne satellite des Frères musulmans français. Cette organisation a été créée par les islamistes politiques pour occuper le terrain étudiant. Ils veulent investir tous les champs de la société, et la jeunesse est le nerf de la guerre»*, affirme le militant universaliste et laïque Naëm Bestandji, qui a enquêté sur le sujet.

Des liens avec les Frères musulmans

Une accusation que confirme Mohamed Louizi, ancien cadre de l'Union des organisations islamiques de France (UOIF). L'essayiste, qui a fait partie des Frères musulmans pendant plusieurs années, a également été un cadre de l'EMF. *«Cette association étudiante, qui peut ressembler à bien des égards à de nombreuses organisations, est en réalité le bras des Frères musulmans à l'université. Ces établissements sont des laboratoires d'idées: tous les débats que l'on voit aujourd'hui au sujet de la laïcité, du voile, toutes les revendications communautaristes prônées par les Frères musulmans ont déjà été abordés dans des congrès étudiants dans les années 1991-1992»*, explique Mohamed Louizi.

Lorsqu'il en était membre, l'association organisait régulièrement des conférences-débats avec diverses personnalités de l'islam politique comme Tariq Ramadan. Des événements ouverts à tous, qui permettent d'attirer de nouvelles recrues. *«Grâce à cela, ils arrivent à trouver des jeunes motivés qui peuvent ensuite eux aussi faire du prosélytisme dans les facs»*, explique-t-il.

Des liens avec les Frères musulmans que l'actuelle présidente de l'EMF ne nie qu'à moitié. *«C'est un peu réducteur de nous étiqueter aussi facilement sous prétexte que nous sommes d'inspiration musulmane»*, répond-elle.

Gilles Denis, de Vigilance universités, a vu des mouvements de ce genre se multiplier ces dernières années dans les établissements d'enseignement supérieur. *«Les racistes ou partisans de la tendance décoloniale par exemple, de plus en plus nombreux dans les universités, sont aussi aveugles ou sympathisants à l'islamisme. Et les présidents d'universités, qui devraient réagir fermement, font preuve d'une cécité ou d'une crainte d'être taxé de raciste ou d'antimusulman»*, lance-t-il.

Une crainte que confirme ce chef d'établissement. *«Nous sommes souvent obligés de céder sous la pression de ces groupes, qui ont l'opinion publique avec eux»*, concède-t-il. Et de conclure: *«Il y a de plus en plus de sujets explosifs, qui divisent notre communauté. Souvent, je préfère ne rien dire, laisser passer, car je ne veux pas avoir de problèmes.»*

**Le Figaro (site web)**

jeudi 11 février 2021 - 20:02 UTC +01:00 2759 mots

Vox ; Vox Monde

# Un islam des Lumières européen est-il un doux rêve ou une bonne idée?

Mandeville, Laure

**FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Mouhanad Khorchide, théologien et conseiller informel de Sebastian Kurz et Bernard Haykel, professeur à l'université de Princeton débattent de la pertinence de travailler à créer un Islam européen des Lumières, comme le souhaite le président de la République. Leurs réponses divergentes illustrent la complexité du sujet et les différences d'approches entre les deux rives de l'Atlantique.**

**LE FIGARO. - Le gouvernement français discute actuellement un projet de loi sur le séparatisme qui vise à combattre la construction, au cœur de la France, d'une contre-culture islamiste incompatible avec les valeurs de la République française. Comment caractériser le défi de l'islamisme pour l'Occident?**

Mouhanad KHORCHIDE. - L'islamisme est une idéologie de domination qui vise à façonner et organiser la société sur la base de valeurs que ses avocats disent «islamiques», mais qui contredisent les principes constitutionnels démocratiques et les droits de l'homme. Il s'agit donc d'une idéologie antidémocratique, qui tend à l'absolutisme. Ce n'est pas seulement une simple interprétation de l'islam pratiqué de manière privée par ses adhérents, mais un mouvement qui cherche activement l'abolition de nos valeurs de liberté et de démocratie. L'islamisme voit l'islam non pas seulement comme une religion de spiritualité et d'éthique, mais comme une déclaration de guerre politique contre tout ce qui ne rentre pas dans son schéma islamiste. En fonction des moyens que l'islamisme utilise, on peut distinguer entre l'islamisme militant, ou djihadisme, et islamisme non militant, qu'en Autriche nous appelons islam politique. Pour ces deux variantes de l'islamisme, l'Ouest est l'ennemi juré.

Bernard HAYKEL. - La liberté de parole et de conscience est protégée par la Constitution américaine. Nous avons aujourd'hui des groupes gauchistes aux États-Unis, qui appellent à instaurer des obstacles à la liberté d'expression au nom de la justice sociale - ce que nous appelons le «wokisme». Beaucoup d'entre nous jugent cet effort inacceptable. Mais pour la même raison, j'estime inacceptable que l'État veuille placer des contraintes sur la liberté d'expression, même celle d'idées odieuses. On ne peut se débarrasser des idéologies par des actes législatifs. La question qui se pose est donc de savoir pourquoi la loi française actuelle n'est pas suffisante pour gérer la menace posée par l'islamisme militant. Pourquoi avoir besoin d'une nouvelle loi pour protéger les valeurs républicaines? La loi existante sur la laïcité pénalise le prosélytisme qui emploie la coercition et cela devrait être suffisant pour poursuivre les islamistes qui violent la loi. L'approche américaine de lutte contre le djihadisme vise à agir par l'action policière et les poursuites judiciaires, pas par la criminalisation du discours ou de la pensée. De plus, les Américains voient l'islamisme comme un phénomène global, qui ne peut être confiné à un pays ou un continent. Ce qu'un prêcheur dit au Pakistan ou au Yémen peut avoir des répercussions partout. Cela veut dire qu'essayer de contenir l'idéologie de l'islamisme en fonction de la géographie n'a pas de sens! Le djihadisme présente un danger pour toutes les sociétés, musulmane, arabe, européenne, américaine, et il n'y a aucune solution facile au défi qu'il pose. Il doit être géré et contenu, plutôt qu'éliminé une fois pour toutes. L'instrument le plus efficace est le débat ouvert.

**Durant un récent forum du réseau Elnet, beaucoup d'experts ont souligné que pendant des années, l'attention s'était concentrée sur les djihadistes violents et non sur le contexte idéologique créé en Occident par la propagation des réseaux des Frères musulmans et d'autres mouvements radicaux. Avons-nous omis l'essentiel?**

M. K. - L'islamisme militant est visible. Les bombes explosent, des gens sont brutalement assassinés. Cela nous bouleverse. L'islamisme non militant, en contraste, est silencieux. Ses représentants, tels que les Frères musulmans, se disent contre la

violence et la terreur, dans leurs interventions publiques. Souvent, ils sont même impliqués dans la déradicalisation, car ils ont pu se présenter en musulmans modérés. Beaucoup de politiques, d'experts, s'y sont laissé prendre. Mais ces deux faces de l'islamisme poursuivent des buts similaires et utilisent des idéologies similaires même si les méthodes diffèrent partiellement. Jusqu'ici, nous nous sommes surtout préoccupés de l'extrémisme violent et de la radicalisation des jeunes musulmans nés en Europe. On avait assuré qu'ils étaient intégrés et les recherches ont donc porté sur les causes sociales, politiques et psychologiques de la radicalisation. Trop peu de travaux ont réfléchi à la base idéologique de ce phénomène. Il faut changer de paradigme. Car les politiques européens ne se réveillent que lorsque la violence apparaît, alors que les Frères musulmans et d'autres organisations ont formé des structures établies qui répandent une idéologie dangereuse.

B. H. - L'islamisme conçoit l'islam comme une idéologie politique aux buts spécifiques, comme la mise en œuvre de la loi islamique. C'est aussi un produit du monde moderne qui a emprunté des idées et pratiques à une variété de sources, y compris le communisme et le fascisme, tout en interprétant sélectivement les traditions prémodernes de la théologie islamique. En d'autres termes, l'islamisme a une généalogie intellectuelle complexe et une histoire particulière. Cette dernière est notamment liée à la guerre froide, et au fait que les États-Unis, en coopération avec les gouvernements d'Arabie saoudite, du Pakistan et de l'Iran (après 1979), ont promu l'islamisme comme contrepoids au communisme. L'islamisme est imbriqué dans les politiques du siècle dernier.

Les Frères musulmans, qui sont devenus actifs en Europe à partir des années 1960, ont été chaperonnés par des agences de renseignement occidentales comme la CIA. Le djihadisme qui cible l'Occident peut donc être vu comme l'une des conséquences non voulues de la mobilisation de l'islam comme idéologie politique dirigée contre le communisme. Avec la fin de la guerre froide, l'islamisme ne demeurera sans doute pas à terme une idéologie de résistance dynamique et attractive. En fait, elle est très affaiblie et ses jours sont probablement comptés. Bien sûr, il faudra plusieurs années pour que cela se produise, mais sans le soutien financier des gouvernements, qui, désormais surveillent et traquent avec vigilance les islamistes de tous bords, l'islamisme devrait finir par s'éteindre. Il est notable qu'à l'exception du Qatar, les pétro-États du Golfe ont stoppé leurs contributions financières aux islamistes. Alors que l'attraction de l'islamisme diminue, nous observons en revanche l'émergence d'un nationalisme populiste autoritaire, notamment en Arabie saoudite. Il reste à se demander si les fortunes de l'islamisme pourraient être relancées sous l'influence de la nouvelle guerre froide qui se dessine entre la Chine et les États-Unis, comme instrument idéologique de lutte contre Pékin.

#### **Mouhanad Khorchide, êtes-vous d'accord avec la prédiction de Bernard Haykel, sur l'extinction prochaine de l'islamisme?**

M. K. - Je vois les choses différemment. Il est vrai que pendant la guerre froide des pays comme les États-Unis et l'Arabie saoudite ont promu l'islamisme. Mais les djihadistes et les islamistes d'aujourd'hui ne dépendent plus des États. Daech en est le meilleur exemple. Les récentes attaques terroristes en Europe montrent que le phénomène de l'islamisme n'a en aucun cas diminué après la guerre froide, qui a cessé il y a trente ans! Même si des pays comme l'Égypte et l'Arabie saoudite s'opposent aux Frères musulmans aujourd'hui, ils ne mènent pas ce combat avec la même intensité face aux salafistes. Ce sont seulement les Frères musulmans qui sont perçus comme un défi dans ces pays, et ils sont tellement combattus qu'ils fuient vers l'Europe. Ainsi, c'est ici, en Europe, qu'ils ont développé des réseaux solides et sont mieux organisés qu'ils ne l'ont jamais été. De ce point de vue, je ne suis pas optimiste sur la fin de l'islamisme. Aujourd'hui, de nouveaux acteurs et de nouvelles constellations que nous ne pouvons ignorer ont émergé. Je ne vois pas non plus la moindre réforme théologique sérieuse dans les pays islamiques. Pour l'instant, j'observe seulement un agenda politique dans certains pays arabes qui modernisent leur façade, mais sans concepts théologiques clairs qui seraient soutenus par les théologiens visant à établir des alternatives à l'islamisme. Nous ne devons pas oublier non plus les développements alarmants que nous voyons en Turquie aujourd'hui.

#### **Justement, l'idée d'une réforme théologique de l'islam visant à faire émerger un islam des Lumières a été évoquée par le président de la République, Emmanuel Macron. Est-ce une idée importante, ou un rêve naïf?**

B. H. - Les gouvernements occidentaux n'ont pas de légitimité pour participer aux débats sur la nature de la foi islamique. S'ils le faisaient, ils délégitimeraient tout argument qu'ils voudraient défendre. L'interférence est une mauvaise idée. Les gouvernements musulmans, qui ont plus de poids sur ces sujets, prennent part au débat sur la nature de l'islam, avec des résultats mitigés. À l'heure actuelle, nous voyons l'Arabie, l'Égypte et les Émirats arabes unis tenter de promouvoir des programmes anti-islamistes. Cela aura des répercussions mais l'Europe est d'une certaine manière un témoin extérieur à ces dynamiques et ses communautés musulmanes sont influencées par ce qui se passe au cœur du monde musulman. Travailler à intégrer les musulmans d'Europe est sans doute la meilleure réponse de long terme pour contenir la radicalisation. Par ailleurs, les analogies qui sont menées entre l'histoire européenne sur les Lumières et la question de l'islam aujourd'hui sont problématiques. Les Lumières ont été le produit d'un long processus, qui a inclus la Réforme et est intervenu au terme d'une période de grande violence qui a fait des millions de morts pendant les guerres de Religion. Ce n'est pas quelque chose qu'il faut souhaiter. De plus, les débats sur



l'interprétation des textes islamiques représentent un phénomène global qui ne peut être confiné à l'Europe. Cela dit, oui, il est important que des voix européennes musulmanes participent à ces débats.

M. K. - Je suis conscient du fait que nous avons en Europe des sociétés sécularisées dans lesquelles l'État n'interfère pas dans les intérêts religieux des communautés. Pourtant, l'islam se trouve aujourd'hui au même niveau que l'Église catholique avant les Lumières. Et nous savons que l'Église ne s'est pas modernisée d'elle-même! En Autriche, c'est l'empereur Joseph II qui a, plus qu'aucun autre, dû gérer les problèmes religieux dans une certaine direction. Aujourd'hui, on parle du «josphisme» comme de la principale source des Lumières catholiques. Il serait donc très naïf d'attendre que l'islam change de lui-même, dans la mesure où ce sont les musulmans qui l'interprètent et parlent en son nom. Ils sont les enfants du contexte dans lequel ils vivent. Si ce contexte change, leur vue de l'islam changera. L'État doit donc faire en sorte que le cadre dans lequel les musulmans interprètent l'islam change. L'État ne doit pas observer passivement, il doit donner une impulsion. Cela inclut la création d'institutions de formation des imams en France, de programmes permettant aux jeunes musulmans de s'instruire sur leur religion, et de nombreuses activités numériques permettant d'atteindre les jeunes gens et de leur inculquer une image «éclairée» de l'islam. Nous n'avons pas seulement besoin d'actions individuelles, mais d'un discours construit sur l'islam des Lumières.

L'État doit travailler avec les musulmans qui vont dans cette direction. L'islam est aujourd'hui pris en otage dans de nombreux pays islamiques, notamment la Turquie, par des agendas politiques qui visent à faire des croyants des êtres soumis. Les gouvernements d'États comme la France cherchent au contraire la libération des individus, ce qui explique pourquoi, en tant que théologien musulman, je vois positivement certains mécanismes de contrôle allant dans le sens des valeurs démocratiques fondamentales. En Europe, nous avons la grande chance de pouvoir créer une alternative à cet islam abusif que les dictatures moyen-orientales instrumentalisent, en promouvant un islam de liberté, d'amour et d'humanité. Nous ne gagnerons la bataille contre l'islamisme qu'en établissant une alternative. Les musulmans doivent apprendre à comprendre leur religion comme faisant partie de l'Europe. Pour ce faire, ils doivent s'identifier avec les valeurs de liberté et de démocratie, mais il leur faut un espace intellectuel pour pratiquer une théologie moderne. L'État doit fournir de telles institutions de recherche. En Autriche, nous avons ce même problème, mais avec deux différences majeures, qui nous donnent un certain avantage. D'abord, la majorité des musulmans ont une origine turque, et non arabe. Or, l'islam arabe est plus conservateur que l'islam turc, même si les développements politiques récents de la Turquie sont inquiétants. Le deuxième avantage vient de ce que nous fournissons une éducation religieuse dans les écoles publiques, et notamment sur la théologie islamique. Il y a aussi plusieurs universités qui donnent cette opportunité d'étude. Cela permet aux jeunes musulmans d'avoir une réflexion sur leur foi. Toutefois, la France comme l'Autriche souffrent de l'influence grandissante des Frères musulmans. En juillet 2020, l'Autriche a créé un Centre de documentation sur l'islam politique, sous la direction de la ministre de l'Intégration, Susanne Raab. C'est une institution scientifique qui a pour but d'étudier l'islamisme non militant. Les islamistes essaient de peindre cette politique comme une attaque contre l'islam lui-même. Mais c'est faux, bien sûr. Le gouvernement autrichien s'est emparé de ce problème avec beaucoup de courage.

**Les islamistes, en alliance avec une partie de la gauche anti-raciste et plusieurs journaux américains libéraux, ont défendu la thèse selon laquelle la France avait été frappée par les terroristes islamistes parce qu'elle est systématiquement raciste et sujette à l'islamophobie. Que pensez-vous de ces accusations?**

MK: Le terme d'islamophobie est devenu un terme de combat de l'islam politique visant à établir l'idée selon laquelle les musulmans sont a priori des victimes. Beaucoup de gens de gauche qui manient ce concept ne comprennent pas que les islamistes pratiquent la victimisation par pure stratégie. Ils ne saisissent pas que pour les islamistes, ils sont seulement des «blancs» dont on exploite les sentiments temporairement mais qui restent des ennemis. Les islamistes veulent leur faire croire aux militants occidentaux anti-racistes que parce qu'ils sont blancs, ils sont privilégiés et responsables de tout. Mais ce chantage émotionnel ne permet pas d'identifier les vrais problèmes des communautés musulmanes. Vouloir cantonner les musulmans dans un statut de victime, c'est les priver de leur capacité à être des acteurs de leur destin. Si nous les musulmans ne sommes pas capables de nommer le problème de l'islamisme, ce sera fait par la nouvelle Droite qui le fera de manière inflammatoire et raciste, à son avantage. Seul un débat honnête et sans tabou permettra d'affaiblir à la fois les extrémistes de droite et les islamistes.

BH: J'ai écrit à ce sujet et défendu l'idée que les accusations formulées contre la France sont des mensonges éhontés. Certains journaux américains comme le New York Times ou le Washington Post, ont essayé d'imposer une fausse interprétation raciale des attentats jihadistes en France. Ce faisant, ils ont délibérément ignoré la culture spécifique et l'activisme des mouvements islamistes radicaux ainsi que leur histoire. Utiliser le concept de racisme systémique pour expliquer les attentats est aussi une manière de cacher la complicité de l'Amérique dans la promotion de l'islamisme pendant la guerre froide et le rôle que l'invasion de l'Irak, par exemple, a joué dans la radicalisation des musulmans. Ce qui est le plus irritant est que ces arguments reproduisent les arguments des jihadistes sur la France et sur l'Occident. Cette complicité est amoralisée et basée sur des faux postulats.

**Le Figaro, no. 23788**

Le Figaro, vendredi 12 février 2021 939 mots, p. 18

Débats

## Affaire Olivier Duhamel, livre de Vanessa Springora : où sont les pères ?

Hargot, Thérèse



*La sexologue et essayiste\* voit dans le livre de Camille Kouchner, La Familia grande, une « bombe qui détruit nombre d'idées de la révolution sexuelle », en montrant l'ambiance déletère d'une famille libertaire où le père est absent. Et cette absence, on la constatait aussi dans le témoignage de la victime de Gabriel Matzneff.*

*La Familia grande n'est pas un livre sur l'inceste. C'est un livre qui interroge les mécanismes du silence qui entourent un inceste dans une famille. Nuance. Et pas de n'importe quelle famille, il s'agit de celle de Camille Kouchner, fille de Bernard Kouchner, médecin et ancien ministre, et d'Evelyne Pisier professeur de droit, ainsi que belle-fille d'Olivier Duhamel, le célèbre politologue ; une famille dans laquelle nul ne peut feindre d'ignorer la loi. L'auteure de *La Familia grande* est le témoin, pas la victime. Le sujet, c'est l'omerta. D'où le titre. D'où aussi mon questionnement : pourquoi, depuis la sortie du livre, se fourvoie-t-on à parler des violences sexuelles au sein des familles sans parler des raisons du silence ?*

L'inceste, c'est l'interdit qui fonde toutes les sociétés humaines, disait Claude Lévi-Strauss. Il s'agit de pratiques sexuelles entre des individus qui ont un lien de parenté biologique ou un lien juridique dans le cas des familles « recomposés ». Une distinction s'impose avec le viol, qui qualifie un acte sexuel imposé par la contrainte, sans le consentement. La pédocriminalité, quant à elle, qualifie un acte sexuel entre un adulte et un enfant. Ces distinctions posent la question de la pertinence du terme d'inceste pour qualifier les faits dans l'affaire Duhamel, pourquoi ne parle-t-on pas davantage de pédocriminalité puisque c'est de cela dont il s'agit, d'après les faits rapportés dans ce livre ? Peut-être, pour insister, une fois encore, sur le contexte familial. Car l'inceste est une affaire d'interdit, de limite, de règle morale. Or, l'interdit, c'est précisément ce que cette famille soixante-huitarde affirmée rejette par conviction idéologique : « Il est interdit d'interdire. » Les limites entre les parents et les enfants, il n'y en a pas. La règle morale, il n'y en a qu'une : « Jouissez sans entraves. » Et c'est là, il me semble, tout l'intérêt du livre. Camille Kouchner nous plonge dans l'intimité d'une famille où l'atmosphère libertaire règne en maître et l'inceste n'est pas seulement un fait, c'est un climat. Les détails abondent.

De la nudité des parents et de leurs amis exposée avec arrogance et provocation devant les enfants ( « *C'est avec les petites carottes qu'on fait les meilleurs ragoûts, ma fille !* » prévient Olivier Duhamel en laissant tomber son paréo, selon le récit de Camille Kouchner), à l'organisation par la mère du « déniement » de son fils, jeune adolescent, par une de ses amies de vingt ans son aîné, aux veillées l'été à imiter devant les adultes hilares des actes sexuels pour leur faire deviner le titre d'un film pornographique glissé à l'oreille de l'enfant, l'inquiétude de la mère exprimée à sa fille qu'elle soit encore vierge à 12 ans, les « pelles » roulées par des adultes aux enfants, ou encore la petite Camille qui masse, caresse les adultes, etc. C'est dans ce contexte particulier

qu'Olivier Duhamel aurait abusé sexuellement du fils de sa femme. Il n'y a aucun repère. Il n'y a d'ailleurs pas leur père, « Bernard » comme il demande à se faire appeler. Le grand absent. « *Tu dois le comprendre. Médecin, il a choisi de sauver les autres enfants. Pas les siens* » dit « Évelyne » à sa fillette.

Le plus intéressant dans ce récit, à mon sens, c'est la conviction qu'à ressenti Victor\*\*, le frère abusé, que l'acte sexuel imposé par son beau-père n'était pas juste. Et quand il raconte les faits à sa soeur jumelle, immédiatement et bien qu'ils ne soient encore que des adolescents, elle en est convaincue, elle aussi. La confusion qui régnait dans leur famille aurait dû les faire douter et ce d'autant plus qu'elle s'est fondée sur des idées élaborées par les intellectuels de l'époque. Ce qui signifie qu'une conscience morale existe, et qu'elle contredit l'idéologie.

Ce livre est une bombe. Il détruit nombre d'idées de la révolution sexuelle avec autant de puissance et de vérité que *Le Consentement* de Vanessa Springora. Les faits relatés sont insupportables, certainement. Alors certains ont appelé, sur les réseaux sociaux, à dénoncer les incestes dans les familles. Mettre immédiatement le focus sur ces pères, oncles, frères, cousins qui violent les leurs, puisque le problème existe. Réalité dramatique qu'il faut dénoncer, indéniablement.

Mais utiliser le témoignage d'une enfant élevée par des intellectuels d'une génération pour donner raison à Alice Coffin et ses disciples pour qui les hommes sont de tout temps des violeurs, en profiter pour augmenter la détestation des hommes au point qu'ils en arrivent à se détester eux-mêmes, est un contresens. Pour certaines militantes, le mâle blanc dominant, c'est l'ennemi. La figure du père, celle à abattre pour détruire le fameux patriarcat qui serait à l'origine de la violence. Or justement, le récit de Camille Kouchner comme celui de Vanessa Springora témoignent d'une réalité toute contraire : l'absence cruelle de figure paternelle, d'un homme qui sécurise, qui protège en réaffirmant la loi : le permis et le défendu. Celui qui permet à la mère et l'enfant de sortir de la fusion, de la confusion. L'homme comme altérité. Où est-il cet homme-là ? C'est de lui dont nous avons plus que jamais besoin.

*\*Auteur de plusieurs ouvrages remarquables, Thérèse Hargot a notamment publié « Qu'est-ce qui pourrait sauver l'amour ? » (Albin Michel, 2020, 208 p., 17,90 euros).*

*\*\*Le prénom a été changé.*

# Covid-19 : face aux variants, la situation sanitaire en France est en sursis

« Les prochaines semaines nous diront si les mesures actuelles suffisent ou s'il faut se résigner à prendre des mesures de type confinement », a reconnu Olivier Véran, alors que le variant britannique est responsable de près d'un quart des infections au Covid-19.

Par [Elisabeth Pineau](#)

Publié 12/2 à 03h50, mis à jour à 07h49

Sous la menace des [nouveaux variants circulant sur son territoire](#), la France connaît en quelque sorte une situation sanitaire en sursis. « [La pression reste forte mais elle n'augmente pas, a affirmé jeudi 11 février le ministre de la santé, Olivier Véran, lors d'un point sur l'épidémie de Covid-19.](#) *Les prochaines semaines nous diront si les mesures actuelles suffisent ou s'il faut se résigner à prendre des mesures de type confinement. Nous ne faisons pas de pari sur l'avenir mais nous constatons que nous avons déjà gagné du temps et nous espérons en gagner suffisamment pour l'éviter.* »

Depuis trois semaines, le nombre de nouvelles contaminations reste stable, « *aux alentours des 20 000 cas par jour en moyenne* », selon M. Véran. Le nombre de nouvelles hospitalisations, lui, stagne avec environ 1 500 entrées quotidiennes, de même que le nombre total de patients en réanimation, entre 3 000 et 3 200. Dans son dernier bulletin publié jeudi 11 février et portant sur la semaine du 1<sup>er</sup> au 7 février, Santé publique France juge que le maintien à un niveau très haut du nombre d'hospitalisations et d'admissions en réanimation est « *préoccupant du fait de la tension du système de soins depuis plusieurs semaines* ». La circulation du SARS-CoV-2 reste « *à un niveau très élevé dans le contexte d'augmentation de la prévalence des variants plus transmissibles* », résume l'agence de santé publique.

Depuis début décembre 2020, le nombre de nouveaux cas quotidien n'a fait que progresser lentement vers 20 000 cas, « *sans jamais redescendre vraiment ni repartir en phase exponentielle, avec un taux de reproduction [le nombre moyen de personnes infectées par un cas] autour de 1*, analyse Antoine Flahault, directeur de l'Institute of Global Health (Institut de santé globale) à l'université de Genève (Suisse). *Un  $R = 1$ , c'est inquiétant quand l'incidence est à un niveau élevé, ce qui est le cas actuellement* », avec une moyenne nationale hebdomadaire de 207 nouveaux cas pour 100 000 habitants, selon Santé publique France.

Scruté par les épidémiologistes pour suivre la dynamique de l'épidémie, ce nombre de reproduction autour de 1 peut être interprété comme la résultante de deux composantes : l'une, associée aux anciennes souches du virus, à la baisse ; l'autre, due à la circulation des nouveaux variants, plus transmissibles, à la hausse. Avec les mesures sanitaires décrétées, et notamment le couvre-feu, « *la France aurait pu faire baisser ce fameux  $R$  mais cette baisse s'est arrêtée net depuis début décembre, conduisant à un plateau. L'une des explications possibles est que ces nouveaux variants demanderaient davantage d'efforts encore pour pouvoir baisser complètement* », avance Antoine Flahault.

« *C'est un statu quo depuis dix jours* », complète Mircea Sofonea, maître de conférences en épidémiologie et évolution des maladies infectieuses à l'université de Montpellier. Comment expliquer cet équilibre apparent avec certains indicateurs globalement stables alors que dans le même temps, la part du variant britannique, environ 40 % plus contagieux, ne cesse de croître ? Mircea Sofonea invoque « *une prise de conscience collective de mesures sanitaires* » avec le couvre-feu renforcé et l'anticipation d'un éventuel reconfinement, ainsi qu'un potentiel facteur climatique : « *S'il fait vraiment très froid, avec des températures négatives, la circulation du virus est un peu moins favorisée* ».

## Situation en trompe-l'œil

Une situation en trompe-l'œil qui ne saurait durer ? « Dans le contexte de la diffusion de variants plus transmissibles, l'hypothèse d'une aggravation de la situation épidémiologique dans les prochaines semaines fait toujours partie des scénarios à envisager », avertit Santé publique France. Le variant britannique, dont la proportion parmi les cas positifs augmente de 50 % toutes les semaines, concerne désormais un malade du Covid-19 « sur quatre ou cinq », selon Olivier Véran.

Détectés il y a une quinzaine de jours en France, les variants sud-africain et brésilien, eux, ont des niveaux de pénétration moins importants sur le territoire métropolitain : sur 17 000 tests positifs réalisés ces derniers jours, 4 % à 5 % présenteraient des mutations évocatrices de ces deux variants. Ces derniers cristallisent les inquiétudes dans la mesure où ils peuvent occasionner des réinfections chez des personnes ayant déjà contracté le coronavirus et sont en outre moins sensibles à certains vaccins disponibles – mais leur diffusion « n'est pas encore inéluctable », veut croire le ministre de la santé.

« Pour l'instant, le nombre de reproduction est bien stabilisé, il n'y a pas de raison de croire qu'il va bouger spontanément dans un horizon d'une à deux semaines », estime Mircea Sofonea. La plupart des épidémiologistes présumant que le variant britannique sera majoritaire dans certaines régions aux alentours de début mars. Une situation qui entraînera de facto une hausse du nombre de reproduction et des indicateurs d'incidence. « On n'a pas beaucoup de marge de manœuvre vis-à-vis de l'occupation hospitalière. D'après nos modèles, il ne reste qu'environ deux semaines pour réagir une fois que le nombre de reproduction passe à 1,1 », ajoute Mircea Sofonea.

## La fermeture des écoles pour les vacances, favorable mais pas suffisante

« Le risque est que la circulation des variants prenne le dessus dans une progression exponentielle en partant de très haut », souligne pour sa part Antoine Flahault. Le professeur de santé publique estime que la fermeture des écoles à l'occasion des vacances scolaires de février peut jouer un rôle favorable, même si ce ne sera sans doute pas suffisant pour baisser significativement et durablement le taux de reproduction du virus.

« Avec les variants, on a une épée de Damoclès au-dessus de la tête. Or, quand le niveau de contaminations est élevé, ça peut basculer très vite et quand ça dérape à 20 000 cas par jour, c'est incontrôlable », abonde Mahmoud Zureik, professeur d'épidémiologie et de santé publique à l'université de Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines. Selon lui, « on n'arrivera pas à retrouver un semblant de vie normale sans un coup de frein brutal de la circulation du virus, qui passe par un reconfinement, très probablement le dernier. Sans ce coup de frein, on n'en finira pas avec le stop and go permanent ».

Le scénario n'est pas exclu par l'exécutif. En cas de croissance exponentielle des contaminations et de risque de saturation des hôpitaux, « nous prendrons nos responsabilités », a assuré jeudi Olivier Véran.

## « Lesté d'une dette de 42 milliards, EDF n'a pas les moyens de ses ambitions nucléaires »

La construction de nouveaux réacteurs EPR dans l'Hexagone, suspendue par Emmanuel Macron, augmenterait les chances de la filière française à l'exportation, souligne Jean-Michel Bezat, journaliste économique au « Monde ».

Publié 11/2 à 11h19 Temps de Lecture 2 min.



Le PDG d'EDF, Jean-Bernard Lévy, à Charleville-Mézières (Ardennes), le 1er mars 2019. FRANCOIS NASCIMBENI / AFP

**Pertes et profits.** Le PDG d'EDF est revenu de Varsovie, la semaine dernière, avec une conviction : si la France veut vendre ses réacteurs nucléaires EPR à la Pologne, elle va devoir montrer l'exemple et relancer elle-même la construction des nouvelles centrales. « *Nous sommes observés par de nombreux pays qui n'ont pas tant de choix que cela* », a prévenu Jean-Bernard Lévy, mercredi 10 février, lors d'une audition à l'Assemblée nationale. Et ses interlocuteurs polonais ont été clairs : ce sera la France et la filière EDF-Framatome-Orano, ou les Etats-Unis, avec General Electric ou Westinghouse.

Le gouvernement polonais avait annoncé, en octobre 2020, qu'il allouerait 33 milliards d'euros à la construction de six réacteurs. Le premier chantier serait lancé en 2026, pour une mise en service en 2033. Pas d'effolement ! Les ambitions nucléaires, qui remontent à l'ère communiste, sont toujours restées lettre morte. Mais la donne a changé en Pologne : elle doit verdifier son économie, l'une des plus carbonées au monde.

Une chose est sûre : le choix sera aussi politique que financier, technologique, industriel et commercial. Et pas forcément en faveur de l'Europe. La France et EDF ne partent pas favoris. Les Etats-Unis ont une longueur politique d'avance, même si eux ont, de facto, renoncé au nucléaire au profit du gaz et des énergies renouvelables. Le tropisme « made in America » est très fort en Pologne.

### « Un impact absolument considérable »

Membre de l'Union européenne, elle a pourtant préféré les avions de combat F 16, le « furtif » F 35 et les hélicoptères Black Hawk à des matériels français ou européens. A l'ombre du puissant voisin russe, l'énergie y est aussi perçue comme un enjeu stratégique : le pays a ouvert un terminal d'importation de gaz naturel liquéfié, qui profite notamment au gaz de schiste américain, et s'oppose, comme Washington, au gazoduc russo-germanique Nord Stream 2.

Le patron d'EDF veut croire qu'un programme électronucléaire et la réorganisation du groupe auront « *un impact absolument considérable* » sur le choix des Polonais. Deux hypothèques qu'il est impatient de lever, sans avoir beaucoup d'atouts en main. Le chef de l'Etat, Emmanuel Macron, ne décidera pas de nouveaux EPR avant la fin du quinquennat ; et EDF, lesté d'une dette de 42 milliards, n'a pas les moyens de ses ambitions nucléaires tant qu'il n'a pas sanctuarisé cette activité dans une entité 100 % publique, ce qui est prévu par son projet « Hercule », qui traîne à Bruxelles et enflamme les esprits à Paris.

Dans les années 1970-1980, la France appliquait la règle de l'exemplarité : un pays doit être le premier client de ses industries. Elle avait conclu des partenariats en Chine, au Brésil, en Afrique du Sud... Ce principe a été repris par la Russie et la Chine, très offensives sur un marché convalescent depuis l'accident de Fukushima (2011). Que reste-t-il ? L'Inde tergiverse, le Royaume-Uni cherche un financement pour ses EPR de Sizewell, l'Arabie saoudite est dans la main de Washington, la République tchèque ne prévoit qu'un réacteur. Et l'espoir polonais reste dans les limbes.

**Jean-Michel Bezat**



## „Die Mehrheitsgesellschaft wurde Tätergesellschaft“

Stand: 11.02.2021 | Lesedauer: 16 Minuten

Von Mladen Gladić



„Wir sind in der Krise, weil eine geistige Austrocknung der Eliten stattgefunden hat“, sagt Ulrike Ackermann

Quelle: Bernd Heinz/vario images/Vario Images

Gesprengte Veranstaltungen, anonyme Denunziationen: Ist unabhängiges Forschen in Gefahr? Ja, glauben 70 Akademiker und gründen ein Netzwerk. Die Politologin Ulrike Ackermann weiß, woher der Druck auf die Wissenschaftsfreiheit kommt – und was die Hochschulen brauchen, um wieder streiten zu lernen.

Das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“, ein Zusammenschluss von 70 deutschen Wissenschaftlern, der in der ersten Februarwoche an die Öffentlichkeit getreten ist, tritt für „eine plurale von Sachargumenten und gegenseitigem Respekt geprägte Debattenkultur und ein institutionelles Umfeld, in dem niemand aus Furcht vor sozialen und beruflichen Kosten Forschungsfragen und Debattenbeiträge meidet“ ein. So kann man es auf seiner [Website](#) lesen.

An deutschen Hochschulen sieht man Debattenräume schwinden und beobachtet studentische Gruppen, die illegitimen Druck ausüben, wenn Veranstaltungen stattfinden sollen, die unliebsame Themen verhandeln oder zu denen Teilnehmer eingeladen werden, deren politische Positionen missbegehen. Die Mitglieder des Netzwerkes fürchten nicht nur, dass Forschung und Lehre unter diesen Verhältnissen nicht mehr erfolgreich durchgeführt werden können, sondern damit auch eine Schwächung des Wissenschaftsstandorts Deutschland.

Ulrike Ackermann (\*1957) war von 1995 bis 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin am [Hamburger Institut für Sozialforschung](#). Von 2008 bis 2014 hatte sie eine Professur mit dem Schwerpunkt Freiheitsforschung

und -lehre an der privaten SRH Hochschule Heidelberg inne. 2009 gründete sie dort das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung. 2020 erschien ihr Buch „Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle“ bei wbg THEISS. Ulrike Ackermann gehört zu den Initiatoren des Netzwerkes für Wissenschaftsfreiheit und ist auch Mitglied seiner Steuerungsgruppe. Wir erreichen sie an ihrem Frankfurter Schreibtisch.

**WELT:** Frau Professor Ackermann, sucht man das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ im Internet, stößt man auch schnell auf „Wissenschaftsfreiheit.de“ Eine Website der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen, um 70 Jahre Grundgesetz zu feiern. Und den Artikel 5 GG, der die Wissenschaftsfreiheit garantiert. Warum reicht diese Initiative, die sich auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Wissenschaft verpflichtet hat und die Debattenkultur fördern will, nicht aus?

**Ulrike Ackermann:** Es hat sich in den letzten Jahrzehnten in den Universitäten verschiedenes verändert. Wir können ganz weit zurückgehen auf die Bologna-Reform 1999, die eine Verschulung des Studiums mit sich brachte. Die Debattier- und Meinungsfreiheit, das Erwerben der Fähigkeit, sich mit pluralistischen Ansätzen auseinanderzusetzen und im freien Austausch zu streiten, ist Zug um Zug verkümmert, weil sich die ganze Lehre verschoben und verändert hat. Dann haben wir eine Entwicklung, die mit dem zunehmenden Rekurs auf Drittmittel zu tun hat. Daraus entstehen neue Abhängigkeiten und Vorgaben für Forschungsprojekte. Das erzeugt einen Konformitätsdruck. Was am leichtesten geht, wird durchgewunken.

Seit geraumer Zeit haben wir auch das Problem, dass Referenten ausgeladen werden, wenn studentische Gruppen nicht der Meinung sind, dass sie dem Mainstream, so wie sie ihn haben möchten, entsprechen. Schließlich, und das ist vielleicht auch das Komplizierteste, haben sich auch Studieninhalte verändert, Paradigmenwechsel fanden statt. Wenn die Wissenschaftsorganisationen an die Wissenschaftsfreiheit erinnern, die im Artikel 5 GG verankert ist, ist das gut, denn sie ist wichtiges Freiheitsrecht, das über Jahrhunderte erkämpft worden ist. Das heißt aber nicht, dass innerhalb dieser Institutionen die Wissenschaftsfreiheit automatisch funktionieren würde.

**WELT:** Das Argument zur Drittmittelabhängigkeit der Forschung ist komplex. Einerseits könnte man davon sprechen, dass mit der Diversifizierung der Finanzierungsmodelle auch eine Liberalisierung der Universität vorstättenging. Aber gerade diese Liberalisierung scheint zu begünstigen, dass Illiberales in der Universität Raum greift.

**Ackermann:** Das ist paradox, ja.

**WELT:** Sind denn „Einsamkeit und Freiheit“, also eine wirklich autonome Universität, überhaupt noch möglich?

**Ackermann:** Im Prinzip könnte die Praxis der Drittmittelforschung zu einer Erweiterung der Perspektiven führen. Was wir aber vor allem in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften beobachten, ist eine „Vermainstreamung“. Das hat damit zu tun, dass gesagt wird, die Universität müsse auch der Gesellschaft dienen. Es gibt die Autonomie der Hochschule als Raum, in dem anders, als es sonst in der Gesellschaft zugeht, gearbeitet werden kann. Die Universität soll auch keinem wirtschaftlichen Interesse dienen. Sie ist ein zweckfreier Raum. Drittens stellt sich die Frage, wie normativ Wissenschaft sein darf. Die Wissenschaft, gerade im sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen Feld, greift natürlich Impulse aus der Gesellschaft auf, mit dem Forscherblick auf Strukturen, Dynamiken und Verwerfungen. Umgekehrt wird aber auch von gesellschaftlichen Gruppen in den Hochschulbereich hinein Druck ausgeübt: Da geht es dann um die Forderung, nicht im Elfenbeinturm zu verharren, sondern politisch zu werden.

**WELT:** Können Sie ein Beispiel für diese Art von Druck geben?

**Ackermann:** Ganz klassisch ist hier die Wechselwirkung zwischen Black Lives Matter und den Postcolonial Studies. Das sind Entwicklungen, die längst auch in solchen Ländern angekommen sind, die keine massive Kolonialgeschichte haben.

**WELT:** Wer sind heute diejenigen, die Druck auf die Wissenschaftsfreiheit ausüben?

**Ackermann:** Das sind unterschiedliche Akteure. Es gibt sie innerhalb des Wissenschaftssystems, aber auch außerhalb. Und es gibt die beschriebene Wechselwirkung.

**WELT:** Kann man das, was an den Universitäten vor sich geht, mit den Jahren nach 1968 vergleichen?

**Ackermann:** In den Jahren nach 1968 haben Studenten sehr erfolgreich, und bis heute, auf die Institution eingewirkt. Wobei wir seit 1968 ganz unterschiedliche Paradigmenwechsel beobachten können.

**WELT:** Die wären?

**Ackermann:** 1968 ist es erst einmal die klassische alte marxistische Linke gewesen, die Druck gemacht hat, mit Themen wie dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. Ich habe selbst Ende der 70er und Anfang der 80er-Jahre studiert und kann mich an viele Seminare aus der Politikwissenschaft und der Soziologie

erinnern. Da hielten dann die verschiedensten Gruppen, Troztkisten, Maoisten, Stalinisten, Ko- und Extrareferate. Auf höchstem Niveau! Es war obligatorisch, die blauen Bände der Marx-Engels-Ausgabe im Haushalt oder der Wohngemeinschaft zu haben.

Aber schon damals gab es den Neomarxismus der Frankfurter Schule, schon vor 1968, seit der Rückkehr vor allem jüdischer Intellektueller, die vom Nationalsozialismus ins Exil vertrieben wurden. Marcuse, Löwenthal, Adorno und Horkheimer. Deren Denken nahm dann mit dem langsamen Abtreten der klassischen Linken eine hegemoniale Rolle an. Das war die Suhrkamp-Kultur. Mit Habermas und später Axel Honneth begann die sehr enge Verzahnung mit amerikanischen Universitäten wie Harvard und Berkeley, wodurch der Multikulturalismus von Charles Taylor, der eng mit Habermas zusammengearbeitet hat, wichtig wurde. Forschungsprojekte, Professuren, Berufungen etc. ergaben sich aus dieser Konstellation.

**WELT:** Das ist die universitäre Vorgeschichte. Wie sah es außerhalb der Universität aus?

**Ackermann:** Parallel dazu gibt es auf der gesellschaftlichen Seite die neuen sozialen Bewegungen, die Frauenbewegung etwa, die sich teilweise im Fahrwasser der Frankfurter Schule bewegte, sich aber auch als autonome Frauenbewegung an französischem Denken etwa von Luce Irigaray und einer Politik der Differenz orientierte. Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus gewannen an Einfluss. Hier kann man schon Elemente entdecken, die die Entwicklung bis zur heutigen Identitätspolitik begleitet haben.

**WELT:** Diese Bewegungen hatten ja durchaus legitime Forderungen.

**Ackermann:** Die neuen sozialen Bewegungen haben berechtigterweise auf Gerechtigkeitslücken aufmerksam gemacht, bei Frauen, ethnischen Minderheiten, religiösen Minderheiten. Diese Gruppen sind dann vor allem in den USA massiv im Rahmen der Affirmative Action an den Universitäten gefördert worden, positive Diskriminierung, ein Effekt von Quotierungen. Wichtig war auch, dass diese Gruppen sich selbst beforschten. So begann ein Separatismus, in Absetzung von der Mehrheitsgesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft wiederum wurde zur Tätergesellschaft umdefiniert. Als Täter des Kolonialismus, des Kapitalismus, des Patriarchats. Schon damals war das Problem, dass die kollektive Identität, definiert über das weibliche Geschlecht, zum Wesentlichen, zur Essenz erklärt wurde. Die Frauenbewegung hatte teilweise biologistische Züge angenommen. Gebärfähigkeit etwa sollte dafür stehen, dass Frauen die besseren Menschen seien, sie würden ja auch keine Kriege führen etc. Das ging bis hin zur Separierung, also der Forderung, autonom zu bleiben, sich vom Patriarchat abzusetzen, eigene Räume zu bilden.

**WELT:** Was war falsch an der Idee der Autonomie?

**Ackermann:** Das kann für bestimmte Phasen richtig sein. Ich habe mich selbst in diesen Kreisen bewegt, deswegen habe ich in meiner Bibliothek noch einige Meter feministische Literatur stehen. Aber ich habe damals schon davor gewarnt, dass diese Form der Separierung dazu führen würde, dass weiterhin vor allem Männer Soziologie und Politikwissenschaft betreiben würden. Die Frauen haben dann ihr gefördertes Eckchen in der Frauenforschung. Das ist wie eine Apartheid. Über die Jahrzehnte kamen neue benachteiligte Gruppen hinzu, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, die von staatlicher Politik gefördert wurden, und der Gleichstellung und Gerechtigkeit erreichen wollte. Gerade diese staatliche Förderung, vor allem in den USA, und die Gewährung von Sonderrechten hat die Separierung von der Mehrheitsgesellschaft und die Fragmentierung der gesamten Gesellschaft verstärkt. Es hat letztendlich auch den Essenzialismus begünstigt, der die heutige, ideologisch gewordene Identitätspolitik prägt.

**WELT:** Worin besteht dieser Essenzialismus heute?

**Ackermann:** Heute zählt in vielen Debatten an der Universität nicht mehr das Argument, sondern die Herkunft des Sprechers. Sein Geschlecht, seine Religion usw. Das ist natürlich völlig fatal für die Debattenkultur.

**Welt:** Sie sprachen von den obligatorischen Marx-Engels-Ausgaben in der Studenten-WG. Hat sich die Kritik an den Strukturen und Inhalten der Wissenschaft früher auf einem höheren Niveau bewegt? Viele Positionen kommen einem heute theoretisch relativ schlicht vor.

**Ackermann:** Theoriefeindlich sogar. Karl Marx war schließlich auch ein weißer Mann.

**WELT:** Woher kommt diese Theoriefeindlichkeit?

**Ackermann:** Sie hat auf jeden Fall auch mit den Bologna-Reformen zu tun und der unsäglichen Verschulung. Ich wage kaum, mir auszumalen, was jetzt im Zuge der Digitalisierung durch Corona übrigbleibt von der Präsenzuniversität. Die Gefahr besteht, dass wir bald gar keine Debattenräume mehr haben. Selbst wenn das Debattieren nach 1968 linkslastig war, war es sehr bunt, sehr wild.

Zum Teil wurde auch niedergeschrien, es ging auch ruppig zu. Intoleranz und Respektlosigkeit gegenüber anderen Positionen waren zwar auch ausgeprägt, trotzdem fand die Auseinandersetzung teils auf höchstem Niveau statt. Da wurden Bücher gelesen, um den Disput zu führen, für eine politische Sache. Ich will keine goldenen Zeiten heraufbeschwören. Aber es wurde mehr gelesen und nicht nur der Stoff für die Credit-

Points gepaukt. Was die Entwicklung der eigenen Urteilskraft und Neugierde angeht, hatten wir in früheren Jahrzehnten eine bessere Universität.

**WELT:** Man hatte ja, wenn man es sich richtig einrichtete oder das Geld dafür von Zuhause mitbrachte, alle Zeit der Welt für das Studium.

**Ackermann:** Man konnte ganz frei in die Nachbardisziplinen reinschauen. Ich habe mir eine Art Studium Generale organisiert, obwohl ich daneben auch gearbeitet habe. Das können Sie heute nicht mehr.

**WELT:** Wäre eine solche Universität heute überhaupt noch finanzierbar?

**Ackermann:** Ich denke, dass wir schlichtweg dazu gezwungen sind. Denn wir haben Studienabgänger, die den Herausforderungen, die jetzt vor uns liegen, als zukünftige Leistungsträger überhaupt nicht entsprechen können. Sie müssen das, was wir gesellschaftlich brauchen, Urteilsfähigkeit, Konfliktfähigkeit mitbringen. Wir brauchen starke Persönlichkeiten, Leute mit Ambiguitätstoleranz, Leute, die Ambivalenzen aushalten und erkennen können. Wir sind nicht zuletzt in dieser Krise, weil eine geistige Austrocknung der Eliten stattgefunden hat.

**WELT:** Woran machen Sie das fest?

**Ackermann:** Man sieht das ganz hervorragend in der Corona-Krise. Leider. Welche Spitzenleute sind denn da in leitender Position in den Administrationen, wenn diese Administrationen in dieser Weise versagen? Sie sind schlecht ausgebildet. Das hat natürlich damit zu tun, dass wir uns ein Bildungssystem leisten, das nicht die besten Leute hervorbringt, sondern im Prinzip Jasager und Opportunisten herauspült. So ein Mittelmaß haben sie dann in den Leistungseliten.

**WELT:** Die Mitglieder Ihres Netzwerkes rekrutieren sich überwiegend aus den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ist Wissenschaftsfreiheit in den Naturwissenschaften ein geringeres Problem?

**Ackermann:** Wir haben zahlreiche Juristen dabei, auch einige Naturwissenschaftler. Aber sie haben natürlich auch hier die Frage, wie normativ Wissenschaft sein darf: Einige Debatten gibt es ja inzwischen, z.B. in der Gentechnologie, Umgang mit Tierexperimenten, natürlich die Erforschung des Klimawandels....

**WELT:** Ihr Netzwerk will Gegenstrategien entwickeln. Vor allem innerhalb der Universität?

**Ackermann:** Wir haben uns ganz bewusst „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ genannt und nicht „Netzwerk Meinungsfreiheit“. Wir beziehen uns zunächst auf die Situation innerhalb des akademischen Betriebes, auf das Wissenschaftsmanagement und die Hochschulleitungen.

Nicht nur auf das Verhältnis zwischen Studenten und Lehrenden. Wichtig ist für uns, dass Denkräume frei von Ideologisierung und frei von Moralisierung zurückerobert werden. Wissenschaftlicher Pluralismus frei von politischem Konformitätsdruck ist nötig, um ergebnisoffen zu forschen, neue Ideen zu entwickeln und um den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein. Das ist im übrigen fundamental für das Funktionieren einer Demokratie.

### **Ist jeder Shitstorm schon Cancel Culture?**

**WELT:** Ein Teil derer, die zu ihrem Netzwerk gehören hat selbst Erfahrungen mit Anfeindungen vor allem seitens studentischer Gruppen. Etwa Sandra Kostner, eines der Gründungsmitglieder, deren Entlassung von Studenten gefordert wurde, weil sie zu einer Konferenz Redner eingeladen hatte, die dem islamischen Kopftuch kritisch gegenüberstehen. Inwiefern war das ein treibender Impuls?

**Ackermann:** Ich denke schon, dass das ein treibender Impuls war. Zum Beispiel auch Dieter Schönecker, dessen Seminar zur Meinungsfreiheit und John Stuart Mill an der Universität Siegen abgesagt wurde, weil er Thilo Sarrazin und Marc Jongen eingeladen hat. Das ist die Ebene der Cancel Culture, in dem eine Minderheit von Studierenden Ausladungen erzwingen und teils feige Hochschulleitungen dem letztlich nicht entgegenreten.

**WELT:** Wobei man mit guten Argumenten sagen könnte, dass diejenigen, deren Meinungsfreiheit angezweifelt wurde, wie etwa Herr Sarrazin, nicht unbedingt Experten in Sachen Meinungsfreiheit sein müssen. Das würde ja das Dogma wiederholen, dass Betroffene am besten darüber Bescheid wissen, was sie selbst betrifft, nicht wahr?

**Ackermann:** In der Debatte um das erste Buch von Sarrazin hatte sich ja sogar die Kanzlerin mit dem Hinweis, es sei entbehrlich, eingemischt. Man muss ja seine Einschätzungen nicht teilen, aber den Raum schaffen, sich mit seinen Argumenten und ihm als Autor auseinandersetzen zu können. Gerade für Studenten die beste Übung, die eigene Argumentation womöglich auch im Streit mit unsinnigen Argumenten zu schärfen und eigene Urteilskraft herauszubilden.

**WELT:** Das Netzwerk geht über eine Selbsthilfegruppe hinaus?



**Ackermann:** Das Netzwerk insgesamt sieht sich nicht als Opfergemeinschaft. Es geht darum, dass auch andere Kollegen im universitären Bereich von all dem, was wir diskutiert haben, betroffen sind. Da ist es wichtig, dass man sich zusammenschließt und sich austauscht. Wie begegnet man dem nächsten Shitstorm und der Militanz dieser und jener Gruppen, die sich ja zum Teil auch bundesweit organisieren? Das Netzwerk will diese Fälle dokumentieren. Es geht darum, den Einschüchterungen, die ja auch Studenten betreffen, und diesem Repressionsklima klar zu begegnen.

**WELT:** Manche behaupten, dass es eine Cancel Culture gar nicht gibt. Was es hingegen gäbe, sei heftige Kritik, mit der es umzugehen gelte. Und tatsächlich ist nicht jeder „Shitstorm“ schon Cancel Culture, oder?

**Ackermann:** Kritik und Auseinandersetzung sind etwas völlig anderes als die üblich gewordenen Shitstorms, weil sie in der Regel aus der Anonymität heraus erfolgen. Mit Gruppenmacht werden zudem in Forschung und Lehre neue Fragestellungen durchgesetzt und bisherige ideologisch skandalisiert und mit Druck an den Rand gedrängt. Gerade in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften können sie diesen Machtkampf beobachten.

**WELT:** Etwas niederschwelliger gibt es auch Kritik daran, dass es immer noch akademische Tagungen gibt, die rein männlich besetzt sind. Auch wenn man aus guten Gründen sagt, dass das Geschlecht überhaupt nichts dazu beiträgt, ob man als Wissenschaftler etwas zu einem Forschungsfeld beitragen kann, erscheinen solche Tagungen als anachronistisch.

**Ackermann:** Wie gesagt habe ich mich lange Zeit auch im Kontext der Frauenbewegung bewegt. Mit einer Freundin, die ähnliche Erfahrungen gemacht hat, hatte ich mir eine Zeit lang zur Regel gemacht, nur noch auf Podien zu gehen, wenn eine zweite oder dritte Frau zugegen ist. Gerade als Politikwissenschaftlerin und Soziologin ist mir oft passiert, dass ich entweder die einzige Frau war, oder, wenn Frauen da waren, dann als Vertreterinnen der Frauenforschung, heute gewandelt in Genderforschung. Aber das war nur ein kleiner Moment in meiner akademischen Karriere, in dem ich dachte, dass man auf diese Weise etwas ändern kann. Letztlich muss der gesellschaftliche Druck so stark werden, dass Zug um Zug mehr Frauen auf Podien sitzen, und zwar aus allen Disziplinen.

**WELT:** Wie ist Ihre Meinung zu Quoten?

**Ackermann:** Von Quotierungen halte ich überhaupt nichts. Weder im Bundestag noch bei der Besetzung von Lehrstühlen. Das geht nach hinten los und hat nichts mehr mit Selbstermächtigung zu tun oder politischer und wissenschaftlicher Freiheit. Da wird nach Gruppenzugehörigkeit vorgegangen, was

antiaufklärerisch und antiuniversalistisch ist. Es widerspricht gänzlich unseren Prinzipien von individueller Freiheit, Selbstermächtigung und Emanzipation. Zumal die Auffassung, man müsse immer bestimmten Gruppen helfen, deren vermeintlichen Opferstatus sedimentiert.

**WELT:** Trotzdem: Sie haben 70 Mitglieder. Davon sind 11 Frauen.

**Ackermann:** Ja, aber wir werden stärker werden. Und zwar ohne Quote.

**WELT:** Sie wollen auch Formate entwickeln, die den freien Austausch fördern. Gibt es da schon konkrete Pläne?

**Ackermann:** Es geht darum, zu sagen: „Nein, wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir sorgen dafür, dass die unterschiedlichen Positionen, auch wenn wir sie nicht teilen, wenn wir sie komisch, falsch, oder blöde finden, im universitären Raum nicht ausgeblendet oder gar getilgt werden, sondern wir uns mit ihnen auseinandersetzen.“ Auf der Ebene öffentlicher Veranstaltungen, auf der Ebene derer, die wir einladen wollen, auch von außerhalb der Universität, oder im Forschungsfeld selber.

**WELT:** Ende letzten Jahres trat eine Initiative von Leitern großer Kulturinstitutionen, aber auch von Akademikern an die Öffentlichkeit, die sich als „Initiative 5.3 GG. Weltoffenheit“ gegen die Bundestagsresolution zur BDS-Bewegung wandten. Das Argument beteiligter Hochschullehrer ist, dass diese Resolution es oft schwierig macht, mit Wissenschaftlern aus dem Nahen Osten oder aus Afrika in die Diskussion zu treten. Wie ist ihre Haltung dazu? Ist der BDS eine rote Linie, wenn es um die Wissenschaftsfreiheit geht?

**Ackermann:** Die Grenze, die wir für die Wissenschaftsfreiheit ziehen, ist die Grenze des Gesetzes. Und dann kann man fragen, ob eine Resolution des Bundestages eine Grenzmarkierung ist oder nicht. Wir sind ein Netzwerk von 70 Wissenschaftlern und wir werden mehr. Ich bin mir sicher, dass wir darüber diskutieren werden, weil es unterschiedliche Positionen dazu geben wird. Ich selber, und ich spreche hier ganz explizit nicht für das Netzwerk, sondern nur für mich selbst, bin damit, was der BDS macht, nicht nur nicht zufrieden. Ich finde es unsäglich. Ich habe da eine ganz klare Position. Und ich bin auch der Meinung, dass mit den Aktivitäten auch im Zuge der Mbembe-Debatte eine Revision zu beobachten ist. Nämlich die Singularität des Holocausts zu relativieren. Das sage ich nicht nur als Deutsche und aufgrund der deutschen Geschichte. Wir beobachten diese Entwicklung auch innerhalb der Universität: Da wird ein Kanon allmählich verändert: die kolonialen Verbrechen überwölben gewissermaßen den Holocaust. Und Israel wird als letzte Kolonialmacht gebrandmarkt.

**WELT:** Wie wird man Mitglied in ihrem Netzwerk?

**Ackermann:** Die Voraussetzung ist die Promotion. Das Netzwerk ist offen. Doch wir schauen uns schon an, wer anklopft und zu uns stoßen will. Wir wollen arbeitsfähig sein.

**WELT:** Die meisten Mitglieder sind Professoren mit festen Stellen an der Universität. Da könnte man sich fragen: Wovor haben die eigentlich Angst? Anders sieht das im sogenannten Mittelbau aus.

**Ackermann:** Richtig. Angst ist allerdings gar nicht der Antrieb des Netzwerks. Es geht darum, gerade denjenigen Kollegen Mut zu machen, die nicht wagen, etwas zu sagen. Es geht um das Aufheben des Schweigens. Das Schweigen ist schon Folge eines Konformitätsdrucks. Und der ist besonders im Mittelbau ausgeprägt und bei jenen, die sich noch weiter qualifizieren müssen. Das ist gerade für junge Kollegen ein Klima, das gerade nicht Mündigkeit, freien Geist, unkonventionelle Positionen und neue Blickwinkel befördert, sondern Mainstreaming und letztlich Mittelmaß, also nur nicht aus der Reihe tanzen.

## SPRACHLENKUNG

# Argumente gegen das Gendern, die Sie anderswo nie lesen

Veröffentlicht am 07.10.2020 | Lesedauer: 10 Minuten

Von Marcus Lorenz



Beim Plural „Piloten“ denken die meisten an Männer

Über die „geschlechtergerechte Sprache“ wird gestritten. Ihre Befürworter verweisen gern auf Studien, die aber methodisch anfechtbar sind. Und es gibt noch mehr wissenschaftliche Einwände gegen das Gendern – auch von Frauen.

Es ist schon etwas her, da stand in einer Frankfurter Zeitung der folgende Satz: „60,5 Millionen Bürger sind zur Bundestagswahl aufgerufen.“ Befürwortern des Genderns sind solche Formulierungen ein Graus. Denn das Wort *Bürger* – so meinen sie zu wissen – löse die Assoziation „Männer“ aus. Psychologische Studien hätten dies belegt.

Die Insistenz, mit der auf solche Studien verwiesen wird – in Leitfäden von Hochschulen für eine „geschlechtergerechte Sprache“, in Zeitungsartikeln, in den Einlassungen einiger moralisierender Linguisten –, diese Insistenz kann man nur erstaunlich finden. Denn jene Studien sind äußerst dürftig. Und die These, die sie angeblich belegen, ist schon vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus kaum glaubwürdig.

Denn zunächst einmal widerspricht es jeder Erfahrung, dass Sätze mit Personenbezeichnungen grundsätzlich, wie ja behauptet wird, „Bilder im Kopf“ erzeugen. Tatsächlich stehen in vielen Fällen abstrakte Informationen im Vordergrund. So auch im zitierten Satz mit den 60,5 Millionen, die zur Bundestagswahl aufgerufen sind. Schon gar nicht ist wissenschaftlich belegt, dass wir bei

Personenbezeichnungen immer konkrete Merkmale assoziieren, etwa das Geschlecht der Personen. Und dies erscheint auch höchst unwahrscheinlich.

Lesen wir einen Satz wie „Die Zuschauer klatschten“, so denken die meisten von uns wohl eher an eine bunte Menge. Das gilt mit Sicherheit auch bei: „Die Demonstranten hatten sich vor dem Reichstag versammelt.“ Bei alltäglichen Wendungen dürfen wir zweifellos dasselbe annehmen: Wer seinem Chef sagt, er müsse „dringend zum Arzt“, erzeugt im Normalfall alle möglichen Gedanken, aber wohl kaum die Vorstellung des Doktors. Und wer schreibt, „Wir treffen uns beim Italiener“, denkt mit Sicherheit eher an Pasta und Wein als an eine männliche Person.

### **Gehen wir zur Italiener\*in**

Befürworter der Gendersprache werden einwenden, dass niemand ernsthaft behauptet, wir würden bei Wörtern wie *Bürger, Lehrer, Demonstranten, Italiener* immer an Männer denken. Es sei aber erwiesen, dass wir es viel eher täten. Deshalb müsse man *Bürgerinnen und Bürger* sagen und *Bürger\*innen* schreiben. Doch auch die Annahme einer mehr oder minder starken Tendenz zur einer solchen männlichen Interpretation ist alles andere als zweifelsfrei belegt. Es gibt eine Reihe gewichtiger und ziemlich aufschlussreicher Gründe, dies zurückzuweisen. Und nicht wenige Linguisten haben es getan.

Es wäre gewiss falsch zu behaupten, generische Maskulina würden nie, in keinem Fall auch eher an Männer denken lassen. Nur sehr oft passiert das wahrscheinlich nicht. Wie groß die Tendenz zu männlichen Lesart ist, hängt, wie die Forschung gezeigt hat, von einer ganzen Reihe sprachlicher und außersprachlicher Faktoren ab. Und damit kommen wir zu einem der wissenschaftlichen Hauptkritikpunkte an den psychologischen Experimenten: Diese maßgeblichen Einflussfaktoren werden in den Untersuchungen meistens nicht berücksichtigt.

Kontext, Wortart, Numerus (Plural oder Singular), Syntax, relative Häufigkeit von Maskulina und Worten auf „-in“, Stereotype und Weltwissen – das sind laut Forschung nur einige der Faktoren, die mitbestimmen, ob wir die Wörter *Bürger, Forscher, Patienten, Demonstranten* geschlechtsneutral verstehen oder eher männlich. Der Einfluss des Plurals etwa ist wohl beträchtlich. Eine Studie, die das eindrücklich zeigt, wurde 2012 mit niederländischen und deutschen Muttersprachlern durchgeführt.

Ein Ergebnis der Untersuchung war: Pluralformen generischer Maskulina wurden von den Probanden im Deutschen zu 97 Prozent korrekt verstanden, also geschlechtsneutral. Bei Rollenbezeichnungen wie *Schüler, Zuschauer* oder *Bewohner* waren es sogar 99 Prozent. Und die besonders umstrittenen

Berufsbezeichnungen wie *Ärzte, Politiker, Schauspieler* verstanden die Versuchsteilnehmer zu 94 Prozent als neutral. Mit anderen Worten: Niemand denkt wirklich bei einem Satz wie „60,5 Millionen Bürger sind zur Bundestagswahl aufgerufen“ nur an Männer.

### **Auf den Kontext kommt es an**

Besonders stark ist nach Auffassung von Sprachwissenschaftlern auch der Einfluss des Kontexts. Es liegt auf der Hand: Was uns beim Lesen, Hören, Schreiben durch den Kopf geht, wie wir Wörter interpretieren, hängt maßgeblich von dem Kontext ab, in dem sie stehen: „Israelische Forscher haben eine künstliche Hand entwickelt“ löst andere Assoziationen aus als „Anna und Jan sind Forscher“.

Doch die einschlägigen Studien berücksichtigen das nicht. Denn in der Regel untersuchen sie nur einen oder sehr wenige Kontexte. Manche Tests verwenden die Wörter noch nicht einmal in alltagstypischen Sätzen. Für die Linguistin Gisela Zifonun steht nach der Analyse einiger oft zitierter Studien daher fest: „Tests dieser Art sagen nichts aus über eine generell mit dem generischen Maskulinum assoziierte mentale Sexus-Zuweisung“. Will sagen: Die Aussagekraft solcher Experimente ist im Grunde gleich Null.

Die Linguistin Ewa Trutkowski schlägt in dieselbe Kerbe. Es gebe, bemängelt sie, keine Studien, die die unterschiedlichen Assoziationen prüfen, die ein Wort in verschiedenen Sätzen auslösen kann. Dies zeige „auf welchem dünnem Eis“ sich viele Befürworter des Genderns bewegen, wenn sie auf die existierenden Experimente verweisen.

Und mit Blick auf die Studienlage hat der Linguist Franz Rainer kürzlich festgestellt: Die Tendenz zur männlichen Lesart des generischen Maskulinums (der „male bias“) sei oftmals ohnehin nicht sehr groß. Gebe man noch den Kontext dazu, bleibe „von dem ‚bias‘ meistens nicht mehr allzu viel übrig“.

### **Wenn nur Frauen und Studenten gefragt werden**

Ein weiterer gewichtiger Faktor sind laut Forschung auch Stereotype und Rollenbilder. Doch auch ihr Einfluss wird in den meisten Experimenten nicht berücksichtigt, bemängelt etwa der Philosoph Philipp Hübl. Er zweifelt die Aussagekraft der Studien daher stark an.

Doch die Kritik beschränkt sich längst nicht auf die Vernachlässigung maßgeblicher Einflussfaktoren. Der Germanist Tomas Kubelik bemängelt unter anderem, dass das biologische Geschlecht in einer Studie durch

die Fragestellung erst ins Bewusstsein der Probanden gehoben werde. Gisela Zifonun kritisiert an anderen Tests, dass hier eine männliche Interpretation der Wörter naheliege.

Den allermeisten Studien gemein ist ein statistisches Manko: Sie wurden nur mit Studenten durchgeführt, teils mit kaum mehr als 15 oder 30 Probanden. Oft stimmt nicht einmal das Geschlechterverhältnis. Bei einigen Tests lag der Frauenanteil bei über 70 oder mehr als 80 Prozent, in einem Fall, einem Experiment von 2012, belief er sich sogar auf 100 Prozent. Ergebnisse aus solchen Studien sind nicht repräsentativ, die Stichproben statistisch ohne Aussagekraft. Auf andere, nicht-studentische Bevölkerungsgruppen lassen sich die Resultate nicht übertragen.

Man kann bei dieser Menge an Unzulänglichkeiten schon mit Tomas Kubelik zu dem Eindruck gelangen, dass hier nicht immer ganz unvoreingenommen geforscht wird. Der Germanist hält den Autoren der Studien vor, Beweise erbringen zu wollen, statt objektiv zu forschen.

Bemerkenswert ist die Beharrlichkeit, mit der Anhänger des Genderns auf diese Studien verweisen noch aus einem anderen Grund. Denn in vielen Untersuchungen, auf die sie sich berufen, sind die Effekte des Genderns äußerst bescheiden. In einem der oft zitierten Experimente beispielsweise sollten die Probanden spontan zwölf Berühmtheiten nennen – je drei Sportler, Sänger, Politiker und Moderatoren. Wurden in der Aufgabenstellung generische Maskulina verwendet, nannten die Testpersonen im Mittel 2,4 Frauen. Doch bei der Doppelnennungen lag dieser Werte gerade mal 0,3 Punkte höher, bei 2,7 Frauen. Und in der Variante mit Binnen-I waren es auch bloß 4,7 Frauen von 12 Prominenten.

In einer anderen Untersuchung stieg der Anteil der Versuchspersonen, die die Assoziation „Frau“ hatten bei der Beidnennung um äußerst bescheidene 10 Prozentpunkte (von 20 auf 30 Prozent). In einem weiteren Test – diesmal mit Schulkindern – hatten Doppelnennungen mal überhaupt keinen Effekt, mal einen äußerst geringen (0,07 und 0,14 auf einer Skala von 1 bis 5). Und in wieder einer anderen Untersuchung stieg durch die Paarform der Männeranteil teilweise sogar an.

### **Woran Türken beim Wort „Piloten“ denken**

Es gibt Studien, die einen stärkeren „male bias“ festgestellt haben. So wie es Wörter gibt, die derzeit wohl auch in vielen Kontexten männliche Vorstellungen hervorrufen. *Piloten, Soldaten, Terroristen* dürften zu diesen Nomen zählen. Dass das grammatische Geschlecht nicht der Grund ist, ist leicht einzusehen. Denn auch die Türken, Ungarn und Japaner denken sich Piloten, Soldaten und Terroristen vor allem als Männer –



obwohl ihre Sprachen weder Maskulinum noch Femininum kennen. Gesellschaftliche Realitäten, Weltwissen und Stereotype prägen diese Vorstellungen.

Doch Realitäten verändern sich. Und die „Bilder im Kopf“ ändern sich dann eben manchmal auch überraschend schnell. Nach dem 11. September 2001 war in Deutschland – wie in der übrigen westlichen Welt – die primäre Vorstellung beim Wort *Terroristen* in etwa die: Männer, aus dem Nahen Osten. Machen wir noch einen Zeitsprung von 25, 30 Jahren: Woran dachten die Bürger der BRD in den 1970ern und 80ern wohl beim Wort *Terroristen*? Man darf annehmen, an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller, Klaus Jünschke, Elisabeth von Dyck. Sie dachten an Männer und Frauen.

Je mehr Frauen in ein Cockpit steigen, je öfter weibliche Piloten in Film und Fernsehserien als Helden der Lüfte zu bewundern sind, desto eher wird sich auch der Vorstellungsinhalt beim Wort *Piloten* dieser neuen Realität und den neuen Medienbildern anpassen. Falls der weibliche Teil der Bevölkerung weiterhin lieber andere Berufe ergreift, ist die Assoziation „Männer“ beim Wort Piloten vielleicht auch nicht unbedingt ganz ungerecht.

Als Begründung für das Gendern taugen alle Studien nicht. Wer auf sie verweist, ignoriert, dass schon die Grundthese, Sprache erzeuge „Bilder im Kopf“, für viele Fälle offenbar nicht stimmt; er übergeht die eklatanten Mängel vieler Experimente; und er übersieht die Tatsache, dass wir das generische Maskulinum in Zeitungen, TV-Nachrichten und im täglichen Dialog geschlechtsneutral verstehen und eben nicht „eher an Männer“ denken.

Doch vor allem schreibt er der Sprache eine Macht zu, die sie nicht besitzt. Dass Doppelnennungen bei jungen Frauen den Wunsch wecken könnten, eine Piloten-Laufbahn einzuschlagen oder Ingenieurin zu werden, ist eine Illusion. Es gibt keinen Fall, in dem Sprachregulierungen je einen Bewusstseinswandel ausgelöst hätten. Noch nie haben Sprachveränderungen Ressentiments verringert, zur Emanzipation beigetragen oder gar soziale Missstände geheilt.

### **Die Sprache bestimmt nicht das Bewusstsein**

Umgekehrt ist die Frauen-Emanzipation, bei allen Defiziten, die es gewiss noch gibt, weit vorangekommen – mit dem generischem Maskulinum. Viel weiter, als in so einigen Ländern, die keine Maskulina in ihren Sprachen führen.

Um es mit den Worten des Linguisten Hans-Martin Gauger zu sagen: „Die feministische Sprachkritik überschätzt gewaltig die bewusstseinsbildende Macht einer Sprache.“ Wer die Wirklichkeit ändern will, muss die Wirklichkeit ändern. Nicht die Sprache. Das generische Maskulinum ist nicht das, was man ihm mit schwachen Studien andichten will. Die These „Sprache prägt das Bewusstsein“ ist und bleibt der Grundirrtum der Gendersprache.

**Zum Weiterinformieren:**

*Thomas Kubelik: Genug gegendert, Jena 2015*

*Anatol Stefanowitsch: Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*

*Hans Martin Gauger: Herr Professorin? Artikel im Forum Sprachkritik der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.*

*Jessica Ammer (Herausgeberin): Die deutsche Sprache und ihre Geschlechter, Paderborn 2019. Sammelband mit drei Beiträgen von Josef Bayer, Peter Eisenberg und Helmut Glück*

*Antje Baumann/ André Meinunger (Herausgeber): Die Teufelin steckt im Detail, Berlin 2018*

*Luise F. Pusch: Das Deutsche als Männersprache, Frankfurt 1991*

*Gisela Klann-Delius: Sprache und Geschlecht. Eine Einführung Stuttgart/Weimar, 2005*

*Tina Suchanek: Die Amtsmännin als Reisegästin. Artikel auf [wissenschaft.de](http://wissenschaft.de) mit skeptischen Zitaten der Linguisten Wolfgang Klein und Gisela Klann-Delius*

*Helga Kotthoff/Damaris Nübling: Genderlinguistik. Eine Einführung in Sprache, Gespräch und Geschlecht*

*Gisela Zifonun: Die demokratische Pflicht und das Sprachsystem. Erneute Diskussion um einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch. Artikel in der Zeitschrift „Sprachreport“ des Instituts für deutsche Sprache.*

*Franz Rainer: Hintergründiges zum Gendern. Video eines Vortrags in der Wirtschaftsuniversität Vienna*

Christa Stocker: Beidnennung und kognitive Repräsentanz. Artikel im Bulletin der Vereinigung für angewandte Linguistik in der Schweiz.

Bettina Hannover/ Dries Verweken: Yes I Can! Effects of Gender Fair Job Descriptions on Children's Perceptions of Job Status, Job Difficulty, and Vocational Self-Efficacy. Artikel in „Social Psychology“.

### **Studien und Kritik daran**

Ludovic De Cuypere/ Maarten De Backer: The interpretation of masculine personal nouns in German and Dutch: A comparative experimental study

Dagmar Stahlberg/Sabine Sczesny: Effekte des generischen Maskulinums und alternativer Sprachformen auf den gedanklichen Einbezug von Frauen. Artikel aus der Zeitschrift „Psychologische Rundschau“

Alan Garnham/Jane Oakhill: Immediate activation of stereotypical gender information. Studie mit 20 Teilnehmern, davon 16 Frauen.

Alan Garnham/ Ute Gabriel/ Oriane Sarrasin/ Pascal Gyga: Gender Representation in Different Languages and Grammatical Marking on Pronouns: When Beauticians, Musicians, and Mechanics Remain Men. Studie mit Frauen, alles Studentinnen, bei den deutschen Probanden und 31 Frauen sowie 5 Männern bei den befragten englischen Muttersprachlern.

Lisa Kristina Horvath/ Sabine Sczesny: Reducing Women's Lack of Fit with Leadership? Effects of the Wording of Job Advertisements. Studie mit 226 Frauen unter 363 Befragten.

### **Leitfäden für „geschlechtergerechte“ oder „gendersensible“ Sprache**

TU Berlin

Universität des Saarlandes

Humboldt-Uni Berlin